DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 8 August 1990 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Oder-Neiße-Linie:

Legenden und völkerrechtliche Wirklichkeit

CDU eine Verzichtspartei? Verrat, Unterwerfung und Verdummung der Wähler zum deutschen Schaden

Presse:

Murdochs Deal mit Burda

Revisionismus:

Neue Aufgaben für deutsche Historiker

Südafrika:

Der geplante Zusammenbruch

Zionismus:

Schwere Jungs als Spendensammler

Bankerismus:

Mit Geld, Korruption und Kredit auf dem Weg zur Weltdiktatur

Neu!

Immer wieder gefragt eine Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise.

Gesunde Medizin

widmet sich ausschließlich und eingehend den Themen der Naturheilverfahren und der biologischen Medizin.

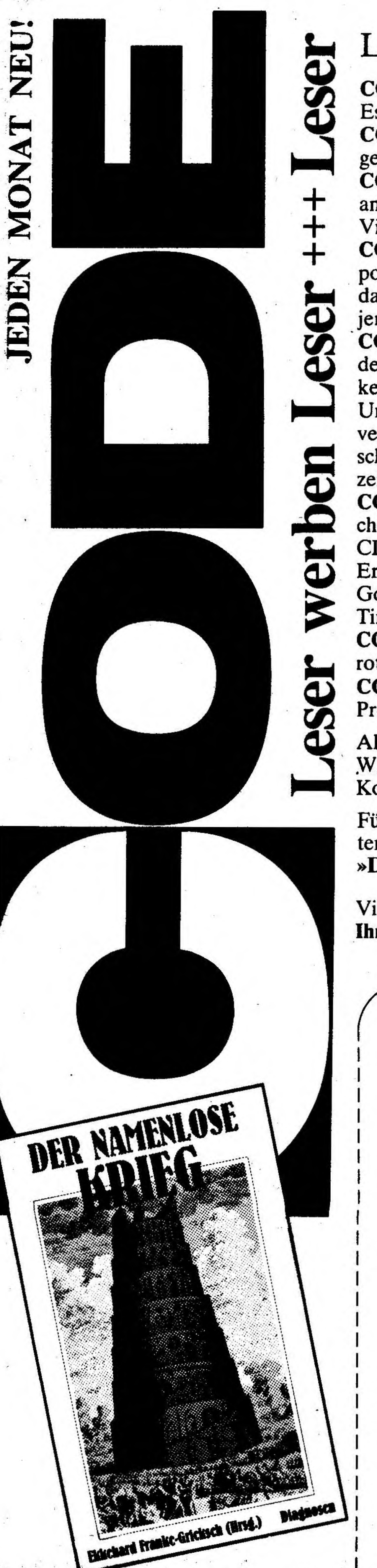
Gesunde Medizin

erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von 64 Seiten und ist durchweg vierfarbig.
Preis 5 DM.

Gesunde Medizin

erhalten Sie bei Ihrem Zeitschriftenhändler oder beim Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.





Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

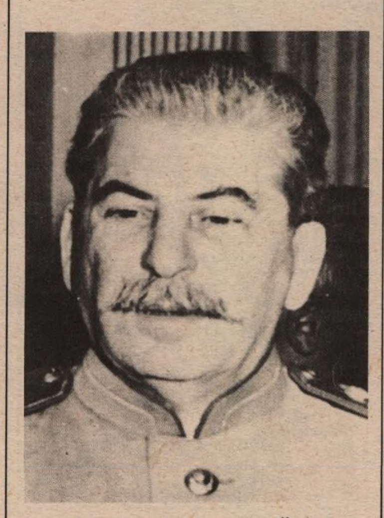
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

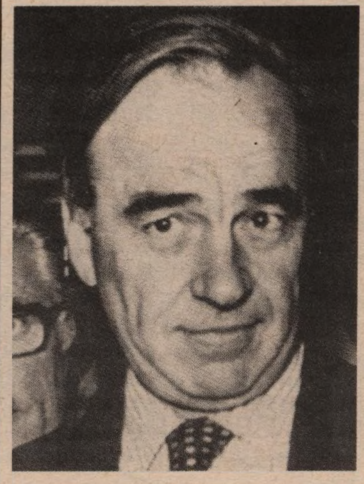
Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

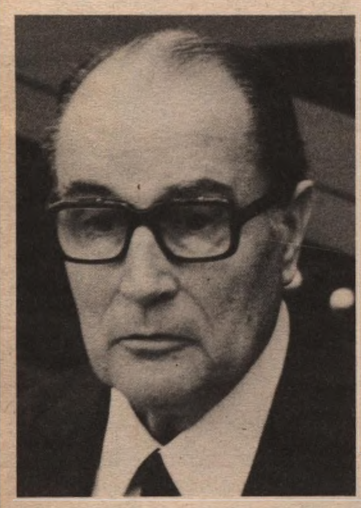


Josef Stalin plante einen Überfall auf das Deutsche Reich, Hitler kam ihm jedoch mit dem Kriegsbeginn um einige Wochen zuvor.



Rupert Murdoch gehört als Medienmulti zu einer Elitegruppe Millionär-Marxisten.

4. Jahrgang Nr. 8 August 1990



François Mitterand will Frankreich zu einer multikulturellen Gesellschaft wandeln durch Rassismus gegen das eigene Volk.

Revisionismus



Der britische Historiker David Irving behauptet, der Holocaust sei ein Produkt der britischen psychologischen Kriegsführung.

Ständige Rubriken

Deutschland

Nie wieder Deutschland?

Johanna Nissen

»Nie wieder Deutschland!« Unter dieser Losung versuchen die radikalen Linken in der Bundesrepublik, nach den Ereignissen des »9. November 1989« – nach Wochen der Sprachlosigkeit – sich auf ein neues Schwerpunktthema ihrer Agitations- und Krawallpolitik einzustimmen. Schon laufen Vorbereitungen für bundesweite Großdemonstrationen und ihnen selbst laufen die deutsch-deutschen Ereignisse davon. Dennoch dürfte es nicht uninteressant sein, das Begründungsmuster und Argumentationsschema, das sich hinter dieser ekelhaften Losung »Nie wieder Deutschland!« verbirgt, sich einmal vorzuführen.

Zur Einstimmung ein Originalzitat aus dem linksradikalen »Arbeitskampf«: »Als die Mauer geöffnet wurde, setzte die bundesrepublikanische Politik die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung. Im Bundestag sang eine großdeutsche Allparteienkoalition das Deutschlandlied – ähnlich wie am 4. August 1914 nach Beginn des Ersten Weltkrieges, und ähnlich wie am 17. Mai 1933 zur Bekräftigung der außenpolitischen Erklärung Hitlers. Mit dem nationalsozialistischen Taumel verband sich der Triumph des Sieges über das Reich des Bösen.« Wieviel Lügen, Verdrehungen und Unterstellungen sind in diesen wenigen Zeilen untergebracht?

Das Prinzip »Angstmache«

Einmal davon abgesehen, daß es in der Geschichte des Bundestages noch einige wenige andere Anlässe zur Anstimmung der dritten Strophe des Deutschlandliedes gegeben hat, und daß damit diese Auswahl und Aneinanderreihung der historischen Daten schon eine böswillige Sicht der Dinge erkennen läßt, zeigt das hier dargebotene Argument im Kerngehalt die Ausage »Wiedervereinigung gleich Unheil und Unfrieden«. Letztlich geht es dabei also nur um »Angstmache«. Ganz im Sinne dieser Beunruhigung und Verängstigung der Leser wird eine Kriegsgefahr ständig beschworen. Zwar fehlen dabei hinreichende Fakten und Beweise, aber zum Glück bietet sich hier der demagogisch geführte Keulenschlag mit der deutschen Geschichte:

»Einen gemeinsamen Staat haben Sachsen und Hessen nur von 1871 bis 1945 gehabt, und das reichte für zwei große Kriege.«

Dann daraus die Schlußfolgerung: »Entsteht ein neuer deutscher imperialistischer Koloß, wird niemand die anderen Völker Europas ... vor ihm schützen können.«

Und wie halten es die Genossen mit den Deutschland betreffenden Angelegenheiten, mit dem Selbstbestimmungsrecht und den längt überfälligen alliierten Vorbehalten gegenüber Deutschland?

Der Selbsthaß einer radikalen Minderheit

Auch das Selbstbestimmungsrecht, selbstverständlich gefordert für alle Völker der südlichen Erdhalbkugel, soll nach dem Willen der radikalen Linken den Deutschen nicht zugestanden werden. Mit aller Deutlichkeit heißt es dort: »Für Deutschland darf es kein nationales Selbstbestimmungsrecht geben, ... angesichts des Schadens, welchen das Deutsche Raub-Reich der Jahre 1871 bis 1945 angerichtet hat.«

Als Begründung muß natürlich wieder der alliierte Verleumdungstrick vom durchgängig militanten Wesen der Deutschen herhalten.

Für die radikalen Linken gehören die Kämpfe gegen Herrschaft und Obrigkeit, gegen Staat und NATO zu ihrem Selbstverständnis. Jedoch, wenn es um Deutschland betreffende, überfällige Strukturen aus dem alliierten Besatzungsstatus geht, dann versagt die folgerichtige Logik. Die Antwort fällt dann anders aus, und die Begründung ist schlichtweg die »Links sein und deutsch fühlen – das geht nicht zusammen.«

Wenn diese – pathologisch anmutende – Grundhaltung nicht ausreichend überzeugend erscheint, muß mit dem »Auschwitz-Verweis« zur Einsicht gebracht werden.

»Der Grund ... liegt genau darin, daß Deutschland den Holocaust und einen Vernichtungskrieg gegen die Völker Europas durchgeführt hat, und daß es deshalb höchst ratsam ist, gegen eine solche Bestie (gemeint ist Deutschland; der Verfasser) Sicherung in Form alliierter Vorbehaltsrechte einzubauen.«

Diese Denkstrukturen lassen den grundlegenden Deutschlandhaß dieser Radikalen erkennen. Offener und deutlicher als in diesen Wochen der großen europäischen Umwälzung, trat er meiner Ansicht bislang nicht in Erscheinung. Mit diesen Negativ-Parolen ist natürlich im politischen Wettstreit kein Erfolg zu erzielen. Das wissen auch diese politischen Akteure. Eingestandenerweise heißt es dort: »In Zeiten, wo man die Gegner der nationalen Verblödung mit der Lupe suchen muß, man sich in extremer Minderheit befindet.«

Hoffentlich bleibt das so! Auch diesem Personenkreis ist klar, daß im Politischen die Einnahme einer nur ablehnenden Position – »Nie wieder Deutschland!« – wenig Ausstrahlungskraft und damit auch Erfolgsaussicht besitzt. Es muß daher zugleich aufgezeigt werden, was nun positiv zum Selbstverständnis, zur Überzeugung gehört. Auch hierbei wird eine nie zuvor getätigte politische Offenheit gezeigt:

Es heißt wachssam sein

»Die angeblichen nationalen Gemeinsamkeiten zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen beruhen zumeist auf gemeingefährlicher Einbildung. Jede Asylbewerberin, jeder Asylbewerber, jede Immigrantin und jeder Immigrant ... stehen uns näher als diese euphorischen Brüder und Schwestern: ... Wir sollten ... dem rechten Slogen ›Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein‹ entgegenstellen: ›Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.‹ ... Wir sollten eine Utopie entwickeln: nicht die eines sozialistischen Deutschlands, sondern die der Zerstörung des deutschen Staates und seiner Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat, sowie der Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft.«

Angesichts dieser politischen Perspektive könnten die radikalen Linken als krankhafte utopische Spinner abgetan werden. Jedoch – sie sind nicht unbedeutend; kopfmäßig gezählt nicht unbedingt nennenswert, von den Mitläufern und Sympathisanten einmal abgesehen – dafür aber, bedingt durch Umerziehung, die Studentenrevolte der Jahre 1968 und den selbstmörderischen Liberalismus dieser Zeit, zum Teil in leitenden und maßgeblichen Positionen in den Parteien und Medien, in Justiz und Verwaltung verankert. Angesichts dieser destruktiven, von Selbsthaß geprägten Politratten heißt es aber wachsam sein.

Wachsam auch deshalb, weil durch die führungslos gewordene DKP-Anhängerschaft und ihren SED-PDS-Klüngel im endlich wiedervereinigten Deutschland den radikalen Linken personell, finanziell und intellektuell ein gehöriger Zustrom zufließen wird. Auf deren Einsicht in die besseren Verhältnisse in einem neuen Deutschland wird man nicht hoffen dürfen. Darum heißt es wachsam sein und diesen Kreisen keinen politischen Spielraum, keinen Millimeter überlassen!

Die Zitate stammen aus der Zeitschrift »Arbeiterkampf« vom 5. Februar 1990. □



CDU

Linke treiben die Partei in den Abgrund

Klaus Ganter

Trotz vieler Meinungsunterschiede war die CDU früher eine Partei, die zumindest für konservative Wähler eine Basis bot. Bekenntnisse zu Deutschland als ganzes, damals noch ernst gemeint und keine reinen Lippenbekenntnisse, ein klarer Standpunkt zur Frage der Abtreibung und auch zur Ausländerüberschwemmung – selbst wenn schon damals den schönen Worten wenig Taten folgten –, die Spitzenpolitiker allesamt Mitte-Rechts angesiedelt, zum Beispiel Kiesinger, Schröder und Filbinger und und und. Doch heute macht diese Partei eine fast ausschließlich nur noch wahlopportunistische Politik und versucht den politischen Standpunkt zunehmend nach links zu verschieben. Geißler, Blüm, Albrecht, Späth, Fink, Rommel und allen voran Rita Süßmuth werden zu einer immer größeren Gefahr für die Bundesrepublik, da sie die »nützlichen Idioten« (Lenin) für den Sieg des Sozialismus sind.

Gerade Rita Süßmuth (53), deren Wuppertaler Mitschüler sie nur »Kicki« nannten, spielt hierbei eine aus nationaler Sicht äußerst unrühmliche Rolle. Letztes Beispiel hierfür war die Landtagswahl in Niedersachsen, die zugleich auch einen der Hauptfehler der Union, die mangelnde Förderung des politischen Nachwuchses, aufzeigte. Johannes Rau hatte vollkommen Recht, als er am Tag nach den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen seinem Kontrahenten, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, ins Stammbuch schrieb: Ein Spitzenkandidat muß langfristig aufgebaut werden.

Schauspielkunst statt Können

Dies jedoch versucht die Union erst gar nicht. Lieber wird ein angeblicher Sympathieträger als Spitzenkandidat für eine Wahl aufgestellt – und das dumme Wählervolk soll darauf reinfallen. Die Wahlen im Saarland mit Bundesumweltminister Töpfer, die Münchener Kommunalwahlen mit dem Oberbürgermeisterkandidaten Klein, die niedersächsischen Landtagswahlen mit Süßmuth und nicht zuletzt die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen mit Blüm – allesamt brachten sie klägliche Ergebnisse für die Union.
Nicht nur Gegner, sondern auch Befürworter der Demokratie warnen, daß diese sich am Ende selbst zugrunde richtet und den Weg für den Sozialismus freimachen wird – genau das, worauf die Bundesrepublik derzeit zusteuert. Als Argumente führen sie an, daß in der Politik immer weniger das Können, dafür aber immer mehr die Schauspielkunst und die Sympathie der ausschlaggebende Faktor für den Aufstieg oder Fall eines Politikers sein werden. Der andere, nicht minder wichtige Grund sei der, daß politische Entscheidungen weniger auf den Notwendigkeiten, sondern vielmehr im Blick auf bevorstehende Wahlen getätigt werden.

Und genau dies geschieht derzeit in der Bundesrepublik – und hier vor allem bei der Union und speziell in der Person Rita Süßmuths. Diese Frau vertritt Positionen, die für einen konservativen Wähler absolut nicht mehr tragbar sind, dafür aber auf der linken Seite viel Beifall finden. Dementsprechend sind dann auch die demoskopischen Ergebnisse.
Auf die Frage »Wie beurteilen Sie die politischen Vorstellungen Frau Süßmuths« (oder ähnlich), antworten denn natürlich viele SPD-, FDP- oder auch Grüne-Wähler mit »sehr gut« bis »gut«, was natürlich auch einige Unionwähler sagen, und schon steht »Kicki« in der Populatitätskurve ganz oben. Dabei reicht es aber schon aus, wenn sich nur vier oder fünf Prozent der konservativen CDU-Wähler von ihrer Partei abwenden – und schon ist die Mehrheit – mit Ausnahme vielleicht Bayerns – flöten.

Die Verdummung des Wählers

Also was macht die CDU, um die nur eine Stimme ausmachende Mehrheit im niedersächsischen Landtag zu retten: Sie stellt die vermeintliche Sympathieträgerin als vorgesehene Nachfolgerin von Ministerpräsident Albrecht auf, die natürlich – ebenso wie Blüm – nur dann in das betreffende Bundesland ziehen will, wenn sie dort auch wirklich gewählt wird.
Wagt der Wähler es aber, Süßmuth genau wie Blüm nicht zu wählen, dann bleibt sie eben auf ihrem lukrativen Posten des Bundestagspräsidenten – und das war's.
Nur eine Woche später wird dann von Rita Süßmuth lauthals erklärt, daß sie gerne Präsidentin in einem gesamtdeutschen Parlament werden möchte – und dann sollen sich die Wähler nicht in höchstem Maße verdummt vorkommen?

Zu dem politischen Hauptwirken Süßmuths zählt vor allem eine lautstarke einseitige Vergangenheitsbewältigung sowie die Warnung vor allem, was auch nur den Hauch des Nationalen an sich hat. So war es dann auch kein Wunder, daß »Kicki« kürzlich in einem Fernsehgespräch sinngemäß auf die Frage, was sie denn mit dem Begriff Vaterland verbinde, erklärte: Sie verstehe Vaterland als Begriff, der den Staat Deutschland im vereinigten Europa kennzeichne, aber nicht als etwas, dem man mit einem besonderen Gefühl gegenüberstehen müßte.

Parolen, die an die Nazis erinnern

Dazu paßt dann auch, daß die Bundestagspräsidentin als Mitbegründerin der überparteilichen Aktion »Frauenbündnis 90« aufforderte, angesichts der Umbrüche in Europa jeder nationalen und nationalistischen Entwicklung entgegenzuwirken. In dem Aufruf »Frauen überschreiten Grenzen« wendet sich das Bündnis gegen Tendenzen in der Gesellschaft, die Rassenhaß, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schürten. Die dort mitarbeitende frühere Generalsekretärin des Zentralverbandes der Katholischen Frauen, Anneliese Lissner, kritisierte dann auch bezeichnenderweise den bei Massenkundgebungen in der DDR ertönenden Ruf nach »Deutschland, einig Vaterland« als »Parole, die an den Nationalsozialismus« erinnere.

So ist dann nicht verwunderlich, daß Süßmuth in erster Reihe derjenigen steht, die lautstark zum Verzicht auf die deutschen Ostgebiete aufrufen und sich für eine bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze aussprechen. Jede Diskussion hierüber wird von ihr als Revanchismus abgetan, der den deutschen Interessen in der Welt schade. Selbst der von Bundeskanzler Kohl seinerzeit gemachte Vorschlag, bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gleichzeitig auch umfassende deutsche »Minderheitenrechte« und einen auch förmlichen Verzicht Polens auf weitere Reparationszahlungen in dem Vertrag festzuschreiben, stieß auf ihre Ablehnung.

Die Erziehungswissenschaftlerin und promovierte Philosophin Süßmuth wurde bereits 1983 Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Familienpolitik in der CDU, obwohl sie der Union erst seit 1981 angehört, und, wie die »FAZ« es in einem Porträt beschrieb, »in ihren jüngeren Jahren durchaus auch von sozialdemokratischen Politikern fasziniert sein konnte«. 1986 wurde »Kicki« dann Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung und Mitglied des Parteipräsidiums.

Im Bundestag ist sie erst seit 1987, nachdem sie zuvor ohne Bundestagsmandat Familienministerin geworden war – und sich hier für eine freizügige Abtreibungspolitik einsetzte, so zählte sie auch zu den Hauptkritikern bei der Verurteilung des Arztes beim »Memminger Abtreibungsprozeß« –. □

Souveränität nach dem Willen der Verbündeten

Alfred König

»Die Bundesrepublik soll nach der Wiedervereinigung mit der DDR ohne Bedingungen die volle Souveränität erhalten.« Diese und ähnliche Worte sind in jüngster Zeit von vielen unserer Verbündeten, speziell auch von US-Präsident George Bush, zu hören. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß die Bundesrepublik bis jetzt ihre volle Souveränität entgegen den Beteuerungen »unserer« Politiker eben nicht hatte und, wenn man etwas tiefer in die Materie einsteigt, auch die den Deutschen jetzt zugebilligt werdende »volle Souveränität« in Wirklichkeit dies eben nicht ist.

Instrument hierfür sind die sogenannten »2+4-Verhandlungen« sowie die Einbindung des (teil-) wiedervereinigten Deutschlands in die EG. Alle möglichen Staaten stellen hierfür Bedingungen, so daß alleine die Annahme dieser Bedingungen beziehungsweise ein Kompromiß hierzu den erneuten Verzicht Deutschlands auf die volle Souveränität bedeutet.

Der alte Viermächtestatus

Von besonderem Interesse ist dabei eine kürzlich in der nationalistischen sowjetischen Zeitschrift »Literaturnaja Rossija« erschienene Analyse zu den DDR-Wahlen, die in der Bundesrepublik praktisch kaum jemand bekannt ist. Geschrieben wurde diese Analyse von einem gewissen »M. Alexandrow«, hinter dem sich nach Ansicht von Diplomaten niemand anders als der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Botschafter Alexander Bondarenko, verbirgt.

In dieser Analyse heißt es, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten den alten Status vor ihrer Entstehung wiederherstelle, also die Viermächtekontrolle aufgrund der Konferenzen von Jalta und Potsdam. Dies bedeute: »Die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Siegerstaaten sind beauftragt, die oberste Gewalt auszuüben.«

Dies sei, so ist weiter zu erfahren, nicht die Ansicht eines Einzelgängers, sondern stelle vielmehr die vorherrschende Meinung im sowjetischen Militär dar, nämlich daß auch sie ein gewichtiges Wort über die weitere Zukunft Deutschlands mitzureden hätten, wie es etwa Oberst Wladimir Karpow ausdrückte.

Alexandrow warnte in seiner Wahlanalyse des weiteren vor einem deutschen »Pangermanismus« sowie vor einer Mißachtung der Sicherheitsinteressen der Nachbarn, die Vorrang vor dem deutschen Selbstbestimmungsstreben hätten, und verglich die Lage sogar mit der Kuba-Krise 1962.

Offzielle Meinung der UdSSR ist derzeit, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte erst dann erlöschen sollen, wenn das vereinigte Deutschland in die »blocklose Struktur« eines europäischen Sicherheitssystems eingefaßt ist. Bis dahin sollen NATO und Warschauer Pakt in ihren jeweiligen deutschen Bündnisräumen fortexistieren, überwölbt und kontrolliert von einem internationalen »Zentrum zur Verhütung der Kriegsgefahr«. Sichergestellt werden müsse auf jeden Fall, so die Sowjetunion, daß Deutschland für alle Zeiten auf eigene Atomwaffen verzichte und Deutschland Höchstgrenzen für seine Armee anerkenne.

Ein von allen Seiten kontrolliertes Land

Selbst wenn man sich eine atomwaffenfreie Welt als Idealfall vorstellt, so stellt doch das Deutschland auferlegte Verbot einen nicht annehmbaren Verzicht auf einen wichtigen Teil der Souveränität dar und ist auch unter Sicherheitsaspekten – wer weiß denn, was in zehn oder 20 Jahren ist? – nicht annehmbar. Die Absicht ist aber klar: Wenn sich die weltpolitische Lage wieder verschlechtern und sich vor allem gegen Deutschland wenden sollte, dann würde ein »Vertragsbruch« in Form einer atomaren Bewaffnung oder der Ausweitung der Streitkräfte den Grund für ein erneutes Eingreifen gegen Deutschland bieten.
Ein höchst interessanter Kommentar hierzu ist kürzlich in der »Welt« erschienen: »Die von Schewardnadse vorgetragenen Vorstellungen laufen auf eine Umwidmung der Viermächte-Rechte und der an das Atlantische Bündnis abgetretenen sicherheitspolitischen Souveränitätsreche an Institutionen der KSZE hinaus. Ein Regime von Gipfeltreffen, Außenminister-Konferenzen, Koordinationsbüros der Minister, technischem Sekretariat, Zentrum zur Verhinderung von Kriegsgefahr sollen eingerichtet werden.

Schließlich soll ein völkerrechtliches ›Dokument‹ oder ein Friedensvertrag (Gorbatschow am 9. Mai) Bestimmungen über die deutschen Streitkräfte, den militärisch-politischen Status, die Truppenstationierungen und die innere Politik betreffende Rechtsangebote enthalten, die an das Potsdamer Abkommen erinnern.

35-Mächte-Rechte anstelle der Siegerrechte? Was wäre ein solches Deutschland? Ein von allen Seiten kontrolliertes, halb neutralisiertes Gebilde. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, was die Sowjets da wollen.« So weit Frans von Krant in der »Welt«.

Höhere Zahlungen an die EG

Doch auch die EG glaubt, bei der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung mitreden zu müssen. So hat das Europäische Parlament Anfang April dieses Jahres die Brüsseler EG-Kommission, den Ministerrat und die Bundesregierung dazu aufgefordert, die 518 Straßburger Abgeordneten über alle Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die Europäische Gemeinschaft nicht nur auf dem laufenden zu halten, sondern regelrecht zu konsultieren.
Besonders forderte das EG-Parlament die Europäische Kommission auf, darüber zu wachen, daß mit den staatlichen Hilfen der Bundesrepublik an die DDR der Wettbewerb in Deutschland nicht verfälscht werde. Darüber gibt es besonders in Frankreich und einigen anderen Mitgliedsländern noch immer große Sorgen.

So war es dann auch nicht verwunderlich, daß die Franzosen, kaum daß die Bundesregierung die Konditionen für die deutsche Währungsunion mit dem Hauptumtauschverhältnis von 1:1 bekanntgab, lautstark Kritik hieran übten. 1:1 sei »künstlich und politisch« und habe »zur Folge, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von den europäischen Partnern und insbesondere von Frankreich bezahlt« werde, sagte der Abgeordnete der oppositionellen Konservativen, Jacques Toubon, in einem Rundfunk-Interview.
Damit soll lediglich erreicht werden, daß Deutschland »im Rahmen des zweiten deutschen Wirtschaftswunders«, das sich nach Ansicht vieler Experten nach der (Teil-)Wiedervereinigung einstellen wird, seine Zahlungen an die EG noch weiter erhöht und damit die maroden Wirtschaften und Währungen, besonders die französische, noch mehr subventioniert. Nun heißt es sogar, daß »spätestens 1993« die nationalen Währungen abgeschafft und der ECU EG-weit eingeführt werden soll. Dies würde aber zu einer Aufwertung der Kaufkraft in allen Ländern der EG zu Lasten eines einzigen, nämlich Deutschlands, führen. □

Deutschland

Auf dem Weg zur multikulturellen Gesellschaft

Hans Wagner

Nun ist es bereits rund drei Monate her, seitdem der Bundestag gegen die Stimmen von SPD und Grünen die Novellierung des Ausländergesetzes verabschiedet hat. Ziel dieses neuen Gesetzes war zumindest vordergründig die Eindämmung der die Bundesrepublik überflutenden Ausländerschwemme. Vordergründig deswegen, weil den schönen Worten kaum Taten gefolgt sind.

Man erinnere sich: Bereits 1981 hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) seine Sorge über die große nach Deutschland strömende Zahl von Ausländern kundgetan. »Wenn das so weitergeht, gibt's Mord und Totschlag«, warnte der Ex-Kanzler. 1982 betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer etwa 4,7 Millionen. Damals verbreitete die CDU vor der Bundestagswahl im Januar 1983 ein Flugblatt, in dem es hieß: »Die CDU will erreichen, daß in ca. fünf Jahren die Zahl der Ausländer in Deutschland um etwa eine Million abnimmt. Anderenfalls entstehen Probleme, mit denen die nächste Generation kaum noch fertig werden kann. Das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist für die Zukunft nur gewährleistet, wenn ihr weiterer Zuzug gestoppt wird, Problemgruppen vermindert werden und der Mißbrauch des Gastrechts nicht geduldet wird.« Und Anfang 1984 sprach sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine »strenge Begrenzung des Ausländernachzugs« aus.

Zahl der Asylanten steigt ständig

Geschehen ist allerdings nichts! Heute leben über fünf Millionen Ausländer bei uns und, was noch schlimmer ist, die Zahl der Asylanten nimmt ständig zu. Und das obwohl die Union damals gleichzeitig auch versprochen hatte, sich dem Asylantenproblem anzunehmen.

Im vergangenen Jahr erreichte die Zahl der Asylbewerber mit 121.318 Personen jedoch einen neuen Rekord. Gegenüber 1988 bedeutet dies eine Steigerung um 18 Prozent und gegenüber 1987 sogar von sage und schreibe 80 Prozent. Gleichzeitig sank die Anerkennungsquote von 8,6 Prozent auf fünf Prozent in 1989. Und im ersten Quartal dieses Jahres stellten rund 44.000 angeblich politisch Verfolgte einen Asylantrag in der Bundesrepublik, also deutlich mehr als ein Drittel des gesamten Jahres 1989.

Dies läßt für das laufende Jahr einen neuen traurigen Rekord erwarten, und das bei einer weiter auf nur noch drei Prozent sinkenden Anerkennungsquote.

Über Abschiebungen ist jedoch nichts bekannt. So mußte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) kürzlich zugeben, daß rund 90.000 Ausländer illegal an Rhein und Ruhr leben – im gesamten Bundesgebiet sind es fast 400.000 Menschen –. Die meisten könnten aus rechtlichen, politischen oder humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. So gebe es in NRW alleine 33.377 Flüchtlinge, deren Aufenthalt wegen genereller Abschiebeverbote geduldet werde – die sogenannten de-facto-Flüchtlinge –, weil sie zum Beispiel aus Bürgerkriegsgegenden stammten.

Stolz wies der durch mehrere Skandale ins Gerede gekommene Minister darauf hin, daß die Verfahren für Asylbewerber aus der Türkei, Jugoslawien und Polen durchschnittlich nur noch vier bis sechs Wochen dauerten, während hierfür früher noch ein Zeitraum von gut einem Jahr zu veranschlagen gewesen war. Dies ändert jedoch nichts daran, daß die abgelehnten Personen nicht oder zumindest nur in Einzelfällen wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Der große Rest kann jedoch nach wie vor unbehelligt in Nordrhein-Westfalen leben.

Die Kosten steigen in die Milliarden

Die reinen an die Asylanten zu zahlenden Kosten belaufen sich jährlich nach Schätzung des Bundesinnenministeriums auf rund 6,35 Milliarden Mark. Diese setzen sich wie folgt zusammen. Da die Asylbewerber nicht arbeiten dürfen, beziehen sie Sozialhilfe. Für den Haushaltsvorstand gibt es 403 Mark pro Monat plus 180 Mark für ein Kind unter sieben Jahren. 360 Mark für ein Kind unter 21 Jahren und 320 Mark für ein erwachsenes Familienmitglied. Hinzu kommen Miete (rund 250 Mark), Heizung (60 Mark) und eine Anschaffungspauschale von ebenfalls 60 Mark.

Dazu kommen dann aber noch die Personalkosten für die vielen tausend in den entsprechenden Ämtern arbeitenden Menschen, der Materialaufwand für die Unmengen auszufüllender Formulare und Gutachten, vom Staat zu zahlende Gerichtskosten nach dem Armenrecht, wenn die abgelehnten Asylbewerber den gesamten Rechtsweg durchschreiten, Abschiebekosten und und und. Alles zusammengenommen reichen die Schätzungen von mindestens zehn bis 15 Milliarden Mark jährlich.

So positiv auch die Öffnung des Ostens zu werten ist, ein Nachteil ist aber, daß der Strom derjenigen, die in den »Goldenen Westen« und speziell in die Bundesrepublik wollen, immer mehr anschwillt. Aus Rumänien sind es die Zigeuner. An einigen Stellen in Ost-Berlin, besonders in den NVA-Kasernen, am Bahnhof Lichtenberg und am Alexanderplatz sah es oftmals mehr nach einem Zigeunerlager als nach einer Großstadt aus und wurde dadurch der ohnehin schon vorhandene Versorgungsnotstand noch weiter verschärft. Während der Großteil der rund 500 im Mai täglich von der DDR-Regierung unbehelligt ins Land gekommenen Zigeuner die DDR angeblich wieder verlassen will, gehen Experten-Schätzungen davon aus, daß sich rund 50.000 der Sinti und Roma, wie sie sich heute nennen, in der Bundesrepublik bleiben wollen.

Angesichts all der oben geschilderten Vorfälle ist es dann nicht verwunderlich, daß sich in der Bundesrepublik seitens der Bürger Widerstand gegen die nahezu uneingeschränkte Einwanderung nach Deutschland und der sich immermehr verwirklichenden multikulturellen Gesellschaft bildet. Dies paßt natürlich dem abgehalfterten früheren CDU-Generalsekretär Heiner Geißler nicht. So schreibt dieser in seinem kürzlich veröffentlichen Buch: »Zugluft – Politik in stürmischer Zeit«, daß im geltenden Ausländerrecht nicht berücksichtigt werde, »daß wir langfristig einen Zuzug von Ausländern auch von außerhalb der EG geradezu brauchen«. Die »gute Zeit der Deutschen« seien jene Perioden gewesen, in denen sich diese nicht nationalstaatlich organisiert, sondern in einem »offenen Land« gelebt hätten.

Geißler begründet seine Ansicht damit, daß nur durch eine geregelte Einwanderung von Ausländern mit daran anschließendem Studium das drohende Defizit an qualifizierten Wissenschaftlern gemindert werden könne. Geißler und viele seiner Mitstreiter sollten sich einmal fragen, ob hierfür nicht eine bessere, auf Begabtenförderung und nicht so sehr auf Quotenregelung ausgerichtete Schulpolitik besser geeignet wäre. □



Deutschland-Journal

Stalin wollte Deutschland angreifen

Die Indizien, daß Stalin 1941 das Deutsche Reich angreifen wollte und Hitler mit seinem Rußlandfeldzug nur einen Präventivkrieg führte, mehren sich. Der erste, der dieses vor fünf Jahren behauptete, war der Grazer Philosophie- und Soziologie-Professor Ernst Topitsch. Nun veröffentlichte der Autor im Verlag Busse + Seewald eine dritte, überarbeitete Auflage.

Nach Ansicht Topitsch' war der Zweite Weltkrieg nichts anderes als der von Stalin geplante große Krieg zur Zerstörung des Westens. Hitler sei dabei von ihm dazu benutzt worden, einen »imperialistischen« Krieg mit den Westmächten zu entfesseln. Die Rote Armee sollte dann nach Stalins Willen nach Schwächung beider kriegsführenden Seiten zum großen Vernichtungsschlag ausholen. Der Nichtangriffspakt vom 21. April 1939 sei dabei lediglich eine Falle gewesen, in die Hitler »wie ein Tölpel« gestolpert sei. Auch die Westmächte hätten dies alles nicht begriffen.

Stalin war, wie Topitsch weiter eindrucksvoll aufgrund seiner Forschungsergebnisse darstellt, der einzige Politiker, der von Anfang an auf diesen Krieg hingearbeitet und alles andere diesem Ziel untergeordnet habe. Hitler sei dann jedoch – zu spät – dahintergekommen und habe mit seinem Präventivkrieg, den von ihm stets gehaßten Zweifrontenkrieg, das schlimmste noch verhindern wollen.

In dieser dritten Auflage, die von der in der ersten Auflage vorgestellten These nichts zurücknimmt, diese vielmehr noch ergänzt, setzt sich Topitsch auch mit der Kritik an seinem Buch auseinander. Einer der Hauptkritikpunkte lautete im übrigen, daß Stalin dies so geschickt und schlau, wie von Topitsch dargestellt, gar nicht hätte einfädeln können.

Topitsch gelingt es in der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, denen ihre Gedankenfehler, daß Stalin nämlich der 1941 unschuldig Überfallene war, leicht nachzuweisen. Zentraler Punkt dieser Auseinandersetzung ist dabei die Vorgeschichte des Rußlandfeldzugs Hitlers mit der rein auf Angriff ausgerichteten Rüstung Stalins. Die Bücher von Viktor Suvorow und Joachim Hoffmann, die ebenfalls diese reine Offensiv-Rüstung minutiös darstellen, wertet Topitsch als nachträglichen Beweis für die Richtigkeit seiner Angaben.

Eine besondere Rolle kommt dabei nach Ansicht Topitsch' Amerika zu. Das immer unverhülltere Drängen von Franklin Delano Roosevelt, die USA aktiv in den Krieg eingreifen zu lassen, habe dann sowohl Stalin als auch Hitler unter Zeitdruck gesetzt. Hitler unter dem Aspekt, daß nur ein Angriff und hoffentlich schneller Sieg über die Rote Armee noch einen für Deutschland tödlichen Zwei-Fronten-Krieg vermeiden konnte. Stalin mußte vor einem Eingreifen der Amerikaner zuschlagen, da er nur so die Vorherrschaft über Europa erringen hätte können. Die Westalliierten hätten dies aber noch immer nicht verstanden und Stalin mit weitaus mehr Kriegsmaterial, als für einen Rückschlag der deutschen Truppen notwendig gewesen wäre, versorgt und die Sowjetunion damit zusätzlich aufgerüstet. Das Ende ist dann jedem bekannt.

Mit seiner überarbeiteten Auflage hat Topitsch damit ein Werk geschaffen, an dem man, wenn man sich objektiv mit der jüngsten europäischen Geschichte auseinandersetzen will, nicht vorbeigehen kann. Das Buch »Stalins Krieg« enthält dabei so viele gesicherte Fakten, daß es nicht nur die Geschichte des Rußlandfeldzugs, sondern die ganze Vorgeschichte zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, dem Polenfeldzug und viele andere Punkte in einem ganz anderen Licht erscheinen läßt und beweist, daß Deutschland, ebenso wie am Ersten Weltkrieg, nicht eine Alleinschuld zugesprochen bekommen kann. Leider ist aber zu erwarten, daß das Buch von Topitsch in der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung nur wenig Anklang finden wird. □

Parlamentspräsidentinnen besuchen Israel

Kaum hatten sich der Bundestag in Bonn und die Volkskammer in Berlin auf einen gemeinsamen Staatsvertrag geeinigt, war schon die erste Büßerreise nach Israel fällig. Ende Juni reisten dann auch Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl in ihrem ersten gemeinsamen Auftritt außerhalb Deutschlands nach Israel. Die beiden für ihre einseitige Geschichtsdarstellung und dem Verleugnen Deutschland entlastender Argumente bekannten Politikerinnen wollten bei ihrer Reise Verständnis bei den Juden für die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands wekken. Die ersten Tagesordnungspunkte waren dann auch ein Empfang im israelischen Parlament und der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Gleichzeitig wurde von Süßmuth und Bergmann-Pohl darauf hingewiesen, daß Deutschland aus seiner Vergangenheit gelernt habe und sich ein Antisemitismus wie im Dritten Reich niemals mehr wiederholen werde. Des weiteren versprachen die Politikerinnen sich dafür einzusetzen, daß gegen das Leugnen der im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen an den Juden vorgegangen werden soll. Auf den Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten und -bauers, Fred A. Leuchter, wonach es in den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek keine Gaskammern zur Vernichtung von Menschen gegeben haben soll, wurde seitens der beiden Parlamentsvorsteherinnen natürlich nicht eingegangen, geschweige denn eine wissenschaftliche Überprüfung der Ergebnisse Leuchters verlangt. □

Geldlobby profitiert von Aids

Einen bemerkenswerten Artikel über die meist tödlich verlaufende Immunschwächekrankheit Aids hat der Hamburger Internist Walter Weber kürzlich in der »Welt am Sonntag« veröffentlicht. Er schildert darin die erfolgte Heilung eines an Aids erkrankten Amerikaners Roy Baker, eines früheren Militärarztes in Vietnam, und wirft einer mächtigen Lobby vor, an Aids Milliarden zu gewinnen und die Wahrheit über diese Krankheit zu verheimlichen.

Baker gehört nicht zu den von der Schulwissenschaft als besonders gefährdet hingestellten Gruppe, also den Homosexuellen, Hämophilen, Heroinsüchtigen und Haitianern. Dann findet der Arzt, dessen Name aus Angst geheimgehalten wird und der nur Smith genannt wird, jedoch den gemeinsamen Nenner aller H's: Nämlich den jahrelangen Mißbrauch von legalen und illegalen Drogen aller Art. Neben aufputschenden Medikamenten aller Art nahm Baker ständig legale Drogen, wie Kaffee, Coca-Cola und Nikotin zu sich.

Smith kommt zu dem Schluß: »Übermaß durch jede Art von Mißbrauch (dazu zählt Smith auch übermäßiges Essen und übermäßigen Sex; der Verfasser) ist kumulativ. Es sammelt sich an ... Ich glaube nicht, daß Aids einfach jemandem so befällt, nach einem Monat des Mißbrauchs oder so, oder nach einem Jahr oder nach zehn Jahren. Meiner Meinung nach dürfte die Art von Mißbrauch, von der wir reden – je nach Schwere – ungefähr 20 Jahre dauern, oder 30 Jahre. Aber eines Tages kommt die Abrechnung ... Aids ist die Mahnung eines Körpers, der über das erträgliche Maß hinaus mißbraucht worden ist – das ist Aids. Aids ist überhaupt keine epidemische Krankheit. Es ist die Folge einer mißbräuchlichen Lebensweise! Aber ein geschwächtes Immunsystem fällt einer Vielzahl von Krankheiten zum Opfer, die wir Aids nennen.«

Smith behandelte Baker auf natürliche Weise ohne Medikamente. Den Durchbruch schafft dann die Methode des gänzlichen Nahrungsentzugs bei gleichzeitiger Gabe aller lebensnotwendigen Stoffe, also eine Art Heilfasten. Und die Behandlung schlägt an, Baker wird wieder ganz gesund.

Zitieren wir Weber wörtlich: »Die Kollegen gratulieren Smith zu seinem Erfolg. Dieser möchte

weiteren Leuten helfen. Doch jetzt stößt er auf ein psycho-soziales Phänomen. Smith wundert sich darüber, wieso die Statistiken zum Beispiel bei Krebs (fast 500.000 Krebstote pro Jahr) heruntergespielt werden, während die Zahl der Aids-Opfer – seit 1980 weniger als 40.000, und davon nur die Hälfte Todesfälle – hochgespielt werde.

Sein Befund: ›Hinter der Aids-Hysterie stand eine riesige und mächtige Geldmaschine, die das Sagen hatte.‹

Doch es kam noch schlimmer für Smith: ›In letzter Zeit habe ich von mehreren Ärzten gelesen, die ausgestiegen sind, um sich alternativen Heilmethoden zuzuwenden. Und viele von ihnen sind in Schwierigkeiten geraten ...‹

Nachdem Baker durch den beispiellosen Einsatz von Smith von seiner lebensbedrohenden Behandlung geheilt ist, stehen die beiden Ärzte fassungslos vor dieser Situation: ›Wenn Angehörige von Heilberufen ungiftige alternative Methoden und Verfahren anwenden, sind sie Verfolgungen ausgesetzt.‹«

Dieser hier aus den USA geschilderte Fall erinnert frappierend an den in Köln lebenden Krebs-Forscher Ryke Geerd Hamer, der mit seiner alternativen Heilmethode nach beurkundeten Fällen großen Erfolg hatte, dem aber die Approbation entzogen wurde und der schon seit Jahren in der Bundesrepublik Berufsverbot hat und von der Justiz regelrecht verfolgt wird. Bislang erfolglos wird schon seit Jahren versucht, ihn gerichtlich psychiatrisieren zu lassen. Und das bloß, damit einige wenige an den Krankheiten anderer viel Geld verdienen. □

DDR-Nazis sollen vor Gericht

Auf die Ludwigshafener Erfassungsstelle für nationalsozialistische Verbrechen könnte weitere Arbeit zukommen. Jüdische Stellen sollen sich »streng vertraulich« an die Bundesregierung mit der Forderung gewandt haben, bislang unbehelligt in der DDR lebende »hohe Nazis« vor Gericht zu stellen, wollen Bonner Quellen erfahren haben.

Wie bekannt, erstreckte sich die Entnazifizierung in der DDR nur auf diejenigen »Nationalsozialisten«, die nach Kriegsende nicht bereit waren, sich politisch in der SED zu engagieren. Bekannte sich jemand jedoch zu den politischen Zielen der SED galt er als politisch geläutert und seine ehemalige nationalsozialistische Gesinnung als »Jugendsünde«.

Dies soll, so die Informationen weiter, von den jüdischen Organisationen aber nicht toleriert werden. Wenn man schon die ungeliebte deutsche (Teil-)Wiedervereinigung hinnehmen müsse, dann sollten aber als »Ausgleich« hierfür wenigstens »ehemalige Nazis ihrer gerechten Strafe zugeführt werden«.

Bundeskanzler Helmut Kohl soll diesem Vorhaben nicht strikt ablehnend gegenüberstehen, soll seine Gesprächspartner jedoch gebeten haben, mit diesen Forderungen bis nach einer gesamtdeutschen Wahl zu warten, um den rechten Rand der Unionswähler nach dem Verzicht auf die deutschen Ostgebiete nicht noch weiter zu verärgern. □

Wirtschafts-union mit der DDR keine finanzielle Belastung

Nach einer Analyse des in Köln ansässigen Institutes der deutschen Wirtschaft stellt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR mittelfristig keine finanzielle Belastung für den bundesdeutschen Haushalt dar. Lediglich in den ersten Jahren würden die Ausgaben die Einnahmen überwiegen. Mittelfristig bescherten die erwarteten Wachstumseffekte und mögliche Ausgabeneinsparungen durch die Vereinigung beider Staatskassen ein solides Plus. So könnten die bundesdeutschen Gebietskörperschaften nach Angaben der Wirtschaftsforscher von 1991 bis zum Jahr 2000 bei einem vorausgesetzten wahrscheinlichen Wirtschaftswachstum in der DDR von jährlich 7,5 Prozent mit einem Überschuß von knapp 94 Milliarden Mark rechnen.

So wird nach der Modellrechnung des Kölner Instituts die Haushaltsbelastung der bundesdeutschen Gebietskörperschaften durch die Anschubfinanzierung für die DDR-Sozialversicherung, den Schuldendienst für den Sonderfonds »Deutsche Einheit« und die besonderen Investitionshilfen zwischen 1991 und 2000 insgesamt rund 88,5 Milliarden Mark betragen. Dem stünden jedoch für denselben Zeitraum Steuermehreinnahmen durch die Integration von insgesamt 76,5 Milliarden Mark gegenüber. Hinzu kämen mögliche Haushaltseinsparungen durch Kürzung der Verteidigungsausgaben und dem Wegfall der Kosten der Teilung wie Berlin-Hilfe und Zonenrandförderung von 105,5 Milliarden Mark. □

Berlin doch deutsche Hauptstadt?

In der Frage der deutschen Hauptstadt hat sich eine überraschende Wende angebahnt. Nun sind die Chancen Berlins plötzlich doch wieder gestiegen. Hintergrund hierfür sind Absichten der – nach eigenem Sprachgebrauch – Ost-Parteien, »sich nicht von unseren Schwesterparteien im Westen unterbuttern zu lassen«. So wird von den allermeisten führenden Ost-Politikern eine Hauptstadt Bonn als »Vereinnahmung unserer Ost-Interessen« angesehen.

Die neuesten Pläne sehen so aus, daß Berlin formell Hauptstadt werden, Bonn jedoch vorerst Regierungssitz bleiben soll. Nach und nach sollen dann einzelne Ministerien und Ämter nach Berlin umziehen. Konstituierende Sitzung des Bundestags sowie andere bedeutsame Sitzungen sollen jedoch bereits in Berlin stattfinden. Um »Ängste« der Nachbar- und anderer Staaten vor dem »in der Vergangenheit imperialistischen Charakter Berlins« zu zerstreuen, soll Bundespräsident Richard von Weizsäcker auch gesamtdeutscher Präsident werden und seinen Amtssitz in Berlin haben. □

Zigeuner sollen Bleiberecht erhalten

Nach entsprechenden Forderungen der Grünen mehren sich nun auch in der sozialdemokratischen Partei die Stimmen, die den Zigeunern, die sich jetzt Sinti und Roma nennen, ein generelles Bleiberecht zu gewähren und sie auch bei fehlender Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr abzuschieben. Begründet wird dies mit der Verfolgung und »Tötung von einer halben Million Zigeunern während des Dritten Reichs«, die den Deutschen eine besondere Verpflichtung dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber auferlegten. Doch auch aus humanitären Gründen dürfte eine Abschiebung generell nicht erfolgen, da die Zigeuner auch in anderen Ländern verfolgt würden und es angesichts »unserer Wohlstandsgesellschaft eine Schande für das deutsche Volk wäre«.

In den Reihen der Unionsparteien und auch bei den meisten FDP-Offiziellen überwiegt derzeit aber noch die Absicht, nicht zuletzt auch wegen der in der Vergangenheit immer wieder festgestellten Häufung von kriminellen Delikten in der Nähe von Zigeunerlagern, diese bei Fehlens einer Aufenthaltsgenehmigung auch weiterhin abzuschieben. Allerdings machen die linken Flügel der CDU und der FDP immer mehr Druck zu einer Revidierung dieser Einstellung, so daß es nur eine Frage der Zeit sein dürftem, bis sich hier eine große Allparteien-Koalition anbahnt. □



Oder-Neiße-Linie

Legende und Wirklichkeit

Kurt Haußmann

Die Unterstellung deutscher Provinzen ostwärts der Oder und Neiße unter polnische Verwaltung wird von den Polen als Eingliederung in das polnische Staatsgebiet angesehen. Als Begründung sagen die Polen: »Polen hat im Osten Gebiete an die Sowjetunion abgeben müssen. Dafür hat es Anspruch auf Entschädigung im Westen auf Kosten deutschen Gebietes.« Aber gibt der kartenmäßige polnische Gebietsverlust im Osten Polens wirklich Recht und Anspruch auf deutsche Gebiete? Sind die polnischen Ostgebiete überhaupt als polnisches Land anzusehen? Von welchem Volk waren sie bewohnt? Wie sind sie in den polnischen Staatsverband gekommen? Welchen wirtschaftlichen Wert stellen sie dar? Amtliche polnische Ziffern und historische Tatsachen geben darauf die Antwort.

Es steht heute außer Zweifel, daß es Stalins Idee gewesen ist, die Wegnahme der bis 1939 zur Republik Polen gehörenden Ostprovinzen mit einer Gebietskompensation auf Kosten der deutschen Ostgebiete den Polen plausibel zu machen.

Ein Handel mit Menschen und Provinzen

Stalin wollte damals folgendes erreichen: Über ein weit nach Westen vorgeschobenes und zu bolschewisierendes Polen seinen Machtbereich bis weit nach Mitteleuropa vorantreiben. Durch die bewußte Setzung eines Unrechts jede deutsch-polnische Annäherung für die Zukunft zu verhindern. Durch das betonte Junktim zwischen dem Verlust der polnischen Ostgebiete und der Ausdehnung Polens nach Westen Polens Entscheidungsfreiheit im Westen völlig von der Sowjetunion abhängig machen.

Dieses von Stalin in genialer Niedertracht eingebrachte Junktim ist leider nicht nur in kommunistischen Kreisen zu einem der Hauptargumente polnischer Ansprüche geworden, sondern wird befremdlicherweise auch in den Kreisen der westlichen Polen und ihrer Anhänger zur Stützung ihrer Position bezüglich der polnischen Westansprüche verwendet. Daß zwischen den beiden zur Diskussion stehenden Gebieten, nämlich den deutschen Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße und den von Polen im Frieden von Riga den Russen abgenommenen Gebiete jenseits der Curzon-Linie ganz wesentliche Unterschiede bestehen, wird allerdings zumeist verschwiegen. Es wird daher ohne Berücksichtigung politischer oder ideologischer Aspekte zu untersuchen sein, wie weit Polens Ansprüche auf ihre Ostgebiete sich auf ethnische Momente und auf solche der politisch-kulturellen Aufgabenstellung stützen dürfen. Unberührt von dieser Untersuchung bleibt der unbestreitbare Rechtssatz, daß die Annexion eines Gebietes keine Ansprüche des Geschädigten gegen einen Dritten begründet. Schon Wilson sagte in seinen »Vier Prinzipien«, der Handel mit Menschen und Provinzen – so also wären sie Figuren in einem Spiel – sei zu verurteilen.

Die Ostgrenze des polnischen Gebietes

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands 1918 standen die alliierten und assoziierten Hauptmächte vor der Aufgabe, Wilsons Punkt 13, nämlich die Aufrichtung eines polnischen Staats »auf dem unbestreitbar von Polen bewohnten Gebiet« vorzubereiten. Die Abgrenzung Polens nach Osten wurde einer Kommission übertragen, die sich die Aufgabe setzte, die Grenzlinie auf Grund sorgfältiger ethnographischer Untersuchungen mit Berücksichtigung strategischer Momente zu ermitteln und festzulegen.

Es liegt – den damaligen politischen Verhältnissen entsprechend – auf der Hand, daß das Wohlwollen der Kommission bei Polen lag, es mußte im Interesse der Westalliierten sein, dem bolschewistischen Rußland nicht mehr Land zu überantworten, als es die ethnographische Gegebenheiten erforderten.

Infolge der undurchsichtigen und sich ständig wandelnden militärischen Lage in Galizien beschränkte sich die Arbeit der Kommission zunächst nur auf eine Grenzabsteckung im ehemals russischen Raum. In der endgültigen Fassung – wie sie in der Note vom 11. Juli 1920 vorliegt – wird die Linie, die nunmehr als garantierte Grenze in Erscheinung tritt, über die ehemals österreichische Grenze hinaus geführt und läßt Lemberg außerhalb Polens. Diese Note, die die Unterschrift des damaligen britischen Außenministers Curzon trägt, gibt der Grenze den Namen »Curzon-Linie«.

Polen, das sich in weite militärische Feldzüge nach Osten eingelassen hatte, arbeitet mit allen Mitteln gegen diesen Grenzverlauf, der polnische Ministerpräsident Wladyslaw Grabski muß jedoch schließlich diese Grenze anerkennen, auch der polnische Staatsverteidigungsrat bestätigt Grabskis Anerkennung. Allerdings erkauft sich Polen mit dieser Anerkennung die Beistandspflicht der Westmächte, und nicht zuletzt mit Hilfe der darauf-



Teheran: Den Sowjets wird ein »Stalingrad.-Schwert« überreicht. Hauptthema der Konferenz: Das Schicksal des Deutschen Reiches. Roosevelt ist nur für fünf deutsche Staaten.

hin nach Polen entsandten französischen und englischen Militärmissionen enden die polnisch-sowjetischen Kriegshandlungen mit einer sowjetischen Niederlage.
Polen zwingt auf Grund der günstigen militärischen Lage die Sowjets im Frieden zu Riga – 18. März 1921 – zu einer Grenzziehung, die weit in das ukrainische-weißruthenisch und litauisch besiedelte Gebiet hineingreift und die ethnographischen Ermittlungen der Kommission der Westmächte wie auch die Anerkennung der Curzon-Grenze durch die Grabski-Regierung außer acht läßt. Die Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 erklärt ihre Anerkennung des Rigaer Grenzverlaufs.

Stalins Sprungbrett nach Europa

Die nach der Botschafterkonferenz von Spa im Jahr 1920 eroberten Gebiete im Osten hatten eine Gesamtbevölkerung von 11,8 Millionen, davon waren nach polnischen amtlichen Quellen nur 4,7 Millionen Polen.
Polen vereinnahmte mit den eroberten Gebieten einen so starken nichtpolnischen Bevölkerungsteil, daß es damit den von Wilson aufgestellten Grundsatz eines Staates »mit unbestreitbarer polnischer Bevölkerung« und damit die ideele Basis seiner Existenz zunichte machte.
Von 1921 bis 1939 befinden sich die Gebiete jenseits der Curzon-Grenze im Hoheitsbereich der Republik Polen. Polen verbindet mit diesen Gebieten eine Tradition kulturmissionarischer Art. Es beschwor die sogenannten jagiellonische Idee der brüderlichen Zusammenfassung der slawischen Stämme unter der Führung der Polen. Die Durchführung dieser Idee äußert sich jedoch in ihrem krassem Gegenteil: Drangsalierung der nichtpolnischen Bevölkerung, scharfe Assimilationspolitik führen zu immerwährenden Unruhen der betroffenen Volksstämme. Auch die wirtschaftliche Vernachlässigung dieser Gebiete durch die polnische Zentralregierung war von erschreckenden Ausmaßen.
1939 nimmt die Sowjetunion den Zerfall des polnischen Staates zum willkommenen Anlaß, Riga »zu korrigieren«. Sie inkorporiert einen Gebietsstreifen, dessen westliche Begrenzung in etwa der Curzon-Linie folgt. Bezeichnenderweise erfährt diese Maßnahme bei der britischen Regierung eine sehr nüchterne Kommentierung.

Der damalige britische Außenminister Lord Halifax erklärt Ende Oktober vor dem Oberhaus, die Maßnahme der Sowjets bestünde darin, »ihre Grenze bis zu der Linie vorzurücken, die im wesentlichen der zur Zeit der Versailler Konferenz von dem damaligen Außenminister Lord Curzon empfohlenen Grenze entspricht«.

Als nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion diese zum Verbündeten der Westmächte wird, beharren die Sowjets auf ihren westlichen Gebietserwerbungen in Polen. Der sowjetische Botschafter in London, Majski, lehnt es sogar ab, mit der polnischen Exilregierung darüber auch nur zu verhandeln. So bleibt bei dem polnisch-sowjetischen Bündesvertrag vom 30. Juli 1941, die Frage der polnischen Ostgrenze unerwähnt.

Warnungen haben keine Wirkung

Auch der englisch-sowjetische Bündesvertrag vom 26. Mai 1942 übergeht das polnisch-sowjetische Grenzproblem. Schon vorher, im Dezember 1941, taucht in den Verhandlungen die Kompensationstheorie auf. Die polnische Exilregierung sieht darin die große Gefahr der Verkettung Polens mit der Sowjetunion. Im Spätsommer 1943 warnt der polnische Botschafter Ciechanowski die mit der Vorbereitung der Außenministerkonferenz von Moskau beschäftigten Außenminister Eden und Hull vor dem Verfahren einer Gebietskompensation, da damit Polen von der Sowjetunion abhängig gemacht werde und die Sowjetunion dadurch ein Sprungbrett nach Zentraleuropa erhalte.
Die Warnung hat keine unmittelbare Wirkung. Vor der Teheraner Konferenz warnt der polnische Ministerpräsident Mikolajczyk den Präsidenten Roosevelt vor der Anwendung einer Kompensation. Es ist übrigens bezeichnend, daß die Kompensationstheorie auf polnischer Seite zu jenem Zeitpunkt nur von kommunistischen Politikern vertreten wird.

Oder-Neiße-Linie

Legende und Wirklichkeit

Der Westen versucht immer wieder, die sachlichen Momente in den Vordergrund zu spielen. So bekennt H. N. Brailsford: »Aus der Tatsache, daß die Russen von Polen ein Gebiet nehmen werden, auf das es ethnographisch wenig Anspruch hat, folgt noch nicht, daß Polen von den deutschen ein Gebiet nehmen sollte, auf das es überhaupt kein Recht hat; das gesamte neue Gebiet, das Polen zu annektieren wünscht, ist von Grund auf deutsch.«

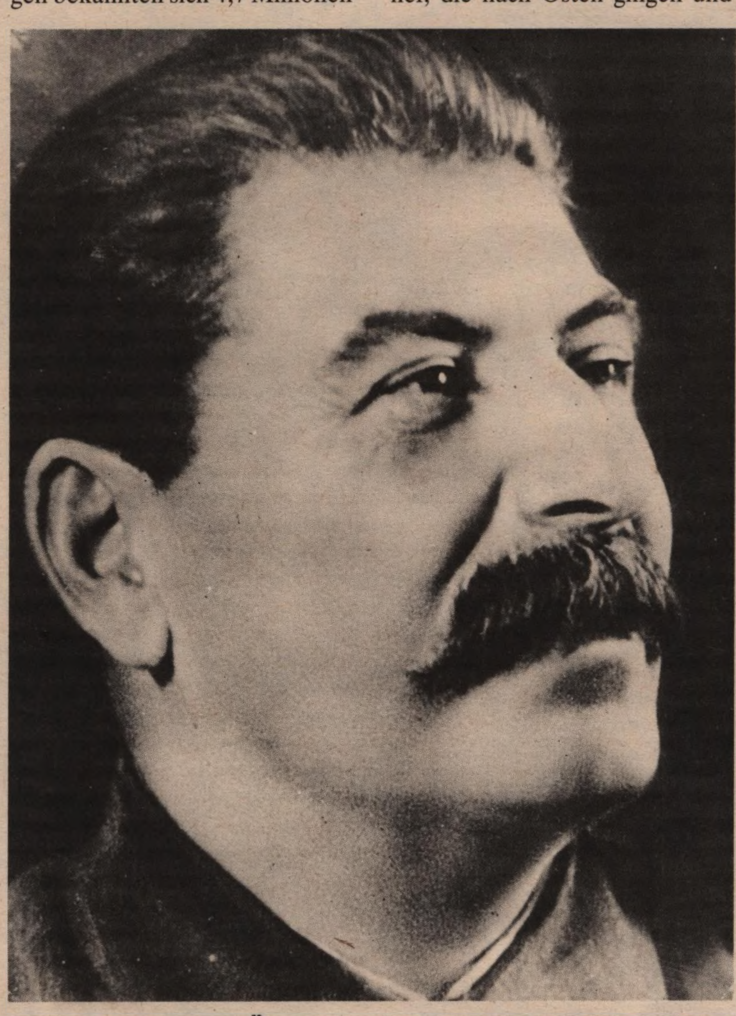
In Teheran ist es Stalin, der die für die Sowjetunion ethnographisch günstige Ausgangssituation ausweitet und für einen indirekten Vorstoß seines Machtblokkes nach Mitteleuropa hinein mißbraucht. Er fordert die Westkompensation für Polen.

Unter Zugrundelegung ausschließlich amtlicher polnischer Angaben, und zwar der in den Statistischen Jahrbüchern des polnischen Statistischen Hauptamtes ausgewerteten Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1931, ergibt sich für die sogenannten Ostwojewodschaften folgendes Bild:

Wilna: Im Wilnaer Gebiet wohnten Polen, Litauer und Weißruthenen. Die Polen und Litauer sind fast ausschließlich katholischen Bekenntnisses. Die Weißruthenen sind es zum Teil. Beim Vergleich des Bevölkerungsanteiles der Polen und der Katholiken ergibt sich eine Differenz von 2,8 Prozent Katholiken nichtpolnischen Volkstums – eine unglaubwürdige Zahlenkombination, da es allein an Litauern mehr gegeben hat, als diese Differenz ausdrückt.

Nowogrodek: Laut der Statistik hätte es im Bezirk Nowogrodek 7,8 Prozent nicht-katholischen Bekenntnisses gegeben, vorausgesetzt, daß die 40,2 Prozent Katholiken alle Polen gewesen sein sollen. Dies ist nicht der Fall.

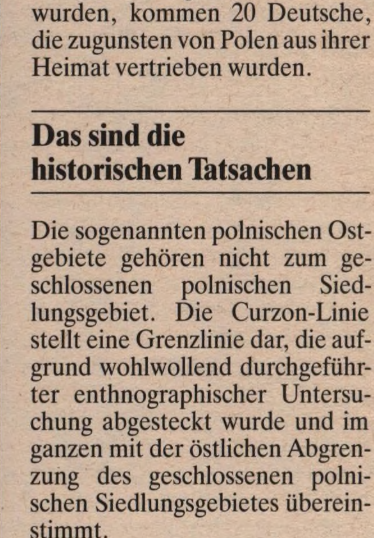
Lemberg: Nach der polnischen Statistik müßte es im Lemberger Bezirk 11,7 Prozent Polen nicht-katholischen Bekenntnisses gegeben haben, was zu Schlüssen auf die Glaubwürdigkeit führt.



Stalin plante einen Überfall auf das Deutsche Reich, Hitler kam ihm jedoch mit dem Kriegsbeginn um einige Wochen zuvor.

Braucht Polen die deutschen Gebiete?

Die polnischen Ostgebiete hatten nach der polnischen Volkszählung von 1931 einen Bevölkerungsstand von 11,8 Millionen. Nach dem polnischen Erhebungen bekannten sich 4,7 Millionen zum Gebrauch der polnischen Muttersprache. Abgesehen von der möglichen Unglaubwürdigkeit der polnischen Zahlenangaben spricht allein auch die Tatsache dagegen, daß wenig mehr als 1,5 Millionen Polen aus jenen Gebieten sich in den Jahren nach 1944 nach Polen transferieren ließen.
Es wird von polnischer Seite besonders mit dem Hinweis darauf operiert, daß die aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete nun nach Polen zurückgesiedelten Polen Raum brauchten. Allein aus diesem Grunde schon brauche Polen die deutschen Ostgebiete.
Dazu ist auf die amtlichen polnischen Daten zu verweisen, die eindeutig feststellen, daß Polen durch die Bevölkerungsverschiebungen keinerlei Bevölkerungszuwachs erfahren hat. Auf die rund 1,5 Millionen aus dem Osten eingeströmten Polen kommen etwa 0,5 Millionen Ukrainer, die nach Osten gingen und 1,0 bis 1,2 Millionen Volksdeutsche, die bereits vor 1939 im damaligen Polen gelebt hatten und ihre Höfe, Arbeitsplätze und Heime verlassen mußten. Etwa 200.000 kamen im Zuge der Vertreibung um.
Polen konnte also seine Landsleute aus dem Osten unterbringen, ohne auch nur einen Quadratmeter deutschen Bodens in Anspruch zu nehmen. Die nachstehende Statistik, für deren Richtigkeit das polnische Statistische Hauptamt heranzuziehen ist, zeigt die genaueren Zahlen dieser Bevölkerungsverschiebung.
Es kamen nach Polen aus den abgetretenen polnischen Ostgebieten 1.503.263 Menschen. Es verließen Polen: Ukrainer und Weißruthenen 518.219; Volksdeutsche, die bereits vor 1939 in Polen gelebt hatten über eine Million; insgesamt sind das über 1.500.000 Menschen.



Wo ist hier die Notwendigkeit, Raum für einen »Überschuß« zu schaffen? Wo ist hier die Notwendigkeit, deutsches Staatsgebiet zu annektieren.
Das Verhältnis der Vertreibung ist 20:3. Auf drei Polen, die von der Bevölkerungsverschiebung an Polens Ostgrenzen betroffen wurden, kommen 20 Deutsche, die zugunsten von Polen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Das sind die historischen Tatsachen

Die sogenannten polnischen Ostgebiete gehören nicht zum geschlossenen polnischen Siedlungsgebiet. Die Curzon-Linie stellt eine Grenzlinie dar, die aufgrund wohlwollend durchgeführter enthnographischer Untersuchung abgesteckt wurde und im ganzen mit der östlichen Abgrenzung des geschlossenen polnischen Siedlungsgebietes übereinstimmt.
Die Curzon-Linie wurde von Polen ursprünglich verbindlich als Ostgrenze anerkannt.
Die sogenannten polnischen Ostgebiete wurden 1921 entgegen verbindlichen Verträgen und Akten mit militärischen Mitteln an die Republik Polen angeschlossen. Sie gehörten keine 20 Jahre zu Polen. Jeder Vergleich ihres Verlustes mit dem Verlust der über 800 Jahre von Deutschen besiedelten deutschen Ostgebiete offenbart nur die totale Geschichtsunkenntnis der Verfechter solcher Argumente.
Auf drei Polen, die ihre östliche Heimat verließen, kommen 20 Deutsche, die vertrieben wurden. Die Umsiedlung der 1,5 Millionen Polen aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete nach Polen rechtfertigt in keiner Weise eine polnische Landnahme im Westen da die repatriierten Polen ohne die geringste Schwierigkeit im polnischen Siedlungsraum untergebracht werden konnten, ohen die Bevölkerungsdichte Polens zu steigern. □

Europäische Gemeinschaft

Einfluß auf die Wiedervereinigung

Klaus Glaner

Angesichts der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der kurz bevorstehenden (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands ist eins der Hauptprobleme der Zukunft, der europäische Binnenmarkt und die vorangestrebte europäische Einigung überhaupt, immer mehr in den Hintergrund gerückt. Dabei gewinnt dieses Thema angesichts der deutschen Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Denn obwohl das (teil-) wiedervereinigte Deutschland dann mit Abstand die wirtschaftlich stärkste europäische Nation sein wird, soll sein Einfluß auf die Gestaltung der EG weiter abnehmen oder im besten Fall nur gleichbleiben.

Es hat sich zum Beispiel der frühere französische Ministerpräsident Giscard d'Estaing gegen ein stärkeres Stimmrecht Deutschlands nach erfolgter Vereinigung mit der DDR ausgesprochen. Dabei muß nach Ansicht des Franzosen die Zahl der deutschen Stimmen im EG-Ministerrat gleichbleiben, ebenso wie die Zahl der Abgeordneten im EG-Parlament. Mehr deutsche EG-Kommissare lehnte d'Estaing ebenfalls ab. Diese Ansicht wird, wenn gleich sie auch noch nicht offiziell herausposaunt wird, von den Regierungen aller EG-Staaten geteilt. Einig ist man sich aber darüber, daß das (teil-)wiedervereinigte Deutschland angesichts seiner wachsenden wirtschaftlichen Stärke mehr Gelder in die angesichts der ständigen Mißwirtschaft bankrotte EG-Kasse einzahlen soll.

Was heißt Souveränität?

Zwar wird der Bundesrepublik Deutschland von allen anderen EG-Staaten immer wieder versichert, man unterstütze »voll und ganz die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten«, nichtsdestotrotz wird versucht, auf die Art und Weise, wie diese erfolgen soll, massiv Einfluß zu nehmen.

Eindeutig abgelehnt wurde von den elf EG-Partnern der Bundesrepublik ein nach Vollzug der Vereinigung neutrales Deutschland. Der frühere belgische Ministerpräsident Tindemans erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß sein Land in den vergangenen 400 Jahren mehr als 500 Kriege habe ertragen müssen und schon deshalb ein großes Interesse daran habe, daß ein vereintes Deutschland fester Bestandteil eines föderalen Europas und einer europäischen Friedensordnung »ohne Feinbilder« sei. Herr Tindemans scheint nur vergessen zu haben, daß an diesen 400 Kriegen Deutschland mit den geringsten Anteil hatte. Er sollte diese Worte besser an die Regierungschefs einiger anderer im EG-Parlament sitzender Staaten richten.

Soziale Hängematte der EG

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Craxi, der für die Sozialisten im EG-Parlament sitzt, äußerte sich ähnlich und forderte für die kleineren Länder sogar Sicherheitsgarantien. Und das von einem Politiker eines Landes, das ohne den geringsten Grund am 28. Oktober 1940 in Griechenland einfiel und sich dabei trotz militärischer Übermacht so blamabel anstellte, daß die deutsche Wehrmacht entgegen der ursprünglichen Absicht Hitlers doch noch eingreifen und ihrem Verbündeten, der Deutschland nur wenige Jahre später den Rücken kehrte und binnen weniger Tage gegen das Deutsche Reich kriegerische Handlungen begann, aus der Misere helfen mußte.

Wie sehr Deutschland als soziale Hängematte der EG mißbraucht werden soll und bereits wird, zeigen auch Beispiele der jüngsten Rechtsprechung der EG. Danach muß Deutschland den hier arbeitenden Angehörigen anderer EG-Staaten selbst dann Kindergeld für ihre Söhne und Töchter zahlen, wenn diese auch weiterhin in ihrem Heimatland wohnen. Nun gibt es auch noch Pläne, dies auch auf das Arbeitslosengeld auszudehnen. Danach soll für alle Familienangehörigen die Arbeitslosenregelung desjenigen Landes gelten, in dem der Haushaltsvorstand lebt und arbeitet. Diese Liste ließe sich noch beliebig verlängern.
Wer nun aber geglaubt hat, Bundeskanzler Kohl würde darauf drängen, daß das (teil-)wiedervereinigte Deutschland, das mit Abstand bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste EG-Land, in Zukunft in den EG-Gremien zumindest nicht unterrepräsentiert ist, sah sich – wie leider nicht anders zu erwarten war und ist – aber getäuscht!

Ein »europäisches« Deutschland

So erklärte der Kanzler, Bonn stehe »ohne Wenn und Aber zur europäischen Verantwortung« und er wolle die »die Beschleunigung der europäischen Einigung«. Er stellte »unmißverständlich« klar, daß die Bundesregierung »keine entscheidenden Schritte zur Wiedervereinigung ohne engste Abstimmung mit der EG-Kommission und den elf deutschen EG-Partnern« vornehmen werde. Und Bundesaußenminister Genscher meinte sogar: »Wir wollen ein europäisches Deutschland.«
Mit keinem Wort wurde aber von diesen beiden Politikern die Abstellung des übergroßen Einflusses speziell der Franzosen, aber auch der südeuropäischen Länder auf die EG bei gleichzeitiger angemessener Beteiligung Deutschlands auf die Gestaltung der EG gefordert. Dafür forderte der derzeitige Präsident des Europarats, der portugiesische Außenminister Joao de Deus Pinheiro, daß die USA und Kanada mehr in die Gestaltung eines »globalen Europas« eingebunden werden sollen. Warum dieses Angebot nicht auch noch auf Australien und Neuseeland ausdehnen, kann man da nur fragen.

Wie verlogen die ganze Idee einer »Europäischen Gemeinschaft« in Wirklichkeit ist, zeigt das Beispiel der Türkei. Das Land hatte am 14. April 1987 den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG gestellt und gehofft, daß dieser Schritt bis Anfang der neunziger Jahre vollzogen sein könnte. Nunmehr bekam Ankara aber aus Brüssel zu hören, angesichts der schlechten, die Gemeinschaft nur belastenden ökonomischen Situation des Landes und wegen der Unwägbarkeiten in Fragen der Menschenrechte stehe ein Beitritt der Türkei nicht auf der Tagesordnung.

Einige Länder wollen sich nur sanieren

Sicherlich stimmt es, daß ein EG-Land Türkei eine große finanzielle Belastung für die gesamte Europäische Gemeinschaft dargestellt hätte und die ungehinderte Arbeitsfreiheit wohl zu einem Massenansturm von Türken besonders in die Bundesrepublik, aber auch in andere westeuropäische Länder geführt hätte – was man aber über bilaterale Verträge hätte einschränken können –. Doch darf dies der Maßstab sein? Kann eine »Europäische Gemeinschaft« das Wort »Europäisch« denn wirlich in ihrem Namen führen, wenn Ländern Europas der Beitritt in diesem Gremium aus, und dies muß doch ehrlicherweise gesagt werden, vorgeschobenen, rein opportunistischen Gründen verwehrt wird?

Der Fall Türkei zeigt die Wirklichkeit. Einige Länder, und hier sind vor allem Frankreich und die südeuropäischen Länder zu nennen, wollen nur Staaten zulassen, die ihre maroden Wirtschaften subventionieren, und die vor allem auch eine ihnen genehme Politik vertreten. Möchte aber ein Land EG-Mitglied werden, das diese Bedingungen eben nicht erfüllt, wird es mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Und dann wagen es diese Politiker noch, das Wort von einer von ihnen gewünschten »Europäischen Einigung« im den Mund zu nehmen. □

Gründerwelle in der DDR

Eine gigantische »Gründerwelle« sieht der Kieler Wissenschafter Professor Dr. Wolfgang Seiffert auf die DDR zurollen. Schon heute lägen mitteldeutschen Behörden 100.000 örtliche Anträge für Gründung kleiner und mittelständischer Betriebe vor. Bis 1992 könnten dies über 500.000 Gründungen sein, einschließlich der aus Westen nach Osten strebenden Unternehmer. Beim Mengler-Kamingespräch in Kronberg sagte der Direktor des Instituts für Recht, Politik und Gesellschaft der sozialistischen Staaten an der Universität Kiel: »Viele werden auf die Nase fallen, aber das ist nun mal so in der Marktwirtschaft.«

Der frühere Vizepräsident der »Gesellschaft für Völkerrecht der DDR« vergleicht die Bundesrepublik mit »einem, der das Erbe nicht ausschlagen kann«. Die DDR brauche Hilfe – nach Auffassung Seifferts 300 Milliarden Mark. Allerdings würde der Westen auch beträchtliche Kosten »sparen« – jährlich 30 Milliarden Mark für die Berlin-Förderung, 20 Milliarden DM für die Zonenrand-Förderung und regelmäßige Direktzahlungen an die DDR von 2,5 bis fünf Milliarden DM, was sich allein auf circa 55 Milliarden Mark pro Jahr addiere. Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik schätzt Seiffert durch den »Wiedervereinigungseffekt« 1990 auf vier Prozent, in der DDR hält er jährlich Wachstumsraten von circa sieben Prozent für wahrscheinlich.

Die Risiken am DDR-Arbeitsmarkt charakterisiert Seiffert wegen der vielen Firmengründungen und wegen des »unerhörten« gesellschaftlichen Nachholbedarfs an Gütern und Dienstleistungen als akzeptabel. Per Saldo rechnet er mit einem Arbeitslosen-Potential von 300.000 bis 500.000. Wer flexibel und lernwillig sei, habe seine Chance.

Die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Wiedervereinigung werde durch den Staatsvertrag gelegt, unter anderem durch die Möglichkeit des Grundeigentums für Investoren; es sei notwendig als Beleihungsgrundlage bei der Kapitalbeschaffung.

Seiffert kritisierte das oft »kleinkarierte Denken« zahlreicher Menschen im Prozeß der Annäherung beider deutschen Staaten. Vor exponierten Vertretern aus Wirtschaft und öffentlichem Leben setzte er sich für eine rasche Wiedervereinigung ein – »für jede sich verändernde politische Situation, auch in der Sowjetunion, ist die Wiedervereinigung ein irreversibler – nicht rückgängig zu machender – Fakt, wir dürfen diese einmalige geschichtliche Chance nicht verspielen«. □

Taiwan und sein Rundfunkschiff

Die Regierung in Taipei, Republik China, gab bekannt, sie werde sich nicht durch Drohungen aus Peking einschüchtern lassen und dem Rundfunkschiff des Widerstandes »Goddess of Democracy« (»Göttin der Demokratie«) gestatten, auf der Insel in Dock zu gehen.

»Ich glaube nicht, daß unsere Regierung wegen der wiederholten Drohungen und Warnungen der kommunistischen Regierung Chinas ihre Grundeinstellung ändern sollte«, äußerte der Regierungssprecher Liao Cheng-hao im staatlichen Rundfunk.

Der »Red Chinese« klagte an: »Taiwanische Behörden haben sich auf vielfache Weise in die regierungsfeindliche Rebellion des vergangenen Jahres in Peking eingemischt.«

Ein Kommentator der Nachrichtenagentur Xinhua hehauptete, die Regierung von Taiwan finanziere das sich in französischem Besitz befindliche Schiff, und fügte hinzu: »Dies stellt eine offene Herausforderung dar.«

Sponsoren sagten, das Schiff habe auf dem Weg nach Singapur fünf Tage lang keinen Funkkontakt mehr gehabt. »Wir können verstehen, daß schlechtes Wetter auf der ganzen Route und Strömungen der Schiffsbesatzung sehr zu schaffen gemacht haben«, meinte Christophe Nick, Reporter für die französische Zeitschrift »Actuel«, einer der Sponsoren des Schiffes, »aber wir verstehen nicht, warum das Schiff keine Verbindung aufgenommen hat. Wir waren über die Leute an Bord sehr besorgt.«

Nachdem es im April an Gibraltar vorbei in den Atlantik gefahren war, wurde das Schiff ständig von chinesischen Schleppnetz-Fischerbooten beschattet. Die Organisatoren »glauben jedoch nicht, daß die Situation an einem kritischen Scheideweg angelangt ist«, heißt es in einer in Paris herausgegebenen Erklärung. □

Weltbank und IWF der Verletzung von Menschenrechten angeklagt

Davison Budhoo, der aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zurücktrat, um damit gegen die völkermordenden Praktiken dieser Institution gegen die Dritte Welt zu protestieren, klagte auf einer Pressekonferenz in Washington an, daß der IWF eine »systematische Verletzung meiner Menschenrechte und die anderer, die mit meiner Arbeit verbunden sind, betreibt«.

Budhoo, der eine Pressekonferenz abhielt, um die Veröffentlichung seines Buches »Enough is Enough; Dear Mr. Camdessus« und seines offenen Rücktrittschreibens an den Generaldirektor des IWF bekanntzugeben, sagte, die Belästigung seiner Person seitens des IWF habe »insbesondere seit Oktober vergangenen Jahres stark zugenommen. Ich werde das nicht mehr lange dulden.«

Eine Reihe hoher Beamte des IWF und seiner Schwesterinstitution, der Weltbank, sind ebenfalls zurückgetreten und haben gegen ihre ehemaligen Arbeitgeber schwere Geschütze aufgefahren. Budhoo zitierte in diesem Zusammenhang den Personaldirektor der Weltbank, Dr. Michael Irwin, der in einem vom »Wall Street Journal« veröffentlichten Brief geschrieben hatte, er sei der »aufgeblähten und überbezahlten Bürokratie, der verschwenderischen Praktiken, des erbärmlichen Managements und der ungerechtfertigten Überheblichkeit der Bank« überdrüssig.

David Knox, ehemaliger Direktor der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik, ist ein weiterer ehemaliger Angestellter, der die Politik des IWF und der Weltbank verurteilt hat, enthüllte Budhoo. Knox habe die Behandlung der Auslandsschulden Lateinamerikas angegriffen und gesagt, die Schuldnerländer hätten keine andere Wahl als Nichterfüllung auf breiter Basis. □

Gläubiger-Nationen haben Probleme mit dem Brady-Plan

Aus dem amerikanischen Institute of International Finance verlautet, daß der Brady-Plan des US-Finanzministers, der darauf abzielt, die Schuldenbegleichung durch die Länder der Dritten Welt zu gewährleisten, »zu einem Rückgang an Disziplin im internationalen Finanzwesen und zur Ansammlung von Zahlungsrückständen bei Handelsbanken und bei offiziellen Stellen geführt hat«.

In dem Bericht des Institute of International Finance, das die großen Gläubigerbanken repräsentiert, wird geschätzt, daß sich die Gesamtzahlungsrückstände an Handelsbanken von 14,37 Milliarden auf 18,15 Milliarden Dollar seit Anfang des Jahres, von 6,45 Milliarden Dollar seit Ende 1988 erhöht haben. Diese »Fehlpolitik« habe ansteckende Auswirkungen, die das eigene Zahlungsrückstandsproblem des Internationalen Währungsfonds (IWF) verschlimmern könnte, heißt es in dem Bericht. Es wird empfohlen, daß der IWF zu seiner Verfahrensweise zurückgreifen sollte, solange kein Geld an ein Land zu verleihen, bis es

seine Rückstände an die Banken beglichen hat.

In dem Bericht mit der Überschrift »Improving the Official Debt Strategy – Arrears Are Not the Way« (»Verbesserung der offiziellen Schulden-Strategie – Rückstände sind nicht der richtige Weg dazu«) wird der Brady-Plan als unterfinanziert und nicht flexibel genug bezeichnet. Abkommen über Schuldenerlasse seien für die Banken nicht freiwillig erfolgt, so wird behauptet, sondern »fast befehlsmäßig«. Der Brady-Plan habe auch die freiwillige Schuldenabtragung verlangsamt, die sich 1989 auf 11,33 Milliarden Dollar belaufen haben, im Vergleich zu 18,38 Milliarden Dollar im Jahr 1988. □

Ziel der Trilateralen heißt Merkantilismus

»Merkantilistische Praktiken« oder was in den Vereinigten Staaten das »amerikanische System« der Politwirtschaft genannt wird, sind das eigentliche Problem in der lateinamerikanischen Wirtschaft, heißt es in einem soeben freigegebenen Bericht der Trilateralen Kommission.

In dem Bericht wird beklagt, daß die Ursache der lateinamerikanischen Wirtschaftskrise nicht in äußeren Faktoren wie Internationaler Währungsfonds (IWF) oder Außenwirtschaftspolitik der industrialisierten Länder, sondern eher in »lange schwärenden Fehler in den Wirtschaftsinstitutionen der Region und in der ganzen begrifflichen und politischen Annäherung an die Entwicklungsfrage« seitens dieser Region zu finden sei.

Die führenden Persönlichkeiten der Region haben endlich erkannt, daß »die Wurzeln des Fehlschlags tief in der Region, ihren jeweiligen Regierungen und in deren Wirtschaftspolitik liegen«. Einer dieser Fehler, so wird erklärt, »kann von den merkantilistischen Praktiken ihrer ehemaligen Kolonialherrscher hergeleitet werden – Traditionen, die stets sehr viel Einmischung der regierungsseitigen Bürokratie in die lokale Wirtschaft bedeuten«. □

Warnung vor einer nationalen Tragödie in den USA

Eine von Senator Jay Rockefeller IV. geleitete staatliche Kommission warnte vor einer »erschütternden nationalen Tragödie« wegen der Verarmung von Kindern. Sie weist warnend darauf hin, daß die Zukunft Amerikas bedroht sei, weil Kinder die ärmste Altersgruppe in den Vereinigten Staaten ausmachen.

Das Gremium hat unter anderem festgestellt: Mehr als eine halbe Million Kinder leiden unter Unterernährung und 100.000 sind obdachlos; 1987 habe sich die Quote der Armen für schwarze Kinder auf 45 Prozent, für hispanische auf 39 und für weiße Kinder auf 15 Prozent belaufen; eines von vier Kindern aus städtischen Bereichen ist arm, und diese haben geringere Chancen, Unterstützung zu bekommen als Kinder aus ländlichen Gegenden.

Das Gremium, das 1987 durch den amerikanischen Kongreß gebildet wurde, stellte fest, daß Armut, mehr als jeder andere Faktor, amerikanische Kinder der Gefahr langfristiger Probleme, darunter schwache Gesundheit, aussetze. Es wurde keine Empfehlung abgegeben, aber ein Mitglied der Kommission, Dr. Barry Brazelton, Professor für Kinderkrankheiten an der Harvard University, sagte, wenn diesen Kindern nicht geholfen wird, dann wird das der amerikanischen Regierung Milliarden Dollar kosten: »Sie werden die Terroristen der Zukunft sein!« □

Die Finanzkrise der Sowjetunion

Die führende amerikanische Wirtschaftsexpertin Judy Shelton schildert in ihrem Buch »The Coming Soviet Crash«, daß die Finanzkrise in der Sowjetunion weit schlimmer ist, als im Westen allgemein vermutet wird. Judy Shelton zeigt auf, daß eine galoppierende Inflation und ein riesiges Haushaltsdefizit die sowjetische Wirtschaft zerstören.

Gorbatschow wurde dadurch zu unorthodoxen Maßnahmen gezwungen, um den Kreditstrom aus dem Westen neu anzuregen. Es war nicht erst Gorbatschow, sondern vor ihm schon KGB-Chef und Staatspräsident Andropov, der die neue »Öffnungspolitik« Glasnost und Perestroika als taktische Maßnahme eingeführt hat, um den Westen einzulullen und die Sowjetunion vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch den zahlreichen Besuchen David Rockefellers und seines Beraters, Henry Kissinger, in Moskau in den letzten Jahren zu, die an den Planungen nicht unbeteiligt gewesen sein dürften. Die Öffnung zum Westen, die geringfügigen Reformen unter Gorbatschow, »der Demokratisierungsprozeß« in den Ostblockländern und Deutschlands Wiedervereinigung sind notwendige Schritte, um das rote Imperium der internationalen Banker vor dem Zusammenbruch zu retten und dienen gleichzeitig als Anpassungsprozeß für die Verschmelzung der beiden Systeme hin zum angestrebten Weltstaat. □

Indiens Tehri-Damm-Projekt bekommt grünes Licht

Das sich auf zwei Milliarden Dollar belaufende Tehri-Damm-Projekt im indischen Staat Uttar Pradesh, das vor einigen Monaten von Umweltschützern gestoppt und einer weiteren Überprüfung unterzogen werden mußte, erhielt nunmehr die endgültige Billigung durch die indische Regierung. Der durch das Kabinett des Premierministers V. P. Singh zusammengesetzte fünfköpfige Ausschuß, der sich mit den Gesichtspunkten der Sicherheit befassen soll, die in einem früheren Überblick des Umwelt-Ministeriums angezweifelt worden waren, kam zu dem Schluß, daß alle sich aus der Seismik des Standorts des Projektes ergebenden Fragen berücksichtigt worden seien, und daß die Konstruktion des Dammes nun voll und ganz den Sicherheitsvorschriften entspreche.

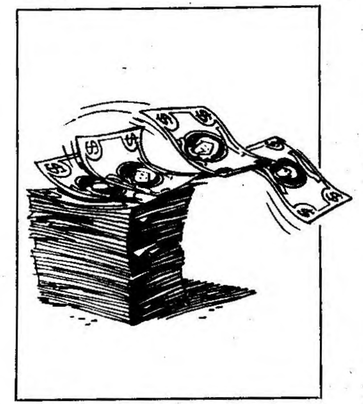
Der Vorsitzende der Tehri Hydro Development Corporation gab bekannt, daß das Projekt bis spätestens 1996, vier Jahre vor der Planung, fertiggestellt werde, vorausgesetzt, daß keine Unterbrechung in der Finanzierung eintrete. □

US-Bank verklagt Rotchina

Die First National Bank of Chicago verklagt die National Machinery and Equipment Import and Export Corporation der Volksrepublik China in Hongkong wegen 14,65 Millionen Dollar und mehr aus der Nichterfüllung von Darlehensverpflichtungen erwachsenen Zinsen.

Der Fall wird von Bankern, die wegen einer riesigen nicht anerkannten Schuld nervös geworden sind, genau beobachtet. Staatseigene chinesische Firmen und ihre Joint-Ventures-Partner haben über die letzten zehn Jahre hinweg bis zu 70 Milliarden Dollar an Auslandsdarlehen aufgenommen, für die sich die Regierung verbürgt hat und von denen noch viele offenstehen.

Peking hat soeben eine Inspektion dieser Schulden beendet und beschlossen, die Kontrolle über Bürgschaften für Auslandsschulden zu verstärken. Nur zehn Finanzorganisationen dürfen jetzt noch Darlehen aufnehmen. Chinas Zahlungen auf seine anerkannten Schulden von 44 Milliarden Dollar wird bis zum Jahr 1992 den Höhepunkt von zehn Milliarden Dollar jährlich erreichen. □



Presse

Murdochs Deal mit Burda

Dan McMahon

Der Medienmulti Rupert Murdoch steigt in den deutschen Printmarkt ein. Die Ehe zwischen dem australisch-amerikanischen Medienmagnaten und dem Münchner Verleger Dr. Hubert Burda ist perfekt. Beide Partner haben eine langfristige Kooperation im Druckerei-Bereich in Darmstadt und in der DDR vor. Murdoch, dessen Print-, Funk- und TV-Aktivitäten sich auf Australien, Großbritannien und USA konzentrieren, will nun mit Burda den deutschen Markt erobern. Der spektakuläre Deal wurde zwischen den beiden Verlegern, die seit längerem freundschaftliche Verbindungen unterhalten, direkt ausgehandelt.

Wer ist Rupert Murdoch? Wie konnte er ein internationales Medienimperium aus zwei kleinen südaustralischen Zeitungen aufbauen, mit denen er seine Laufbahn begonnen hatte? Von wem erhält er bei seinen Unternehmungen finanzielle Unterstützung, und welche Ziele verfolgt er mit seinen Unternehmungen? Warum stellt er als selbsterklärter Konservativer eine Büste von Wladimir Lenin in sein Büro? Und dann stellt sich noch die Frage: Welche Auswirkungen könnte Murdochs Einfluß auf die amerikanischen Medien in den Vereinigten Staaten und in der Weltöffentlichkeit haben?



Rupert Murdoch gehört als Medienmulti zu einer Elitegruppe von Millionär-Marxisten.

Genug Geld für einen Rittertitel

Biographische Einzelheiten aus Murdochs Vergangenheit sind bruchstückhaft und oft widerspruchsvoll. Man liest, daß sein Großvater ein verarmter presbyterianischer Pfarrer gewesen sei, der von England nach Australien emigrierte, daß sein Vater ein schlecht bezahlter Reporter einer britischen Zeitung in Australien war, und doch verbrachte der junge Rupert seine Zeit entweder in dem komfortablen Heim der Familie in einem Vorort von Melbourne, oder auf der Schafranch der Familie auf dem Land. Er ging zunächst auf die vornehme Geelonger Privatschule und besuchte später die elitäre und aristokratische Universität Oxford in England.

Ruperts Vater Sir Keith Murdoch erreichte seine einflußreiche Position in der Gesellschaft Australiens durch seine Heirat mit der Tochter einer wohlhabenden jüdischen Familie: Elisabeth Joy Greene. Durch die Beziehungen seiner Frau avancierte Keith Murdoch vom Reporter zum Vorsitzenden der sich im britischen Besitz befindlichen Zeitung, für die er arbeitete. Er hatte genug Geld, sich einen Titel in der Ritterschaft des britischen Reiches zu kaufen, sowie zwei Zeitungen in Adelaide, Südaustralien, und einen Radiosender in einer entfernten Bergarbeiterstadt.

Aus irgendeinem Grund hat Murdoch immer die Tatsache zu verbergen versucht, daß seine fromme Mutter ihn als Juden erzogen hat. Dies ist angesichts seiner pro-israelischen Ausrichtung paradox. Das Wissen um diese Einzelheiten, sowie der Rest seines Backgrounds erklärt viele Aspekte seiner Persönlichkeit, seiner Vorurteile und der redaktionellen Stellungen seiner Zeitungen.

Sein Haß auf die Iren, der in seinen Veröffentlichungen ganz deutlich immer wieder zum Ausdruck kommt, ist ein Ergebnis des von ihm erlittenen Spotts durch junge Iren in Melbourne wegen seiner Herkunft. Viele der Iren in Australien waren Nachkommen von Menschen, die gewaltsam von den britischen Inseln auf den fünften Kontinent transportiert worden waren. Sie sollten als Diener der englischen Kolonisten arbeiten, sie waren sozusagen die Neger Australiens und wurden wie zweitklassige Bürger behandelt.

Murdoch betrachtete die Iren nicht nur als »dienende Klasse«, sondern empfand sie auch als illoyal dem britischen Königreich gegenüber. Sie wollen nicht in Englands Kriegen in Südafrika und in Deutschland kämpfen. Sie mußten als Soldaten zu diesen Kriegen gezwungen werden, damit sie sich für König und Empire töten ließen. Auch die streng verfolgte Neutralität der jungen Republik Irland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verfehlte auf Murdoch nicht ihre Wirkung.

Murdoch propagierte den Marxismus

Murdoch zählte aber nicht nur die Iren zu seinen Feinden, sondern auch die Deutschen, die Palästinenser, die Araber, freie Unternehmer aller Rassen und vor allem alle Anti-Zionisten. Wegen all dieser Feinde beschäftigte Murdoch ein Heer von Leibwächtern, die ihn vor »den Schlägertypen, die mich und meine Familie umbringen wollen«, beschützen sollen.
Während seiner College-Zeit in London knüpfte Murdoch die Kontakte, die ihm in seiner Karriere so sehr nützen sollten. Murdochs Vater bat Lord Beaverbrook den britischen Pressebaron, der eine Kette von Zeitungen für den Massenmarkt in England und Kanada besaß, den jungen Rupert im Zeitungsgeschäft auszubilden. Durch Beaverbrook wurde Murdock mit reichen und mächtigen Persönlichkeiten zusammengebracht, wie zum Beispiel Edgar Bronfman (kanadischer Spirituosenmagnat, der den Zionismus in Nordamerika finanziert) und Harry Oppenheimer, dem Vorsitzenden des anglo-amerikanischen DeBeers Diamanten- und Goldkartells. Oppenheimer gehören praktisch alle englisch-sprachigen Zeitungen in Südafrika.

Mit der finanziellen und moralischen Unterstützung dieser mächtigen Männer sollte Murdoch seine ersten Angriffe auf die Weltpresse starten, indem er Zeitungen und später auch Fernsehprogramm-Absatzmärkte in Ländern auf der ganzen Erde erwarb.

Als sein Vater starb, war Murdoch für 40 US-Dollar pro Woche bei dem Londoner »Daily Express« angestellt. Murdoch kehrte nach Australien zurück, da er, wie die Zeitschrift »Time« es nannte, »zwei müde Zeitungen« geerbt hatte. Er übernahm die Kontrolle über diese beiden Zeitungen und begann die von ihm an der Universität in Oxford erworbenen marxistischen Vorstellungen unter die Bevölkerung von Adelaide zu bringen.

Murdoch war bei der örtlichen Bevölkerung als der »Rote Rupert« bekannt, ein Spitzname, den er in seiner Zeit als Campus-Radikaler und durch die späteren pro-marxistischen Leitartikel bekommen hatte. Er radikalisierte seine Zeitungen gründlichst, war jedoch damit nicht so erfolgreich, um aus ihnen große Gewinne herauszuquetschen. Sowohl die relativ geringe Bevölkerungszahl der Stadt als auch die Konkurrenz der anderen Zeitungen konnten Murdoch nicht das nötige Kapital zum Kauf der großen City-Tageszeitung geben.

1965 kaufte Murdoch dennoch plötzlich eine große Sonntagszei-

tung für 400.000 US-Dollar in Perth, der Hauptstadt Westaustraliens. Da der finanzielle Background seiner Zeitung in Adelaide bekannt war, fragten sich viele Leute, woher Murdoch das Geld bekommen hatte. Es wurde damals vor Ort angedeutet, daß die Sowjetunion Murdoch finanziell unterstützte.

Als Murdoch jedoch begann, Millionen für den Kauf von Tageszeitungen in Sydney, Melbourne und Brisbane wie auch für eine Reihe von Radio- und Fernsehsender hinzuwerfen, wußten Finanzanalytiker, daß Murdoch eine reichere Quelle angezapft hatte, als sie die normalerweise geizigen Sowjets zur Verfügung gestellt hätten.

Vom Schäbigen zum Prestige

Bis 1968 hatte sich Murdoch ein Medienimperium im Wert von schätzungsweise 65 Millionen US-Dollar erkauft. Er hatte eine nationale Zeitung, den »Australian« gegründet, der mit einer roten Landkarte Australiens links vom Impressum geschmückt war. Als Murdoch einmal gebeten wurde, die Symbolik des »Firmenzeichens« zu erklären, antwortete er ungerührt: »Das steht für ein rotes Australien.«

Murdoch kaufte die Anteile des harten Pressebarons Sir Frank Packer auf und teilte sich so das Medienmonopol Australiens mit Lady Simon-Fairfax, einer linksgerichteten Zeitungsverlegerin, die gleichzeitig Präsidentin der »Internationalen Zionistischen Organisation der Frauen« war.

In den siebziger Jahren kaufte Murdoch dann die größten Tageszeitungen in England und zog weiter in die Vereinigten Staaten, wo er gegenwärtig auf dem besten Weg ist, ein beachtenswertes Zeitungsimperium und andere Medienmärkte zusammenzutragen. Die Anteile belaufen sich bereits jetzt auf Hunderte Millionen von US-Dollar.

Sein erstaunlicher Erfolg bei seinen Unternehmungen im Verlagswesen hat jedoch auch einen Sturm der Kontroversen hervorgerufen. Niemand bestreitet ihm sein geschäftliches Know-how, und noch nie hat ihm irgend jemand vorgeworfen, nicht zu wissen, was sich an die breite Masse verkaufen läßt. Die am häufigsten gegen Murdoch erhobenen Beschuldigungen lassen sich nur schwer anfechten, und er versucht es auch erst gar nicht. Man wirft ihm vor, seine Zeitungen seien oft sensationell auf eine primitive Art. In England wird seine Entscheidung, Fotos von barbusigen Frauen auf Seite drei des Boulevardblattes »The Sun« zu veröffentlichen, als sein größter »Beitrag« zum Journalismus angesehen.

Murdoch hat eine Vorliebe, an die niedrigsten Regungen der Öffentlichkeit zu appellieren. Diese Eigenart hat ihm einen schlechten Ruf in der freien Gesellschaft eingebracht. Und doch ist die Macht seines Geldes so stark, daß sein Ruf ihm beim Kauf einer Zeitung kaum im Wege steht. Die Erfolge seines Vorgehens beweisen es. Er erwarb in England die



Eine Büste von Wladimir Lenin schmückt das Büro des weltweit tätigen Pressezaren Murdoch.

Zeitung mit dem größten Prestige »Times« und ihre Verbundorgane »Financial Times« und »Sunday Times«. In den USA kaufte er die Zeitung »New York«, »Village Voice« und die »Sun-Times«.

Einige Medienexperten kommentieren Murdochs Vorgehen und meinen, auf der einen Seite versucht er persönliches Ansehen als Verleger zu kaufen, indem er solche Zeitungen mit Prestige ersteht, aber gleichzeitig genieße er die Früchte seiner geistig äußerst anspruchslosen Zeitungen.

Der Liebling der Superreichen

Wenn Murdoch das Ruder einer Zeitung in die Hand nimmt, benutzt die Zeitung nicht nur den billigen Sensationsstil zur Steigerung des Zeitungsverkaufs, sondern verwendet diesen reißerischen Stil als Aufhänger, der lesenden Öffentlichkeit propagandistische Botschaften zu liefern. Murdochs Leitartikel haben eine starke einseitige Ausrichtung für Israel und gegen die Araber. Dies kann man am deutlichsten in der New Yorker »Post«, einer der ersten Anschaffungen von Murdoch in den USA, lesen.

Die in seinen Zeitungen vertretenen Ausrichtungen und politischen Einstellungen können am besten durch eine Überprüfung der finanziellen Unterstützung, die Murdoch bei seinen Geschäftsunternehmungen und bei seinem schnellen Aufstieg als internationaler Medienbaron erhielt, erklärt werden. Überall wurde über seine Geschäftserfolge berichtet; was aber ganz offensichtlich aus den Nachrichten über Murdoch weggelassen wurde, ist seine unerschöpfliche Geldquelle und der Zweck seiner Unternehmungen.

Rupert Murdoch gehört als Mitglied zu einer Elitegruppe von Millionär-Marxisten. Zu dieser Elite zählt unter anderem Armand Hammer, Michel Fribourg, die Rothschilds, Edgar Bronfman, Harry Oppenheimer und Rupert Anton. So seltsam es auch klingt, reich sein und Marxist sein sind nicht zwei sich gegenseitig ausschließende Beschäftigungen.

Murdoch selbst erhellte in seinen freimütigen Tagen als Student an der Universität Oxford die Umstände, wie Marxisten und Kapitalisten in der Welt des anderen wachsen und gedeihen: »Es gibt keinen ideologischen Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus, außer daß letzterer kontrollierter und zentralisierter werden sollte. Die beiden ergänzen sich.«



Harry Oppenheimer ist im Hintergrund einer der Finanziers des Presse-Imperiums von Rupert Murdoch.

»Aber der wirkliche Feind der Gesellschaft ist wucherndes freies Unternehmertum. Es führt zur Dezentralisation und zu einer unkontrollierbaren Wirtschaft. Es verteilt die abgeschwächte Macht in die Hände der Unverantwortlichen«, sagte Murdoch zu seinen Kommilitonen.

Murdochs Aufstieg vom Besitz »zweier müder Zeitungen« zum Besitzer eines Milliarden-Dollar-umfassenden internationalen Medienimperiums war ein außerordentliches Kunststück, das bemerkenswerten Geschäftsscharfsinn erforderte. Jedoch können Murdochs geschäftliche Fähigkeiten allein nicht der Grund für solch einen Erfolg sein.

Ohne die finanzielle und moralische Unterstützung von multinationalen Mega-Geld-Monguln – eine Milliardärs- »Gruppe der Vier«, die aus Bronfman, Rothschild, Oppenheimer und Hammer besteht – ist es wahrscheinlich, daß niemand außerhalb Australiens jemals etwas von Murdoch gehört haben würde.

Geschäft mit Rassen-Konflikten

Während Murdoch am Worcester College in Oxford studierte, wurde er der Liebling einer gewissen Gruppe von elitären Superreichen. Er unterstand der

Presse

Murdochs Deal mit Burda

Führung des ersten Barons William Maxwell Aitken Beaverbrook. Lord Beaverbrook, ursprünglich aus Kanada, machte sein Glück in der Zementbranche, bevor er nach England auswanderte, wo er ein Zeitungskonglomerat gründete, Mitglied des Parlaments wurde und später großen Einfluß auf die britische Politik hatte.

Beaverbrook hatte viele Phobien mit Murdoch gemeinsam – Antipathien gegen Iren, Deutsche und Araber – und hielt es darum für angebracht, ihn Bronfman vorzustellen, dem milliardenschweren kanadischen Schnapskönig und Finanzier des Zionismus in Nordamerika.

»Rupert hat schottische Stärke (von seinem Vater) und jüdische Intelligenz (von seiner Mutter). Paß gut auf ihn auf«, sagte Beaverbrook Berichten zufolge zu Bronfman.

Bronfman war natürlich fasziniert von Australien – einer Nation von ungewöhnlich vielen kräftigen Trinkern – und hörte Murdochs Erzählungen über die irischen Arbeiter dort, die fast ihren gesamten Lohn für Alkohol ausgaben, mit besonders großem Interesse.

Beaverbrook stellte Murdoch auch Oppenheimer vor, den Vorsitzenden des DeBeers Vereinigte Bergwerke Ltd.-Diamantenkartells. Wie Bronfman betrachtete Oppenheimer Australien ebenfalls mit großem Interesse, aber auch mit einer gewissen Besorgnis. Er war davon unterrichtet worden, daß Australien so große Diamentenfelder besaß, daß es, falls diese erschlossen würden, das von ihm überwachte vereinigte südafrikanisch-sowjetische Kartell in Gefahr bringen könnten. Obwohl die südafrikanische Republik keine Beziehungen mit der Sowjetunion hat, kontrolliert Oppenheimer das Marketing aller sowjetischen Diamanten.

Sowohl Bronfman als auch Oppenheimer bestätigten ihre Überzeugung vom marxistischen Kapitalismus, und der junge Murdoch erkannte seine neue Geldquelle, als sie ihm sagten, daß er sich an sie wenden solle, wenn er jemals Hilfe benötigte.

Murdoch machte sofort bei seiner Rückkehr nach Australien von Oppenheimers Sachkenntnis Gebrauch. Um die nach dem Tode seines Vaters ererbten Zeitungen zu leiten, benutzte er sogar eine der Taktiken, die Oppenheimer mit großem Nutzen bei der Führung seines Diamantenkartells einsetzte. Oppenheimer besaß daneben auch ein ziemlich großes und einflußreiches Zeitungssyndikat in Südafrika. Um seine Kartelle zu schützen, hat sein Flagschiff, die »Rand Daily Mail«, in den letzten 30 Jahren unerbittlich auf Rassenkonflikte gedrängt.

Oppenheimer glaubt, daß »inszenierter Antagonismus« zwischen Schwarzen und Weißen die Aufmerksamkeit von den Tatsachen ablenken würde, daß er Südafrikas Reichtum ausräumte und davon sehr viel in seine eigene Tasche gelangen ließ, so schilderte ein amerikanischer Bergbauingenieur die Verhältnisse in Südafrika.

Murdoch als Ersatzverleger

Murdoch war neidisch auf solche Leistungen und lernte aus Oppenheimers Beispiel. Als er nach Australien zurückgekehrt war, begann Murdoch sofort, Antagonismus zwischen der Bevölkerung der australischen Ureinwohner und den weißen Nachkommen der europäischen Siedler zu erzeugen. Später gab Murdoch zu, daß niemand anders einen Nutzen daraus gezogen hätte, aber daß die »Auflagenziffer auf jeden Fall gestiegen seien«.

Nachdem er seine Zeitungen in Australien einige Jahre geleitet hatte, entschied sich Murdoch für die Annahme des Unterstützungsangebots von Oppenheimer und Bronfman. Zufällig hatten die beiden zur gleichen Zeit schon beschlossen, Murdoch als Ersatzverleger unter ihrer eigenen Kontrolle zu benutzen, nachdem sie die Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Untersuchung über die australische Presse bekommen hatten. In dieser Untersuchung wurde deutlich, daß Murdochs Art von Journalismus sich gut verkaufen lassen würde.



Die französischen Rothschilds, allesamt Banker und Finanziers, gehören ebenfalls zu Murdochs-Geldgebern.

Zunächst hatte es noch einige Diskussion gegeben, ob Mary Simon besser für ihre Zwecke geeignet wäre. Sie hatte gerade Warick Faifac, den Chef von Australiens größtem Zeitungssyndikat, geheiratet. Aber man hielt sie am Ende doch für zu unerfahren. Murdoch war ihre endgültige Wahl. Er sollte aufgebaut und unterstützt werden, um die Nachfolge Beaverbrooks in bezug auf die Vorherrschaft über die britische Presse anzutreten.

Es wurden geheime Treffen zwischen Murdoch und Vertretern des Milliardärsduos abgehalten. Murdoch würde mit jeder erforderlichen Menge Geld unterstützt werden, die notwendig war, um die australischen Medien zu monopolisieren. Er sollte seine Taktiken mit denen von Bronfman und Oppenheimer koordinieren und den Einfluß seiner Zeitungen zur Sicherstellung der »Ernennung geeigneter Politiker« benutzen. Wenn diese Formel erfolgreich sei, würde sie in England und den Vereinigten Staaten wiederholt werden.

Murdoch stimmte eifrig zu. Eine Flut von Pro-Alkohol-Berichten erschien in allen neuerstandenen Zeitungen Murdochs. Bronfman war darüber besorgt, daß gewisse australische Ärzte Berichte über einige ethnische Gruppen veröffentlichten, die eine ihnen eigene Schwäche für Alkoholabhängigkeit hatten, während andere offensichtlich unzugänglich dafür waren.

Bronfman, der auf diese Schilderungen beim weltweiten Verkauf von Alkohol von etwa 30 Milliarden US-Dollar an jene zur Abhängigkeit neigenden Menschen angewiesen ist – zehn Prozent der Bevölkerung trinkt 50 Prozent des verkauften Alkohols –, geriet darüber in Panik, daß diese Art von Information außerhalb von Australien Allgemeinwissen werden und einige seiner einträgliche Märkte einschränken könnte.

Australien war das Versuchsfeld

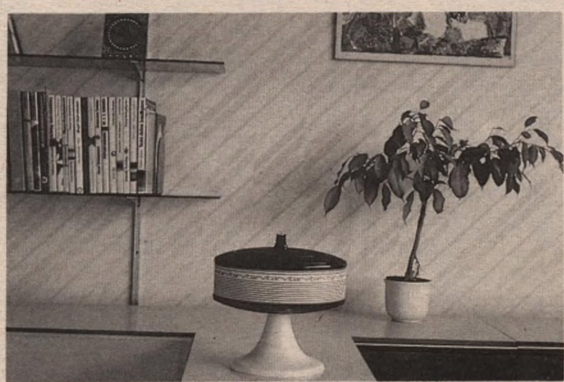
Ein unter seiner Kontrolle stehendes Pressemonopol war eine Möglichkeit, solch »gefährliche« Informationen in Grenzen zu halten. Also übernahm Murdoch Bronfmans Kampf und veröffentlichte die ganze Ansammlung von Alkohol-Falschinformationen, die aus der von Bronfman kontrollierten Lizenz-Getränkeindustrie (LCI), bekannt in den USA unter dem Namen Alkohol-Lobby, stammten.

Oppenheimer wiederum war bestrebt, unkontrollierbare Politiker in Australien außer Gefecht zu setzen, die die großen unberührten Diamantvorkommen zum Wohl Australiens nutzen

VITAR

Raumluftreiniger und Ionisator!

Völlig ohne Geräusche, ohne Luftzug, ohne Wasser und lästigen Reinigungsvorgängen am Gerät kann jetzt den Gefahren der Luftverschmutzung vorgebeugt werden. Mit dem VITAR-Luftreiniger und Ionisator bekämpfen Sie Schmutz- und Giftpartikel z. B. von Autos, Industrie, Rauchern und Heizungen. Dieses neue und zugleich erfolgreiche System erzeugt kein Ozon wie es bei herkömmlichen Ionisatoren üblich ist.



Der Zweifach-Nutzen!

VITAR reinigt die Luft von lungengängigen Schadstoffen und erzeugt negative Ionen, welche auch als „Vitamine der Luft" bezeichnet werden. **Damit schafft VITAR Raumluft von einer Qualität, wie sie jeder gesunde Organismus benötigt.**

Testen ohne Risiko

Überzeugen Sie sich persönlich von der Wirkungsweise des VITAR. Fordern Sie den Raumluftreiniger und Ionisator zu einem **4-Wochen Test** an!
Erst nach Ablauf dieser Zeit entscheiden Sie sich, ob Sie den VITAR behalten möchten.

TOPFIT in Fremdsprachen

- **Deutsch**
- **Italienisch**
- **Portugiesisch**
- **Spanisch**
- **Französisch**
- **Englisch**

Machen Sie Schluß mit Sprachproblemen und lästigem Blättern in Wörterbüchern! Kein Vergessen von Vokabeln möglich. **Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und Deutsch** sind ab sofort keine fremden Sprachen mehr für Sie. Mit den neuen Sprachenübersetzern im handlichen Westentaschenformat sind Sie jederzeit allen Sprachproblemen gewachsen. Immer die richtige Übersetzung zur rechten Zeit parat. Ob bei Geschäftsterminen oder -telefonaten, auf Messen, im Hotel, auf fremden Straßen, im Restaurant, in der Schule und natürlich im Urlaub.

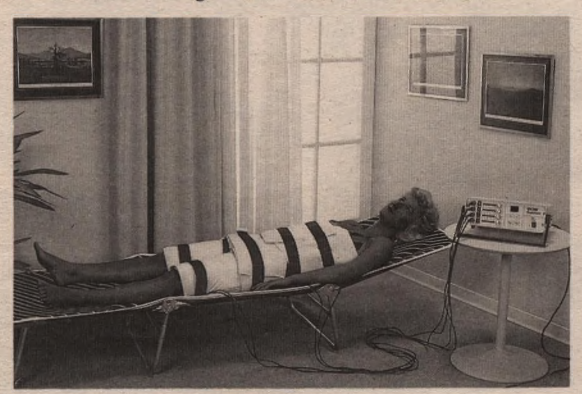
Aus der neuen, erweiterten Produktpalette von Taschenübersetzern ist für jeden Bedarf der richtige „Dolmetscher" dabei, ob nur speziell für eine oder alle sechs Fremdsprachen.

Fordern Sie daher unbedingt mit dem Info-Coupon die neue Spezialbroschüre „Taschenübersetzer" an. Oder rufen Sie direkt an. (0 59 21) 40 74.

Tiefenwärme

jetzt auch für Zuhause!

Eine schöne Figur und gesundes Wohlbefinden gibt es zu einem äußerst günstigen Preis. Keine Abhängigkeit durch Studios und lästiges Hin- und Herfahren. Jetzt können Sie Zuhause, in aller Ruhe und zu jeder Zeit, sämtliche Vorteile der vielgelobten Tiefenwärme nutzen:



- **gezieltes Abnehmen,**
- **Verbesserung der Hautstruktur (Rückbildung der Cellulite),**
- **Schmerzlinderung bei rheumatischen Beschwerden,**
- **Steigerung des allgemeinen Wohlbefindens mit belebender Wirkung,**
- **Erhöhung der Stoffwechselfunktion und der Entschlackung**
- **Besserung bei Schlafstörungen**
- **leichter verdauungsfördernder Effekt**
- **Abbau der allgemeinen Nervosität**

Die einfache Bedienung und das GS-geprüfte Gerät erlauben einen unbedenklichen Einsatz für jedermann!

Weitere ausführliche Informationen erhalten Sie gerne und kostenlos mit dem Info-Coupon.

Fit und Gesund

durch natürlichen Sauerstoff

Ein ständig zunehmender Sauerstoffmangel in den Körperzellen schwächt immer mehr unser Abwehrsystem. Die Folge: Müdigkeit, Abgespanntheit und erhöhte Anfälligkeit von z.B. Erkältungen und Infekten.





Mit dem einzigartigen TROMA-ION erhält der Körper eine vitale Erfrischung – für jeden! **Fit und gesund** durch das von Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky entwickelte Gerät. Es kann an jede Duscharmatur (ohne Strom) angeschlossen werden und ist kinderleicht zu handhaben.
TROMA-ION schafft eine tiefgreifende Regeneration des gesamten Organismus mittels des Urelements Wasser. Bereits 2mal 15 Atemzüge täglich können die Bronchien aufatmen lassen und die Zellen „trainieren", vermehrt Sauerstoff aufzunehmen und zu verwerten.
Interessante und neue Gratis-Informationen zum Sauerstoff-Therapie-Gerät erhalten Sie über den unteren Info-Coupon umgehend.

Info-Coupon

Ja, auch ich möchte über die nachstehend angekreuzten Artikel nähere interessante Gratis-Informationen.

- ☐ **VITAR**
- ☐ **Tiefenwärme**
- ☐ **Troma Ion**
- ☐ **Taschenübersetzer**

Bitte schicken Sie mir diese Informationen umgehend.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon-Nummer

VITAL-Versand Tien GmbH · Bentheimer Straße 11 · 4460 Nordhorn

Presse

Murdochs Deal mit Budra

wollten. Murdoch sollte leugnen, daß es überhaupt Diamanten gab, und über jeden Politiker, der ihm zuwider sprechen wagte, in seinen Zeitungen schweigen.
Die Murdoch finanziell unterstützenden Milliardäre benutzten Australien als Versuchsfeld. Murdoch, der von kriecherischen Journalisten ohne Kenntnis des finanziellen Hintergrundes als »Wunderknabe« bezeichnet wurde, ließ seine Muskeln spielen und brach sogar einmal das Gesetz, nur um zu sehen, ob die Macht der Presse ihn vor straflicher Verfolgung schützen könnte.

Murdoch versuchte, eine Abmachung zwischen den Zeitungen Frank Packers mit Sitz in Sidney und der anglikanischen Presse über den Kauf der Druckereianlage der letzteren zu brechen. Es gelang Murdoch, die anglikanische Presse durch seine gewohnten Taktiken zu überzeugen, ihre Übereinkunft mit Packer zu brechen. Packer nahm das Gebäude in Besitz, weil der Kauf bereits vollzogen war, und weil er dieses »Sich-Drücken« nicht als rechtmäßig anerkannte.
Murdoch wurde so wütend, daß er gar nicht erst vor Gericht gehen wollte. Er organisierte statt dessen eine Gruppe von Schlägern, die mit Eisenstangen, Spitzhacken und Beilen bewaffnet waren, um das Gebäude zu stürmen und zu besetzen.

Murdoch wurde trotz vieler Versuche, ihn vor Gericht zu bringen, niemals angeklagt, wodurch der Satz, daß das britische Justizsystem »dem Reichen wohlgesinnt ist und den Reicheren noch besser«, sich wieder einmal bewahrheitete.

Murdochs Besitz in Australien vergrößerte sich um zwei Fernsehsender, einer Speditionsfirma und eine Luftfahrtgesellschaft. Der nächste Schritt war die Ausdehnung seines Imperiums bis nach England, wo sein reißerischer journalistischer Stil genau in die sehr beliebte, althergebrachte und lukrative Tradition der geschmacklosen Boulevardzeitungen paßte. Er kaufte die »News of the World« und die »Sun«, zwei für ihre schreienden Überschriften und aufreizenden Fotos bekannte nationale Tageszeitungen.

Der Weg in die USA

Murdoch unternahm in England auch einen neuen Schritt in Richtung auf gekaufte journalistische Angesehenheit. Er bat seine Geldgeber, die »Times« in London, eine Zeitung mit Prestige, die aber ein Verlustgeschäft war, zu kaufen, sowie ihre hochangesehenen literarischen und finanziellen Ergänzungen »Sunday Times« und »Financial Times«. Der Kauf wurde von vielen Versprechungen seinerseits begleitet, ihre traditionell seriöse, ehrwürdige und angesehene redaktionelle Linie nicht zu verändern.

Harold Evans, der frühere Herausgeber der »Times«, der die Zeitung nach dem Scheitern seines Versuchs, ihr früheres Niveau zu halten, verließ, soll dabei gesagt haben, daß Murdoch »Versprechen so vorsichtig gegeben habe, wie die Weimarer Republik das Geld ausgegeben hat«.

Die finanzielle Seite von Murdochs Unternehmungen in England war ein voller Erfolg. Es wurde Zeit, seinen Blick auf Amerika zu richten. Murdochs erstes Eindringen in die Vereinigten Staaten fand 1973 in San Antonio in Texas statt. Er erschien aus dem Nichts, stürmte in die Stadt mit einer riesigen Menge Geld und sagte, er wolle der Presse in San Antonio helfen. Er warf 19 Millionen US-Dollar auf den Schreibtisch von Charles Kilpatrick, dem Verleger des »Express« und der »News«.

Genau wie es gerade in Chicago passiert war, als Murdoch dort die »Sun-Times« kaufte, versuchten einige durch Murdochs Ruf als Verleger von Sex und Gewalt alarmierte Persönlichkeiten der Stadt, Kilpatrick ein Gegenangebot zu machen. Die San Antonier konnten jedoch Murdochs Angebot nicht übertreffen, und ihre schlimmsten Befürchtungen wurden prompt wahr.

Obwohl Murdoch versprochen hatte, die Qualität der Berichterstattung in dieser Stadt zu verbessern, wurden Sex und Gewalt täglich routinemäßig und unerbittlich auf allen Seiten der beiden Zeitungen groß gebracht.

Der Polizeichef Emil Peters meinte, die Zeitungen stellten die Stadt so hin, als ob dort »die meisten Verbrechen Amerikas« geschähen.

Eine Gruppe besorgter Eltern überprüfte Berichte auf ihre Genauigkeit und kam zu der unerfreulichen Schlußfolgerung: Fast jede Geschichte war entweder erfunden oder gefärbt, um in Murdochs redaktionelle Formel zu passen. Ein entrüstetes Elternpaar meinte: »Seine Zeitungen setzen alles auf ein tieferes Niveau herab, auf den gleichen Nenner der Obszönität und Mittelmäßigkeit. Es ist abscheulich und vulgär und verlogen. Murdoch hat keinen Respekt vor der Anständigkeit. Er spricht die niedrigsten Instinkte an.«

Obwohl die Beschwerden weitverbreitet waren, erhöhten sich trotzdem die Auflagenziffern. Warum kauften die Leute?

Ein Psychologe bot folgende Erklärung an: «Das gedruckte Wort ist immer noch magisch. Man wühlt im Schmutz, und etwas bleibt hängen. Murdochs Journalismus stillt ein dunkles Bedürfnis der Menschen, über die Kreuzigung, Erniedrigung, Diffamierung und Enthüllung anderer zu lesen. Es könnte sie selbst treffen. Aber heute sind sie noch einmal davongekommen, deshalb ist es für sie ein Nervenkitzel. Murdoch ist ein Moloch. Jeden Tag werden Menschen auf dem Pressealtar geopfert und die Leute bekommen, was sie brauchen.«

Manhattans Medienmessias

Vier Monate nach seinem texanischen »Überfall« brachte Murdoch die wöchentliche Boulevardzeitung, den »Star«, eine Imitation des »National Enquirer«, heraus. Dieser Schritt war von Katharina Meyer Graham, der Besitzerin und Verlegerin der Washingtoner »Post« vorgeschlagen worden, die Murdoch als ihren Schützling angenommen hatte. »Kay« Graham fungiert als inoffizielle Sprecherin für die liberale Presse und in dieser Eigenschaft hieß sie Murdoch willkommen. Aber da steckte mehr dahinter. Die Presse des amerikanischen Establishments hatte beschlossen, daß Generoso Pope, der einzelgängerische Verleger des immens erfolgreichen »National Enquirer«, einen Dämpfer erhalten sollte, weil er nicht »dazugehörte«. In den höheren Ämtern des Establishments kann diese Einschätzung mit dem Todesstoß gleichgesetzt werden.

Murdoch wurde losgelassen, Pope und dem »Enquirer« das Leben schwer zu machen. Pope wehrte sich mit allen Mitteln und überlebte die gemeinsame Attacke von Murdochs Konkurrenz und den vom Establishment angestrengten Prozessen. Insider behaupten, daß, obwohl Popes journalistisches Unternehmen niemals Unruhe in das Establishment zu bringen drohte, einflußreiche Leute wie zum Beispiel Mrs. Graham das Gefühl hatten, jemanden, der dort nicht »hineinpaßte«, nicht einfach mit einer Auflage von fünf Millionen herumlaufen lassen zu können.

Obwohl Murdoch es nicht geschafft hatte, Pope vom Thron seines Schundimperiums zu vertreiben, war der »Star« selbst ein Erfolg, und Murdochs Status begann in der Achtung anderer Koryphäen des Establishments zu steigen. Von Mrs. Grahams Besitz in Virginia war er bald in der New Yorker Residenz von Dolly Schiff, der Besitzerin der New Yorker »Post«, gern gesehen. Ein Zeuge ihres ersten Zusammentreffens beschrieb es als »Liebe auf den erten Blick, bei der Habgier die Schläue anstarrte«.

Murdoch wurde der Liebling der New Yorker Elite und wurde der finanziellen Gesellschaft als Messias diskret vorgestellt, der sie in das gelobte Land führen sollte.

Ein New Yorker Finanzier erinnert sich an die zwei Jahre, in denen Murdoch in Manhattan wohnte: »Er hatte Zugang zu den Mächtigen, und sie liebten ihn abgöttisch, als wenn er für etwas aufgebaut werden würde. Damals begriffen wir nicht, wofür. Seine finanzielle Angesehenheit war ausgezeichnet. Er wurde von Rothschild und Oppenheimer und Bronfman und Hammer weitergereicht. Was will man mehr?«

1976 wurde Murdoch für die Öffentlichkeit »ausgepackt«, als er die New Yorker »Post« von Dolly

Schiff für 30 Millionen US-Dollar und das Magazin »New York« sowie die »Village Voice« und »New West« für 15 Millionen US-Dollar von Clay Felker kaufte.

Der zuletzt genannte Erwerb war ein unschönes turbulentes Melodrama unter Beteiligung von Felix Rohatyn von Lazard Freres internationale Bankers sowie Bronfman, Mrs. Graham, John Loeb von Loeb Rhoades, dem Playboy Carter Burden und einer Reihe von Unbedeutenden: Milton Glaser, Alan Patricof, George Hirsch, Stan Shuman.

Ein an dem Tumult beteiligter Anwalt erinnert sich mit Begeisterung: »Es war die New Yorker Version eines unmoralischen Theaterstücks, das reichlich mit Betrügereien und hinterhältigen Gemeinheiten ausgestattet war.

Es gab Haß, Schreie und Tränen. Es war wie im Irrenhaus. Es war hochdramatisch. Es war wunderbar.«

Wenn das Ereignis zur Unterhaltung der übersättigten New Yorker Elite diente, so gab es Amerika doch auch einen ersten Eindruck von Murdochs Methoden und davon, wie weit Murdoch superreiche Geldgeber gehen würden, um ihren Willen durchzusetzen.

Murdoch hatte sich in den letzten drei Jahren bei Clay Schuette Felker angebiedert, dem Gründer des »New York Magazine« (einer liberalen richtungsweisenden Wochenzeitschrift für die Möchtegern-Elite) und Verleger der radikal-schicken linksgerichteten »Village-Voice« und des ziemlich geistlosen »New West« mit einer Auflage von insgesamt 450.000 Exemplaren. 1976 hatte Felkers Mini-Imperium 26,3 Millionen US-Dollar umgesetzt, und Erweiterungen waren geplant.

Felker war kein Teil des inneren Finanz-Allerheiligsten von New York, wurde aber als eine Art »Hofnarr« willkommen geheißen. Er steckte voll Beleidigungen, Paranoia und zweifelhafter Eskapaden und war verschlagen und habgierig. Ein ehemaliger Partner sagte nicht ohne Bewunderung: »Für New York hatte er all die richtigen Eigenschaften. Er hat nie das große Geld verdient, aber er wurde als ›Neurosenspezialist‹ gut bezahlt.«



Armand Hammer, ein enger Freund des englischen Thronfolgers Prinz Charles, gehört mit zur Elitegruppe von Millionär-Marxisten.

Felker fand in Murdoch einen aufnahmefähigen und mitfühlenden Zuhörer. Er vertraute ihm Firmenprobleme und Geheimnisse an, und Murdoch gab beruhigende Ratschläge. Felker war fasziniert von Murdochs Zugang zum Geld und fühlte sich in seiner Gegenwart sehr wohl.

Felker war offensichtlich zu beschäftigt, um sich näher mit Murdochs Modus operandi auseinanderzusetzen. Hätte er Erkundigungen eingezogen, dann hätte er auch herausgefunden, daß Murdoch in Wirklichkeit »sich den Laden schon ansieht«, wenn er »aufnahmefähig und mitfühlend« ist.

Ein Coup nach dem anderen

Während Felker sich seine Probleme von der Seele redete, verfolgte Murdoch seinen Plan, indem er mit den Problemen persönlich Kontakt aufnahm, nämlich mit den Aktionären in Felkers Aufsichtsrat.

Während er Beichtvater für Felker spielte, vergrößerte Murdoch die Probleme, indem er Felkers Aktionäre entfremdete und sie genau vor seiner Nase auszahlte.

Als Felker endlich klar wurde, daß er von seinem »guten Freund Rupert« von innen heraus gefressen worden war, rief er verzweifelt nach seinen New Yorker Freunden, die ihn retten sollten. Rohatyn und Mrs. Graham gaben sich ganz den Anschein, auf Felkers Seite zu sein. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob das Establishment der Ansicht wäre, daß Murdoch zu weit gegangen sei. Immerhin war Felker ein Teil New Yorks. Er hatte der Presse Norman Mailer und Gloria Steinem »geschenkt«.

Ein Mitglied seines Aufsichtsrates erinnert sich: »Der arme Clay erkannte nicht, daß Rohatyn, Bronfman und Graham sich nur einen Spaß daraus machten. Er war wie eine Ratte, die von einem Wiesel verschlungen wurde, und sie hatten Spaß daran, dieses Festessen zu verlängern.«

Rohatyn, der Felker versprochen hatte, ihm als Zeuge bei einer gerichtlichen Verhandlung zu helfen, erschien nicht. Später war Felker fassungslos, als er bei einer Aufsichtsratssitzung Zeuge der Entlassung zweier loyaler Mitglieder durch die von Murdoch gekaufte Gruppe wurde. Der im Bad des Aufsichtsratsgebäude versteckte Murdoch leitete den Coup. Er tauchte nach dem Abgang der beiden auf und verkündete, daß er jetzt die Leitung übernehmen würde.
Dieser Coup beeindruckte die amerikanischen Medien so sehr, daß Murdoch die Ehre erhielt, auf den Titelseiten der beiden Magazine »Time« und »Newsweek« gezeigt zu werden. Seine Gönner waren so beeindruckt, daß sie Murdoch grünes Licht gaben, alles in greifbarer Nähe aufzukaufen, und er hat seitdem den Bostoner »Herald«, die Chicagoer »Sun-Times« und die Ausrüstung für ein Satellitenfernsehprogramm namens Skyband Inc. gekauft.

Die Tatsachen über Murdochs Geschäftsunternehmen sind für die amerikanische Öffentlichkeit und erst recht für die Weltöffentlichkeit relativ zugänglich, da die Medien eifrig über Murdochs Aktivitäten berichten, obwohl allgemein ignoriert wird, wem er dient.

Um einen Einblick zu bekommen in die Motive und Ziele von Rupert Murdoch, der gegenwärtig auf dem Weg ist, sich selbst als Chef des Medienmonopols in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu etablieren, ist es hilfreich, einen Blick auf

Presse

Murdochs Deal mit Burda

einige von Murdochs früheren Exkursen in die Politik zu werfen. Denn es ist die politische Macht, die zweifellos den Grund für den Aufbau von Murdochs Imperium darstellt, und die von seinem Medienimperium angestrebten politischen Ziele werden durch seine früheren Aktivitäten veranschaulicht.

Die Iren ausgebootet

Bevor Murdoch sich England und den Vereinigten Staaten zuwandte, damals, als er sozusagen noch ein großer Frosch in dem kleinen Teich Australien war, ließ Murdoch seine politischen Muskeln zum ersten Mal spielen.

Murdochs »Finanzengel« Harry Oppenheimer und Edgar Bronfman, hatten ihm auch eine gute Hilfstruppe von politischen Aktionsleuten, die von der Melbourner »Toorak Times« als »zionistische Mafia« bezeichnet wurde, zur Verfügung gestellt. Die Gruppe bestand aus einer merkwürdigen Mischung von Finanziers, Gangstern und Halsabschneidern mit internationalen Verbindungen. 1955 hatte es diese Gruppe geschafft, die Übernahme der australischen Labour Partei zu finanzieren – einer von unterdrückten irisch-australischen Arbeitern gegründeten Volkspartei.

Die irische Führung wurde rausgeworfen und von einer Ansammlung von cleveren linksgerichteten Anwälten ersetzt, unter denen sich als Boß auch Murdochs alter Kumpel von der Universität Oxford, ebenso wie der ehemalige Campus-Radikale. Robert Hawke, befand. Die »zionistische Mafia« förderte Hawke auf seinem Weg, Führer der Gewerkschaftsbewegung zu werden und einen anderen Anwalt, Gough Whitlam, Führer der Labour Partei zu werden.

Um den Schein zu wahren und um den Schlag von dem Coup abzuschwächen, ließ die Mafia den letzten irischen Führer alten Stils, Arthur Caldwell, als vorübergehende Gallionsfigur bestehen, versicherten sich aber der Tatsache, daß er niemals eine Wahl wieder gewinnen konnte.

Der Coup der Anwälte erzeugte jedoch eine Gegenreaktion oder so etwas ähnliches von den entfremdeten irischen Arbeitern, die unglücklich darüber waren, daß ein cleverer Haufen reicher, die Iren hassender Anwälte voller Verachtung für die traditionelle Labour-Politik ihnen ihre Partei gestohlen hatte.

Um sich für die Arbeiter, deren Wahlkreise immer noch von der Partei gebraucht wurden, attraktiver zu machen, täuschte Hawke das vor, was er als knurrenden Ton der Arbeiterklasse verstand, den er bis heute noch beibehalten hat. Alte Labour-Plattformen und Nationalismus wurden für eine etwas unklare internationale sozialistische Politik fallengelassen. Diese Launen stimmten mit denen Murdochs und seiner Gönner Bronfman und Oppenheimer überein.

Der politische Pate

1972 erhielt Murdoch seine erste Gelegenheit, den politischen Paten zu spielen. Er beschloß, Whitlam – Anwalt und Führer der Labour Partei – zum neuen Premierminister Australiens zu machen. Er hatte zuerst den »knurrenden Bob« Hawke ausgesucht, aber Murdochs Public Relations-Leute überzeugten ihn davon, daß der weltmännische und äußerst gepflegte Whitlaw sich besser verkaufen ließe. Von solch unattraktiven Schlägertypen wie dem »König des Lasters« Abe Saffron frankiert, teilte Murdoch Whitlaw mit, daß er ihn zum australischen Premierminister machen würde.
Whitlaw wurde eine politische Linie vorgelegt, sowie eine Liste von Gesetzen, die zum Nutzen seiner Manager, unter ihnen Oppenheimer, Bronfman und natürlich Murdoch, verabschiedet werden sollten. Whitlaw sollte eine hundertprozentige pro-israelische Politik verfolgen, riesige Geldsummen vom Internationalen Währungsfonds und den internationalen Banken leihen und Gesetze unterstützen, die Murdochs Medienmonopol garantierten und ihm und Oppenheimer in jedem Staat Australiens große Anzahl von Bergbaupachtrechten zusicherten. Whitlaw stimmte begeistert zu.
Murdoch, der mit seiner Kollegin Lady Fairfax – geborene Mary Simon –, ebenfalls Boss der australischen Medien, eng zusammenarbeitete, benutzte die Macht des Radio-, Fernseh- und Pressemonopols, um eine überzeugende Kampagne für Whitlaw zu führen, und er konnte ihn, alles andere glattwalzend, an die Macht bringen, was eine ehrfurchtgebietende Demonstration des Machtfaktors der Medien darstellte.

Die Euphorie über Whitlaws Wahl war kaum verklungen, als Murdoch berichtet wurde, daß Whitlaw seinen eigenen Public Relations zu glauben begann; das heißt, er fing an, seine Macht als Premierminister unabhängig von jenen, denen er verpflichtet war, auszuüben. Sofort fielen Murdoch und seine Mannschaft über Whitlaw her und verlangten, was er ihnen schuldete. Whitlaw weigerte sich, ihnen Zusicherungen zu machen, daß er sich an seine Abmachungen halten würde.
Whitlaw begann, sich sogar noch weiter von dem Programm zu entfernen. Er machte Annäherungsversuche bei den Arabern und weigerte sich, Murdoch und Oppenheimer Bergbaurechte zu bewilligen.

Für jene, die Whitlaws Wahl organisiert hatten, war solch ein »Verrat« nicht zu erwarten gewesen, besonders nicht von jemandem mit solch tadellosen linksgerichteten Referenzen. Er durfte auch nicht toleriert werden. Von heute auf morgen wendete sich das Medienkartell mit einer Heftigkeit gegen Whitlaw, die bis jetzt nur für Leute wie den Vorkriegspremierminister Jack Lang reserviert war.

Murdoch zog bei seiner Medienkampagne gegen Whitlaw alle Register. Er ließ sich jede Woche Skandale einfallen, und Whitlaws Kabinettsmitglieder wurden unerbittlich als »ungeschickt und korrupt« angegriffen.

Die Muskeln der Geldmentoren

Als es durch die Medienkampagne nicht gelang, Whitlaw aus seiner Position zu verdrängen, organisierte Murdoch zusammen mit dem Oppositionsführer, Malcom Fraser, dem Gewerkschaftsführer Hawke und dem königlichen Generalgouverneur, Whitlaw durch den Befehl »Ihrer Britannischen Majestät« hinauszuwerfen zu lassen.



Auch Edgar Bronfman aus der Schnaps-Dynastie und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses ist einer von Murdochs Finanziers.

Viele Australier hatten vergessen, daß der Monarch in England die Macht hat, gewählte Premierminister zu feuern. Das letzte Mal war das in den dreißiger Jahren geschehen, als die Presse und die internationalen Bankers Lang den Krieg erklärten. Wie Lang wurde auch Whitlaw von der Krone gefeuert.

Fraser wurde dann ernannt, als Premierminister in der Zwischenzeit bis zu der Wahl zu fungieren. Später wurde Murdochs langjähriger Freund Hawke schließlich für dieses Amt gewählt.

Hawke, nach dem in Israel ein Waldgebiet benannt worden ist, hat seitdem Australiens Interessen denen der Milliardärs-»Vierergruppe« (Murdoch, Oppenheimer, Bronfman und Rothschild) untergeordnet. Das Medienkartell hat für ihn als eine Art sozialistischen Churchill geworben.

Murdochs erstes Eindringen in die amerikanische Politik geschah 1980 durch seine Unterstüt-

zung für Jimmy Carters erneuten Versuch der Nominierung. Die Bedingungen für diese Unterstützung sollten bei einem Lunch im Weißen Haus geregelt werden. Es wurde von Carter erwartet, daß er ein 290-Millionen-US-Dollar Darlehen mit niedrigen Zinsen von der US-Export-Import-Bank zusicherte, um Murdoch beim Kauf von 21 Boeing-Flugzeugen für seine australische Fluggesellschaft, Ansett Transport Industrien, der größten privaten Luftfahrtgesellschaft, zu helfen.

Das Darlehen wurde neun Tage nach dem Lunch im Weißen Haus garantiert. Eine spätere Untersuchung des Senats kritisierte die Bank, daß sie dem Druck nachgegeben hatte, dieses unkonventionelle Darlehen zu geben. Der Senat unternahm jedoch nichts gegen die Beteiligten.

Nachdem ihm das Darlehen zugesichert worden war, kniff Murdoch in Bezug auf die Abmachung mit Carter und gab anstatt dessen Reagan seine Unterstützung. Wegen Murdochs sozialistischem Engagement erzeugte die Unterstützung des antikommunistischen Reagan einige Verwunderung: »Wie konnte ein Mann, der eine Büste von Wladimir Lenin in seinem Büro stehen hat, seine Überzeugungen durch diese Unterstützung eines solchen Kandidaten miteinander in Einklang bringen?«

Murdoch beantwortete diese Frage, indem er Menachem Begins Feststellung vor einer Gruppe von Anhängern in New York umschrieb: »Kommunismus ist schlecht, wenn wir ihn nicht leiten, aber er ist gut, wenn wir ihn leiten. Dasselbe gilt für Anti-Kommunismus.«

Hetzen zum dritten Durchgang

Murdochs Verwandlung in einen fahnenschwenkenden Konservativen, die durch die redaktionelle Einstellung seiner Zeitungen zum Ausdruck kommt, zeigt eine tiefe und weitverbreitete, von seinen Gönnern Oppenheimer, Brofman und Rothschild geteilte Angst: der allmähliche Machtverlust ihrer Gruppe, der alten bolschewistischen »guten Kommunisten«, in der UdSSR. »Schlechte Kommunisten« sind jene, die sich weigern, Befehle von den internationalen Banken, von Oppenheimer und von Lenins altem Gönner, Armand Hammer, anzunehmen.

Der Kampf verläuft für die mit dem Westen verbundenen Kommunisten, die jetzt in der UdSSR praktisch im Belagerungszustand regieren, nicht sehr gut. Die internationalen Banken und ihre Verbündeten in Washington und anderen Hauptstädten haben die nationalistischen Elemente in der sowjetischen Regierung schon davor gewarnt, daß es zum Krieg kommen würde, wenn sie weiterhin an Macht gewönnen. Die Internationalisten befürchten schon lange solch eine Eventualität und sind darauf vorbereitet.

Das Murdoch-Phänomen ist ein wichtiger Teil dieser Vorbereitungen. Wie sein Mentor, der kriegshetzerische Lord Beaverbrook, dessen Medienmanipulationen dazu beitrugen, die englische öffentliche Meinung umzustimmen um in den Krieg einzutreten, der zum Zweiten Weltkrieg wurde, hatte auch Murdoch die Rolle übernommen, die öffentliche Meinung auf drei Kontinenten in Richtung eines dritten Weltkrieges aufzuhetzen, wenn die Internationalisten es für notwendig halten, die widerspenstigen Sowjets auf die gleiche Linie zu bringen.

Ein in Moskau arbeitender amerikanischer Diplomat sagt: »Es ist hier bekannt, daß bei einer Übernahme des Kremls durch die russischen Nationalisten die Murdoch-Presse und andere kontrollierte Medien alles tun werden, um den Westen in einen Krieg gegen dieses Land (die UdSSR) zu treiben.«

Murdoch, dessen vereinigte Medienunternehmen sozusagen jeden in Amerika, Kanada, Europa und Australien erreichen können, erwartet die Befehle seiner Chefs.

Ein bekannter US-Politiker soll gesagt haben: »Es ist höchst ironisch, daß der Marxist Murdoch ausgewählt wurde, all die äußerst begeisterten Anti-Kommunisten endlich zum ›Kampf gegen die Kommunisten‹ zusammenzurufen, außer, daß natürlich in diesem Fall die ›Kommunisten‹ zufällig Nationalisten sind.« □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Alfred König, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg
Vertriebsleiter: Ferdinand C. Mentzen.

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

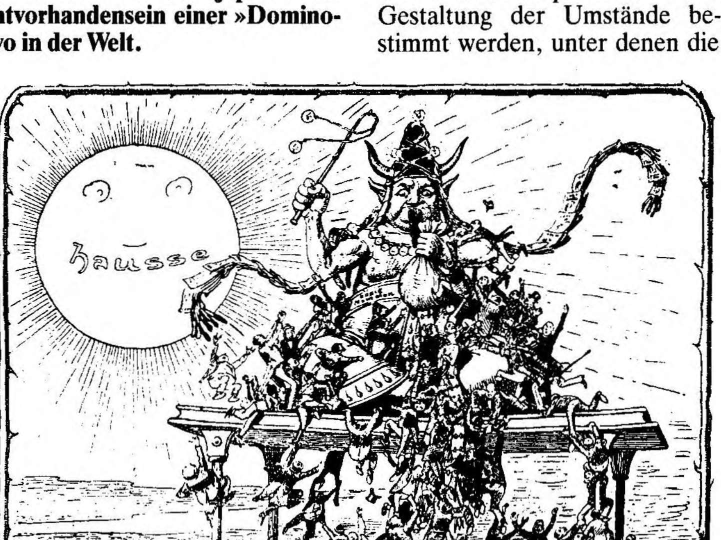
Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. August 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Desorientierung in Japan

C. Gordon Tether

Das Spektakulärste an dem kürzlichen Rutsch auf dem japanischen Börsenmarkt ist das fast völlige Nichtvorhandensein einer »Domino-Wirkung« auf Börsenmärkte anderswo in der Welt.

Anfang dieses Jahres standen die Preise des japanischen Aktienmarktes, auf Dollar-Basis gemessen, etwa 50 Prozent höher als die Tiefstände des vergangenen Jahres. Sie schnitten daher wesentlich besser ab, als die Preise in der Welt als Ganzes gesehen, wobei der durchschnittliche Gewinn in den Vereinigten Staaten fast 20 Prozent betrug. Japans Wirtschaftsglück nahm jedoch über den betreffenden Zeitraum hinweg in verschiedene Richtungen eine Wende zum Schlechteren.



Keine Wirkung auf andere Märkte

So sah es ganz danach aus, als ob die Struktur der japanischen Börse übermäßig ausgeweitet worden ist.

Dies ist die Schlußfolgerung, zu der die japanische Finanzwelt im März dieses Jahres nachträglich gekommen zu sein scheint. Die Angebot-Nachfrage-Situation änderte sich dann auf dramatische Weise. Innerhalb des Zeitraums von ein paar Wochen schrumpfte der Wert der japanischen Aktie im Schnitt um etwa 40 Prozent im Vergleich zu den hohen Niveaus, die noch ein paar Wochen zuvor erreicht worden waren.

Als sich im Herbst 1987 an der Wall Street ein ähnlicher Einbruch vollzog, löste dies in den Aktienmärkte weltweit einen Sturz von fast den gleichen Proportionen aus. Es gab kaum einen Markt – nicht einmal in den Hartwährungsländern –, der diesem Vernichtungsschlag von 33 Prozent entging. Offensichtlich wird New York weltweit viel höher eingeschätzt als Tokio.

Man hätte erwarten können, daß dieser plötzliche Zusammenbruch auf dem Tokioer Aktienmarkt beträchtliche Rückwirkungen hervorrufen würde, da sich Japans Finanztätigkeiten im vergangenen Jahrzehnt weit in die Welt hinein ausgedehnt haben.

Eine solche Reaktion erwies sich jedoch als auffällig durch ihr Nichtvorhandensein. Einen Monat nach dem der Tokioer Rutsch begonnen hatten, standen die Aktienpreise auf anderen Märkten im Schnitt fast ganz genau dort, wo sie vor dem Tokioer Sturz gestanden hatten. Die Indexe für Wall Street und London wiesen Veränderungen von nicht mehr als ein Prozentpunkt oder so auf. Das Gleiche kann für fast alle anderen führenden Märkte gesagt werden.

Wie wir gesehen haben, gab es besondere Gründe für Tokios Ansatz eines Nervenschocks. Und doch ist die Tatsache, daß dieser sich nicht auf die Außenwelt übertrug, bemerkenswert.

Erfahrungen aus dem Börsenkrach von 1987

Dies scheint zu bedeuten, daß die Aktienmarktbetreiber nicht mehr dazu bereit sind – wie sie es zur Zeit des Zusammenbruchs an der Wall Street von 1987 waren –, aus dem Verhalten anderer Zentren ihre Schlüsse zu ziehen.

Dies wirkt sich ganz zum Guten aus. Grob gesagt, sollte der Kurs der Aktienmarktpreise durch die Gestaltung der Umstände bestimmt werden, unter denen die Firmen mit den betreffenden Aktien funktionieren

Die Internationalisierung der Finanztätigkeit in den letzten Jahrzehnten bedeutet zwar unvermeidlich, daß das Verhältnis Angebot zur Nachfrage auf jedem Markt jetzt mehr durch ausländische Meinungen beeinflußt wird. Aber eine Situation in der jede Entscheidung, die auf einem Markt getroffen werden, einen fast totalen Widerhall in anderen findet – was bei dem Börsensturz von 1987 geschah – ist nachweislich absurd.

Die stillschweigende Folge der Nichteraktion auf den Tokioer Umsturz ist, daß die Welt jetzt genügend Erfahrung über eine internationale Zusammensetzung des Aktienmarktes hat, um dies erkennen zu können.

Nachdem dies gesagt ist, wäre es gut, darauf hinzuweisen, daß, obwohl sie soviel weniger dramatischer war als man hätte erwarten können, die Reaktion der Märkte anderer Länder auf den Tokioer Sturz eine Botschaft für Geldanleger enthalten könnte.

Eine stille Euphorie charakterisierte die Börsenszene, seitdem sie sich völlig von dem Erdrutsch von 1987 erholt hatte. In Dollar ausgedrückt, lagen die Preise auf den Aktienmärkten der Welt am Vorabend des japanischen Börsenkrachs etwa 15 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Es schien alles darauf hinzudeuten, daß der Vormarsch sich weitgehend im gleichen Tempo fortsetzen werde, in Anbetracht der Tatsache, daß der Weltwirtschaftsausblick rosig zu sein schien.

Der japanische Umbruch unterbrach die Aufwärtsbewegung, woraus hervorging, daß er weltweit ein Umdenken über den Ausblick für Aktien ringsumher ausgelöst hatte. Es ist nicht schwierig solch eine Neueinschätzung zu rechtfertigen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Japan während des größten Zeitraums der achtziger Jahre ein Hauptantriebsmotor des Wachstums gewesen ist. Es ist nicht nur so, daß das Land viel schnellere Wachstumsraten als andere führende Industriestaaten hervorgebracht hat.

Japans Geld spielt eine wichtige Rolle

Japans wirtschaftlicher Erfolg hat dazu geführt, daß japanisches Geld bei der Anheizung der Investitionstätigkeit in anderen Teilen der Welt – nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten– eine immer größere Rolle spielt.

Die Desorientierung der japanischen Wirtschaftszene, die hinter ihrem Börsensturz liegt, ist daher eine Entwicklung, die über die Weltwirtschaftsszene einen beträchtlichen Schatten wirft.

Gekoppelt mit der wachsenden Popularität inflationsbekämpfender Programme in aller Welt, könnte dies sehr wohl bedeuten, daß wir in eine Periode eintreten, in der Expansion weit gedämpfter sein wird.

Es mag weniger Rechtfertigung dafür geben, als das bislang der Fall war, für Befürchtungen, daß Aktien durch Ergebnisse in anderen Ländern in eine Abwärtsspirale geschleudert werden. Geldanleger könnten jedoch erleben, daß an Kapitalgewinne an der Inlandsfront jetzt viel schwieriger heranzukommen ist. □

Brasilien

Ein Land unter Kuratell der Banker

Martin Burns

Ein Lob dem Staatspräsidenten von Brasilien und Busenfreund von Henry Kissinger, Fernando Collor de Mello. Der vierzig Jahre alte Collor, der im Dezember 1989 gewählt wurde und am 15. März dieses Jahres sein Amt antrat, ist wegen seines guten Aussehens und seines jugendlichen Elans – von seiner charmanten Frau gar nicht zu reden – oft mit John F. Kennedy verglichen worden. Man verglich ihn auch mit Ronald Reagan wegen seiner Fähigkeit als »großer Redner«.

Der feierlichen Amtseinführung von Fernando Collor de Mello wohnten 18 Staatschefs bei. Der amerikanische Vizepräsident Dan Quayle plauderte herzlich mit dem ausgeschiedenen nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega, ließ jedoch den kubanischen Präsidenten Fidel Castro abblitzen. Ein treffenderer Vergleich mit einem amerikanischen Präsidenten wäre jedoch der mit Jimmy Carter.

Reisender in Sachen Politik

Collor war, wie Carter, ein fast unbekannter Gouverneur, ohne landesweiter – ganz zu schweigen internationaler – Erfahrung, bis er mit Erfolg ein großes Feld erfahrener Politiker, die allen möglichen Parteien angehörten, herausforderte. Als Konservativer mit neuen Ideen kandidierend, führte Collor im vergangenen Herbst in der ersten Wahlrunde das Feld an.

Collor besiegte in der Endphase einen jungen Kandidaten, den 44jährigen Sozialisten Luis Ignacio da Silva, mit 53 gegen 47 Prozent der Stimmen. Bei der Abstimmung trat eine ländlich-städtische Stimmenaufteilung zutage, wobei Collor in ländlichen, und da Silva in den größeren städtischen Bereichen sehr gut abschnitt.

Während der fast drei Monate zwischen seiner Wahl und Amtsantritt war Collor als gewählter Staatspräsident ein ziemlich häufiger Reisender in Düsenflugzeugen, der quer durch Südamerika, die Vereinigten Staaten und Japan reiste. Er wurde überall in den großen Hauptstädten und Finanzzentren der Welt bestens empfangen, in allererster Linie auch in New York durch niemand anders als David Rockefeller persönlich.

Die maßgebende »International Currency Review« berichtete über die Festlichkeiten wie folgt: »Ende Januar wurde Sr. Collor in New York im Waldorf Hotel von Hunderten von Amerikas Kapitänen der Industrie, unter der Schirmherrschaft der American Society, gefeiert. Sie veranstalteten ein glitzerndes Bankett dessen Gastgeber David Rockefeller war, und zu den Gästen gehörten Leute wie Henry Kissinger, John Reed und Jordan Young.

Gast von Rockefeller und Kissinger

Die Begeisterung der Anwesenden mag an der Tatsache gemessen werden, daß die meisten von ihnen 175 bis 250 Dollar für ihr Mittagessen – Getränke nicht eingeschlossen – berappen mußten.



Henry Kissinger, ehemaliger amerikanischer Außenminister, hat nur Lob für seinen Busenfreund und neuen brasilianischen Staatspräsident, Fernando Collor de Mello.

Auch das, was eine peinliche Dummheit des Herrn Rockefeller gewesen sein mag, tat dem allgemeinen Jubel keinen Abbruch. In der Absicht dem gewählten Präsidenten zu schmeicheln und dessen Fähigkeit, mächtige Interessen für seine Sache zu gewinnen, hervorzuheben, wollte Rokkefeller ihn einen ›Maharadscha-Jäger‹ nennen. Zweifellos unter Einfluß der hervorragenden Weine, die während der Mahlzeit serviert wurden, entschlüpfte seiner Zunge das Wort ›Marijuana-Jäger‹.

In seiner für ihn typischen schlagfertigen Weise benutzte Sr. Collor, als er mit seiner Tischrede an der Reihe war, diesen Schnitzer dazu, einer bereits entspannten Atmosphäre noch mehr Jovialität zu verleihen.

Nachdem er seine Zuhörerschaft schon sozusagen in der Hand hatte, fuhr er fort, die Tugenden des Kapitalismus in den Himmel zu heben und verteidigte vehement dessen heiligste Grundsätze. Er versprach, die brasilianische Wirtschaft zu entregularisieren und liberalisieren und sie breiter und tiefer in die Weltwirtschaft einzugliedern.

Der Mann der Stunde

Zur ungeheuren Auslandsschuld Brasiliens – ein Thema das vielen der Anwesenden naturgemäß sehr am Herzen lag – erklärte Sr. Collor in direktem Widerspruch zu seinen Wahlversprechungen daheim: ›Wir leiden nicht unter der Illusion, daß wir dem Problem der Verhandlungen über Schulden eine einseitige Lösung auferlegen können, obwohl wir auch nicht wünschen, daß uns eine Lösung aufgezwungen wird, die uns zur Stagnation und zum Elend verdammt.‹ Die Rede des kommenden Präsidenten wurde mit stehendem Beifall begrüßt, der mehrere Minuten anhielt ... (Kissinger) sagte er, sei ›beeindruckt von der von Sr. Collor zur Schau gestellten Jugendlichkeit und Festigkeit‹. David Rockefeller bezeichnete ihn als ›der Mann der Stunde, der Brasilien aus seiner Krise herausreißen wird‹.«

Rockefeller hat in einem Punkte Recht. Brasilien befindet sich in einem Zustand der Krise und dies schon mindestens ein Jahrzehnt lang, das Collor während seines Wahlkampfes als Brasiliens verlorenes Jahrzehnt bezeichnet hatte. Obwohl Brasilien in den achtziger Jahren von einer Militärregierung zu einer gewählten Regierung überging, legte die internationale Schuldenkrise und heimische Hyperinflation, kombiniert mit dem Währungschaos, das Land lahm. In den achtziger Jahren hatte Brasilien zwei Währungsreformen, wobei beide Male 1.000 Einheiten der alten Währung gegen eine Einheit der neuen Währung umgetauscht wurden, einmal 1986 und noch

Brasilien

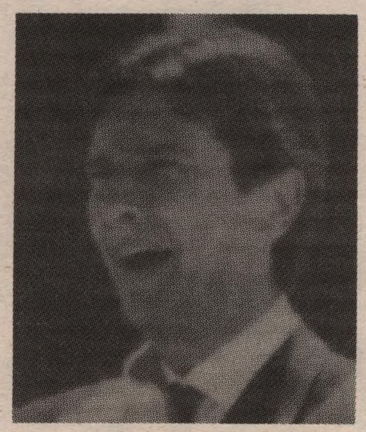
Ein Land unter Kuratell der Banker

einmal 1989. Dies zusätzlich zu einem Währungsumtausch von 1.000 zu eins im Jahre 1967.

Die Schuld des Währungsfonds

Armut ist in Brasilien endemisch, dreiviertel seiner Bevölkerung leidet unter irgendeiner Form von Unterernährung. Arme Bauern ziehen verzweifelt Hunderte oder gar Tausende von Meilen weiter, den Urwald zu roden, um dort Landwirtschaft zum eigenen Lebensunterhalt zu betreiben, die die Ökologie des Amazonasbeckens ruiniert.
Der Internationale Währungsfonds ist für diese Katastrophe hauptsächlich verantwortlich. Er lieh Brasilien Milliarden von Dollar, um die Umsiedlung von Bauern von der überbevölkerten Küste ins Innere des Landes zu ermutigen. Dann, nachdem sie in Scharen dort angekommen waren, strich er das Darlehen. Die Bauern, die nicht in der Lage waren zur Küsten zurückzukehren, mußten schwimmen oder untergehen. Viele verhungerten, andere starben an Malaria.
Wieder andere verzweifelt arme Brasilianer, durch die Banker von ihren Höfen vertrieben, strömen jetzt in die verfaulten Holzschuppen-Stadtviertel, von denen viele brasilianischen Großstädte und viele kleinere Städte umgeben sind.
Brasilien ist eines der größten Schuldnerländer – die USA sind das größte –. Brasilien schuldet ausländischen Gläubigern 124 Milliarden Dollar. Die Zinsen auf diese Schuld, darunter offizielle Darlehen zu Kosten unter dem Marktwert – was natürlich von amerikanischen und anderen Steuerzahlern der ersten Welt subventioniert wird – belaufen sich auf über zehn Milliarden Dollar pro Jahr. Zinszahlungen Brasiliens auf seine Handelsbankschulden sind seit September 1989 suspendiert und die auf offizielle und multilaterale Schulden wurden später durch die Regierung des ehemaligen Präsidenten José Sarney ebenfalls eingestellt.

Nun sollte man glauben, daß es für ein Land von fast 85,8 Millionen Quadratkilometer – größer als die 48 angrenzenden Staaten – und 154 Millionen Menschen – über die Hälfte der Gesamtbevölkerung Südamerikas – nichts Wichtigeres gibt, als diesen Zinsrückstand auszugleichen und zu einem zügigen Rückzahlungsplan zurückzukehren. Man würde hier falsch liegen.
Es gibt nämlich noch ein wichtigeres Ziel, eines, das Brasiliens Fähigkeit in naher Zukunft Devisen zu verdienen, in Gefahr bringen könnte.



Fernando Collor de Mello kann auf die volle Unterstützung der Internationalisten und vor allem David Rockefeller zählen.

Ist es die Umleitung der heimischen Produktion von Exporten zum Inlandsmarkt, wie es immer wieder angeregt wird? Das wichtigere Ziel, ist der Kotau gegenüber sowie die Verbesserung der Beziehungen zu Israel, einem Land mit dem Brasilien wenig Handel treibt, und mit dem es fast nichts gemein hat.
Seit den siebziger Jahren bezieht Brasilien im arabisch-israelischen Konflikt eine im allgemeinen araberfreundliche Position. Moralität beiseite gelassen, war dies auch sinnvoll, da Brasilien aus arabischen Ländern Öl importiert und Nahrungsmittel, Verbrauchsgüter und sogar Waffen dorthin ausführt.
Diese Art von Außenhandel war übrigens für die Volkswirtschaften jedes der beteiligten Länder segensreich, da eines vom anderen Güter kaufte, die es nicht in ausreichendem Maße aus eigener Produktion zur Verfügung hatte.

Collor ist entschlossen dies zu ändern. Wie der Brazil Service der in New York ansässigen »International Reports« am 21. März 1989 bemerkt:
»Präsident Collor selbst scheint sich zu einer freimütig pro-israelischen Einstellung zu bekennen. Schon im Juni letzten Jahres geriet Collor mit arabischen Botschaften in Schwierigkeiten, weil er pro-israelische und PLO-feindliche Erklärung abgab, die er später abmildern mußte.

Pro Israel und PLO feindlich

Während seines Besuchs in den USA vor seinem Amtsantritt als Präsident, traf Collor zuerst mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongreß, Edgar Bronfman, zusammen, wobei der gewählte Präsident sich erlaubte zu sagen, Brasiliens antizionistische Abstimmung bei den Vereinten Nationen im Jahre 1977 sei ein Fehler gewesen, und er versprach, diesen wiedergutzumachen ...
Die freundlichere Haltung gegenüber Israel könnte außerhalb der Region wichtiger sein als innerhalb. Mit seiner aggressiven antizionistischen Haltung hat sich Brasilien in Europa und vor allem in den USA, wo die Pro-Israel-Lobby sehr stark ist, keineswegs beliebt gemacht.
Collor und seine Berater glauben, daß dies dazu beigetragen haben mag, die Beziehungen zwischen Brasilien und den USA auf den Gebieten des Handels, der Finanzen und auf anderen Gebieten zu vergiften.«

Einen »Karateschlag« gegen die Inflation

Kein Bericht über Collors Zukreuzekriechen wäre vollständig, ohne einen Bericht über seine Reise nach Japan vor seinem Amtsantritt. Dort teilte er seinen Gastgebern mit, er bewundere sehr viel von der japanischen Kultur und praktiziere sogar Karate.
Er versprach seinen japanischen Gastgebern, er werde mit Brasiliens Hyperinflation mit einem »gutgezielten Karate-Kantschlag, einem schnellen und perfekten Schlag, der den Kampf ein für allemal entscheidet«, fertigwerden.
Collors Hinweis auf einen »Karateschlag« gegen Inflation war keine Übertreibung. Sofort nach seinem Amtsantritt, kurz nachdem Quayle und andere ausländische Führungspersönlichkeiten das Land verlassen hatten, versetzte Collor der Inflation tatsächlich einen Karate-Kantschlag, und er führte noch andere drakonische Änderungen auf dem Finanzsektor ein.
Collors Reisen hatten einen inländischen politischen Blickwinkel, nämlich in den letzten Tagen der korrupten und in Mißkredit geratenen Regierung des scheidenden Präsidenten José Sarney außerhalb des Landes zu bleiben und als Hauptakteur auf der Weltbühne gesehen zu werden.
In der Tradition aller neu an die Macht gelangten Führer der Dritten Welt, hat Collor einen Plan, die Wirtschaft seines Landes drastisch umzustrukturieren. Nun wird die gleiche Tradition auch durch eine Leistung gekennzeichnet, die weit hinter dem Versprechen zurückfällt, denn Sarneys verschiedene Wirtschaftspläne wurden international inzwischen zum Gegenstand des Gelächters – trotz der umfangreichen PR-Bemühungen durch das »Wall Street Journal« und anderer Medien des Establishments.

Ein in der Wolle gefärbter Zionist

Ein weiterer Fehlschlag ist die Regierungsweise von Argentiniens neuem Präsidenten Carlos Saul Menem, der als Peronist gewählt wurde, sich aber als ebenso unfähig erwies, wie seine verschiedenen militärischen und zivilen Vorgänger. Jetzt, wo dieser Artikel geschrieben wird, wird Menems Sturz bereits durch das argentinische Militär weithin vorausgesagt.
Aber was ist mit Collors Brasilien los? Was ist sein Plan, und kann er dort Erfolg haben wo, alle vorhergehenden Reformpläne gescheitert sind?
Der wichtigste und umstrittenste Teil des Collor-Planes ist die de facto Konfiszierung der meisten Bankkonten, Gelder, die in Staatspapieren investiert wurden und anderer Papiere mit Festzinsen.

Konfiszierung der meisten Bankkonten

Die neuen Bestimmungen schließen das Abheben von mehr als 50.000 »neuen Cruzados« in jeder Investitionsart mit Wirkung vom 15. März 1990 aus. Bei der optimistischen Notierung von 40

neuen Cruzados gleich ein Dollar, wird jedes Bankkonto und Anlagezertifikat bei 1.250 Dollar eingefroren, sogar die finanziellen Vermögenswerte von Millionären.
Offiziell sollen alle eingefrorenen Gelder 18 Monate lang fest liegen bleiben, bei vollem Ausgleich für Inflation, plus Zinsen zu sechs Prozent per annum. Nach 18 Monaten gibt die brasilianische Zentralbank dieser Gelder über einen Zeitraum von 12 Monaten, in 12 gleichen Raten, frei.
Der Zweck dieser Reform ist es, den Betrag des sich im Umlauf befindlichen Geldes zu verringern und somit die Inflation nach unten zu drücken. Im Anfang gelang dies auch, da sich die Preise in den Tagen unmittelbar nach dem 15. März 1990 stabilisierten oder sogar fielen. Das Schwarzmarkt-Aufgeld auf den Dollar ging von 125 Prozent über den offiziellen Satz auf fast Null zurück, als plötzlich eine Geldknappheit hervorgerufen wurde.

Das Spiel mit dem Namen des Geldes

Am letzten Tage vor Collors Amtsantritt wurde der neue Cruzado mit 81 pro Dollar gehandelt, was einem Aufgeld von 111 Prozent über der amtlichen Notierung entspricht. Als weitere Reform kündigte Collor an, daß Brasiliens Währung noch einmal verändert werde – diesmal wieder zum »Cruzeiro« zurück, was die offizielle Bezeichnung von Brasiliens herkömmlicher Währung von vor 1967 war.
Und doch war die Änderung höchst symbolisch, darauf abgestimmt, den in Mißkredit geratenen »neuen Cruzado« als Zahlungsmittel abzulösen. Die Änderung beruht auf der Basis ein »neuer« Cruzado gleich ein neuer Cruzeiro.
Cruzeiro- und Cruzado-Banknoten werden für eine absehbare Zukunft nebeneinander im Umlauf sein, und es wird keinen amtlichen Wechselkurs geben – der Cruzeiro wird flottieren können.
In der Woche nach Collors Amtsantritt wurde der Cruzeiro mit 40 pro Dollar gehandelt. Aber baldige Schwierigkeiten für den Collor-Plan deuten sich bereits dadurch an, daß der Cruzeiro bereits in der Zeit bis auf 55 pro Dollar heruntergerutscht ist – ein Verfall von etwa 40 Prozent in nur drei Wochen.

Eine interessante Reform war die Einführung dreier neuer Banknoten mit hohem Nennwert: die 1.000-, 5.000- und 10.000 Cruzeiro-Scheine. Bei 40 Cruzeiros pro Dollar wären die beiden größten Scheine 125 beziehungsweise 250 Dollar wert. Dies in einem Staat wo schätzungsweise 40 Prozent des Sozialprodukts in der Untergrundwirtschaft erzeugt wird, wo es nicht registriert wird, und wo es keiner Besteuerung unterliegt.

Aber wenn der Cruzeiro so stark wie seine Vorgänger korrumpiert werden sollte, dann werden sogar noch höhere Nennwerte, oder noch eine weitere Währungsreform, mit drei Nullen vom Cruzeiro abgeschlagen, notwendig werden.

Entgegenkommen für Freihändler

Weitere Merkmale des Collor-Planes sind Liberalisierung des Imports, da Steuertarife Lizenzen und Quoten als erstrangiges Mittel zur Kontrolle der Einfuhren ablösen. Besondere Steuerermäßigungen für Exporteure sollen abgeschafft und Brasiliens Wirtschaft offiziell größeren Einfuhren geöffnet werden, um den Freihändlern, die an Brasilien verkaufen, entgegenzukommen.

nächst dazu verwendet werden, Zinsen an die Megabanker zu zahlen – ein weiteres Zugeständnis Collors an die internationalen Banker.

Schwerwiegende Folgen für die Souveränität

Eine neue Steuer von 35 Prozent – vorher ein Prozent – wird auf alle Verkäufe von Gold, und eine Steuer von 25 Prozent auf den Verkauf von Aktien erhoben. Eine Vermögenssteuer, beginnend bei 0,1 Prozent auf Grundstücke im Werte von 350.000 Dollar, ansteigend bis auf 0,7 Prozent auf Grundstücke von 3,5 Millionen Dollar, wurde ebenfalls eingeführt.
Die Banken müssen »Privatisierungs-Zertifikate« kaufen, im Rahmen eines Planes, mit dem der Gegenwart von sieben Milliarden Dollar aus der heimischen Wirtschaft abgezogen werden soll. Diese Zertifikate können später verwendet werden, um viele staatseigene Unternehmen zu kaufen, die die Collor-Regierung privatisieren will.
Collor hofft, brasilianische Unternehmen an Ausländer verkaufen zu können, und zwar in einer Reihe von Schulden- für Equity-Tauschgeschäften, die darauf abzielen, Brasiliens Auslandsschuld zu verringern – ein Schritt mit



Immer wird die brasilianische Civil Guard gegen die Bevölkerung eingesetzt, die gegen Armut und Inflation demonstriert.

Aber die bestehende Devisenbewirtschaftung, bei der von den Exporteuren verlangt wird, daß sie Devisen an die Zentralbank abliefern und der Verkauf von Devisen an Importeure geregelt wird, bleibt bestehen. Die Beibehaltung des Status quo wird sicherstellen, daß Devisen zu-

schwerwiegenden Folgen für Brasiliens Souveränität.
Der Anfangserfolg des Collor-Plans war darauf zurückzuführen, daß so viel Geld in dem Bankensystem erfaßt wurde; die Brasilianer vermieden es nämlich, hohe Konten in Devisen zu unterhalten, weil diese täglich durch

die Inflation aufgefressen wurden.
»International Reports« stellte fest: »Mit einem einzigen Schlag hat die Collor-Regierung Zweidrittel des Geldbestandes ausgelöscht ... indem sie am Abend vor der Amtseinführung des Präsidenten 80 Milliarden Dollar von einer im Umlauf befindlichen Gesamtsumme von 120 Millionen Dollar abzog.«
Dieser Schritt war politisch möglich, weil 90 Prozent der Bevölkerung zu arm sind, um davon betroffen zu werden, und von den zehn Prozent mit 50.000 Cruzeiros oder mehr haben viele kaum soviel, um davon betroffen zu werden. Mit ihren Löhnen und Gehältern kann jetzt mehr und zu – hoffentlich – stabilen Preisen gekauft werden.

Maßnahmen kommen den Bankern zugute

Dieser Schritt kommt auch den Bankern zugute. Es ist ein klassischer, in der Tat extremer Weg, um die inländische Nachfrage zu verringern. Einfuhren könnten theoretisch liberalisiert werden, aber wer kann sie kaufen?
Collor räumt ein, daß dies eine Wirtschaftsflaute hervorrufen wird. Er hofft einfach darauf, der Inflation das Rückgrat brechen zu können, und daß die Wirtschaftsflaute nicht zu einer Wirtschaftskrise wird.
Ein weiterer wichtiger Punkt ist, ob die Regierung die eingefrorenen Gelder an die Mittel- und Oberklasse zurückgeben wird, unter Beibehaltung der Kaufkraft, plus sechs Prozent, wie versprochen. Brasilianer werden dabei an den 1986 von der Sarney-Regierung auf den Kauf von Neuwagen auferlegten Zwangseinzahlungsplan erinnert – Gelder, die die Regierung niemals an die Anleger zurückzahlte, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet war.
Auch wenn man nichts als gute Absichten seitens der Collor-Regierung annimmt, solange Zinszahlungen Brasiliens Zahlungsbilanzüberschuß – enttäuschende 14,9 Milliarden Dollar 1989, im Vergleich zu 18,1 Milliarden Dollar 1988 – fast völlig verschlingen, ist das Wachstumspotential des Landes stark begrenzt, falls kein massiver Ausverkauf seiner Grundindustrie- und anderer Vermögenswerte an Ausländer erfolgt. □

Trilaterale Kommission

Geschäfte mit der Umwelt

Peter Blackwood

Hunderte der führenden privaten und öffentlichen Politikmacher aus Europa, Japan und den Vereinigten Staaten landeten über das »Earth-Day«-Wochenende vom 21. bis 22. April 1990 in Washington zur Teilnahme an der Jahreskonferenz der Trilateralen Kommission.

Die diesjährige Jahreskonferenz der Trilateralen Kommission fand in einer Zeit der weitreichendsten und herausforderndsten historischen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit statt. Auf der Tagesordnung der Trilateralen standen aber – zumindest in den Erscheinungen, die sie der Öffentlichkeit darboten – die gleichen eigenartigen und in einigen Fällen nachweislich irrsinnigen politischen Vorschläge, die die Jahrestreffen der Trilateralen kennzeichnen, seitdem sie 1973 erstmals von David Rockefeller ins Leben gerufen wurde. Die einzige offensichtliche Ausnahme war Akio Morita, Vorstandsvorsitzender von Sony, der vor den Mitgliedern der Trilateralen einen Vortrag über die Bedeutung von Wissenschaft und Technologie zur Lösung der Probleme in der Welt hielt.

Keinen Zutritt ins Allerheiligste

Traditionsgemäß fand die Konferenz hinter verschlossenen Türen statt, und nur einige der vertrauenswürdigeren Mitglieder des Pressekorps durften den verschiedenen Sitzungen beiwohnen. Von den vier geplanten öffentlichen Pressekonferenzen wurden zwei abgesagt, und eine Sitzung mit dem ehemaligen Mitglied der Trilateralen Kommission, dem heutigen amerikanischen Präsidenten George Bush, wurde soweit wie möglich heruntergespielt.

Uns wurde natürlich der Zutritt in das Allerheiligste der Kommission verwehrt. Aber durch eingehende Kenntnisnahme, der auf der Konferenz freigegebenen Hautberichte und durch Interviews mit Teilnehmern und anderen Informanten, konnten wir uns ein ziemlich umfangreiches Bild dessen machen, was dort geschah. Vielleicht der schlagendste Beweis für den fortbestehenden institutionellen Irrsinn der Trilateralen Kommission war, deren lebhafte Bekräftigung des Schwindels mit der »Erwärmung der Erde«.

Von den drei neuen Berichten, die der Konferenz vorgelegt wurden, erhielt derjenige mit dem die öko-faschistische Kampagne bekräftigt wird, die darauf hinausläuft, der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung scharfe Beschränkungen aufzuerlegen, unter dem Vorwand, die sogenannten Treibhausgase zu verringern, am meisten Beachtung.

Es geht um übernationale Strukturen

Unter der Überschrift: »Beyond Interdependence: The Meshing of the World's Economy and the Earth's Ecology« (»Über gegenseitige Abhängigkeit hinaus: Die Verflechtung der Weltwirtschaft mit der Ökologie der Erde«), ruft der Bericht zu scharfen Eindämmungen des Bevölkerungswachstums, drastischen Steuern und anderen Beschränkungen bei industriellen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten sowie zur Schaffung von übernationalen Strukturen zur Überwachung des neuen weltweiten öko-faschistischen Regimes auf. Das, so wird in der Studie behauptet, sei notwendig, um Mutter Natur vor den Verwüstungen durch die Menschheit zu bewahren.
Sprecher der Trilateralen empfehlen »Beyond Interdependence« lautstark als Weiterverfolgung eines anderen berüchtigten »grünen« Manifests, nämlich des Berichts mit dem Titel »Our Common Future« (»Unsere gemeinsame Zukunft«), der von der Brundtland Commission, einer von den Vereinten Nationen geförderten Gruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Gro Harlem Brundtland, ausgearbeitet wurde.

Der Vergleich ist bezeichnend, und zwar nicht nur wegen der Schlüsselrolle, die »Our Common Future« bei der Beschleunigung der weltweiten öko-faschistischen Bewegung gespielt hat, sondern auch weil es sich hier um ein ausgesprochenes Ost-West-Projekt handelt. Verschiedene einflußreiche Persönlichkeiten der sowjetischen Elite nahmen teil, vor allem Iwan Frolow, der offizielle sowjetische Verbindungsmann zu den bundesdeutschen Grünen und der westlichen »New Age«-Bewegung und derzeitige Herausgeber der »Prawda«.

Als solcher unterstreicht er das weltweite Condominium-Abkommen (Abkommen zwischen Staaten über gemeinsame Bestimmungen, gemeinsame Territorien) zwischen westlichen oligarchischen Parteiungen und dem Kreml, um die westliche Technologie zu zerstören: ein Abkommen, das von US-Präsident George Bush durch seine Förderung des sogenannten Clean Air Bill (Reine-Luft-Gesetz) abgesegnet wurde.

Eine Blaupause für Völkermord

Der Beschluß der Trilateralen, »Beyond Interdependence« zum öffentlichen Zentralthema ihrer derzeitigen Aktivitäten zu machen, ist ein weiterer Beweis dafür, wie stark sich die westliche Elite auf eine Vendetta gegen alles, was von den industriellen, landwirtschaftlichen und Verteidigungskapazitäten übrig bleibt, eingelassen hat. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß das Mitglied des sowjetischen Politbüros Aleksandr Jakowlew als Redner vor der Konferenz vorgesehen war; er sagte in letzter Minute ab, vermutlich wegen der Lage in Litauen.
Die dem Brundtland-Bericht zugrundeliegende Prämisse besteht darin, daß die menschliche Existenz der Feind Nummer Eins der »Natur« sei, und daß die Menschheit eine »tragbare Entwicklung« – ein Euphemismus, gemeint ist ein drastisch gesenkter Lebensstandard – und die Beseitigung von Milliarden von Menschen akzeptieren muß.

Der Bericht der Trilateralen Kommission greift nun die gleiche Thematik auf. Wie »Our Common Future« stellt er die wissenschaftlich bereits widerlegte These von der »globalen Erwärmung« als Evangelismus dar. Im Gegensatz zu verschiedenen kürzlich erschienen wissenschaftlichen Studien sagt er eine bedeutsame Erhöhung der weltweiten Temperaturen voraus – verursacht, so wird behauptet, durch die Erhöhung der Bevölkerungsziffer und das industrielle-landwirtschaftliche Wachstum –, das schließlich zu einer Erhöhung des Meeresspiegels und zur Überflutung der Küstengebiete, zu schweren Dürren und Hungersnot führen werden.

Vorwand für eine Weltregierung

Während die wirkliche Antwort auf das Problem der Umweltverschmutzung in der Anwendung von immer besserer Technologien – wie MHD (Magnetohydrodynamik) zur Erzeugung von sauberer Energie aus Kohlenstaub – liegt, drängen die Trilateralen genau auf das Gegenteil, nämlich auf ein weltweites Regime – Weltregierung – um einer solchen Entwicklung Grenzen zu setzen.

Zu den von »Beyond Interdependence« dringend nahegelegten Empfehlungen gehören eine drakonische Steuerpolitik und eine Reihe von internationalen »Konventionen« oder »weltweiten Abkommen« die darauf abzielen, die Länder, speziell in der Dritten Welt, dazu zu zwingen, sich der Politik zur Bekämpfung der »weltweiten Erwärmung« zu beugen, indem ihnen das Zuckerbrot des Schuldenerlasses als Gegenleistung für die Durchführung von wachstumshemmenden Umweltschutzmaßnahmen vor die Nase gehalten wird.

In dem Bericht wird spezifisch die Bildung eines World Forum on Environment and Develop-

ment (WEDF) suggeriert, um folgende Maßnahmen durchzusetzen: »Das WEDF wäre die höchste Ebene für die Entwicklung der Politik und zur Koordination bei Fragen der Klimaveränderung. So wie der Konsensus größer wird, könnte er zu einem ›Earth Council‹ (Erd-Rat) führen ... mit weit größerer Befugnis, Entscheidungen zu treffen und Bestimmungen durchzusetzen. Oder er könnte zu einer ständigen Kommission für Umwelt und tragbare Entwicklung im Rahmen der Vereinten Nationen werden.«

Bedrohung für die nationale Sicherheit

Der Bericht besteht auch darauf, daß Umwelt»entartung« als Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen werden müsse und weist warnend darauf hin, daß Ökologie zum nächsten größeren Spannungsfeld zwischen den Nationen des Nordens und des Südens werden könnte.

Bevölkerungsverringerung ist ebenfalls ein grundlegendes Ziel der Trilateralisten. Der Bericht reitet auf der »Umweltentartung« (environmental degradation) herum, die durch das Anwachsen der Weltbevölkerung in diesem Jahrhundert verursacht werde. Obwohl in dem Bericht nicht gerade lauthals zur Ermordnung jener widerlichen menschlichen Verschmutzer en masse aufgefordert wird, muß man nur etwas zwischen den Zeilen lesen, um sich darüber klar zu werden, daß der Betrug mit der globalen Erwärmung deswegen gefördert wird, weil es sich um eine Maßnahme zur künstlichen Bevölkerungsbeschränkung handelt, indem sie dazu führen wird, die agro-industrielle Maschine abzuschalten, die zur Erhaltung der menschlichen Existenz auf dem derzeitigen Bevölkerungsstand benötigt wird.

Eine Polizei für Lateinamerika

Der zweite auf der Konferenz freigegebene Bericht, der sich Lateinamerika widmet, geht mit »Beyond Interdependence« Hand in Hand. Anstatt mit der Überschrift »Latin America at the Crossroads: The Challenge to the Trilateral Countries« (»Lateinamerika am Kreuzberg: Die Herausforderung an die trilateralen Länder«), könnte der Bericht treffender mit »Beyond Interdependence II: How the North's Banking Establishment Intends to Continue Looting Third World Countries to Paper Over Its Own Failed Economies« (»Wie das Banken-Establishment die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt weiterbetreiben will, um seine eigenen gescheiterten Wirtschaften zu kaschieren«) überschrieben werden.
Der Bericht greift jene pro-demokratische Rhetorik auf, die den Vereinigten Staaten sehr gelegen kam, um ihren ungesetzlichen Einmarsch nach Panama zu rechtfertigen, und um ihre Vorschläge, Lateinamerika weiter in Ketten zu halten, zu beschönigen. »Wir – die trilateralen Länder – müssen unserer Vorliebe zur Demokratie in Lateinamerika Ausdruck verleihen, mit so vielen greifbaren Vorteilen wie möglich für diejenigen, die sie in die Tat umsetzen«, heißt es in dem Bericht.
Von George Landau, Präsident der Americas Society, und Julio Feo, Vorsitzender der Holmes & Marchant Group in Spanien, verfaßt, macht der Bericht durch seine konstanten Angriffe auf »altmodische statistische Wirtschaftspolitik, den übertriebenen Wirtschaftsnationalismus, die aufgeblähten und untüchtigen Bürokratien« und andere Sünden, die wie behauptet wird, die Hauptursache der Wehen des Kontinents seien, klar, daß er unter Demokratie radikale Wirtschaft des freien Unternehmertums versteht.

Die Verfasser rufen zu »druckausübenden regionalen Regierungen und Gesellschaften« in Lateinamerika »im Namen von Liberalisierungsmaßnahmen« auf, die, so wird dreist gelogen, »wie die ganze Welt weiß, der Schlüssel zum wirtschaftlichen Fortschritt sind«.

Große Besorgnis über die Schuldenkrise

Der Bericht hält das kürzlich verkündete Programm zur »Strukturreform«, das Mexiko auf Drängen seiner Gläubiger mit tödlichen Folgen für seine Menschen übernommen hat, als Modell für den übrigen Kontinent aufrecht.

Keineswegs überraschend kommt in dem Bericht große Besorgnis über die Schuldenkrise oder, genauer gesagt, darüber zum Ausdruck, wie sichergestellt werden kann, daß soviel wie möglich von diesen Schulden eingetrieben werden kann. In dieser Beziehung ist der darin enthaltene Vorschlag zur Umstrukturierung der regionalen militärischen Streitkräfte besonders bedeutsam.

Ohne es direkt zu sagen, erkennt der Bericht an, daß sich eine möglicherweise unkontrollierbare politische Rückwirkung ergeben könnte, falls die Vereinigten Staaten weitere Invasionen à la Panama durchführen sollten. Während also die North Atlantic Treaty Organization (NATO) dazu aufgefordert wird, eine neue Rolle zu übernehmen – eine die eine »Beteiligung an der Verteidigung der Demokratie und die Förderung der Stabilität in der Dritten Welt« (ein euphemistischer Hinweis auf die Verwendung der NATO als Schuldeneintreibungs-Agentur) nach sich ziehen würde –, wird in dem Bericht auch ein neues »regionales Sicherheitssystem« in der Karibik und in Lateinamerika gefordert. Dies würde auch dazu beitragen die Landesstreitkräfte zu beseitigen, die in viele lateinamerikanischen Ländern dazu neigen, die stärksten institutionalen Verfechter nationaler Politik zu sein.

»Ernsthafte Gedanken über neue institutionale Mechanismen, um die Abmachungen des OAS-Rio Treaty auf den neuesten Stand zu bringen oder zu erneuern – wobei unter anderem die Bildung einer multinationalen Polizeimacht in Erwägung gezogen werden soll – sind durchaus an der Tagesordnung«, schreiben die trilateralen Autoren. »Solche Abkommen hätten den zusätzlichen Vorteil, den örtlichen Militärs eine nützliche Aufgabe zu übertragen, die über ihren historischen Hang, sich in die Lokalpolitik einzumischen, hinausgeht.«

Ein Prediger in der Wüste

Es gab eine Stimme, die der allgemeinen Irrsinnigkeit, die auf der Konferenz der Kommission vorherrschte, entgegentrat. In einer Rede, die sich deutlich von den dort vorherrschenden öko-faschistischen und Adam Smithschen Idioten abhob, sagte der Sony-Chef Akio Morita, Mitverfasser des umstrittenen Buches »The Japan That Can Say No«, in dem gegen Amerikas Im-Stich-Lassen der realen Produktion zugunsten nachindustrieller spekulativer Tätigkeiten polemisiert wird, zu den Konferenzteilnehmern, daß »der technologische Fortschritt« weiterentwickelt werden muß, wenn man erfolgreich mit den Herausforderungen der Wirtschaft, der Umwelt und der verfügbaren Hilfsmittel (Resourcen) der Welt fertigwerden will.
Sich selbst als »Techno-Optimist« bezeichnend, meinte Morita, daß die ganze Bandbreite internationaler Probleme »besonders die Umweltprobleme ... durch Anwendung neuer Technologien gelöst werden kann. Wenn sich unsere Energiesituation in den achtziger Jahren verbessert hat, dann nicht weil wir unseren Lebensstandard verringert haben.«

In Asien zum Beispiel »besteht zur Zeit wenig Aussicht auf Hungersnot ... nicht weil die Bevölkerung verringert worden ist, sondern weil die Nahrungsmittelerzeugung durch Anwendung neuer Technologien erhöht worden ist.«

Morita rief zu einem »Dreiergespräch« unter Politikern, Geschäftsleuten und »Technologen« auf – »ein Begriff den wir bei Sony anwenden, um unsere Wissenschaftler und Ingenieure zu motivieren, die danach trachten, Wege zu erschließen, um die Wissenschaft zur Bereicherung des menschlichen Lebens anzuwenden« –, um zu gewährleisten, »daß die sechs Milliarden oder mehr Menschen, die auf diesem Planeten leben«, bis spätestens zum 21. Jahrhundert »alle einen hohen Lebensstandard genießen können, ohne dabei unsere Umwelt zu ruinieren oder unsere Resourcen zum Nachteil zukünftiger zu erschöpfen.«

Dies waren die öffentlichen Bekanntmachungen der Kommission. Hinter den Kulissen konzentrierten sich die Gespräche auch auf die Veränderungen in Osteuropa, die Lage in der Sowjetunion, die amerikanische Wirtschaftskrise und die deutsche Wiedervereinigung. □

Internationalisten

Weltverschwörung der Banker

James Gibb Stuart

James Gibb Stuart hielt den nachstehenden Beitrag als Vortrag auf der Konferenz des Young Monday Club, Oxford and Cambridge Club im November 1989 in London. CODE veröffentlicht die Rede, weil sie eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Probleme ist, mit denen sich diese Zeitschrift Monat für Monat beschäftigt.

Es gibt gewisse Kreise, in denen der bloße Hinweis auf Verschwörung in finanziellen und politischen Angelegenheiten mit Hohn und Spott abgetan wird, als ob es solche Absurditäten unmöglich geben könnte, außer vielleicht in fieberischen Gedanken von Wirrköpfen und Paranoikern. Aber nach der Teilnehmerliste, die mir ausgehändigt wurde, zu urteilen, vermute ich, daß sich unter meinen Zuhörern viele befinden, die selbst Forschungen angestellt haben – zum Beispiel über einwandfrei belegte subversive Bewegungen des 18. Jahrhunderts, aus denen die Französische Revolution und die Flut von anarchistischen Aufständen gegen das Establishment hervorgingen, die Europa 1848 überschwemmten. Wir haben alle von Voltaire und Babeuf gehört, und von dem satanischen jungen Rechtsprofessor Adam Weishaupt, der den Orden der Illuminati gründete.

Gerichtliche Beweise für eine Verschwörung

Selbst Zyniker können die historische Bedeutung Weishaupts nicht anzweifeln. Daß er gelebt hat, daß er das getan hat, was ihm zugeschrieben wird, daß er ein Revolutionär, ein lebenslanger Verschwörer und ein Satanist war, das alles steht außer Frage.

Als die Beweise für seine zerstörerischen Tätigkeiten schließlich dem Gericht der Wahlmänner vorgelegt wurden, wurde seine Geheimgesellschaft 1784 in ganz Bayern, seinem Heimatland, offiziell verboten.

Insoweit liegen also gerichtliche Beweise darüber vor, daß es eine Verschwörung gegeben hat. Wir wissen aber auch, daß ungeachtet des Verbots in Bayern der Orden der Illuminati weiter blühte und sich in anderen Teilen Europas, vor allem in Frankreich, ausbreitete.

Und es gibt sogar Gründe für die Vermutung, daß die anarchistischen Lehren, die in seinem Kielwasser verbreitet wurden, einen tiefen Einfluß auf die schrecklichen Dinge hatten, die sich in diesem Land vor der Jahrhundertwende ereigneten.

Was wir nicht immer mit der gleichen Überzeugungskraft tun können – besonders angesichts feindseliger Kritik – ist, den Beweis für den unheilvollen Einfluß von Weishaupts Illuminatentum auf die große Welle von Revolution, Umstürzen und Terrorismus zu erbringen, die unsere Gesellschaft heute in Angst und Schrekken versetzen. Das heißt nicht, daß dies nicht getan werden kann, daß das Beweismaterial nicht vorliegt.

Adam Weishaupt, ehemaliger Jesuit, gründete am 1. Mai 1776 die Geheimgesellschaft der Illuminaten, deren Aktivitäten damals weitgehend von Rotschild finanziert wurden.

Ich habe zumindest eine faszinierende Darlegung gesehen, mit der der Eindruck erweckt wird, als hätten die Verfasser das Illuminatentum in ununterbrochener Linie durch die verwickelte politische und wirtschaftliche Geschichte Europas und Amerikas hindurch nachgespürt – und sie schreiben ihm jede gesellschaftliche Umwälzung, vom amerikanischen Bürgerkrieg bis zum »Holocaust« und zur Ermordung John F. Kennedys, zu.

Das Geld ist der große Motor

Es ist jedoch heute nicht meine Absicht, mich auf einen derart schlüpfrigen Boden zu begeben und in jede Offenbarung menschlicher Leidenschaft eine verschwörerische Bedeutung hineinzudeuten – und den Zynikern Wasser auf die Mühle zu geben, weil wir weder die Zeit noch die Gelegenheit dazu haben, jeden Umstand dokumentarisch zu belegen.

Nichtsdestoweniger braucht niemand von uns zu bezweifeln, daß es eine Verschwörung gibt. Wir wären nicht in der Lage, die komplexen Kräfte, die auf unsere moderne Welt einwirken zu verstehen, würden wir nicht akzeptieren, daß es in der Tat mächtige Interessen gibt, die sich mit verborgenen und betrügerischen Methoden zusammentun, um unsere Gesellschaft ihrem Willen zu beugen. Und wir würden auch mit unseren Forschungen in diese Richtung nicht sehr weit kommen, wenn wir nicht begreifen könnten, daß die Maschine, die jene zerstörerischen Kräfte antreibt und motiviert, das Geld ist. Ohne Geld kommt man nicht weit. Selbst jenes junge satanische Genie Weishaupt hätte ohne Geld nicht in die Startlöcher treten können. Irgendjemand hat ihn finanziert, und obwohl er bezüglich der Identität seiner Sponsoren sehr zurückhaltend gewesen sein mag, kann man davon ausgehen, daß die Gelder zur Anwerbung seines Personals, für die Bezahlung und den Unterhalt seiner Abgesandten, Allgemeinkosten für die Leitung einer Organisation, die sich in wenigen Jahren kreuz und quer durch Europa verbreitet hatte, in reichlichem Maße geflossen sein müssen.

Diejenigen unter uns, die in dieser Sache sophistisch geworden

sind, die sich schon seit langem darüber klar sind, daß ein Umsturz ebenso von oben wie von unten beginnen kann – mit Männern in Nadelstreifenanzügen wie auch mit jenen, die an Straßenecken die proletarische Revolution predigen –, konnte nicht umhin, sich mit den beiden – anscheinend miteinander in Konflikt liegenden – Weltanschauungen unserer Tage, Kapitalismus und Kommunismus, gründlich zu befassen und zu versuchen herauszufinden, welcher von beiden der Beherrschende und welcher der geschmeidige Kollaborateur ist.

Kapitalismus und Kommunismus

Für mich war die Sache endgültig und unwiderruflich entschieden, als ich meinen Zeitablauf zusammenstellte und mir klar wurde, daß die großen Bankimperien schon vor dem Aufstieg von Karl Marx vorhanden waren. Es waren höchst wahrscheinlich die Rothschilds, die das Kommunistische Manifest finanzierten.

Kapitalismus und Kommunismus! Oder sollte ich in Fairneß gegenüber dem Glaubensbekenntnis des freien Unternehmertums, dem wir alle anhängen und das sich als universaler Wohlstandserzeuger unserer Gesellschaft erwiesen hat, besser Bankerismus sagen?

Bankerismus und Kommunismus! Für politische und wirtschaftliche Realisten ist es nur zu leicht zu erkennen, wo sie sich miteinander im Pflichtenkonflikt befinden.

Wir wissen zum Beispiel, daß die große militärische Macht des Sowjetreiches ohne die von westlichen Bankern beschafften Finanzkredite und Technologien überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Dies ist alles sorgfältig und genau dokumentiert worden durch den in England geborenen und erzogenen amerikanischen Akademiker Antony C. Sutton, in seinen Büchern zum Beispiel »National Suicide«. Ich akzeptiere das. Ich unterstreiche das voll und ganz. Die Tatsache, daß Suttons peinlich genaue und mit vielen Fußnoten versehene Enthüllungen unterdrückt und einer breiteren Öffentlichkeit vorenthalten wurde, ist an sich schon Verschwörung von einer besonders finsteren Art.

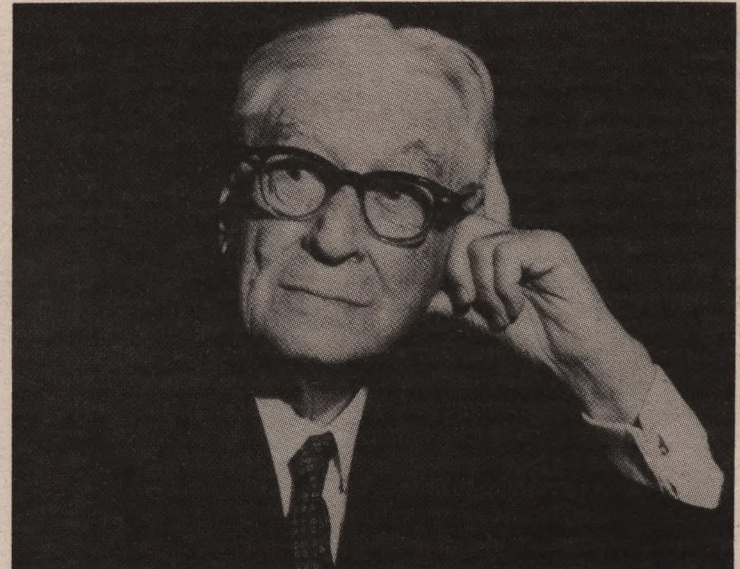
Aber ich glaube nicht, daß sie mich heute hierhergebracht haben, um sich einen ausschweifenden Vortrag über die ausgedehnten Verwicklungen der Verschwörung, ein breitgefächertes Thema, anzuhören, das den Zeitraum dieser ganzen Sitzung in Anspruch nehmen würde, und wobei immer noch sehr viele wichtige Gesichtspunkte offen bleiben müßten. Sie müssen damit rechnen, daß ich schnell von allgemeinen zu besonderen Dingen übergehen und dies alles mit Umständen und Ereignissen in Zusammenhang bringen werde, die uns in unserer Zeit betreffen und beunruhigen.

Wir wollen einmal fünfzehn Jahre zurückgreifen, auf 1974, als die Ölscheichs des Nahen Ostens den Preis des Rohöls verdoppelten und verdreifachten, so daß die großen amerikanischen Banken mit wieder in den Umlauf gebrachten Öl-Dollar überschwemmt wurden.

Um aus diesem unerwarteten Glücksfall den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, begannen die Banker – von denen man in einigen Kreisen glaubt, sie hätten das erfolgreiche Ölunternehmen mit Geschick in Gang gesetzt, wie es ihnen beliebte – damit, Darlehen unter den unterentwickelten Ländern Südamerikas und Afrikas zu verhökern.

Die Erzeugerländer von Handelsgütern waren ihre Hauptziele, speziell jene mit beträchtlichen Ölvorkommen. Den führenden Persönlichkeiten, der im übrigen ziemlich verarmten Länder, wurde eingeredet, daß sie es sich mit ihrem »schwarzen Gold«, das 50 Dollar pro Barrel einbrachte, leisten konnten, ihren primitiven Völkern kraft des geliehenen Geldes sofortigen Wohlstand zu verschaffen.

Das funktionierte jedoch nicht so, wie es gedacht war. Der Ölpreis brach wieder zusammen, wie der Dollar-Preis vieler anderer Grundverbrauchsgüter. Und jene bedauernswerten Völker der Dritten Welt, von denen einige Erzeuger von nur einer einzigen Handelsware waren, wurden in erschreckende Schulden gestürzt, worauf sie sich nicht einmal leisten konnten, die Zinsen zu zahlen. So begann die Schuldenkrise der Dritten Welt.



Bernard Baruch, die »graue Eminenz« unter Roosevelt, war Gastgeber als der US-Präsident mit Churchill die Details der deutschen Kapitulation besprach.

Das Geld kam nach New York zurück

Als die Karten auf den Tisch gelegt werden mußten, stellte sich heraus, daß diejenigen am besten davongekommen waren, die am wenigsten geborgt hatten. Als nämlich die verschwenderische Verleihung von Dollar vorüber war, war schwer zu erkennen, was sie eigentlich Gutes gebracht hatte, und wohin das ganze Geld geflossen war. Jahre später sollten wir herausfinden, wo zumindest ein Teil des Geldes hingegangen war. Es war nämlich direkt zurück auf die Festgeldkonten der gleichen New Yorker Banken geflossen, wo das meiste Geld davon hergekommen war.

Im Frühjahr 1989 wurde errechnet, daß sich die Gesamtschuld der Dritten Welt auf etwa 1.200 Milliarden Dollar belief, während der Gesamtbetrag der Privatvermögen, die einige Bürger der Schuldnerländer auf dem Konto hatten, sich auf etwa 600 Milliarden Dollar – oder annähernd die Hälfte der ausstehenden Kapitalsumme belief.

Wir haben alle die gut publizierte Story über Ferdinand Marcos aus den Philippinen gehört, der riesige Summen Geldes auf geheime Bankkonten beiseite geschafft und in Immobiliengeschäfte in Amerika und in die Schweiz gesteckt habe. Aus dem, was ich ihnen soeben gesagt habe, können Sie entnehmen, daß Marcos damit nicht allein auf weiter Flur stand. Offenbar hatte er ganz einfach mit seinen Mentoren aus dem Bankwesen ein faules Spiel getrieben, so daß diese anschließend seinen Sturz und schließlich seinen Ruin organisierten.

Ein New Yorker Volkswirt, namens James Henry, stellte kürzlich fest, daß etwa 50 Prozent der zwischen 1970 und 1980 durch die Hauptschuldnerländer im Ausland als Darlehen aufgenommenen Gelder, »nur zur Hintertür hinaus als Privatkapitalflucht genau dorthin zurück geflossen sind, wo sie herkamen«.

Der Drang des Großbankers

Wie konnte dies geschehen? Kann dies geschehen sein ohne Kenntnis und, sagen wir einmal, Mittäterschaft der Banker selbst? Können wir weiterhin annehmen, daß einige der glücklichen Empfänger solcher Bestechungsgelder auf Konten in New York und Zürich, ebenso wie Marcos, in ihren eigenen Ländern als bedeutende Finanzierungs-Schiedsrichter in der Lage waren, ihre Regierungen dazu zu überreden, die Dollar-Darlehen anzunehmen? War also dieser Rücklauf von 50 Prozent in die eigenen Taschen, der in den siebziger Jahren ein Merkmal des gesamten Geldverleihs an die

Internationalisten

Weltverschwörung der Banker

Dritte Welt gewesen zu sein scheint, eine vorher abgemachte Belohnung für die örtlichen Mafias, die diesen Handel, mit denen das Geld der Banker wieder in den Umlauf gebracht wurde, abgeschlossen hatten?

Beweise sind bei derartigen Angelegenheiten nicht ohne weiteres greifbar. Die Täter lassen gewöhnlich keine unterzeichneten Dokumente herumliegen, die dann einem Gericht vorgelegt werden können. Aber was ich sagen will scheint ziemlich gut durch Tatsachen belegt zu sein. Und wenn Sie sich dieses ganze Syndrom des unverantwortlichen Geldverleihens, der anschließenden Nichterfüllung, Verarmung und Unstabilität einmal näher anschauen, dann wird Ihnen etwas klar, was für die Jüngeren unter meinen Zuhörern des heutigen Tages von unschätzbarem Nutzen sein sollte. Es ist die Tatsache, daß der Banker, speziell der Großbanker, oft einen größeren Drang verspürt Geld zu verleihen als der in Frage kommende Schuldner verspürt, zu borgen.

Sie werden vielleicht nicht von der Wahrheit dieser Maxime beeindruckt sein, wenn Sie sich soeben wegen ein paar Tausender an Ihren örtlichen Bankmanager gewandt haben, um den Familienwagen auf den neuesten Stand zu bringen. Aber bei einem Finanzdeal, wo es um eine Milliarde Dollar geht, ist es oft der Banker, der die entsprechenden Konzessionen machen muß, um das Interesse des Kunden am Vertragsabschluß zu wecken.

Korruption als Lebensart

Vielen von uns war dunkel bewußt, daß es jedem kleinen Blechtrommeldiktator, dessen wackelige Bananenrepublik den Bankern gegenüber permanent verschuldet zu sein scheint, nichtsdestoweniger gelungen ist, ungezählte Millionen auf geheime Festgeldkonten im Ausland beiseitezuschaffen.

Wir könnten zu dem Schluß gekommen sein, daß Korruption in solchen Gesellschaften der Dritten Welt auf jeden Fall eine Lebensart ist; daß es unmöglich ist, dort auf irgendeine andere Weise Geschäfte zu machen. Aber wo begann die Korruption?

Ich wurde gebeten, über Subversion zu sprechen. Nun haben wir diese – und Verschwörung obendrein. Hat es jemals eine Verschwörung in einem solchen Ausmaß gegeben, wie diese, die zermalmende und nie enden wollende Armut für viele Millionen unglückliche Seelen im unterentwickelten Süden mit sich bringt, die, weil ihre korrupten Regierungen vor 15 Jahren in großem Umfang Darlehen aufgenommen haben, ihr Leben in unerbittlichen Fesseln verbringen müssen, damit die Banker ihre Zinsen bekommen?

Die Entregulierung des Bankwesens

Wir wollen nun zu den achtziger Jahren und zu einer anderen Facette des Machtspiels des Big Banking übergehen. Es war das Zeitalter der Reaganomisten und des freien Marktes.

Als Konservative pflegen wir gefühlsmäßig und ideologisch auf alle Konzepte der Freiheit zu reagieren. Aber Freiheit für wen? Und Freiheit wovon? Damals in den fünfziger Jahren gab es einen wohlbekannten Philosophen und Rundfunkmann, namens Professor C.E.M. Joad. Joads denkwürdigste Eigenschaft war es, daß er, wenn er gebeten wurde, sein Urteil über Gedanken und Situationen abzugeben, damit zu beginnen pflegte zu sagen: »Es kommt darauf an, was Sie mit ... meinen ...«.

In diesem Zusammenhang kommt es also darauf an, was unter Freiheit zu verstehen ist. Freiheit der Meinungsäußerung! Freiheit der Gruppenbildung! Freiheit der Religion, Reisefreiheit und Freiheit des Unternehmens! Wir müssen an all diese Dinge glauben. Aber Freiheit der Geldmärkte? Nehmen wir uns einmal die Zeit, darüber nachzudenken und uns dabei nicht von irgendwelchen Doktrinen blenden lassen.

Die Entregulierung des amerikanischen Bankensystems, die 1980 vollzogen wurde, wurde durch den amerikanischen Kongreß als Gesetz verabschiedet, aufgrund der damals vorherrschenden Besessenheit, alle Kontrollen loszuwerden. Aber einige der namhaftesten Persönlichkeiten an der Wall Street, darunter Henry Kaufmann, Albert Wojnilower und Phillip Braverman, die erkannten, daß mit der Beseitigung aller regulierenden Kontrollen die Hebelwirkung von Zinssätzen für die Behörden das einzige Mittel sein würde, Bankkredite in Grenzen zu halten, traten dieser Entwicklung entgegen.

Dies wurde dort sogar damals als unbillig und unrecht – und im Grunde genommen unwirksam – erkannt, da es nur die schwächsten Darlehensnehmer zu Boden schmetterte, und die Geldverleiher überschwenglich belohnte. Und doch gelangte durch die Macht der Interessengruppen der Banken – die Umstürzler des Finanzwesens auf unseren Titelseiten – nichts von dieser wertvollen Kritik an die Oberfläche. So wird Entregulierung noch für einige Zeit im Zusammenhang mit dem amerikanischen Finanzwesen der Name des Spiels bleiben.

Amerikas schlechte Ideen

Das hätte uns nicht so sehr zu beunruhigen brauchen, wenn man sie dazu überredet hätte, dies für sich zu behalten. Das amerikanische Finanzwesen ist so unstabil, so äußerst durch Schulden und Defizite verzerrt, daß eine umwälzende Korrektur längst überfällig ist, und in gewisser Hinsicht ein Segen sein würde.

Aber allzu oft finden Amerikas schlechte Ideen, vor allem die, die sich auf das Bankwesen beziehen, ihren Weg zu uns herüber. Noch im Frühjahr 1988 befand sich die britische Wirtschaft in guter Verfassung. Wir hatten gerade ein phantasiereiches, steuerreduzierendes Budget verabschiedet. Die Zinssätze lagen durchweg bei acht Prozent. Und wir verzeichneten kein bemerkenswertes Ungleichgewicht im Außenhandel. Es gab nur ein Hauptproblem: Bankkredite – und Verbraucherschuld – stiegen rapide an und verursachten eine absurde Hochkonjunktur auf dem Wohnungsmarkt und eine übermäßige Nachfrage nach Einfuhrgütern, die wir früher selbst herzustellen pflegten.

In dieser Situation, mit allen unseren ausgeklügelten Überwachungseinrichtungen, unseren auf Computer gespeisten Statistiken, wurde ein externer Faktor beinahe geflissentlich außer Acht gelassen. Erinnern Sie sich? Die Schuldenkrise der Dritten Welt! Alle jene armseligen Handelsgütererzeuger, die ihre gewaltigen Dollar-Anleihen nicht mehr bedienen, noch weit weniger zurückzahlen konnten!

Amerikas große Wall Street Banken befanden sich in einer furchtbar mißlichen Lage. Rechnungsmäßig waren sie pleite, völlig zahlungsunfähig. Laut Gerald Corrigan von der Federal Reserve Bank waren 98,5 Prozent ihrer Vermögenswertgrundlage durch jene nicht rückkaufbare Darlehen an Osteuropa und an die südliche Hemisphäre ausgewaschen worden. Hätte es sich um gewöhnliche Handelsunternehmen gehandelt, dann hätten sie einen Antrag nach Kapitel Elf, oder wie man das dort nennt, stellen müssen. Aber sie waren Angelpunkte des amerikanischen Bankwesens – und unter dem Bundesgesetz als »geschützte Spezies« anerkannt –, sie mußten einfach – trotz allem – in Gang gehalten werden.

Und unter der Entregulierung des Bankwesens besaßen sie natürlich einen unbezahlbaren Vermögenswert, der Handelsbanken nicht zur Verfügung stand. Es gab praktisch keine Begrenzung für die Höhe der Kredite, die sie beschaffen durften, wenn sie nur genug Leute finden konnten, um das Geld zu verborgen. Gesunde Darlehensaufnehmer diesmal! Vorzugsweise erstklassige Firmen, die sowohl für das Kapital als auch für die Zinsen gut waren!

Das Stichwort lautete Leihen und Borgen

Und daher hatten wir auch diesen unglaublichen Überfluß an Junk Bonds, Arbitragegeschäfte – unter Ausnutzung von Kursunterschieden an verschiedenen Börsenplätzen getätigte Geschäfte – in Höhe von mehreren Millionen Dollar, Geschäftsübernahmen, und durch Leihkapital finanzierte Aufkäufe von Gesellschaften durch Investmentgesell-

Internationalisten

Weltverschwörung der Banker

schaften – sogar bis hinunter zur Neufestsetzung von Hypothekenzinsen für heimisches Eigentum.

Leihen! Leihen! Leihen! Borgen! Borgen! Borgen! Alles so als ob dies nie ein Ende haben könnte! Und schließlich gelang es einer Scheibe von dieser aggressiven Darlehens-Finanzierung, ihren Weg zu uns herüber zu finden. Wir bekamen die importierten Auswirkungen eines im wesentlichen amerikanischen Problems zu spüren. Wie sollten wir damit fertig werden?

Vernünftige Wirtschaftler – jene, die von den Interessengemeinschaften der Banken noch nicht unterwandert worden sind – wissen, daß, um die Preise stabil zu halten, die Summe des in Umlauf gebrachten Neugelds in etwa mit der Wegnahme an produktiver Arbeit und Dienstleistungen in Einklang gebracht werden muß. Wenn das Angebot an Geld nicht ausreicht oder künstlich gesenkt wird, kommt es zur Wirtschaftsflaute. Wenn es zu hoch ist, hat dies eine Inflation zur Folge. Der Trick besteht darin, den ganzen Vorgang zu überwachen, die Pumpe hochlaufen zu lassen, die Dinge flau werden und sie ein wenig langsamer laufen zu lassen, wenn die Kredite allzu frei verfügbar werden.

Möglicherweise ist dies für diejenigen, die sich von Grundsätzen des freien Marktes leiten lassen, ein alter Hut. Aber es handelt sich hier um eine herkömmliche und unabänderliche Wirtschaftsweisheit, und es kann einem Volk teuer zu stehen kommen, wenn sich seine Führungskräfte einem Naturgesetz direkt widersetzen. Und genau das ist uns in den letzten achtzehn Monaten passiert. Sie wissen, daß ich für meine scharfe Opposition gegen Lawsons Zinsfußpolitik bekannt bin. Da ist nichts Persönliches dabei. Ich kenne den Mann nicht, hatte niemals Gelegenheit, mit ihm zusammenzutreffen. Aber ich mußte an den Seitenlinien stehen und mit immer tiefer werdender Verbitterung zuschauen, wie er nach und nach alle Vorteile niedriger Inflation, höherer Produktion, größerer Wettbewerbsfähigkeit und stetig wachsender Zuversicht, die das Legat der ersten acht Jahre des Thatcherismus gewesen waren, hinwegwischte.

Warum tat er das? Er ist kein närrischer oder unintelligenter Mann. Er muß doch die Kreditdrücke auf der anderen Seite des Atlantik gesehen haben. Und doch machte er besessen weiter und weiter mit immer höheren Zinsfüßen – und immer höher geschraubtem Geldangebot – auch noch als er spürte, daß dies nicht funktionierte und niemals funktionieren würde, wollte man nicht eine schwere Wirtschaftsflaute riskieren. War er lediglich in dem System verfangen? Oder stehen wir hier einem weiteren Aspekt jener Umwälzung auf dem Finanzsektor gegenüber?

Die Position von Mrs. Thatcher

Vor einigen Monaten, als Lawson zurücktrat, wurde durch Presse und Fernsehen und durch eine Reihe von unsicheren Kandidaten in der Tory Party der Eindruck erweckt, daß eine Katastrophe eingetreten sei. Die Welt, die Thatcher-Regierung, die Partei als Ganzes, würden nie mehr so sein wie vorher, hieß es.

Glauben Sie kein Wort davon. Lawson selbst, mit seinen fixen Ideen über die Hebelwirkung von Zinssätzen als einziges Mittel zur Kreditbegrenzung, war die Katastrophe. Ich weiß, daß viele Leute, vor allem Großbanken und Industrielle hierzulande und im Ausland, eine große Abneigung gegenüber unserem Premierminister hegen, und zwar wegen ihres Widerstandes gegen die Europäische Währungsunion und Jacques Delors' Vereinigte Staaten von Europa.

Diese Leute haben sich verschworen – und tun es immer noch –, um sie zu stürzen. Einige der plötzlichen Skandale, die um sie herum aufflackerten, sind zweifellos mit diesem Ziel in Szene gesetzt worden. Aber wenn Nigel als Chancellor im Amt geblieben und auf seiner Politik der hohen Zinssätze bestanden hätte, dann hätten es die Banker, ihre Finanzumstürzler in diesem Zusammenhang, nicht nötig gehabt, sich zu bemühen. Denn der einstige Goldjunge des Finanzministeriums hätte das alles allein geschafft.

Die Steuerung des Geldes

Umsturz auf dem Finanzsektor? Wie können wir daran zweifeln, daß es ihn gibt, wo doch in der Wirtschaftspolitik unserer Tage soviel vorsätzliche Unweisheit vorherrscht? Fünf der alten angelsächsischen Länder, Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika, haben sich in jüngster Zeit alle bemüht, das Geldangebot – und die damit einhergehende Inflation – allein mittels der Zinsfüße in den Griff zu bekommen, und natürlich irren sie alle ratlos umher.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Mr. Lawson vor der Tory Conference in Blackpool feierlich versicherte, es »bestehe keine Alternative«. Natürlich gibt es eine Alternative. Es war eine Beleidigung für die dort versammelten Delegierten, etwas anderes zu folgern. Es muß einfach eine Alternative geben, entweder durch Überzeugung oder durch Gesetzgebung, mit der die Kreditbeschaffungskapazität der Banken überwacht und gesteuert werden kann, ohne in die schwere wirtschaftliche und soziale Verwüstung zurückzusinken, von der wir in den letzten zwölf Monaten wieder einmal heimgesucht worden sind.

Nun möchten Sie natürlich gerne wissen, wie es ihnen gelingt, ungeschoren damit davonzukommen? Nun, solche wichtigen, solche lebenswichtigen Angelegenheiten, über die wir gerade sprechen, werden nicht einmal zum Gegenstand einer Anhörung gemacht. Wenn Sie sie wegen der Inflation und der hohen Geldbeschaffungskosten ins Gebet nehmen, dann sagen sie nicht: »Das ist so, weil wir die Kredite nicht steuern konnten.« Sie sagen: »Es ist so, weil der Premierminister uns nicht gestattet, dem Europäischen Währungssystem (EMS) beizutreten.«

Der große rote Hering

Das EMS! Der größte rote Hering von allen! Das hat eigentlich gar nicht soviel zu tun mit Inflation, oder dem Wechselkurs, oder mit dem Gegenwert unseres Pfund Sterling in der High Street. Aber es hat sehr viel zu tun mit der Hinführung zu einer Europäischen Währungsunion und einer Europäischen Zentralbank, was schließlich darin gipfeln wird, daß die Banker unser ganzes europäisches Kernland beherrschen werden. Wenn Sie meine Worte bezweifeln – wenn Sie glauben ich übertreibe –, dann lesen Sie nur die Klausel 32 im Delors-Bericht.

Mein Verlagshaus, Ossian, hat soeben ein Videoband über die Story von der »Überlebensinsel« fertiggestellt, in dem einer der Hauptdarsteller sagt: »Wir sind gegen ein Kreditmonopol, das durch seine Beherrschung des Geldes allmählich die Gewalt über Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen und auch über die Meinung des Establishments übernommen hat.«

Beherrschung des Geldes! Ist es Ihnen aufgegangen, wie einige der Hochflieger in dem Firmen-Übernahmespiel kurzfristig mehrere Millionen Dollar auftreiben können, und das sogar zu Zeiten, wenn das dringend benötigte Kapital für Forschung und Entwicklung in der Produktionsindustrie schwer zu beschaffen ist? Das kann ohne das geheime betrügerische Einverständnis der Megabanken nicht geschehen.

Und somit wird uns ein weiteres finsteres Konzept vorgestellt, nämlich, daß die Umstürzler auf dem Finanzsektor sich ihre Favoriten zur Leitung der Finanz- und Industrieimperien, die sie emsig für die kommenden Jahre aus dem Boden stampfen, selbst aussuchen können. Die zukünftigen Maxwells und Murdochs wären nicht durch eigene Kraft emporgekommen, sondern sie sind durch Banker manipulierte Kreaturen der Geldmaschine, die sie gefördert hat.

Das bindet viele der Finanz- und Industriemogule an die Verschwörung auf dem Finanzsektor, nicht wahr? Sie und ich bleiben dabei draußen vor der Tür und fragen uns, was wir tun können, um sie zu bekämpfen.

Nun, wie können wir sie bekämpfen? Darauf gibt es eine taktische und eine strategische Antwort.

Nehmen wir erst einmal die taktische. Sie liegt direkt innerhalb Ihrer eigenen Partei, wenn es sich darum handelt, eine Führungspersönlichkeit zu unterstützen, die sich für die Hegemonie der Bankeristen als das einzige unbeugsame Hindernis erwiesen hat, mit dem es der Eurowahnsinn jemals zu tun hatte.

Eine taktische und strategische Antwort

Zweifellos hat Premierminister Margaret Thatcher einige Fehler gemacht, einige Gelegenheiten verpaßt. Vielleicht hat sie auch in einigen Fällen die falschen Leute ernannt. Vielleicht war sie gezwungen, die falschen Leute zu ernennen. Ich weiß, daß eine Reihe von loyalen, vaterlandsliebenden Konservativen sehnsüchtig auf den Hinterbänken lungern, die ihre rechte Hand dafür geben würden, ihr zu dienen.

Aber ihre Sicht in diesem Falle ist wunderbar klar. Ihre Instinkte sind reines Gold. Sie steht wahrhaftig auf der Seite der Engel. Und, wie ich schon sagte, wird sie dafür von den internationalen Bankern kaltgestellt werden. Sie wollen sie jetzt mit allen erdenklichen Mitteln loswerden. Diesmal ist die Bedrohung politisch, nicht körperlich – obwohl die Herren zweifellos frohlockt hätten, wenn die IRA 1984 auf der Konferenz in Brighton die schmutzige Arbeit für sie erledigt hätte. Sie wären auch sehr froh gewesen, wenn Nigel im Amt geblieben wäre, um an seinem wirtschaftlichen Chaos weiterzubasteln.

Jetzt, wo er nicht mehr im Weg steht, befinden wir uns in einer neuen Lage und noch ist die Eiserne Lady nicht geschlagen. Sie ist eine sehr mutige Frau und ihr sollte unsere tiefste Loyalität zuteil werden, vorausgesetzt, sie bleibt den konservativen und patriotischen Grundsätzen treu, die sie bei ihrer Annäherung an Europa zu leiten scheinen.

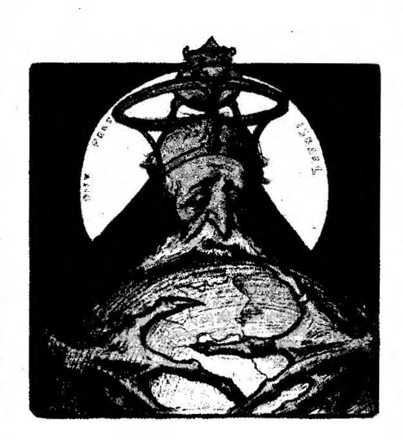
Das Kreditmonopol – das Herz der Macht

Es kommt vor allem darauf an zu wissen, wer ihre Feinde sind, sowohl innerhalb als außerhalb ihrer eigenen Partei, diese und ihre Motive zu erkennen, herauszufinden, welche von ihnen ihre eigenen Leute sind, welche nur Frontmänner für die machthungrigen Banker sind.

Zu den breiter gefächerten, älteren und alles durchdringenden Problemen des Umsturzes auf dem Finanzsektor versprach ich Ihnen auch eine strategische Antwort. Sie gilt vielleicht mehr für die Jüngeren unter uns, von denen erwartet wird, daß sie den geistigen Kampf weiterführen, wenn wir anderen alle nicht mehr da sind.

Die strategische Antwort lautet: Greift die Banker im Herzen ihrer Macht, auf ihrem eigenen Kreditmonopol an – an dem derzeit gültigen Staatsvertrag, der ihnen gestattet, unbegrenzte Mengen elektronischen Geldes zu schaffen. Die Technik, die sie in die Lage versetzt, dies zu tun, nennt man die Fractional Reserve – das ist das Verhältnis bis zu dem das Geldverleihen einer Bank über die zugrundeliegenden Einlagen ausgedehnt werden kann.

In den alten ehrwürdigen Tagen der konservativen Bankpraktiken galt das Verhältnis von zehn zu eins als Norm. Aber in jüngster Zeit waren Verhältnisse von 20 und 25 zu eins nicht ungewöhnlich, und unter der amerikanischen Bank-Mafia, unter dem Deckmantel »geleitete Verbindlichkeiten«, haben einige sogar ohne jede Einklagenbasis operiert. Was die Herren am meisten fürchten, ist ihre Entlarvung durch forschende, logisch denkende Geister, die in der Lage sind, innewohnende Trugschlüsse und Widersprüche zu orten. Wenn das, was ich heute gesagt habe, am Ende zu dieser Entlarvung beiträgt, dann sind meine Worte nicht umsonst gefallen. □



Internationalisten

Aids – Politik oder Krankheit?

Lyndon LaRouche

Der Autor dieses Beitrages, der heute 68jährige Lyndon LaRouche, war amerikanischer Präsidentschaftskandidat und wurde später in einem Aufsehen erregenden und von Fachjuristen als skandalös bezeichneten Prozeß – in Wild-West-Manier – wegen angeblicher oder wirklicher Steuerdelikte zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt. Vorher hatte man ihm aus Kreisen um Henry Kissinger bereits damit gedroht, ihn wegen seiner politischen konservativen Haltung kaltzustellen.

Es geht um die Probleme von Aids (Acquired Immune Deficiency Syndrome), die von dem Human Immunodeficiency Virus (HIV) hervorgerufen wird. Unserem besten Wissen nach ist dieses HI-Virus das erste den Menschen infizierende Virus, das, wenn nicht entsprechende Abwehrmaßnahmen getroffen werden, in der Lage wäre, die gesamte menschliche Gattung auszulöschen. Wie wir also auf diese Krankheit reagieren, wird darüber entscheiden, ob unsere Gattung überleben wird oder nicht. Falls nichts geschieht, um die Ausbreitung dieses Virus aufzuhalten, sondern die Verantwortlichen ihren gegenwärtigen Kurs fortsetzen, könnte es durchaus dazu kommen, daß Mitte des nächsten Jahrhunderts die letzten Menschen von diesem Planeten verschwunden sein werden und unsere Gattung nicht mehr existiert.

Zentralafrika ist bereits durchseucht

Diese Einschätzung beruht auf wissenschaftlichen Grundlagen. Wir werden irgendwann Anfang der neunziger Jahre einen Punkt erreichen, an dem es kein Zurück mehr geben wird, und möglicherweise sind wir diesem Punkt schon näher als wir glauben. Die Bevölkerung Zentralafrikas ist bereits weitgehend durchseucht, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Infizierten dahingerafft sein werden.

Es ist das erste Mal, daß die Menschheit mit einer derartigen Infektion konfrontiert ist; ein derartiges menschenspezifisches Virus hat es noch nie zuvor gegeben, denn wenn es ein solches Virus schon früher einmal gegeben hätte, wäre die Menschheit ausgerottet worden. Daraus können wir schließen, daß ein solches Virus noch niemals vorgekommen ist.

Das HI-Virus gehört zu der Gruppe der Retro- oder RNS-Viren, und zwar zu der besonderen Klasse der Lentiviren mit einer sehr langen Inkubationszeit. Diese Viren dringen in den Körper ein, setzen sich in allen möglichen Teilen des Körpers fest und werden zu einem Teil des genetischen Materials der Zelle. Bis jetzt wissen wir nicht, wie wir dieses Virus wieder loswerden können, ohne die Zelle selbst zu zerstören. Es kann also keine der üblichen Behandlungsmethoden angewandt werden.

Das Virus verändert sich sehr schnell, mindestens zehnmal so schnell wie ein gewöhnliches Grippe-Virus. Inzwischen kennen wir bereits vier verschiedene Arten von Aids-Viren. Die Krankheit entwickelt aber nicht nur neue Virusarten des gleichen Typs, sondern auch innerhalb einer Virusart neue Varianten mit veränderten Eigenschaften. Während des Lebens einer infizierten Person, das bis zu 15 Jahren dauern kann – im Durchschnitt kommt es wohl sieben bis

Internationalisten

Aids – Politik oder Krankheit?

acht Jahre nach der Infektion zum Ausbruch der Krankheit – verändert sich das Virus im Körper mehrmals, so daß es ihm möglich wird, andere Zellen und Gewebe zu infizieren.

Jeder, der von dem Virus infiziert wird, wird nach dem heutigen Stand der Erkenntnis schließlich daran sterben – es sei denn, er käme vorher durch einen Autounfall oder eine andere Ursache ums Leben. Aids ist hundertprozentig tödlich. Bei einer hohen Viruskonzentration im Blut ist sie überdies hochansteckend. In drei bekannten Fällen genügte es, daß einige Tropfen Blut von Patienten in einem hochansteckenden Stadium auf die Haut von Krankenpflegern tropfte, um diese anzustecken.

Keine Kraft Infektionen abzuwehren

Die Krankheit kann in diesem Stadium auch durch Insektenstiche und durch eine Reihe anderer Infektionswege übertragen werden. In Schwarzafrika gibt es keine Risikogruppen – das sind Gruppen, von denen man annahm, daß nur innerhalb von ihnen die Übertragung des Virus möglich sei, wie zum Beispiel Homosexuelle, Personengruppen mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehrspartner, Drogenabhängige, die verseuchte Nadeln benutzen; so wenigstens von den Propagandisten der Kondom-Benutzung heruntergespielt, zum Beispiel Frau Süßmuth – mehr. Dort gibt es nur eine einzige Risikogruppe, nämlich Schwarzafrikaner zu sein.

450 Millionen Afrikaner sind gegenwärtig von der Ausrottung bedroht. Aus Uganda hören wir von einer Durchseuchung der Bevölkerung zu 20 Prozent. Ähnliche Raten von 10 bis 20 Prozent wurden in anderen afrikanischen Ländern festgestellt. Grundlage dafür ist eine katastrophale Gesundheitssituation unter tropischen Bedingungen.

Viele Menschen werden täglich 300 oder 400 mal von Insekten gestochen, und mehrere hundert Insektenstiche entsprechen mengenmäßig der Blutübertragung durch eine verseuchte Injektionsnadel. Man sollte sich nur die Bilder von Kindern in einem Elendsgebiet Ägyptens ansehen, deren Augenränder voller Fliegen sitzen. In Äthiopien herrschen die gleichen Bedingungen. Die Familien leben in äußerst beengten Verhältnissen, ohne sanitäre Anlagen. Sie haben ein sehr schwaches Immunsystem, sind unterernährt. Ihrem Körper fehlt die Kraft, Infektionen abzuwehren, und so werden sie von mehreren Krankheiten gleichzeitig befallen. Auf diese Weise verbreiten sich Seuchen wie Buschfeuer.

Hier in Europa und in den Vereinigten Staaten sind wir, noch wenigstens, in einer besseren Lage. Wir verfügen bisher über einen relativ hohen Standard, was die Ernährung, die hygienischen Einrichtungen betrifft. Dies war die Lehre, die in Europa aus dem Schwarzen Tod im 14. Jahrhundert gezogen wurde. Angefangen in Italien begann sich mit der Renaissance auch eine moderne Wissenschaft hinsichtlich Hygiene und öffentlicher Gesundheitsvorsorge herauszubilden.

Deshalb zählten in Europa und in den Vereinigten Staaten zunächst nur Personen mit bestimmten abnormalen Verhaltensweisen zu den Gruppen mit einem hohen Infektionsrisiko, wie etwa Leute, die sich Nadeln in den Körper stechen, um Rauschgift zuzuführen – in der Tat ein abnormales Verhalten. Der menschliche Körper ist nicht darauf eingerichtet, Krankheiten, die auf diese Art und Weise übertragen werden, abzuwehren. Kein Tier käme auf die Idee, sich eine Nadel in den Körper zu stechen. Tiere pflegen in der Regel auch keine homosexuellen Praktiken.
Die Kombination von Rauschgiftkonsum und Homosexualität trug anfänglich am meisten zur Verbreitung der Krankheit in westlichen Ländern bei. Anders sind die Bedingungen in Schwarzafrika oder in der Karibik oder in Brasilien, anders auch die Entwicklung in Südostasien oder die sich anbahnende Entwicklung in China. Und inzwischen hat Aids auch in Europa und den USA längst die Risikogruppen verlassen und breitet sich ungehindert in die allgemeine Bevölkerung aus.

Eine Politik der Lügen

Was tun die Regierungen dagegen? Die Regierung der Vereinigten Staaten und die zuständige Gesundheitsministerin der Bundesrepublik verfolgen die gleiche Politik, eine Politik der Lügen. So wird behauptet, Aids sei eine Geschlechtskrankheit. Das ist aber nicht der Fall. Natürlich wird jede Krankheit, die über menschliche Ausscheidungen weitergegeben wird, durch Intimkontakte leichter übertragen, und besonders durch Intimitäten, für die der menschliche Körper nicht eingerichtet ist.

Inzwischen ist der Satz »Aids bekommt man nicht, Aids holt man sich«, jedoch längst nicht mehr wahr. Jeder kann sich infizieren. Die Gefahr ist umso ernster vor dem Hintergrund einer kommenden Krise in der Nahrungsmittelversorgung in Europa und den Vereinigten Staaten. Westeuropa produziert weniger Nahrungsmittel als es braucht, um seine Bevölkerung zu ernähren. Das gleiche gilt für die Vereinigten Staaten. Westeuropa und die USA leben zum Teil von importierten Nahrungsmittel aus den ärmsten Ländern der Welt.

In Deutschland beispielsweise essen sie die argentinischen Rinderherden auf – nicht einfach argentinisches Rindfleisch, sondern die Rinderherden selbst, die es in einigen Jahren nicht mehr geben wird. Die Herden selber werden von den Nahrungsmittelkonzernen abgeschlachtet und auf den Markt geworfen. Und sie essen die Schweine, die die Landwirtschaft schlachten mußte, weil sie sich das Futter nicht mehr leisten kann.

Die Dürrekatastrophen in Amerika zerstören die Sojabohnen, und die werden als Viehfutter gebraucht. Es wird also bald kein Fleisch mehr geben. Aber auch Blattgemüse wird bereits verknappt; die Vereinigten Staaten bekommen das Fleisch und Blattgemüse aus Mexiko und anderen südamerikanischen Staaten.

Wenn sich die Aids-Epidemie ausweitet und immer mehr Menschen andere, zum großen Teil unwissentlich, anstecken können, dann ist jeder schließlich Teil der Risikogruppe, in Europa und den USA genauso wie in Afrika.

Die Reaktion der OECD-Regierungen sowie führender Banker auf die Aids-Katastrophe in Schwarzafrika könnte selbst Satan zum Erbrechen reizen – oder zu Freudentänzen veranlassen, wie man will. In Afrika leben 450 Millionen Menschen, die ohne energisches Eingreifen zum sicheren Tod durch Aids verurteilt sind. Und was geschieht?

Überzählige Bevölkerung reduzieren

Aids wird von den Institutionen, die die Regierungspolitik beeinflussen, als Mittel gepriesen, um die »überzählige« Bevölkerung zu reduzieren. Das ist die Moral des »Club of Rome« oder des »Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse«, in dem die Sowjets mitarbeiten, oder von Prinz Philipps »World Wildlife Found«. Sie wollen die Afrikaner umkommen lassen, damit Platz für wilde Tiere geschaffen wird. Afrika soll wieder das »Paradies des weißen Mannes« werden, in dem er ungestört jagen kann.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Aids-Virus in Laboratorien künstlich geschaffen wurde. Diese Vermutung stellte sich ein, als wir die Entstehung der Krankheit mit einer Gruppe von Wissenschaftlern untersuchten und immer mehr Gründe dafür sprachen. Es handelt sich um Retroviren, und diese sind an eine spezifische Gattung geknüpft. Es ist nicht möglich, sich bei einer anderen Gattung anzustecken, es muß vorher zu einer Veränderung der Mutation des genetischen Materials gekommen sein. Beim HIV-2 liegt der Verdacht nahe, daß es von einem harmlosen Virus, das grüne Meerkatzen in sich tragen, abstamme, aber auch dafür gibt es keinen Beweis. Besonders bei HIV-1 gibt es keinerlei Hinweise, wie es zu einem natürlichen »Gattungssprung« gekommen sein sollte, das heißt, wie aus einem Rinder- oder Schafvirus ein Virus wurde, das den Menschen befällt.

Wir fragen uns also, wie das Virus sonst entstanden sein könnte,

wenn nicht auf natürlichem Wege. Und wenn es künstlich geschaffen wurde, warum? Wir konnten davon ausgehen, daß weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten so etwas als biologische Waffen entwickeln würden. Aids als biologische Waffe macht keinen Sinn. Es gibt schreckliche biologische Waffen, schrecklicher als die Atombombe, die viel einfacher zu kontrollieren sind als HIV. Man kann für Kriegszwecke keine Krankheit gebrauchen, die in der Lage ist, den Sieger genauso zu befallen wie die Besiegten und die gesamte Menschheit auszurotten.

Experimente in der UdSSR und den USA

Es mußte sich also um einen Unfall gehandelt haben. Aber wie schafft man eine solche Krankheit? Es muß sich um eine Rekombination handeln, um Versuche mit menschlichen Zellkulturen, bei denen etwas schief ging. Ich sagte also: »Laßt uns herausfinden, um welche Experimente es sich dabei gehandelt haben mag.«

Wir forschten also nach, welche diesbezüglichen Experimente es in den sechziger und siebziger Jahren gegeben hatte, und wir fanden die Beschreibung derartiger Experimente in der sowjetischen Literatur. Es handelte sich um Experimente, die in der Sowjetunion, den USA und Westeuropa in den sechziger Jahren durchgeführt wurden, wobei Zellkulturen ausgetauscht wurden. Das heißt, derartige Kulturen wurden von den Sowjets in die USA geschickt und umgekehrt.

In der Sowjetunion wurde als Nährstoff für diese Zellkulturen unter anderem Kälberserum verwendet, was durchaus üblich ist. Nun ist bekannt, daß die Rinder in der Sowjetunion sehr oft mit einem Virus verseucht sind, das dem HIV ähnelt. Dies ist die einzig plausible Fährte, wie es zur Entstehung des HIV-Virus hat kommen können.

Die offenkundige Folgerung ist, daß derartige Rekombinationsexperimente mit menschlichen Zellkulturen niemals hätten stattfinden dürfen. Umso weniger darf es heute erlaubt werden, Versuche an abgetriebenen oder an überzähligen menschlichen Embryonen durchzuführen.

Gegenwärtig ist kein einziges Forschungsprogramm bekannt, das zu einer Heilmethode für Aids führen könnte. Unter den gegenwärtigen Umständen ist keine Heilung möglich. Auch ein Impfstoff ist nicht in Sicht. Woran derzeit geforscht wird, sind Möglichkeiten, das Fortschreiten der Krankheit bei infizierten Personen aufzuhalten oder zu verlangsamen. Darunter ist beispielsweise das berühmte AZT (Azidothymidin) einzustufen. Die Ausbreitung des Virus im Körper soll verlangsamt werden, um eine infizierte Person so lange am Leben zu erhalten, bis ein Hilfsmittel gefunden wird. Aber nach einem solchen Mittel wird nicht geforscht!

Unsere Politik gegen Aids

Ich habe gefordert, daß die USA jährlich drei Milliarden Dollar für die Aids-Forschung bereitstellen. Wir wissen zwar nicht, wie ein Heilmittel gegen Aids genau aussehen wird, aber wir wissen zumindest, welchen Weg wir einschlagen müssen, um ein Heilmittel zu finden. Dies betrifft ein Feld der Biophysik, das nicht-lineare Spektroskopie genannt wird. Eine ganze Reihe von Leuten lehnen aber dieses Gebiet ab.

Wir müssen, um dies zu verstehen, die Tatsache akzeptieren, daß es so etwas wie eine Wissenschaft der Biologie nicht gibt. Die sogenannten Biologen verdienen diesen Namen nicht. Das Wort Biologie kommt aus dem Griechischen und bedeutet die Wissenschaft vom Leben. Wenn man aber einen heutigen Biologen auffordert, das Verb »leben« zu definieren, das heißt den Gegenstand seiner Wissenschaft aufzuzeigen, kommt er in große Schwierigkeiten.

Was ist der Unterschied zwischen einem Prozeß der organischen Chemie und einem Lebensprozeß? Was unterscheidet einen Lebensprozeß von einem nicht lebenden Prozeß? Um diese Fragen zu beantworten, gibt es eine Unterscheidung: Die Zellteilung oder Mitose, den Vorgang der Zellteilung. Die Biologen setzen üblicherweise den Lebensprozeß mit den Vorgängen innerhalb einer Zelle gleich, aber das ist falsch.

Die Zelle ist nichts weiter als ein Produkt der Mitose, des eigentlichen Lebensprozesses. Das HIV schleicht sich in die Erbmasse der Zelle ein. Wenn wir es mit einem solchen Phänomen zu tun haben und herausfinden wollen, wie man derart befallene Zellen heilen kann, dann müssen wir uns direkt der Spektroskopie der Mitose zuwenden, etwas, woran die meisten Biologen nicht einmal denken. Dazu werden wir viel Geld aufwenden müssen. Aber ich bin zuversichtlich, daß wir, wenn wir dies tun, innerhalb von fünf bis zehn Jahren eine Therapie finden können.

Eine Art biologische Bombe

Zweitens müssen wir jedermann regelmäßig testen, denn eine infizierte Person im hochansteckenden Stadium ist eine Art biologische Bombe. Wir können dabei den Methoden folgen, die erfolgreich bei der Tuberkulosebekämpfung angewandt wurden. Die Gesundheitsämter müssen herausfinden, wer Träger des Virus ist, um diesen Menschen ab sofort beratend und helfend dabei zur Seite zu stehen, mit den seuchenhygienischen Auflagen, Quarantänemaßnahmen und was sonst alles nötig ist, fertig zu werden.

Außerdem brauchen sie ständige ärztliche Betreuung. Mittel wie AZT sind therapeutisch hilfreich, aber mit großen Risiken verbunden und können nur unter ärztlicher Beobachtung angewandt werden. Der Arzt muß den Patienten vor der Behandlung über die Risiken aufklären, aber der Patient hat ein Recht darauf zu erfahren, daß es solche Mittel gibt, um dann selbst zu entscheiden, ob er sich dem Risiko aussetzen will. Man sieht aber, wie wichtig die ärztliche Betreuung der Infizierten von Anfang ist.

In den USA bewegen sich die Kosten für den Krankenhausaufenthalt eines Aids-Patienten im voll entwickelten Krankheitsstadium zwischen 100.000 und 150.000 Dollar. Bereits jetzt gibt es in den USA mutmaßlich zwischen fünf und zehn Millionen Infizierte.
Die Anzeichen deuten darauf hin, daß die Durchseuchung in einigen europäischen Ballungszentren sogar schon höher ist als die Durchschnittsrate in den USA. Stadtteile von München, Hamburg, Berlin oder Frankfurt sind in dieser Hinsicht sehr gefährdet, oder auch Städte wie Neapel.

Was also werden die Kosten sein, wenn wir jeden Kranken behandeln wollen? 1991/92 werden wir mit der ersten großen Welle von Aids-Kranken konfrontiert sein. Das Virus führte in den bisher bekannten Fällen meist drei bis sieben Jahre nach der Infektion zum Ausbruch von Krankheitssymptomen, die einen stationären Aufenthalt notwendig machen. Oft wissen die Aids-Träger nicht einmal, daß sie infiziert sind. Dann kommt es plötzlich zu einer Explosion der Seuche, mit vielen hunderttausend Fällen pro Jahr. Wir haben keine Krankenhausbetten für sie. Aber die Einweisung ins Krankenhaus ist notwendig, nicht nur, um die Leute zu schützen, die mit den Kranken umgehen, sondern auch, um diese selbst vor »opportunistischen Infektionen« zu schützen.

Zwei Gründe für die Lügen der Regierungen

Die amerikanische Regierung ist darüber informiert. Trotzdem verbreitet sie weiterhin lauter Lügen über Aids. Wohlgemerkt: Keine Fehleinschätzung oder abweichende Meinungen, sondern bewußte Lügen.

Der Vorsitzende der kalifornischen Ärztevereinigung Lawrence White, der mich wiederholt angegriffen hat, debattierte mit meinem Freund Dr. John Grauerholz in einer Fernsehsendung. In einer Unterbrechung sagt er privat zu Grauerholz: »Ich stimme mit Ihnen überein. Was Sie sagen, ist richtig, aber ich werde dies in der Öffentlichkeit niemals zugeben.«
Auch Leute wie Dr. Gallo wissen durchaus, daß wir Recht haben. Ich kenne niemanden in den verantwortlichen Institutionen wie den Centers for Disease Control, der das, was wir sagen, nicht zumindest für eine wissenschaftlich vertretbare Ansicht hält. Was die Regierung also verbreitet, sind bewußte Lügen.

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen ist für das

Internationalisten

Aids – Politik oder Krankheit?

Verhalten der Regierungen der New-Age-Kult verantwortlich. Die Vertreter dieser Bewegung fürchten, daß die Öffentlichkeit, wenn sie über die wahre Dimension dieser Seuche aufgeklärt würde, gegen das Abgleiten in die Gegenkultur im Laufe der letzten 20 Jahre aufbegehren und einen Umschwung erzwingen würde, der diese Entwicklung rückgängig machte.

Die führenden Vertreter des New Age – Dostojewski, Nietzsche, Crowly – sahen die Aufgabe ihrer Bewegung darin, das Zeitalter der Fische, das sie mit den Namen Christus und Sokrates verbinden, zu beenden und das Zeitalter von Luzifer und Dionysos heraufzuführen.

Luzifer und Dionysos sind aber nur andere Namen für Osiris, Satan und Shiva. Das New Age bedeutet also Satansverehrung im buchstäblichen Sinne. Sie betreiben einen Wertewandel weg von Christus und der Rationalität eines Sokrates hin zu Luzifer. Cyrus Vance zum Beispiel, der Außenminister der Regierung Carter, ist ein Mitglied des Lucy's Trust – ein Kurzname für Luzifer-Trust. Auch in vielen der heutigen Freimaurer-Organisationen, meist in den höheren Graden, wird Luzifer-Verehrung getrieben.

Der zweite und wichtigere Grund für das Verhalten der Regierung ist Geld. 1986 traf die Regierung Reagan eine Entscheidung, die Rita Süßmuth bei einer Konferenz in Berlin unter anderem von zwei Homosexuellen aus Kalifornien nahegelegt wurde: Die Regierungen werden die Öffentlichkeit über diese Seuche nicht informieren, denn sonst würde die Bevölkerung eine Bekämpfung der Seuche mit Hilfe hochtechnologischer Forschung verlangen. Wären die Regierungen aber zu solchen Ausgaben gezwungen, würde dies den Regierungshaushalt sprengen.

Und Reagan stellte sich auf den Standpunkt: »Ich werde niemandem erlauben, meinen Haushaltsplan über den Haufen zu werden.«

Legt man eine konservative Schätzung über die Anzahl der bereits infizierten Personen zugrunde, können wir kalkulieren, welche Kosten mit dem HIV-Problem 1992 bis 1993 auf uns zukommen. Diese Kosten werden höher sein als der Verteidigungshaushalt. Das gleiche gilt für Westeuropa. Die Kosten für den Kampf gegen die Seuche werden in den einzelnen westeuropäischen Ländern höher sein als die Kosten für die nationale Verteidigung.

»Wir wollen kein Geld ausgeben«

Was haben die politisch Verantwortlichen dazu zu sagen? Was sagen das Brookings Institute, der von der amerikanischen Regierung mit einer Untersuchung des Problems beauftragte Admiral Watson und die Presse? Sie alle sagen: »Wir werden uns nicht dazu zwingen lassen, dieses Geld auszugeben.«

Und aufgrund dieser Entscheidung wird jetzt überall erklärt, das oberste Ziel sei, das Geld im Gesundheitsbereich vom Kosten-Nutzen-Standpunkt aus möglichst effektiv einzusetzen. Also keine Reihenuntersuchungen, keine hohen Forschungsausgaben, keine neuen Krankenhäuser für die Aids-Patienten. Die Patienten sollen in billigere Hospize gesteckt werden. Und worum wird es sich dabei handeln? Um Sterbelager!

Die Leute werden in eine Pension gesteckt, mit zwei oder drei Betten in einem Raum, und sie werden nur eine minimale Pflege erhalten. Das ist schlimmer, als wenn man gar nichts für diese Leute täte, denn wenn man all diese Patienten ohne funktionierendes Immunsystem zusammenlegt, werden sie sich gegenseitig mit allem Möglichen anstecken. Und schlimmer noch, diese Hospitze werden wie Petri-Schalen sein – sie werden zu Brutstätten für alle möglichen Arten neuer Infektionskrankheiten. Es werden Krankheiten entstehen, die sich unter anderen Umständen überhaupt nicht entwickeln könnten. Tuberkulose und Masern können ganz neue Formen annehmen. Schon von diesem Standpunkt aus sind solche Sterbekliniken der helle Wahnsinn.

Und was ist der Grund dafür? »Wir wollen kein Geld ausgeben.« Für Afrika gilt das Gleiche: »Wir werden kein Geld ausgeben.« Natürlich könnten wir etwas tun, um Afrika zu retten. Ich kann nicht sagen, welchen Erfolg wir zu diesem Zeitpunkt noch hätten, aber wir könnten und sollten etwas tun.

Aber diese Herrschaften sprechen davon, daß Afrika übervölkert sei. Die »gute« Seite von Aids sei, daß dadurch Überbevölkerung abgebaut werde. Bedeutet das, daß Ronald Reagan und George Bush nichts taugen? Aber es bedeutet zugleich, daß der amerikanische Wähler und die Bürger in Europa nichts taugen. Denn wie reagiert die Bevölkerung auf die Aids-Politik der jeweiligen Regierung? Wie verhält sich die Bevölkerung angesichts der sogenannten Umweltschützer?

Der wahre Feind ist der Wucher

Es handelt sich um ganz einfache Zusammenhänge. Wenn man die Energieflußdichte pro Kopf und pro Hektar senkt, wenn man darauf verzichtet, Energie zu produzieren, führt dies statistisch zum Tod einer bestimmten Anzahl von Menschen. Und diese Menschen sterben tatsächlich, die Sterberate wird auf diese Weise erhöht. Wenn die Bevölkerung verarmt, wenn die Qualität der Ernährung gesenkt wird, steigt die Sterberate.

Auf diese Weise können Menschen genauso effektiv umgebracht werden, als schösse man mit Gewehren auf sie – und vielleicht noch effektiver. Wenn man Massenmörder sucht, sollte man deshalb nicht nach Leuten mit Gewehren in der Hand Ausschau halten. Man sollte nach Leuten schauen, die irgendwelche Papiere unterzeichnen. Nicht im Verteidigungsministerium, sondern im Wirtschafts- und Finanzministerium sitzen sie, oder in den Vorständen der Banken. Dort kann man die effektivsten Feinde der Menschheit finden, genauso wie es im 13. und 14. Jahrhundert, im finsteren Zeitalter der Fall war.

Was war damals für dieses finstere Zeitalter verantwortlich? Der lombardische Wucher, der, genau wie der Internationale Währungsfonds heute, den Lebensstandard senkte und die produktive Wirtschaft ausplünderte. Die Bevölkerung Frankreichs zählte Anfang des 13. Jahrhunderts 20 Millionen Menschen, das Land war damals ein blühender Flecken Erde. Aber bereits vor der Schwarzen Pest war die Hälfte der französischen Gemeinden verschwunden. Und innerhalb von 100 Jahren verschwanden in Gesamt-Europa die Hälfte aller Gemeinden vom Erdboden. Die französische Bevölkerung schrumpfte rapide. Es dauerte bis zum 18. Jahrhundert, bis sie wieder auf 20 Millionen Menschen angewachsen war. Was war dafür verantwortlich? Die gleiche Art von Wucher, die wir heute wieder erleben, und die Politik, die von Brüssel, dem Sitz der Europäischen Gemeinschaft, für die Landwirtschaft oder die Stahlindustrie diktiert wird.

Schulden müssen um jeden Preis bezahlt werden

Damit einher geht eine Ausbreitung satanischer Sekten und verschiedenster Varianten des Aberglaubens. Selbst Ronald Reagan glaubte als Präsident der USA an Astrologie.

Was damals Europa vor der völligen Vernichtung bewahrte, waren eine Handvoll Leute um Dante Alighieri und Petrarca, die eine Bewegung einleiteten, die als Renaissance bekannt ist. Die Lehren aus dieser Zeit wurden anscheinend nicht gezogen, deshalb haben wir heute wieder Regierungen, die sagen: »Die Schulden müssen um jeden Preis bezahlt werden.«
Welche Schulden denn? Wenn ich mir die Zahlungen der Entwicklungsländer ansehe, komme ich zu dem Schluß, daß sie den Banken überhaupt nichts schulden. In vielen Fällen haben sie die ursprünglichen Kredite und auch die Zinsen dafür längst zurückbezahlt. Die heutigen Schulden wurden willkürlich durch überhöhte Zinsen und andere Mechanismen geschaffen und diesen Ländern aufgezwungen. Und jetzt stehen die Banker auf dem Standpunkt, diese Länder müßten bezahlen, selbst wenn sie das

umbringt. Mit dieser Haltung verhandeln die Banker und unsere Regierungen mit der dritten Welt.
Zusätzlich dazu laufen die Vorbereitungen auf ein neues Jalta. Ich glaube nicht, daß der damalige amerikanische Präsident Reagan verstanden hat, an welcher Feier er während seines Besuchs in Moskau teilgenommen hat. Gefeiert wurde die Unterminierung der westlichen Zivilisation, wie dies schon vor über 30 Jahren, im Jahr 1958, von den Kreisen um Bertrand Russell, der sogenannten Pugwash-Konferenz, ausgehandelt wurde und dann in den Vereinbarungen von Camp David, im sogenannten »Geist von Camp David« seinen Ausdruck fand.

Hinter den Kulissen einigte sich das Establishment schon damals auf eine Politik, die die europäische Oligarchie im Grunde seit dem Wiener Kongreß von 1815 verfolgt hatte: Die Aufteilung der Welt zwischen dem Russischen Reich und dem Westen, wo damals die Habsburger den Ton angaben. Es handelte sich um das gleiche Modell, das die Magier König Philipp von Makedonien während der Perserkriege angeboten hatten.

Bereits nach dem Ersten Welt krieg hatte es Ansätze für eine derartige Politik gegeben, die Vereinbarungen des sogenannten Trust, die dann aber 1927 aus Gründen, auf die ich hier nicht eingehen möchte, scheiterten. Das Establishment war entschlossen, diese Politik wiederzubeleben.

Weltweite Aufteilung der Macht

Schon die Vereinbarungen von Jalta waren nur möglich, weil Teile des Establishments, die Churchill und Roosevelt kontrollierten, eine Aufteilung der Welt mit dem Russischen Reich wollten. Sie glaubten, daß Stalin durch den Krieg genügend geschwächt worden sei. Dabei unterschätzten sie Stalin, der andere Pläne hatte, und überschätzten sich selbst.

Nach dem Tod Stalins bot sich eine neue Möglichkeit. 1955 handelten Russell und Chruschtschow eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Establishment in Westeuropa, den USA und der Sowjetunion über eine weltweite Aufteilung der Macht aus. Schritt für Schritt wurde seither in den vergangenen Jahrzehnten daran gearbeitet, die Regierungen und die Bevölkerung im Westen dazu zu bringen, die Vorstellung zu akzeptieren, daß die zwei Supermächte die Welt einvernehmlich unter sich aufteilen, wobei möglicherweise China als eine dritte Macht akzeptiert wird. Und heute ist der Zeitpunkt gekommen, an dem diese Vereinbarung realisiert werden soll.

Die Kreise des Establishments, die diesen Prozeß vorantreiben, und die Kreise, die das New Age propagieren, sind identisch. So ist beispielsweise das Aspen-Institute, das von Bertrand Russell gegründet wurde, zugleich eine der führenden Organisationen der Satansverehrung in den USA. Auch die Vereinten Nationen in New York wurden als Organisation des New Age gegründet. Aspen hängt über einen gewissen Tiny Rowland direkt mit der britischen Königsfamilie zusammen.

Die heutige moralische Aufgabe

Wir stecken in diesem Schlamassel, weil wir schlechte Regierungen haben, oder weil sich eine Handvoll Leute gegen uns verschworen hat. Der Grund für die gegenwärtige Misere besteht darin, daß die Kreise, die die Regierungen und die öffentliche Meinung in den letzten 20 Jahren im wesentlichen kontrollierten, die Wertvorstellungen und das Verhalten der Regierungen und der Bevölkerung so verändert haben, daß die Reaktion auf jede Krise schlechter ausfällt als die Reaktion auf die Krise davor.

Jede Entscheidung wird von der Gesellschaft getroffen, und die Moral der Regierungen und der Bevölkerung verfällt immer mehr. Es ist, als wäre die Bevölkerung von einem Virus befallen, das die Moral zersetzt. Wir sind einem kulturellen Einfluß ausgesetzt, der uns zerstört, und die Infektion weitet sich immer mehr aus. Wir werden nicht auf einen Schlag vollkommen krank, aber die Infektion weitet sich aus und befällt immer mehr Schichten, ohne daß sie auf ernsthaften Widerstand stößt. In einem solchen Fall steuert unsere Gattung auf ihre Auflösung zu.

Bisher haben wir keine Fähigkeit bewiesen, dieses kulturelle Virus abzuschütteln. Wir haben unsere Industrieanlagen demontiert, wir zerstören unsere Landwirtschaft, unsere Schulen, unsere Infrastruktur, unsere Verteidigungsfähigkeit, unsere Moral. Wir werden immer kleiner und kleiner, Stück für Stück, bis wir schließlich fast gar nichts mehr sind. Wir müssen untersuchen, welches das philosophische und kulturelle Virus ist, das unsere Bevölkerung und unsere Regierungen zerstört, welches dafür verantwortlich ist, daß wir diese Dinge hinnehmen. Wenn unsere Gattung überleben soll, müssen wir dafür kämpfen, daß unsere Regierungen und die Bevölkerung von diesem Virus befreit werden.

Der Selbstmord unserer Gesellschaft

Ich sage hier nicht die Auslöschung unserer Gattung voraus, sondern bin im Gegenteil sogar ziemlich optimistisch. Ich gehe von der Notwendigkeit der Gattung Mensch aus. Aber gleichzeitig bin ich mir darüber bewußt, daß die menschliche Gattung nicht überleben wird, wenn nicht nur das Aids-Virus, sondern auch dieses kulturelle Virus oder besser gegen-kulturelle Virus beseitigt wird.

Es ist an der Zeit für die Menschheit, dieses philosophische Virus zu zerstören, das uns dazu gebracht hat, Euthanasie zu tolerieren, das zu einer Regierungspolitik in Europa und den USA bezüglich Aids geführt hat, die, wenn sie fortgesetzt wird, in vier oder fünf Jahren die Ausrottung der Menschheit vorprogrammiert haben wird.

Es handelt sich um eine moralische Frage. Es ist eine weitverbreitete irrige Ansicht, Moral sei nur eine Frage der persönlichen Auffassung, man könne moralische Fragen genauso umgehen, wie man es vermeiden kann, mit seinem Nachbarn über Meinungsfragen zu diskutieren. Wirkliche Moral ist auch eine praktische Frage. Ein unmoralischer Akt ist nicht an sich gefährlich – gefährlich ist die Zurückweisung moralischen Verhaltens, die diesem Akt zugrundeliegt.

Solange jemand noch sagt: »Ich hätte das eigentlich nicht tun sollen«, gibt es Hoffnung. Aber wenn jemand sagt: »Das ist ja nur ein moralischer Grundsatz, alles ist erlaubt«, dann kommen wir in eine Situation, wie wir sie heute haben. Wenn wir nicht die Moral der führenden Regierungsinstitutionen und der Bevölkerung verändern, wird unsere Gattung nicht überleben.

Der Mangel an Moral, der es zugelassen hat, daß Euthanasie zuerst an einigen wenigen verübt wurde, und dann an einigen mehr, bedeutet Selbstmord für unsere Gesellschaft. Ich glaube, daß es dazu nicht kommen wird, denn ich glaube, daß einige von uns sich zu Instrumenten zur Beseitigung jener Immoralität, die heute das Denken und Handeln der Bevölkerung und der Regierungen bestimmt, aufraffen werden. □



Europa-Journal

Thatcher hält Politik Chamberlains aufrecht

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher machte in einem Interview klar, daß Großbritannien nichts unternehmen wird, wenn der sowjetische Staatspräsident in Litauen Gewalt anwenden sollte. Im Verlauf eines längeren Interviews fragte der Korrespondent der »Hindustan Times« H. K. Dua: »Angenommen es liegen Gewalttätigkeiten vor ... und Gewalt wird angewendet, um Litauens Loslösung von der Sowjetunion und der Unabhängigkeit Einhalt zu gebieten, würde dies den Fluß von Hilfeleistungen und Technologie in die Sowjetunion berühren?«

Margaret Thatcher: »Wir würden jede Angelegenheit so betrachten müssen, wie sie entstanden ist. Zum Beispiel gab es Probleme in Aserbaidschan und Armenien, und es sah in einem Stadium so aus, als würde jeden Moment ein Bürgerkrieg ausbrechen, und dann, glaube ich, hat sich niemand darüber beschwert, daß dort Truppen eingesetzt werden mußten, weil eine Situation vorlag, die wir alle verstanden.«

Thatchers Dienststelle in London bestätigte diese Äußerungen in dem Interview. □

Osteuropa-bank: Unterstützung für den Übergang

Einer verstärkten Hilfe des Westens für die Volkswirtschaften der Länder des ehemaligen Ostblocks steht nun nichts mehr im Wege: Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit Sitz in London ist jetzt gegründet worden.
Auf dem EG-Gipfel vom Dezember letzten Jahres hatte der französische Präsident Mitterand erstmals vorgeschlagen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Osteuropas durch Gründung einer neuen internationalen Finanz-Institution voranzutreiben.

Das Motiv für die westliche Hilfsbereitschaft ist nicht ganz selbstlos: Ein möglichst rascher und durchgreifender wirtschaftlicher Erholungsprozeß Mittel- und Osteuropas liegt auch im Interesse des Westens. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn die alten Comecon-Länder konsequent auf marktwirtschaftliche Erneuerung setzen.
Daher wird die Osteuropa-Bank durch ihre Statuten ausdrücklich auf die Grundvoraussetzung für eine Kreditvergabe verpflichtet: Potentielle Darlehensempfänger müssen den Übergang zur offenen Marktwirtschaft begünstigen sowie darüberhinaus private und unternehmerische Initiative fördern.

Die Bank ist mit einem Haftungskapital von umgerechnet 20 Milliarden DM ausgestattet. Sie darf höchstens 40 Prozent ihrer Mittel dem staatlichen Sektor – Regierungen, Gebietskörperschaften, Staatsunternehmen – zur Verfügung stellen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten muß also auf der Unterstützung kleiner und mittlerer Privatunternehmen sowie auf der Hilfe bei der Privatisierung bisheriger Staatsbetriebe liegen. Konsequenterweise muß daher mindestens einmal im Jahr die Kreditvergabe-Strategie der Osteuropa-Bank in den Empfängerländern überprüft werden. Das soll sicherstellen, daß der geforderte Zweck auch tatsächlich erfüllt wird.

Den Hintergrund bilden schlechte Erfahrungen aus den siebziger Jahren. Damals erhielten osteuropäische Staaten umfangreiche Kredite aus dem Westen. Doch die Mittel versackten in dunklen Kanälen, eine greifbare Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Länder blieb aus. Noch schlimmer: Verzerrte Strukturen wurden eher noch konserviert. Das soll nun nicht noch einmal passieren.

Die neue Bank wird Kredite von jährlich rund vier Milliarden DM an die Länder Mittel- und Osteuropas vergeben können – ausgenommen ist allein Albanien.

Anteilseigner der Bank sind insgesamt 40 Länder sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Investitonsbank. Sogar einige kleine, selbst eher finanzschwache außereuropäische Staaten wie Ägypten oder Marokko haben Mittel bereitgestellt. Die Beteiligungsgrenzen sind freilich sehr unterschiedlich.

Die Bundesrepublik hält einen Anteil von 8,5 Prozent – genausoviel wie Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan. Den höchsten Anteil besitzen die USA mit zehn Prozent. Die Sowjetunion verfügt mit sechs Prozent fast über die Hälfte des Kapitalanteils aller mittel- und osteuropäischen Länder. Dabei war die sowjetische Beteiligung lange Zeit umstritten. Grund: Die Sowjetunion ist keine Mehrparteiendemokratie, wie es das Abkommen über die Osteuropa-Bank verlangt. Daher hat sie einstweilen nur beschränkten Zugang zu den Kredit-Töpfen.

Anfangs ist die Zweckmäßigkeit der neuen Bank insgesamt bezweifelt worden. Denn der Löwenanteil der Mittel zum Wiederaufbau Osteuropas muß aus privaten Kapitalquellen fließen.

Allerdings: Keine westliche Geschäftsbank könnte den Empfängerländern zur Auflage machen, einen marktwirtschaftlichen Kurs der Wirtschaftspolitik einzuschlagen. Eine offizielle internationale Institution dagegen ist dazu sehr wohl in der Lage.

Die Osteuropa-Bank hat gegenüber anderen multinationalen Geldgebern wie Weltbank und internationalem Währungsfonds ganz spezielle Vorteile.

Die wichtigsten: Die Kapitalmehrheit der Europäischen Gemeinschaft dokumentiert die besondere Hilfsbereitschaft und Verantwortung Westeuropas für die wirtschaftliche Zukunft im östlichen Teil des Kontinents. Die USA besitzen hier – im Gegensatz zur Weltbank und zum Währungsfonds – keine Sperrminorität.

Einige osteuropäische Länder wie die Sowjetunion, Bulgarien, CSFR sind nicht Mitglied in den beiden Washingtoner Finanz-Institutionen. Aber von der Weltbank bekäme die CSFR aufgrund ihres relativ hohen Pro-Kopf-Einkommens ohnehin kein Geld.

Bis die neue Bank tatsächlich ihre ersten Kredite vergeben kann, dürfte noch ein halbes Jahr vergehen. Grund: Das Gründungseinkommen ist erst von einem Drittel der Mitgliedsländer ratifiziert worden. Diese Zeit kann sinnvoll genutzt werden. Denn die Investitions-Objekte müssen sorgsam ausgewählt und auf ihre Ertragsaussichten hin überprüft werden. □

Die Währungsunion – eine Wunderdroge?

Am 1. Juli fand zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in Deutschland eine Währungsreform statt. Die Mark der DDR wird durch die D-Mark ersetzt. Wie der 10. November 1923 und der 21. Juni 1948 kann auch dieses Datum zum Ausgangspunkt einer neuen Prosperität werden.

Im Jahr 1923 wurden nach der Hyperinflation jeweils eine Billion Mark in eine durch Grundschulden gedeckte Rentenmark umgewandelt. Es folgte ein Wirtschaftsaufschwung, der als »Wunder der Rentenmark« bezeichnet wurde und die Zeit bis zur Weltwirtschaftskrise zu den goldenen zwanziger Jahren werden ließ.

Im Jahr 1948 wurde die wertlos gewordene Reichsmark im Westen Deutschlands durch die D-Mark und im Osten durch die Mark der DDR ersetzt. Während die Entwicklung in der DDR stagnierte, kam es in der Bundesrepublik zu einem rapiden Aufschwung; der als deutsches Wirtschaftswunder in die Geschichtsbücher eingegangen ist.

Dieses war jedoch in Wirklichkeit kein Wunder, sondern das Ergebnis harter Arbeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Der Marshall-Plan bot eine willkommene Starthilfe. Doch noch wichtiger war die konsequente Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien durch Ludwig Erhard: Schaffung einer unabhängigen Notenbank, Aufrechterhaltung eines intensiven Wettbewerbs, Liberalisierung des Außenhandels und Unterstützung

unternehmerischer Initiative. Diese Grundsätze sind immer noch gültig.

Die Ersetzung der Ost-Mark durch die D-Mark bietet einen idealen Ausgangspunkt für die Transformation von der sozialistischen Mißwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft. Mit der D-Mark bekommt die DDR ein stabiles und international hoch geschätztes Zahlungsmittel, das Grundvoraussetzung einer funktionierenden Wirtschaft ist.

Die DDR-Bürger erhalten ihre Entlohnung in einer Währung, für die zu arbeiten es sich lohnt. Die dadurch erhöhte Arbeitsmoral, die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs und die Zufuhr von westlichem Kapital und Know-how werden Produktivität und Lebensstandard in kürzester Zeit hochschnellen lassen.

Die Währungsunion mit der Bundesrepublik stellt jedoch allein für sich genommen noch keine Wunderdroge zur Sanierung der DDR-Wirtschaft dar. Den erhofften Erfolg wird die Einführung der D-Mark nur bringen, wenn die DDR von Grund auf nach marktwirtschaftlichen Prinzipien umgestellt wird. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind im wesentlichen mit dem Staatsvertrag geschaffen worden.

Worauf es jetzt ankommt, ist die radikale mikroökonomische Umgestaltung der DDR-Volkswirtschaft und ihrer Betriebe: Deregulierung, Privatisierung und die klare Abgrenzung von Eigentumsrechten sind vordringliche Aufgaben.

Dabei ist zu überlegen, ob wirklich die gesamte Regelungsdichte der Bundesrepublik in Sachen Arbeitsmarktverfassung, Handwerksordnung, Steuersystem, öffentliche Versorgung in der DDR übernommen werden soll. Eine umfassende Liberalisierung der Märkte ist für den Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft von größter Bedeutung.

Wenn die DDR die erforderlichen marktwirtschaftlichen Reformen konsequent und zügig durchführt, kann sie zum Schauplatz eines dritten deutschen Wirtschaftswunders werden. Von Seiten der Bundesrepublik sind mit der Bereitstellung der D-Mark und dem Staatsvertrag die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Ob daraus nun tatsächlich eine Erfolgsstory wird, hängt in entscheidendem Maße von den politisch Verantwortlichen in der DDR ab. □

Slowenien und Kroatien auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Die beiden westlichen Republiken Jugoslawiens, Slowenien und Kroatien, bereiten sich auf volle staatliche Souveränität innerhalb von Monaten vor. Der kommende slowenische Ministerpräsident Petari, ein Christdemokrat, kündigte für die kommenden sechs Monate eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Sloweniens an.

In Lubljana veröffentlichte die Zeitschrift »Nova Revija« eine Sonderstudie über die Kosten und die Vorteile der Unabhängigkeit. Die Autoren rufen dazu auf, daß Slowenien ein »unabhängiger Teil Europas« werden soll.

Eine weitere bedeutende Rolle in der kommenden slowenischen Regierung hat Dr. Jozw Pucnik. Er forderte die Europäische Gemeinschaft auf, sich nacheinander mit der Eingliederung derjenigen jugoslawischen Republiken zu beschäftigen, die darum bitten. Dr. Pucnik führte das Bündnis der Opposition DEMOS an, das bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen mit 58 Prozent der Stimmen den Sieg davontrug.

Die zukünftige slowenische Regierung wird keine Kommunisten in ihren Reihen haben. Christdemokraten und die Bauernpartei haben ihre Kräfte vereinigt und wurden mit 29 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei.

In Kroatien errang die unverbrüchlich für die Unabhängigkeit eintretende Partei des Ex-Generals Tudjman bei den Wahlen eine unerwartete Zweidrittel-Mehrheit. Der erste Schritt zur Unabhängigkeit wird die Schaffung einer unabhängigen kroatischen Nachrichtenagentur sein, damit die Abhängigkeit von Belgrads Tanjug beendet wird. □

Hat Amerika Litauen verraten?

»Amerika hat Litauen verraten«, konnte man vom litauischen Ministerpräsidenten Landsbergis hören, weil US-Präsident George Bush keine Anstalten machte. Litauen wirtschaftlich zu unterstützen oder Moskau dafür zu »bestrafen«, daß es ein Ölembargo und andere Vergeltungsmaßnahmen gegen die kleine baltische Republik einführte, die in den Schoß der freien Nationen zurückkehren wollte.

Landsbergis hätte wissen müssen, was Vietnam, Kambodscha, Kuba, Nicaragua, die Philippinen, Rhodesien, Südwestafrika, Südafrika und eine ganze Reihe anderer Länder schon wußten und erfahren mußten, daß nämlich Amerika alles andere anstrebt als einen neuen freien Nationalstaat in der Welt und eine Schwächung der Sowjetunion. Man hat schließlich die Sowjetunion nicht aufgebaut, um sie jetzt auseinanderfallen zu lassen. Natürlich muß der Hochgradfreimaurer Bush – »Skulls and bones«-Orden – Lippenbekenntnisse zur Demokratie machen, aber seine »One-World«-Pläne mit seinem Freund Gorbatschow haben unbedingt Vorrang. □

Moskau untersucht Lenins Fahrt 1917

Die Unterstützung des deutschen Kaiserreiches für den sowjetischen Staatsgründer und Revolutionsführer Wladimir Lenin soll von einem Ausschuß des russischen Parlaments untersucht werden. Wie die unabhängige Moskauer Wochenzeitung »Kommersant« schreibt, hat der Volksdeputierte Mironow bereits für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses die notwendigen 50 Unterschriften von Abgeordneten gesammelt.

Nach Angaben der Zeitung sollen unter anderem die Hintergründe der Eisenbahnfahrt Lenins Mitte 1917 im plombierten Waggon von der Schweiz durch Deutschland nach Schweden sowie die angebliche Finanzierung der russischen Kommunisten durch den deutschen Generalstab und internationale Banker untersucht werden. □

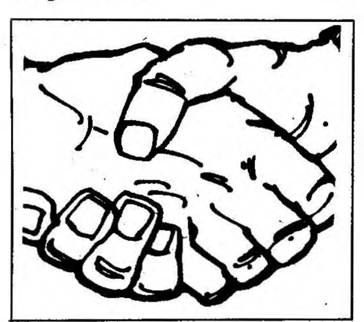
56,5 Millionen Franzosen

Frankreich zählt gegenwärtig 56,5 Millionen Bewohner, ergab die Volkszählung vom März dieses Jahres. Das sind 2,2 Millionen mehr als 1982. Paris bleibt mit 2,1 Millionen Bürgern mit Abstand die bevölkerungsreichste Stadt Frankreichs. □

Gruner + Jahr kauft SED-Verlag

Der Hamburger Zeitschriftenverlag Gruner + Jahr und der britische Verleger und Herausgeber der Miror-Gruppe, Robert Maxwell – er hat sich vor Jahren mit einer sehr positiven und schmeichelhaften Honecker-Biografie bei der damaligen SED-Herrschaft Liebkind gemacht –, wollen gemeinsam den Berliner Verlag übernehmen, der der PDS als Rechtsnachfolger der SED gehört. Beide Verlags-Gruppen hatten bislang getrennt über einen Erwerb verhandelt.

Gruner + Jahr sowie Maxwell sollen jeweils mit 50 Prozent an dem Verlag beteiligt sein, wobei Gruner + Jahr die Geschäftsführung und Maxwell den Vorsitz im Gesellschaftergremium übernimmt. Der Berliner Verlag ist der größte Zeitungs- und Zeitschriftenverlag der DDR. Er gibt unter anderem die »Berliner Zeitung« heraus. □



Frankreich

Verletzung demokratischer Traditionen

Michael Collins Piper

Nachdem sich als unmöglich herausgestellt hatte, die wachsende und volkstümliche Front National (FN) bei den Wahlen zu zerschlagen, hat das Establishment in Frankreich eine neue Methode erfunden, um mit der FN und ihrem farbenprächtigen Führer, Jean-Marie Le Pen, fertigzuwerden.

Die französische Regierung ist derzeit dabei, ein neues Gesetz durchzupeitschen, mit dem die freie Meinungsäußerung in Frankreich erheblich eingeschränkt werden soll. Die neuen Gesetzesvorschriften werden gewisse Ausdrucksformen nicht nur begrenzen, sondern kriminalisieren.

Revisionismus wird zur Straftat

Verschreckt durch die wachsende landesweite Stärke Le Pens und seiner politischen Partei, holten sich der französische Staatspräsident François Mitterrand und seine Anhänger in den kommunistischen und sozialistischen Parteien die Zustimmung zu einer Gesetzesvorlage in der Nationalversammlung. Nach dem vorgeschlagenen Gesetz wäre jeder, der für schuldig befunden wird »Rassenhaß« oder Gewalt geschürt zu haben, fünf Jahre lang davon ausgeschlossen, entweder um ein wählbares Amt zu kandidieren oder dieses innezuhaben. Er darf auch keinem Schöffengericht angehören.

Die Maßnahme würde es außerdem zu einer Straftat machen, des »Revisionismus«, das heißt der Infragestellung der seit langem vom Establishment vertretenen Auslegungen der Geschichte – vor allem, so ist anzunehmen, hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges – für schuldig befunden zu werden.

Le Pen ist natürlich weder für Rassenhaß noch Gewalttätigkeiten eingetreten. Aber er nahm bei seiner Kritik der Regierungspolitik, ungezählte Millionen ausländischer Emigranten – vornehmlich aus Nordafrika – nach Frankreich hineinströmen zu lassen, kein Blatt vor den Mund. Le Pen rief sogar zu deren Ausweisung auf. Deswegen wurde Le Pen als »Rassist« eingestuft.

Als Reaktion auf die Anklage, er sein ein »Rassist«, weil er der Masseneinwanderung entgegentritt, sagte Le Pen: »›Rassismus‹ in Frankreich bedeutet heute ›Vaterlandsliebe‹«.

Mit dieser klaren Haltung hat Le Pen stetig wachsende Unterstützung unter seinen Landsleuten gefunden, die ganz einfach für ihre Rechte eintreten, der unbegrenzten Einwanderung und Auswaschung der französischen Kultur und Sprache Einhalt zu gebieten.

Weil Mitterrand gesundheitlich angeschlagen sein soll, ist die Vernichtung von Le Pen zur Priorität Nr. 1 des französischen Establishments geworden. Sollte Mitterrand im Amt sterben, verlangt das französische Gesetz nämlich Wahlen, um das vakante Amt zu besetzen. Dies macht Le Pen natürlich für das französische Establishment zu einer »Gefahr«, eben wegen seiner weitverbreiteten Popularität. Meinungsumfragen suggerieren, daß, würden heute Präsidentschaftswahlen abgehalten, Le Pen das Amt mühelos gewinnen würde.

Aus diesem Grund haben Mitterrand und seine Verbündeten des konservativen und liberalen Establishments nun diese neue Strategie ausgeheckt, um mit Le Pen fertigzuwerden.

Jean-Marie Le Pen warnte das Establishment, sich lieber schnell die Taschen mit dem, was von Frankreichs Reichtum verblieben ist, vollzustopfen, denn ihre Zeit sei abgelaufen.

»Rassismus bedeutet Vaterlandsliebe«

Die Anti-Le-Pen-Maßnahme wurde in der Nationalversammlung mit 307 gegen 265 Stimmen gebilligt und geht nun an den Senat, wo sie erwartungsgemäß gebilligt werden wird – jedoch nicht ohne einen Kampf.

Falls der Gesetzesvorschlag vom Senat gebilligt wird, wird Mitterrand ihn durch Unterschrift zu einem Gesetz machen.

Zweideutige Redensart als Politik

Der französische Ministerpräsident Michel Ricard, wie Mitterrand ein Sozialist, sagt: »Weil wir alle Demokraten sind, wurde Le Pen niemals seine freie Meinungsäußerung verwehrt. Aber aus dem gleichen Grunde können wir nicht zulassen, daß er diese rassistischen und antisemitischen Vorschläge straflos unterbreiten darf.«

Augenscheinlich schließt die berühmte französische Klarheit des Ausdrucks Politiker des Establishments nicht ein.

Le Pen sagt der Gesetzesvorschlag sei eine Verletzung lange hochgehaltener demokratischer Traditionen in Frankreich und sei »in einer westlichen Demokratie ohne Präzedenzfall«.

Der Führer der Front National sagt, die Maßnahme, wenn sie gebilligt werden sollte, wird »den zivilen und politischen Tod von Bürgern anordnen, die schuldig sind, gegen die Masseneinwanderung eingetreten zu sein und die französische Identität verteidigt zu haben«.

Die Anti-Le-Pen-Maßnahme ist in vieler Hinsicht ein Spiegelbild ähnlicher Formen einer sogenannten Haßstraftat-Gesetzgebung wie sie im ganzen ehemals freiheitliebenden Westen wirksam werden soll. Frankreich schließt sich damit England, Westdeutschland, Kanada – und, wenn auch nicht ganz vergleichbar, den Vereinigten Staaten – an, als letzte der Demokratien, die die Freiheit der Meinungsäußerung unter dem Deckmantel der Bekämpfung »Rassismus« einschränken.

Der konzertierte Angriff gegen Le Pen ist der Beweis seines Erfolges, eine Botschaft zu verbreiten, die vom französischen Volk begrüßt wird: Endlich steigt ein Politiker für uns auf die Barrikaden um unsere Nation und Kultur zu definieren und sie angesichts einer überwältigenden Flut einer unassimilierbaren Einwanderung zu bewahren. □

Frankreich

Die Nationalisten und das Establishment

John Stewart

Während sich die Massenmedien der Welt auf die Veränderungen in Osteuropa konzentrieren, sind sie bemerkenswert schweigsam über die Ereignisse, die derzeit Frankreich auf den Kopf stellen. Denn während die sowjetischen Satelliten dazu gezwungen werden, die kommunistische Tyrannei gegen die Herrschaft der Globalisten, der Verfechter des Eine-Welt-Gedankens und der Weltregierung, auszutauschen, wird in Frankreich eine gigantische Schlacht ausgefochten, in der versucht werden soll, beide Übel ein für alle Mal zu beseitigen.

In den letzten 200 Jahren stand Frankreich unter der Herrschaft eines völkermordenden Establishments und dessen Erben. Diese Elite machte 1792 die Massentötung von Zweidrittel der Bevölkerung des Landes, das sie gerade übernommen hatte, zu ihrer Politik. Der von diesen degenerierten Aristokraten, wütenden bürgerlichen »Intellektuellen« und internationalen Bankers ausgesandte Mob ermordete Millionen von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern unter Einsatz von Guillotinen, Erschießungskommandos und Massenertränken mit Hilfe von eigens dazu hergerichteten Lastkähnen. Bauern, die man in Scheunen und Kirchen trieb, die dann in Flammen gesetzt wurden, starben. Kinder wurden gekreuzigt, indem man sie an die Scheunentore nagelte. Diese Grausamkeiten dienten als warnende Beispiele für alle, die sich die glorreiche Französiche Revolution nicht so gerne zu eigen machen wollten.

Man nennt es Befreiung der Menschen

Die Seidenhandschuhe und Perücke tragenden gepuderten Revolutionäre – die Trotzkijs, Swerdlows und Pol Pots der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts – und ihre Finanzhintermänner, weit davon entfernt, ebenso in Bausch und Bogen verdammt und verurteilt zu werden wie ihre Gegenstücke unserer Zeit, sind in den letzten 200 Jahren in den Geschichtsbüchern des Establishments als Nationalhelden gefeiert worden. In der Tat scheint jede zweite Straße in Paris den Namen eines am Völkermord Schuldigen zu tragen.

Jedes Jahr verschwendet das französische Establishment mit vollen Händen das Geld des Steuerzahlers, um das Abschlachten der »Feinde« der Revolution zu feiern. In echter Orwellscher Manier redet man von dieser Orgie des Blutvergießens als Befreiung der Menschen zu Demokratie und Fortschritt. Die traurige Wahrheit ist natürlich, daß das Establishment nicht nur Millionen in den Tod geschickt hat, sondern auch ein sich selbst verewigendes System der Tyrannei über jene, die das Blutbad überlebten und deren Nachkommen, eingeführt hat.

Unter dem Banner der Menschenrechte

Unter dem Banner der »Menschenrechte« wurde eine allmächtige Polizeimacht geschaffen, die darauf programmiert war, die völkermordende Macht des Establishments zu erweitern. Allgemeine und zwangsweise Einberufung zum Militär – bis dahin in der Welt unbekannt – wurde eingeführt und verlieh dem Staat die Macht, soviele Franzosen zusammenzutreiben, wie sie als Kanonenfutter in den Kriegen benötigt wurden, die das Establishment zu führen geruhte. Auf diese Weise kamen 12 Millionen elendig um.

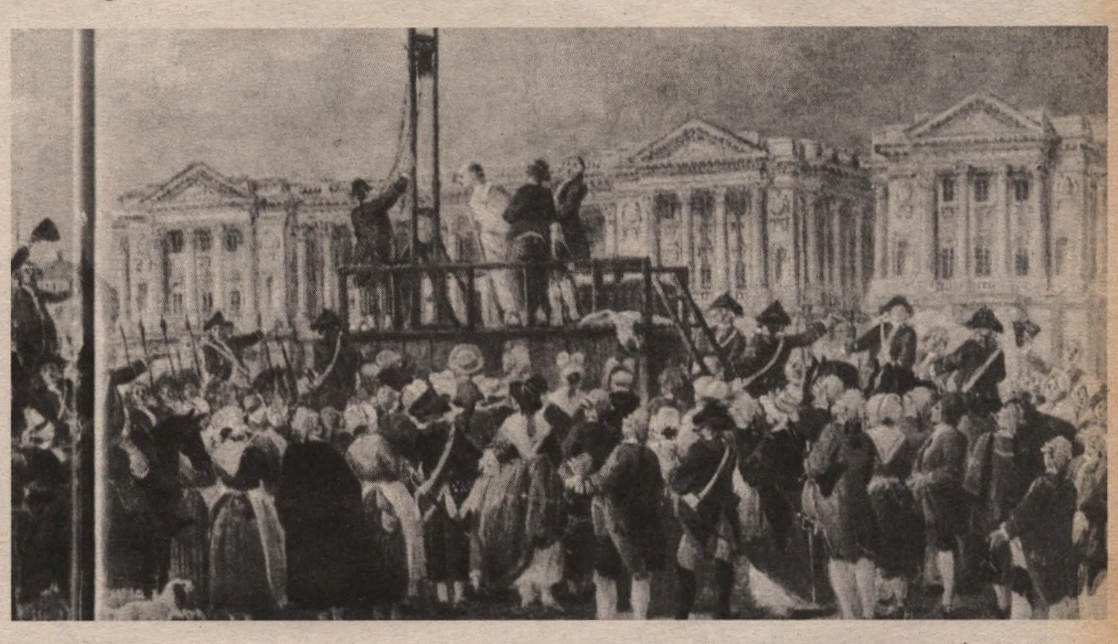
Unter dem Banner der »Gleichheit« sicherte sich die neue Elite Privilegien für sich selbst und ihre Finanzhintermänner, indem es jedem französischen Patrioten verwehrt wurde, irgendeine Position der Macht zu erringen. In den letzten 200 Jahren wurde die Befehlsgewalt oder Autorität über ein Patronatssystem und eine korrupte Bürokratie von dem Erben eines Mitgliedes des Establishments auf den nächsten übertragen.

So war eine verhältnismäßig kleine Handvoll von franzosenfeindlichen Massenmördern in der Lage, über die Mehrheit des Volkes zu herrschen, einzig und allein zum Wohle eines zerstörerischen Establishments.

Säuberung von allem Nationalen

Falls jemand glaubt, daß die Zeit vielleicht die Ziele der französischen Revolutionäre gemildert hätte, dann sprechen die Beweise eine andere Sprache. Abgesehen daß Millionen von Menschen in den beiden Weltkriegen des Establishments einfach ausgelöscht wurden, fand nach dem Zweiten Weltkrieg der Massenord an mehr als einer Million französischer Bürger durch ihre eigene Regierung statt. Sie wurden summarisch in den Tod geschickt unter dem Vorwand, daß sie mit den Besatzungsmächten »kollaboriert« hätten. In Wirklichkeit wurden diese unschuldigen Männer, Frauen und Kinder – sogar Kinger unter der Anklage der Kollaboration vor die Erschießungskommandos – hingerichtet als Teil des fortdauernden Völkermords und der »Säuberung« von allen nationalen Elementen in Frankreich.

Im Lichte des institutionalisierten Abschlachtens und der Unterdrückung beginnt eine Mehrheit des französischen Volkes sich endlich über ihre latente Kraft



Die Arbeit der Guillotine auf dem Place de la Révolution diente dem brutalen Vergnügen der Schaulustigen.

Frankreich

Die Nationalisten und das Establishment

zur Wiedererlangung der Macht klar zu werden.
Die Menschen wachen langsam von dem 200 Jahre alten Alpdruck des Mordes an Millionen, des Losreißens der Seele und der eigentlichen Bestimmung Frankreichs und Auslöschung seiner Geschichte auf. Die Geschichtsbücher des Establishments beseitigen in einem Kapitel abwertend 2.000 Jahre französischer Geschichte, und das übrige wird den Revolutionären und deren Erben gewidmet. Die Menschen raffen sich unerbittlich im »vordersten Graben« zu einem wahrhaftigen Überlebenskampf des Volkes auf. Sie gehen jetzt ihren Herren und Folterknechten direkt an den Kragen.

Es steht viel auf dem Spiel

Es steht in diesem Kampf der Habenichtse gegen ein seit zwei Jahrhunderten fest im Sattel sitzendes Establishment sehr viel auf dem Spiel. Die Menschen müssen darum ringen, wenn sie die Gier, das Mißmanagement und die Arroganz der Behörden, die den gewöhnlichen Bürger fast aus dem Dasein verdrängt hat, abschütteln wollen.

Getreu ihrer Politik, die traditionelle Bevölkerung Frankreichs mit allen Mitteln auszuschalten, hat das Establishment seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine wahrhaftige Invasion von Nordafrikanern und Menschen aus anderen Teilen der Dritten Welt organisiert. Diese vom Staat geförderte Verwässerung des Grundstocks des französischen Volkes kam der Elite dadurch sehr gelegen, weil billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen und andererseits wurde der Konflikt mit der immer unzufriedener werdenden in Frankreich gebürtigen Bevölkerung geschürt.

Das Establishment hat diesen Konflikt zum Vorwand genommen, um eine Reihe von drastischen »anti-rassistischen« Gesetzen zu erlassen, die darauf abgestimmt sind, alle Formen der Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Invasion aus Nordafrika und der dafür verantwortlichen Regierungspolitik zu unterdrücken.

Solche Gesetze würden es zu einem mit Freiheitsstrafe bedrohten Vergehen machen, die Bevölkerungsverschiebung und die Auswirkungen, die sie auf die Rechte und das Wohlergehen der im Lande geborenen Franzosen gehabt hat, auch nur öffentlich zu kritisieren. Die Gesetzesentwürfe sind so weitgefaßt, daß die Polizei ermächtigt werden soll, Bürger einzig und allein auf Geheiß der Regierung oder der selbsternannten »Denunzianten« festzunehmen.

Eine wahre Armee dieser »antirassistischen« Petzer schwärmt zur Zeit kreuz und quer durch Frankreich aus, um auf »gehässige Bemerkungen« der Bürger zu achten und diese zu melden.

Zeitungen könnten strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie die Geburtsorte von verurteilten Mördern bekanntgeben, denn dies könnte irgendwie ihren Lesern einen »Rassismus« inspirieren.

Die Diktatur einer anonymen Bürokratie

Zu den noch ärgerlicheren Affronts gegen die einheimische Bevölkerung Frankreichs gehört die Vorzugsbehandlung, die den Millionen von Ausländern, die in das Land eingeschleust wurden, zuteil wird. Während im Lande geborene französische Bürger von KGB-artigen Schnüfflern belästigt werden, stehen sie obendrein auf allen Ebenen ihres tagtäglichen Lebens unter dem Daumen einer riesigen diktatorischen und gesichtslosen Bürokratie.

Den »Invasoren«, wie die Nordafrikaner und andere Einwanderer in Frankreich genannt werden, kommen verschwenderisch ausgeteilte Zuwendungen aus den öffentlichen Händen, die den widerstrebenden Steuerzahlern aus der Tasche gezogen werden, zugute. Die Einwanderer erhalten bei ihrem Eintreffen in Frankreich automatisch großzügige staatliche Wohnungsbeschaffungszuschüsse und genügend andere Beihilfen, damit sie sich bequem niederlassen können, ohne als Gegenleistung dafür harte Tagesarbeit verrichten zu müssen.

Obwohl die Regierung eigentlich beabsichtigt hatte, billige Arbeitskräfte für ihre reichen, liberalen Sponsoren herbeizuschaffen, werden die Nordafrikaner jetzt einzig und allein zu dem Zweck ins Land geholt, um eine neue Wählerschaft zu schaffen, die an die Stelle der einheimischen französischen Wähler treten soll, die den politischen Parteien des Establishments in hellen Scharen davonlaufen.

Übertriebene Sozialleistungen für die Zuwanderer

Da das französische Establishment glaubt, daß es nichts zu verlieren hat, wenn es gegenüber der einheimischen Bevölkerung derartige Unterschiede macht, hat es seine Großzügigkeit gegenüber den Fremden Zug um Zug weiter ausgedehnt. Die Regierung ermutigt Nordafrikaner aktiv dazu, große Familien zu haben, dadurch, daß sie bei jeder Neugeburt beträchtliche Zuschüsse austeilt. Da die islamische Religion, zu der sich die meisten dieser zugewanderten Menschen bekennen, Geburtenverhütung und Abtreibung verbietet und einem Mann gestattet, gleichzeitig mit vier Frauen verheiratet zu sein – und so viele Konkubinen zu haben, wie er mag –, ist es gang und gebe, daß solche Ehemänner 20, 30 oder noch mehr Kinder haben, wahrhaftige »Bargeldkühe«, die ihnen jährlich hunderttausende von Franc einbringen.

Außerdem gewährt die französische Regierung den Afrikanern öffentlichen Transport zum Nulltarif, kostenlose ärztliche und zahnärztliche Versorgung, Urlaubsgelderstattung, so daß sie einmal im Jahr in ihr Herkunftsland reisen können, und eine Armee von Sozialarbeitern steht zur Verfügung, die sich um alle anderen Bedürfnisse der Einwanderer kümmern.

Als Gegenleistung für diese Wohlfahrtsvergünstigungen müssen die Neuankömmlinge dadurch ihre Dankbarkeit erweisen, daß sie eine der weitgehend austauschbaren Parteien des Establishments: Kommunisten, Sozialisten oder Gaullisten wählen. Sie müssen auch bei »antirassistischen« Märschen auf die Straße gehen, wann immer die Regierung dies wünscht, und Beschwerden wegen »Rassismus« unterzeichnen, so daß die Staatsanwälte gegen die einheimische Bevölkerung in Aktion treten können.

Kinder werden den Eltern entzogen

In scharfem Kontrast zu der regierungsseitigen Bekräftigung der unbeschränkten Zeugung durch Afrikaner wird für die einheimische Bevölkerung eine erbarmungslose Abtreibungspolitik betrieben, die fast der im kommunistischen China erzwungenen gleichkommt. Die Regierung ermutigt und drängt häufig sogar gebürtige Französinnen zur Abtreibung auf Verlangen – natürlich kostenlos.

Beamtete Lehrer halten sogar Vor-Teenager dazu an, sich von der elterlichen »Unterdrückung« zu befreien und freie sexuelle Beziehungen einzugehen.

Als Folge davon stehen stets Sozialarbeiter zur Verfügung, um Verhütungsmittel auszuhändigen oder Abtreibungen in die Wege zu leiten, wenn Jugendliche unvermeidlich schwanger werden. Dazu gehört auch die neue »Abtreibungspille«, die französische Hersteller auf Geheiß der Regierung produzieren mußten. Schüler werden von ihren Schulberatern und Sozialarbeitern angewiesen, es abzulehnen, ihre sexuellen Tätigkeiten mit ihren Eltern zu besprechen, da diese »in der Sozialwissenschaft unausgebildet« sind. Somit betreibt die Regierung offen eine Politik, die Kinder ihren Eltern entfremdet.

Andere Bereiche des vom Establishments betriebenen, mit Steuergeldern finanzierten Aktivismus sind die unermüdliche Förderung der Homosexualität, Pornografie und der ausgedehnten Entartung. Sage und schreibe Milliarden von Franc sind in den vergangenen fünfzehn Jahren ausgegeben worden, um architektonische Mißbildungen zu errichten und sexuell ausgerichtete Kunst, Musik und Literatur und absurde, aber nichtsdestoweniger kostspielige »Kulturereignisse« so wie sie am 14. Juli vergangenen Jahrse während der

Feierlichkeiten anläßlich der Französischen Revolution stattfanden, zu finanzieren. Ein Heer von Regierungsbürokraten unter dem Kommando des homosexuellen Kultusministers Jack Lang hat praktisch einen Blankoscheck bekommen, um die Steuergelder so auszugeben, wie sie es für richtig halten. So erleben die schwer unter Druck stehenden französischen Steuerzahler, wie ihr Geld verwendet wird, nicht um die Kultur zu fördern, sondern um sie zu zerstören. Sie haben es dabei mit einer homosexuellen Mafia zu tun, die dreist auf ihre Kosten ein ausschweifendes Leben führt.

Doch als ob dies noch nicht genug wäre, die Franzosen wurden vom Establishment auch gezwungen, ihr Land dem Diktat der internationalen Banken, den Trilateralen und den Zionisten unterzuordnen. Doppelte Loyalität ist für jeden der innerhalb der sozialistischen oder gaullistischen Regierung irgend eine Förderung anstrebt ein Befehl.

Das Bild des idealen Franzosen

Es wurde einmal gescherzt, der ideale Mensch der Renaissance des Establishments sei ein nicht weißer, jüdischer, marxistischer Homosexueller.

Und was keineswegs überraschend ist, eine solche Kreatur namens Harlem Desire ist tatsächlich in Erscheinung getreten.

Aus Westindien stammend, wurde Desire von der sozialistischen Regierung zum großen Inquisitoren ernannt, der alle »Rassisten« fassen und strafrechtlich verfolgen soll. Da er sofort ein Liebling der Medien war, wurde Desire unbegrenter Platz in Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehzeit eingeräumt, damit er seine weißen- und franzosenfeindlichen Haßergüsse ausspielen kann.

Und was noch bedeutsamer ist, die Regierung hat seine antirassistische Organisation, als »SOS-Racism« bekannt, verschwenderisch subventioniert, so daß sie ihr bei ihrer Kampagne, jeden den das Establishment nicht mag zu belästigen, hilfreich zur Seite stehen kann. Aber unerwarteterweise hat Desires bösartige und haßerfüllte Hexenjagd gegen Bürger, die versucht haben, die ihnen theoretisch garantierte Freiheit der Meinungsäußerung auch auszuüben, unter der Bevölkerung Rückwirkungen ausgelöst.

Es bedarf des öfteren solcher Handlungen des gewaltigen Hasses und der Arroganz, um ein am Boden liegendes Volk aufzurütteln. Die Franzosen scheinen endlich die Nase voll zu haben von dieser Non-Stop-Korruption und Unterdrückung seitens der Regierung, die dazu geführt haben, daß sie ihr eigenes Land, ihre Kultur und ihre Zivilisation verloren haben.

Ein Tummelplatz für Fremde

Frankreich war vor zwei Jahrhunderten das reichste, stärkste und bevölkerungsreichste Land in Europa, als es eine Armee und eine Flotte hinausschickte, um an der Seite von George Washington zu kämpfen und somit die amerikanische Unabhängigkeit mit herbeiführte. Aber es ist seitdem auf einen drittrangigen Status herabgesunken, ohne Souveränität, fremden Interessen untergeordnet und zum Tummelplatz von Millionen von fremdartigen Menschen geworden, die gar kein Interesse daran haben, sich zu assimilieren.

1776 hatte Frankreich mehr Menschen als Rußland und war das wohlhabendste Land in der zivilisierten Welt. 1990, nach 200 Jahren der Herrschaft von verrückten Genies, trägt Frankreichs Bevölkerung von 50 Millionen die Last von 5,5 Millionen amtlich registrierten Fremden und weiteren zwei Millionen, die illegal in das Land eingeströmt sind.

Nicht nur wurden die nationalen Interessen der Franzosen denen internationaler Banker untergeordnet, sondern viele Teile des französischen Territoriums sind buchstäblich an Ausländer ausgeliefert worden. In Städten wie Paris, Marseille und Lyon befinden sich ganze Distrikte völlig in der Gewalt von Nordafrikanern.

Die Zustände sind so, daß die französische Polizei die algerischen diplomatischen Vertreter in Frankreich darum bitten muß, für freies Geleit zu sorgen, so daß Beamte in die betreffenden Stadtviertel hineingehen können, verdächtige Verbrecher dingfest zu machen. Oft, besonders wenn es sich bei den auf der Fahndungsliste stehenden um Algerier handelt, wird die Erlaubnis, die Distrikte zu betreten, kurz und bündig zurückgewiesen und der Fall muß zu den Akten gelegt werden.

Indessen geht aus statistischen Zahlen des Versicherungswesens hervor, daß in 86 Prozent aller Häuser und Appartments in Paris und Marseille durchschnittlich zweimal im Jahr eingebrochen wird. Lediglich zwei Prozent der Diebe werden jemals festgenommen. Was nicht überraschend ist, die Wohnungen, die nicht verwüstet werden, sind die komfortablen Behausungen der kommunistischen, sozialdemokratischen und gaullistischen Elite, denen Polizeischutz rund um die Uhr gewährt wird.

Die Rolle Le Pens

Am Beginn der vom Establishment geförderten Invasion von Einwanderern vor 30 Jahren tauchte ein Mann auf, um sich der tödlichen Gefahr des Verlustes seines eigenen Landes als Folge der gesellschaftlichen Umtriebe seiner Regierung entgegenzustellen. Sein Name ist Jean-Marie Le Pen, der Sohn eines Fischers aus der Bretagne, einer der letzten Nachkommen jener keltischen Krieger, die seinerzeit tapfer gegen die römische Invasion kämpften.

In den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts war die Bretagne zur völligen Zerstörung vorgesehen und der Brutalität des für die Kelten, Frankreichs Urbevölkerung, geplanten Völkermords ausgesetzt. Zwei Jahrhunderte lang wurde die Bretagne isoliert und in einer gesellschaftlichen Quarantäne gehalten. Ihre Menschen wurden von den reichen Liberalen des Establishments als »dumm wie Esel«, »faul«, »Trunkenbolde«, »Reaktionäre« verhöhnt.

Gegen diese Einstellung mußte Le Pen, der bei einem terroristischen Angriff auf seine Person ein Auge verlor, ankämpfen – sich dem institutionalisierten Haß des Establishments gegen ihn und seine Anhänger entgegenstemmen. Tief eingegraben in dem Bewußtsein der Kelten der Bretagne sind die Erfahrungen, schon mehrmals ein Land nacheinander an die Römer, die Franken, die Hunnen, die Normannen und die Mauren verloren zu haben.

Irgendwie gelang es ihnen immer wieder irgendwie zu überleben, sich an der Halbinsel Bretagne im äußersten Westen Frankreichs festzuklammern. Das Schicksal der Helgoländer kommt einem hierbei ins Gedächtnis. Le Pen will Frankreich nicht noch einmal verlieren.

Le Pen verlor seinen Vater im Zweiten Weltkrieg und wurde unter Vormundschaft des Staates gestellt. Im Gegensatz zu der von den reichen Liberalen verbreiteten Story, zeichnete sich Le Pen als Student aus und verschaffte sich die Achtung seiner Kommilitonen an der Universität. Er nahm an den Kriegen seines Landes, die es nicht gewinnen konnte, in Indochina und Algerien teil, und er sah wie viele seiner Kameraden nicht so sehr durch das Feuer des Feindes als vielmehr durch Verrat der französischen Regierung ums Leben kamen.

Rassismus gegen das eigene Volk

Verrat und Treuebruch war nämlich alles was Le Pen durch das Establishment erlebt hat. In den letzten 45 Jahren erlebte das Land eine ununterbrochene Kette der schlimmsten und massivsten Finanzskandale der französischen Geschichte. Jedesmal waren hochstehende Bürokraten und Politiker daran beteiligt, denen aber immer, kurz bevor sie verurteilt werden sollten, Begnadigung zuteil wurde.
In dem jüngsten Skandal ist François Mitterands rechte Hand, Christian Nucci, ein sozialistischer Millionär und Kabinettsminister, verwickelt, der zusammen mit 36 Mitgliedern der Nationalversammlung des Betruges und der Unterschlagung im Amt von Millionen Franc angeklagt wurde. Kurz bevor der Prozeß beginnen sollte, wurde der Bande jedoch durch ein offensichtlich unter Druck stehendes Berufungsgericht Amnestie gewährt. □

Frankreich

Haß gegen Le Pen

John Stewart

Die französische Regierung und die Nachrichtenmedien haben sich in zynischer Weise die Schändung eines jüdischen Grabmals in Carpentras, Frankreich, als Peitsche zunutze gemacht, um damit Haß gegen den Vorsitzenden der Front National, Jean-Marie Le Pen, der den Vorfall als Provokation und abgekartetes Spiel brandmarkte, zu schüren.

Le Pens Partei, die Front National, ist die einzige in den letzten Monaten in Frankreich gewesen, die eine Steigerung im Ansehen der öffentlichen Meinung verzeichnen konnte.

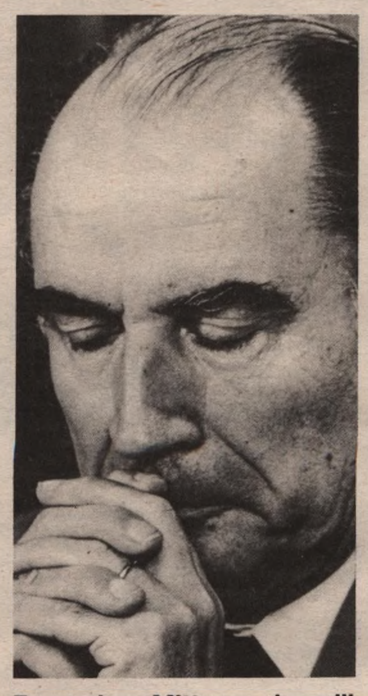
Eine landesweite Menschenjagd

Der französische Innenminister Pierre Joxe und andere hochrangige Minister der Regierung führten den Vorfall auf dem Friedhof auf einen Feldzug der Front National gegen die unbegrenzte Einwanderung von Nordafrikanern zurück, die von großzügigen regierungsseitigen Subventionen angelockt werden. Der kommunistische Parteichef George Marchais warnte düster vor einem »Gift des Hasses und des Antisemitismus, der die abscheuliche Vergangenheit des Nazi-Barbarismus wiederaufleben lasse«.

In Straßburg verkündeten Führer der Zionisten im Nachhinein, auf jüdischen Friedhöfen seien in den letzten Wochen etwa 20 Grabsteine umgeworfen worden, während in Paris die Polizei mitteilte, sie habe plötzlich neonazistische Graffitischmierereien auf verschiedenen Gebäuden in Rambouillet, einem Vorort der Hauptstadt, entdeckt.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten die Behörden eine landesweite Menschenjagd unter Beteiligung von mehr als 5.000 Polizeibeamten, um Mitglieder der Front National festzunehmen, die angeblich die Friedhofsschändungen vom 11. Mai dieses Jahres begangen haben sollen.

Innerhalb von nur zwei Tagen posaunten die französischen Medien die Nachricht hinaus, daß eine Bande von »Haß-Verbrechern« festgenommen worden sei; sie seien als »Skinheads, die der Front National angehören«, identifiziert worden.
Mit weit weniger lautstarken Fanfarentönen wurden die Inhaftierten jedoch wegen Mangels an Beweisen oder gar eines Motivs schnell wieder auf freien Fuß gesetzt.
Die zu Unrecht Verdächtigten sagten, sie werden die französische Regierung wegen widerrechtlicher Festnahmen, Verschwörung, Verletzung der Menschenrechte, Körperverletzung, Folter und Rassismus gegen Weiße verklagen.



François Mitterrand will Frankreich zu einer multikulturellen Gesellschaft wandeln durch Rassismus gegen das eigene Volk.



Joseph Sitruk, oberster Rabbi Frankreichs, verurteilte die Vorfälle in Carpentras, die Auftakt für eine landweite Menschenjagd waren.

Ebenfalls kurzzeitig in Gewahrsam genommen wurde ein britischer Motorradfahrer, der an dem Friedhof vorbeigefahren sei, und der sich »verdächtig« gemacht habe.

Die Schändung war eine Fälschung

Le Pen hatte schon vorher seine Zweifel über die Friedhofsepisode zum Ausdruck gebracht und auf einer Pressekonferenz gesagt: »Die in Carpentras begangene gemeine Schändung von Grabstätten und Toten scheint mir unter Berücksichtigung der Umstände, wie auch der Reaktionen seitens des professionellen Antirassismus, eine Fälschung zu sein.«
Joxe wies Le Pens Behauptung, es handele sich um ein »politisches Komplott«, zurück und beschuldigte den patriotischen Politiker, »selbst ein Provokateur« und ein »Rassist« zu sein.
Nachdem aber ihre Bemühungen, das, was als die gemeinste antisemitische Handlung seit Jahren genannt wurde, Le Pen und der Front National anzuhängen, gescheitert waren, gaben die französischen Behörden plötzlich bekannt, sie seien auf der Suche nach neuen Verdächtigen: die »Muhammed el-Bukina-Brigade«, von der allerdings bislang noch niemand etwas gehört hatte.

Islamische Religionsführer reagierten mit größter Empörung auf das, was sie anklagend als einen Versuch bezeichneten, den Vorfall auszubeuten, um Israels Mißhandlung von Palästinensern im Libanon und in den besetzten Gebieten zu verschleiern.

Die Franzosen hoffen auf Rettung

Le Pen, Verteidiger des Slogans »Frankreich den Franzosen«, als Meilenstein seines Widerstands gegen die uneingeschränkte Einwanderung, sagte, das Establishment bemühe sich verzweifelt, die wachsende Popularität der Front National ins Gegenteil zu verkehren.

Diese Theorie scheint durch eine kürzlich stattgefundene Meinungsumfrage des »Journal du Dimanche« bestätigt worden zu sein, aus der hervorging, daß 67 Prozent der Befragten die Ansicht vertreten, französische Politiker seien »eher unehrlich als nicht«.

Eine überwältigende Mehrheit der Befragten sagte, ihre Antwort beziehe sich gleichermaßen auf die Parteien, die bereits so lange die politische Macht in Frankreich in den Händen hätten.

Französische Wähler scheinen in der Botschaft Jean-Marie Le Pens und seiner Front National eine Hoffnung auf Rettung zu sehen. Seine Gegner schrecken daher offenbar vor nichts zurück, um ihn von der politischen Bühne in Frankreich zu verdrängen. □



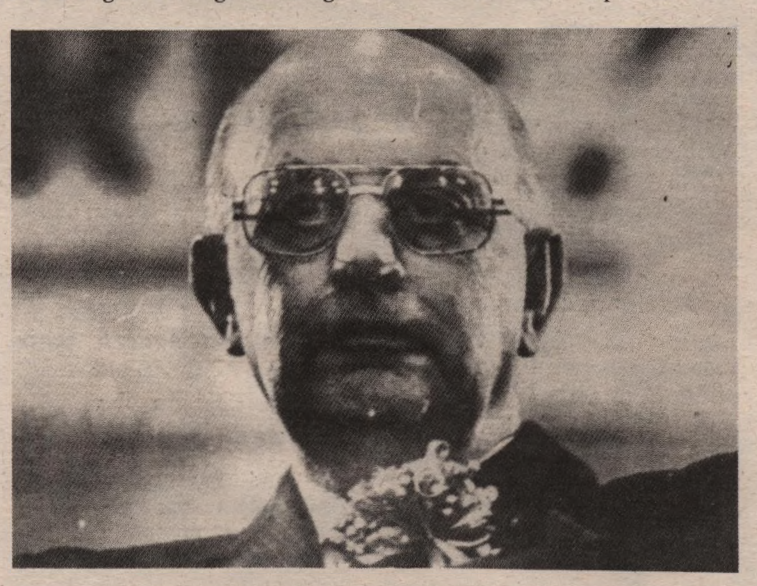
Südafrika

Der geplante Zusammenbruch

Eduard Platzoeder

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Südafrikas ökonomische Bedeutung und seine Führungsrolle im südlichen Afrika weltweit anerkannt wurde. Seine Wirtschaft war gesund und blühend, seine Währung stark und die South African Defenceforce (SADF) war die stärkste und meist respektierte militärische Macht in Afrika. Und heute? Die Wirtschaft ist unstabil und verzettelt, sein Ruf durch Lüge und Verleumdung auf das schwerste angeschlagen und seine Sicherheitskräfte nicht nur in ihrem Umfang beschnitten, sondern auch systematisch politischem Druck ausgesetzt. Die Straßen sind ungezügelten politischen Demonstrationen freigegeben, der geradezu aufgereizte Mob tyrannisiert auf barbarische Weise die schwarzen Townships und in den schwarzen »Homelands« sind gewaltsame Zerstörung an der Tagesordnung.

Während der Kommmunismus selbst bis hinein in sein Ursprungsland scheinbar in seiner schwersten Krise steckt und sich die davon betroffenen Völker von dem unmenschlichen System befreien wollen, wird die stalinistische Ideologie von den Radikalen der SAKP (Kommunistische Partei) hochgejubelt. Nelson Mandela und Walter Sisulu lassen keinen Zweifel an ihrem Willen, dem Land ein marxistisches Regime übelster Sorte aufzuzwingen.



Südafrikas ehemaliger Präsident P. W. Botha verließ nach 44 Jahren die National-Partei, da sein Nachfolger den ANC und die Kommunistische Partei zuließ.

Klare Sicht für die Hintergründe

Wie kam es zu einer solchen Situation? Jeder Südafrikaner gleich welcher Hautfarbe, hat das Recht auf Antwort zu dieser Frage, aber auch Völker außerhalb seiner Grenzen sollten die Hintergründe kennen, es könnte zu klarer Sicht im eigenen Bereich beitragen.

Während eine Reihe von Faktoren – die absurden, rachsüchtigen und ruinierenden, von den USA verhängten Sanktionen und Disinvestment, der »Kultur-Boykott«, die weitgehende Isolation, Kapitalflucht und eine regierende Partei, die die Nerven verloren hat – zu der politischen Katastrophe beigetragen haben, so stammt doch der Gesamtplan für das, was wir heute erleben, von zwei politisch sehr einflußreichen amerikanischen »Academics« in den frühen achtziger Jahren: Dr. Chester Crocker, später Reagans Assistent-Statesecretary for African Affairs – und Professor Samuel Huntington.
Beide waren und sind Mitglieder von David Rockefellers äußerst einflußreichen CFR (Council on Foreign Relations), Amerikas Hintergrund-Regierung. Beide arbeiten eng mit Henry Kissinger zusammen. Ihr Ziel ist politisch und strukturelle Veränderung Südafrikas, eingeschlossen die Machtübertragung auf die schwarze Majorität. Beide zeigten eine katastrophale Unkenntnis der afrikanischen Wirklichkeit und Mentalität.

Die südafrikanische Regierung und ihr Außenministerium lief in eine tödliche Falle, als sich sich willens zeigte, sich vom Ausland beraten zu lassen über mögliche Wege, das interne Dilemma zu lösen. Schließlich wurde die prekäre Situation durch niemand anderes ausgelöst als durch die USA-UdSSR-Allianz. Das gegenwärtige Geschehen macht in erschreckender Weise klar, welchem Ziel die Berater dienten. Es war klar vorauszusehen, daß Lösungsvorschläge dieser zwei Internationalisten ausschließlich dem Ziele des CFR dienen: der »New World Order«. Südafrika, wie Iran, Nicaragua und andere Staaten zuvor, soll Opfer auf dem Altar dieses lange verfolgten utopischen Traumes werden.

Für den politischen und sozialen Umsturz

Reagan wurde auf Chester Crokker aufmerksam durch einige Artikel über Afrika, besonders aber durch einen, der im Winter 1980/81 im CFR-Journal »Foreign Affairs« unter dem Titel »South Africa: A Strategy for Change« erschien. Für Südafrika sollte dieser Artikel in der Folgezeit verheerende Auswirkungen haben. Er propagierte eindeutig den politischen und sozialen Umsturz.

Im Folgenden Auszüge aus Chester Crockers Artikel: »Amerikas Interessen stehen auf dem Spiel. Grundziel ist eine Bevölkerung in Südafrika, mit der und durch die die USA ihre verschiedenen Interessen ohne Zwang, ohne Hindernis oder politischen Schaden verfolgen kann. Das (gegenwärtige) südafrikanische politische System hindert uns bei unseren Bestrebungen. Unser Ziel ist nicht zu erreichen ohne zweckvollen evolutionären Wandel zu einem Multi-Rassensystem. Amerikanische Interessen werden unweigerlich leiden, sollte ein solcher Wandel nicht eintreten. Entsprechender Druck muß der Hauptfaktor der amerikanischen Politik sein ...«

»Die Botha-Regierung hat sich zu einem moderaten Reformkurs bekannt, dessen endliches Ziel ziemlich unklar bleibt. Pragmatismus anstelle von Ideologie, aber mit welchem Ziel? Zu oft gilt unsere Aufmerksamkeit dem falschen Punkt, nämlich dem Endziel, anstelle dem Prozeß, der dorthin führt ...«

»P. W. Botha ist ein National-Partei-Politiker mit 44 Jahren Partei-Erfahrung und betrachtet sich selbst als Expert-Manipulierer des Partei-Apparates. Die vordringliche Frage für ihn und seine gleichdenkenden engen Mitarbeiter ist, wie sie das Afrikanertum umorganisieren und von Verwoerds Ideologie wegleiten können. Die Antwort liegt in dem Gebrauch der National-Partei und des Staatsapparates selbst als Instrument für die angestrebte Veränderung.«

Hindernis ist Südafrikas Westminster-System

Einer der bemerkensten Kommentare in dem CFR-Artikel Crockers: »Das größte Hindernis für Amerikas Ziel ist Südafrikas Westminster-System ...«

Warum? Wohl deshalb, daß unter diesem System die Wähler immer noch eine, wenn auch schmale Möglichkeit haben, ihre Meinung zu demonstrieren.

Südafrika

Der geplante Zusammenbruch

Aber weiter: »Reformer brauchen mehr Macht als Normal-Regierende. Die Haupthindernisse in Südafrika liegen innerhalb der National-Partei, dem Westminster-System und der Bürokratie. Botha weiß, daß sein Partei-Apparat kaum modern ausgebildet ist und außer der Partei-Arbeit nur über wenige besondere Fähigkeiten verfügt ... Die meisten erfolgreichen Afrikaner – in der Wirtschaft, in freien Berufen, im höheren Schul- un Universitätswesen oder im Staatsdienst – spielten selten eine Rolle in der Partei-Organisation. Diese rekrutiert sich mehr aus Kleinstadt-Advokaten, gescheiterten Geschäftsleuten, Schullehrern, Farmern, Kirchenleuten und Berufspolitikern. Botha ist nun in der Lage, politisch zuverlässige und verträgliche Leute in sein Kabinett zu holen, auch wenn diese nicht hart auf der Parteilinie liegen ...«
Dieses Problem hat sich weitgehend gelöst durch die Formung des mehr-rassischen »Presidents-Council«. Weiter heißt es:

»Die (weißen) Afrikaner müssen sehen, wie sie in Südafrika weiter über die Runden kommen, nachdem sie dann ein zweitesmal ein unterdrücktes Volk geworden sein werden ...«
»Es ist zu früh, um zu wissen, ob sich die Schwarzen zu Gewaltdemonstrationen größeren Ausmaßes entschließen, um die weiße Vorherrschaft herauszufordern, oder ob es sich überhaupt als notwendig erweist. Auf jeden Fall hat dabei Washington eine wichtige symbolische und erleichternde Rolle zu spielen ...«
Als Chester Crocker 1981 seine Arbeit im US-Außenministerium aufnahm, sprach sich Senator Jesse Jackson sehr deutlich gegen seine Berufung aus: »Seine (Crockers) Ansichten, das südliche Afrika betreffend, schließen ungerechtfertigte Unterstützung für das marxistische Umverteilungsprogramm Robert Mugabes ein, sowie die Einsetzung einer SWAPO-Regierung in Namibia (was inzwischen Tatsache wurde). Auf Dr. Savimbi, Angola, soll Druck ausgeübt werden, um seine anti-marxistische Bewegung einer Koalitionsregierung unterzuordnen ...«

Im Oktober 1981 erklärte Crokker im CFR: »Wir beabsichtigen nicht den Sturz irgendeiner afrikanischen Regierung ...«

US-Dollar für ANC-Aktivisten

Das ist, wie die Geschehnisse zeigten, absolut unwahr. Crocker war von Anbeginn bemüht, den Status quo in Südafrika zu beenden. Ein Congress-Testemony vom 12. März 1986 enthüllte Kuba, Libyen, Nordkorea und einigen Ostblockländern – nicht der Sowjetunion –. Während Crockers Amtszeit hat das amerikanische Außenministerium viele Millionen Doller an die ANC-Aktivisten-Organisationen innerhalb Südafrikas ausbezahlt.

Professor Samuel P. Huntington ist unter anderem Direktor des »Centre for International Affairs« (Harvard). Er wurde wiederholt als Berater ins US-Außenministerium gerufen. Huntington und »Pik« Botha, der später südafrikanischer Außenminister wurde, sahen sich häufig während P. Bothas Zeit als Südafrikas Botschafter in den USA.

Der ehemalige amerikanische Außenminister George Shultz wertet den bereits mutlos gewordenen ANC diplomatisch wieder auf.

seine wirkliche Marschrichtung. »Das Reagan-Gouvernment«, so sagte er, »bevorzugt ein schwarzes Mehrheitsgouvernment in Südafrika und betrachtet den ANC als ›Freedomfighters‹.«
Trotz wiederholten gegenteiligen Behauptungen tat und tut Crokker alles, um die südafrikanische Regierung zugunsten einer ANC-SACP-Alliance zum Sturz zu bringen. Er organisierte 1986 eine persönliche Aussprache zwischen Oliver Tambo und dem US-Außenminister George Shultz, um den bereits mutlos gewordenen ANC wieder diplomatisch aufzuwerten. Er setzte praktisch die Thatcher-Regierung unter Druck, sich dem Sanktionsfeldzug der USA gegen Südafrika anzuschließen. Und unter seiner Leitung wurde Südafrika als »kritische Nation« eingestuft, neben

1981 besuchte Huntington auf seine Einladung hin Südafrika, um bei der Formulierung des geplanten neuen Machtverteilungsplanes zu helfen. Er sprach am 17. September 1981 auf der Konferenz der »Political Science Association of S. A.«, die in der Rand Afrikaans University (RAU) stattfand. Der Text seiner Rede ist noch erhältlich. Sein Vortrag wurde Pflichtlektüre für Prime Minister P. W. Bothas engste Mitarbeiter. Einen Monat später behandelte Huntington sein Thema ausführlicher in einer geschlossenen Konferenz, der unter anderem Chris Heunis (später Minister of Constitutional Development) und Dr. Dennis Worral (später Botschafter in London, nach Rückkehr Co-Leiter der Demokratischen Partei) beiwohnten.

Die intensive Gehirnwäsche hatte zur Folge, daß die politische und naive Führungsschicht der Afrikaner in Huntington quasi den Retter aus dem Durcheinander sahen und kritiklos die von ihm vorgeschlagene Strategie adoptierten. Sie übersahen völlig, daß dieser »Berater« dem feindlichen Lager angehört, seine Ausführungen waren deutlich genug:

Südafrika wartet auf seinen Lenin

»In der gegenwärtigen Situation in Südafrika schlage ich ernstliche Überlegungen hinsichtlich einer Taktik und Reformstrategie vor, die vergleichbar ist mit Lenins Revolutionstaktik und Strategie.« Und später heißt es: »Eine bedeutungsvolle Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Geschlossenheit der Weißen, besonders der Afrikaner, in ihrem Willen, ihre Position zu erhalten.«

Diese Geschlossenheit ist inzwischen dank der Gehirnwäsche weitgehendst aufgesplittert.

Weiter heißt es: »Revolutionärer Aufruhr muß nicht unmittelbar selbst erfolgreich sein, um entscheidend wirksam zu werden, Aufruhr schafft genügend Unruhe, um die dominierenden Gruppe in ihrem Bemühungen, zu normalisieren, aufzusplittern ...«
In diesem Punkt ist der ANC bereits erfolgreich. Aber weiter: »Der fundamentale Wandel in Südafrika scheint gewissermaßen auf seinen ›Lenin‹ zu warten. Die Reformpolitik ist hier im Grunde genommen ein dreiteiliger Prozeß, in dem der Reformleiter einen Zweifronten-Krieg führt, nämlich gegen die konservativen Elemente und die Revolutionäre, während er gleichzeitig versuchen muß, seine Gegner zu verunsichern und zu spalten. Der Reformer benötigt weit höhere politische Fähigkeiten als die Revolutionäre. Er muß fähig sein, Vertrauen zu erringen und Charisma zeigen. Er muß seine Verbündeten und seine Feinde pausenlos von einem strittigen Punkt zum nächsten schieben, er muß dem unterschiedlichen Publikum verschiedene Botschaften geben und seine wirklichen Absichten hinter augenblicklicher Rhetorik verbergen.«

Eine sehr hintergründige Empfehlung Huntingtons: »Fortgesetztes Festhalten der Regierung an der Homeland-Politik werde es ihr erleichtern, eine Form politischer Repräsentation für die Farbigen und die Inder zu finden.

Das gab den Ausschlag für das Drei-Kammer-Parlament, das nur die Inder und die Farbigen einschließt, aber die Schwarzen nicht berücksichtigt. Für wahr ein prächtiger Nährboden für eine begreifliche Unzufriedenheit der Schwarzen und Grund für zunehmende Unruhe.
Huntington empfahl weiter als den aussichtsreichsten Weg für den Reformer eine Kombination von »Fabian-Strategie« und »Blitzkrieg-Taktik«. Offensichtlich machte Staatspräsident de Klerk eindrucksvollen Gebrauch von der »Blitzkrieg-Taktik«, als er ohne Beratung mit den Führern der politischen und Volksgruppen und auch ohne Vorwarnung am 2. Februar 1990 den ANC und die südafrikanische Kommunistische Partei als legal erklärte.

Dazu weiter: »Der Entwurf und die Einzelheiten der Reform müssen geheimgehalten werden und nur einer kleinen Gruppe absolut vertrauenswürdiger politischer Führungskräfte, deren Unterstützung wichtig ist, bekannt sein …«

Das schrittweise Vorgehen

Tatsächlich wissen nur sehr wenige – am wenigsten die letztlich davon betroffenen Wähler –, was der Reformplan in seiner Gesamtheit enthält. Informiert ist jedenfalls Mandela, das amerikanische Außenminsterium und England, die andere Seite unterliegt dauernden Täuschungsmanövern.

»Das schrittweise Vorgehen gibt den Reformern die Möglichkeit, die Besorgten und Konservativen durch Bagatellisieren der einzeln vorgeschlagenen Veränderungen zu beschwichtigen.«

Dann kommt etwas, was die Regierung unglücklicherweise mißachtete: »Der vielleicht wichtigste Punkt für eine in Reformprozesse verwickelte Regierung ist eine eigene starke Position. Wenn Reformen zugestanden werden unter Druck von innen oder außen – oder von beiden Richtungen, werden immer weitere Forderungen radikaler Gruppen folgen. Die Regierung wird unstabil, die Gegner werden stärker, die Forderungen extrem und gegenrevolutionäre Kräfte sind herausgefordert.«

Das aber beschreibt genau die gegenwärtige Situation. Mit erstaunlicher Voraussicht fährt Huntington fort:

»Gefahr für die Regierung und den Reformprozeß entsteht, wenn die Regierung die Kontrolle über gegenrevolutionäre Aktionen verliert, wenn bewaffnete Gruppen, paramilitärische Verbände, ausgeschiedene Mitglieder der Sicherheitspolizei das Gesetz in eigene Hände nehmen und beginnen, die revolutionären Gruppen auszuschalten …«



Südafrika ist eines der reichsten Länder der Erde und der größte Produzent von Edelmetallen und Mineralien wie Gold, Platin und Diamanten.

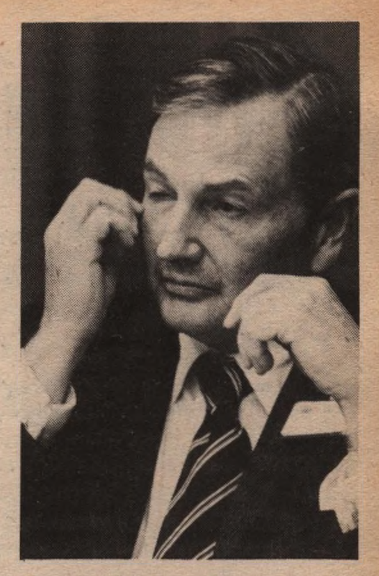
Den dichten Vorhang aus aufgebauschten strittigen Kleinkram beiseitegeschoben zeigt sich der vernichtende Einfluß der internationalen Finanzmacht auf das südafrikanische politische System und auf alle Menschen, die dieses herrliche Land ihre Heimat nennen.

Zusammenfassend: Weder der schwarzen, der farbigen noch der weißen Bevölkerung wurde jemals die Möglichkeit gegeben, in vollem Umfang mit den Folgen der Crocker-Huntington-Politik und ihren Hintergründen auch nur einigermaßen vertraut zu werden oder rückhaltlos darüber zu diskutieren. Niemand erläuterte die Dinge ehrlich der breiten Wählerschaft. Die wenigen aber, die es verzweifelt versuchen, finden keinen Raum in der großen Medienlandschaft.

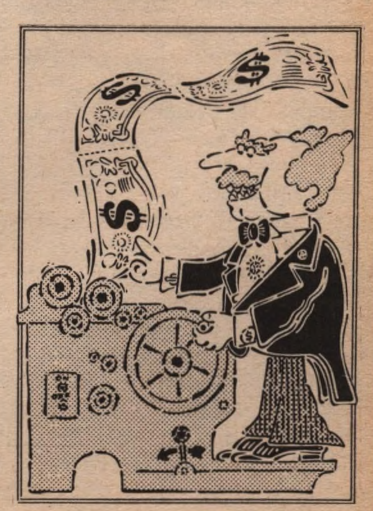
Die Crocker-Huntington-Politik versetzte die anti-kommunistischen Kräfte, und damit besonders auch große schwarze Bevölkerungsteile in einen Belagerungszustand. Was ist die Logik hinter dem Verrat an erfolgreichen antikommunistischen Kräften in Südwest-Namibia und Angola und ihrer Bekämpfung auch in Südafrika?

Alles dient der Ein-Welt-Philosophie

Während das südafrikanische Auswärtige Amt auf Anraten der USA einer Übergabementalität und der Doppelzüngigkeit frönt, wurde und wird das Land heimgesucht von so »wohlmeinenden« Organisationen wie der Ford-, Rockefeller- und Carnegie-Stiftung. Sie alle dienen der »Ein-Welt-Philosophie« und betrachten den totalen Zusammenbruch einer zivilisierten südafrikanischen Regierung als absolut notwendig zur Erreichung ihrer eigenen Ziele.
In dieser Situation braucht der ANC selbst eigentlich gar nichts zu tun. Die Amerikaner mit Hilfe der südafrikanischen Regierung tun alles menschenmögliche für ihn. Trotz alledem, noch ist Südafrika ein kraftvolles Land. Seine Regierung hat nicht verstanden, wieviel in ihm steckt. Die allernächste Zeit wird zeigen, wieviel Kraft und gesunder Instinkt der systematischen Vergiftung widerstehen konnte. □



David Rockefellers Ziel ist die politische und strukturelle Veränderung, eingeschlossen die Machtübertragung auf die schwarze Majorität.



Hongkong

Die Folgen des Massakers

Carl Freigang

Teng Hsiao-p'ings Unfähigkeit, sich zu beherrschen als Studenten, die auf dem Tiananmen-Platz in Peking versammelt waren Freiheit und Demokratie forderten, erweist sich sowohl für Rotchina als auch für Großbritannien als unheilvoll. Das anschließende Massaker ist vielleicht von US-Präsident George Bush vergeben und vergessen worden, aber die stillschweigenden Folgen blieben auch dem einfachsten Einwohner Hongkongs nicht verborgen.

Was sofort einsetzte, war eine Beschleunigung des Tempos des Aderlasses an Intellektuellen, der Exodus von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Geschäftsleuten; kurz eines jeden, der sich und seine Dientsleistungen auch anderswo verkaufen konnte. Was die Politiker in London und Peking beunruhigt ist der Zusammenbruch der Pläne, die beide Seiten für die baldige Ex-Kolonie Hongkong hatten, weil Hongkong ohne die genannten Wissenschaftler, Ingenieure und Kaufleute zu einer leeren Schale werden wird.

Die Frage heißt: Wohin gehen Sie?

Ein in Hongkong aufgestelltes Schild besagt: »Die Letzten gehen fort, bitte löschen Sie das Licht aus!« Ein bekannter Journalist aus Taiwan, Thomas S. S. Dunn schreibt süffisant: »Es ist vielleicht gar nicht so witzig. Aber die Menschen in Hongkong heute unterlassen, nachdem sie sich getroffen haben, gängige Begrüßungen wie ›Hallo‹ oder ›Wie geht es Ihnen?‹. Sie fragen: ›Wo werden Sie hingehen?‹ Sie kommen also gleich zum Kern der Sache: ›Wann hauen Sie ab?‹«

Derzeit ist Hongkong Rotchinas größter Exportmarkt, seine größte Quelle ausländischen Investitionskapitals und sein Hauptzugang zu industrieller Technologie und Knowhow. Bezeichnenderweise ist die Provinz Kwantung, die an die britische Kolonie angrenzt, die wohlhabenste und am meisten industrialisierte Provinz auf dem chinesischen Festland.

Der britische Botschafter Sir Richard Evands (links) und der chinesische stellvertretende Außenminister Zhou Nan unterzeichnen die Vereinbarung über Hongkongs Zukunft.

Hongkong, das zu einem der führenden Finanzzentren der Welt geworden ist, ist gleichzeitig Rotchinas »Fenster zur Welt«. Wenn es wegen des wahnsinnigen »brain drain« nicht mehr funktionieren sollte, dann wäre Rotchinas finanzielle Zukunft hart davon betroffen.

Rotchinas Fenster zur Welt

Aber schon bevor die drastischen Maßnahmen der chinesischen kommunistischen Regierung die Bildschirme rund um die Welt – einschließlich Hongkong – erreichten, war die Auswanderung aus der Kolonie schon ziemlich beträchtlich, wobei 90 Prozent der 20.000 Menschen, die Hongkong in jüngster Zeit für immer verließen, nach Kanada, in die Vereinigten Staaten und nach Australien gingen.
Seit den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz hat Singapur – Teil einer ehemaligen britischen Kolonie; jetzt ein vorwiegend von Chinesen bewohnter unabhängiger Stadtstaat – das Angebot gemacht, Einwanderer aus Hongkong unter gewissen Bedingungen aufzunehmen. Diese Bedingungen haben mit den Fähigkeiten und Anlagevermögen zu tun, von denen das winzig kleine Land profitieren könnte.

Der Druck auf die Briten

Druck wurde auch auf die britische Regierung ausgeübt, ihre Einwanderungsgesetze zu liberalisieren und über drei Millionen Menschen aus Hongkong, die britische Pässe aus der Kolonialzeit besitzen, das Wohnrecht im Vereinigten Königreich einzuräumen. Selbst das würde weitere drei Millionen Einwohnern Hongkongs ohne jeden Schutz lassen. Aber Großbritannien ist bereits mit drei Millionen Menschen aus den ehemaligen Kolonien in Westindien und aus dem asiatischen Subkontinent, nämlich Indien, Pakistan und Bangla Desh vollgestopft.

Keine weiteren Fremden nach Großbritannien

Das Foreign Affairs Kommittee (Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten) des britischen Parlaments griff die Sache auf und beschloß mit überwältigender Mehrheit, daß das Vereinigte Königreich unmöglich ein weiteres Hineinströmen von Fremden verkraften könne. Der Ausschuß empfahl, daß die Regierung dabei voranschreiten möge, internationale Asyl-Garantien für die Menschen von Hongkong zu gewähren, falls die Chinesen ihren Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen sollten.

Der Ausschuß argumentierte dahingehend, daß China trotz der kürzlich erfolgten »blutigen Unterdrückung« ein »wohlhabendes und stabiles« Hongkong beibehalten will: »Wenn sich der Staub des schrecklichen Tumults gelegt hat, wird das Volk der Volksrepublik China sicherlich den Wunsch haben, die ›Gans, die die goldenen Eier gelegt hat‹, zu erhalten«, schreibt der britische Journalist Colin Huges. Aber die Menschen in der Kolonie haben weniger Vertrauen zu Peking als die Briten.

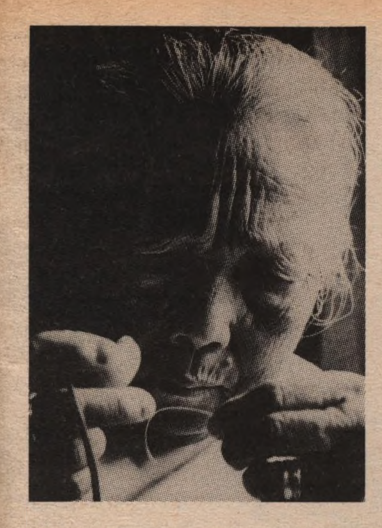
»Und nicht alle Briten stimmen mit der Propagandalinie der Regierung überein. Das gräßliche Massaker auf dem Tiananmen-Platz kann sehr wohl dazu beitragen, alle früheren Verhandlungen zwischen der britischen und chinesischen Regierung zunichte zu machen«, meint C. E. Renson, ein im Ruhestand lebender Professor der Universität von Hongkong, der jetzt in Spanien lebt. »Eine völlig neue Lösung für das Hongkong-Dilemma muß angestrebt werden.«

Und Renson hat eine Lösung. »China muß gesagt werden, daß es Hongkong als unabhängige Stadt – weitgehend auf die gleiche Weise wie es mit Singapur geschah – anerkennen muß.«

»Falls eine solche Bedingung nicht angenommen wird, sollte dies stufenweise zur Evakuierung derjenigen Einwohner führen, die nach 1997 nicht mehr in Hongkong leben wollen«, sagt Renson, »und zur Verlagerung oder Zerstörung aller Geschäfte und Fertigungsanlagen – mit anderen Worten eine Politik der verbrannten Erde.«

China soll einen kargen Felsen zurückbekommen

Für die Weltwirtschaft wäre ein derartiger Schritt katastrophal. Hongkong ist das zwölfgrößte Handelsgebilde in der Welt. »Aber niemand würde stärker darunter leiden als Rotchina«, sagt Renson. »China würde ›den



Die achtzigjährige Großmutter, ältestes Mitglied der Familie, bessert die Leinen für die Fischerei aus.



Noch spielen und exerzieren die Briten in Hongkong, sie gehören zu den britischen Sicherheitsstreitkräften.

kargen Felsen mit kaum einem Haus darauf‹ aus den Tagen von Lord (Henry John Temple) Palmerstone zurückerhalten.«

Mit anderen Worten: Es soll in dem gleichen Zustand zurückgegeben werden, in dem es 1841 übergeben wurde, als das kaiserliche China Hongkong an die Briten abtrat. Die Abtretung wurde 1842 durch den Vertrag von Nanking besiegelt, der für Großbritannien von Sir Henry Pottinger unterzeichnet wurde und das Datum vom »5. April 1843« trägt. Weitere Gebiete kamen später hinzu.

»Ich gebe nicht vor, daß dies eine leichte Lösung wäre, aber es ist eine Lösung die Ernsthaftigkeit der Absichten der britischen Regierung dokumentiert. Und ich glaube, wir haben es hier mit einer Lösung zu tun, die das derzeitige Regime in China verstehen würde.«

Boat-People des kommenden Jahrhunderts

»Seltsamerweise ist es auch eine Lösung, an der Margaret Thatcher Gefallen haben sollte«, meint Renson.

Indessen gab es in Vancouver, British Columbia, wo sich die wohlhabenderen »frühen Vögel«, die aus Hongkong geflohen sind, niedergelassen haben, eine negative Reaktion seitens der Einwohner. Der große Stein des



Ein Jumbo-Jet im Anflug auf den Hongkonger Flughafen Kai Tak.

Anstoßes schon ganz zu Anfang der Panik über Hongkong waren die nicht allzu taktvollen Erwerber von Eigentumswohnungen, die in aller Eile gebaut wurden, um die betuchten Aussiedler unterzubringen.

Auf Grund verschiedener Eigentümlichkeiten im kanadischen Gesetz, kommen kanadische Bürger nicht einmal auf die Warteliste für eine Eigentumswohnung, während die hereinströmenden Chinesen geradewegs hineinmarschieren. »Fremde in unserem eigenen Land«, bezeichnen die Protestierenden sich selbst.

Die Regierung und die Medien des Establishments haben die einheimischen Kanadier als »Rassisten« bezeichnet und für die Zukunft werden einige Rückwirkungen erwartet.

Ein ähnlicher Rassen-Boomerang ist in Australien in Erscheinung getreten, was die Lage für antikommunistische Hongkongnesen noch verzweifelter erscheinen läßt.

Es wird erwartet, daß sich der Ausblick noch weiter verdüstert, wenn der Stichtag von 1997 zeitlich näherrückt und die Einheimischen der Kolonie zu »Boat People« des kommenden Jahrhunderts werden könnten. □

Nahost-Journal

B'nai B'rith gegen Treffen des Papstes mit der PLO

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Vorsitzende der B'nai B'rith-Loge, Seymour Reich, vor dem Besuch des PLO-Chefs Jasser Arafat bei Papst Johannes Paul II. in einem Schreiben an den Vatikan heftig opponiert. Das Zusammentreffen des Papstes mit Arafat »ruft tiefste Beunruhigung in der weltweiten Judenheit hervor und stellt einen schwerwiegenden Rückschlag in der Sache des gegenseitigen Verständnisses dar«, schreibt Reich, der auch Vorsitzender des International Jewish Committee on Interreligious Consultations (Internationaler jüdischer Ausschuß für interkonfessionelle Konsultationen) ist.

Reich behauptet, das Zusammentreffen reiße eine 1987 zugefügte alte Wunde wieder auf, als der Papst mit dem österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zusammentraf. Waldheim war Nazi-Verbrechen bezichtigt worden, basierend auf haltlosem Beweismaterial, das aus Kreisen des Ostblocks stammte.

Elon Steinberg, leitender Direktor des jüdischen Weltkongresses, sagte: »Es ist von lebenswichtiger Bedeutung, daß Juden und Katholiken sich gegenseitig besser verstehen. Gerade in dem Augenblick, wo sich die Dinge zwischen Juden und Katholiken wieder zu normalisieren scheinen, wirft dieses päpstliche Treffen einen Schraubenschlüssel ins Getriebe.« □

Bittere Lehren für Israel

Die amerikanisch-israelischen Beziehungen haben einen neuen Tiefpunkt erreicht, den tiefsten Punkt seit den bitteren und zänkischen Tagen Anfang der achtziger Jahre, als die Israelis in den Libanon einmarschierten und Amerika mit in die Katastrophe hineinzerrten. Diesmal ist die Ursache für die Ebbe in den »besonderen Beziehungen« zwischen Washington und Tel Aviv der ständige Druck, den die Bush-Regierung in ihren Bemühungen ausgeübt hat, die Israelis zu Verhandlungen über eine Friedensvereinbarung mit den Palästinensern zu zwingen.

Die amerikanische Pro-Israel-Lobby und ihre Freunde im US-Kongreß sowie Ministerpräsident Shamir, sind wütend über den amerikanischen Präsidenten und seinen Außenminister, James Baker. Sie machen das Bush-Baker-Team dafür verantwortlich, Israels brüchige Regierung der nationalen Einheit vor einem Vierteljahr gestürzt zu haben, und für die anschließende Unfähigkeit Israels wendiger Politiker, sich in eine neue Koalition hineinzukaufen. Aber es gibt sogar noch explosivere Reibungsflächen zwischen den beiden Regierungen.

Die Bush-Regierung hat kein Geheimnis aus ihrem Unmut über Israel gemacht wegen seiner hinterhältigen Versuche in der letzten Zeit, zionistische Eiferer und sowjet-jüdische Einwanderer in die arabischen und christlichen Viertel Jerusalems und am palästinensischen Westufer anzusiedeln – und dies unter Verwendung amerikanischer Hilfsgelder. Unter Einsatz der vielen Talente des US-Senators Robert Dole, des einflußreichsten Minderheitenführers des US-Senats, hat das Weiße Haus die Frage der US-Hilfe an Israel und die blinde Unterstützung des zionistischen Staates durch den Senat neu aufgeworfen.
Während seines kürzlichen Aufenthaltes im Nahen Osten, in Israel, stellte Dole kühn die Notwendigkeit für weitere US-Hilfe an Israel, um bei der Ansiedlung jüdischer Einwanderer zu helfen, in Frage. Dies tat Dole auch im landesweiten amerikanischen Fernsehen. Dole fragte, warum die USA an Israel noch mehr Geld – 400 Millionen Dollar – für die sowjet-jüdischen Siedler herauswerfen sollten, »wo wir doch Obdachlose in Amerika haben. Wir haben obdachlose Veteranen aus dem Vietnam-Krieg, und die möchten gerne wissen, warum wird uns nicht die gleiche Behandlung zuteil?«

Darüber hinaus stellte Dole – offensichtlich mit dem Segen des Weißen Hauses – auch die seit langem festgelegte Höhe der US-Hilfe – drei Milliarden Dollar pro Jahr – an Israel in Frage. Er sagte, Gelder an fremde Länder zu vergeben sei »in Amerika nicht populär« und auch »nicht so populär im Kongreß«, besonders im Hinblick auf Amerikas riesige Staatsschuld und Haushaltsdefizite. Aber, wenn Hilfe geleistet werden soll, sagte er, dann gibt es ja auch noch andere Länder, die diese verdienen, so wie die neuentstandenen Demokratien Osteuropas und die sich im Kampf um das nackte Dasein befindlichen mittelamerikanischen Länder.

Aber der vielsagendste Schlag, den Dole austeilte, war seine Infragestellung der kürzlich erfolgten Resolution des Senats, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Die unverbindliche Resolution war ohne Debatte durch die pro-israelischen Senatoren Rudy Boschwitz und Daniel Moynihan im Senat durchgedrückt worden, um die Bush-Regierung in Verlegenheit zu bringen – als Vergeltung für deren andauernde harte Haltung gegenüber Israel in der palästinensischen Friedenssache.

Dole erklärte, der Senatsbeschluß sei ein »Fehler« gewesen und müsse null und nichtig gemacht werden. Er sagte, daß »die Folgen sehr schädlich sein könnten«, und daß er und die vier mit ihm reisenden Senatoren »viel Zeit damit verbracht hätten, mit arabischen Führern über einen Senatsbeschluß zu sprechen, der in etwa 15 Sekunden ohne jede Aussprache durchgepeitscht worden sei«.

Die arabischen Führer in Ägypten, Irak, Jordanien und Syrien, mit denen die amerikanische Senatorengruppe zusammentraf, waren über diese Resolution sehr unglücklich, und zwar in dem Maße, daß sie nicht dazu bereit waren, über den israelisch-palästinensischen Friedensprozeß zu sprechen. Das war natürlich genau das, was die Pro-Israel-Lobby im Sinne hatte, als sie die Jerusalem-Resolution durch den US-Senat gleiten ließ.

Obwohl Dole die Resolution wegen des Schadens, den sie dem Friedensprozeß zugefügt hat, kritisierte, versuchte er, ein noch gewichtigeres Argument vorzutragen. Wir erfuhren, daß Dole vom Weißen Haus dazu ermutigt worden war, seinen festen Standpunkt über die Jerusalem-Resolution in Israel selbst zu verfechten, um somit die Bemühungen der US-Regierung, den Geiseln zu helfen, und den Friedensprozeß zu fördern.
Aus Kreisen des Weißen Hauses verlautet, daß US-Präsident Bush glaube, daß die zionistische Lobby – von der israelischen Regierung manipuliert – die Resolution durchgedrückt habe, um geheime Abmachungen zwischen den USA und gewissen arabischen Regierungen, die darauf abzielen, die Freilassung der von terroristischen Gruppen im Libanon festgehaltenen amerikanischen Geiseln zu erreichen, zu sabotieren.

»Aber trotz des Signals aus dem Weißen Haus«, berichtete ein Informant, »beharrte die Pro-Israel-Lobby darauf, eine ähnliche Resolution durch das Repräsentantenhaus zu drücken – sogar als die Bemühungen zur Befreiung der Geiseln schon im Gange waren.«

In einer Stellungnahme zu diesen Entwicklungen sagte ein amerikanisch-jüdischer Experte: »Die Leute in Washington sagen, daß Jim Baker niemals vor einem Kampf davonläuft, er rechnet mit seinen Gegnern ab. Die Dinge hierzulande könnten sehr unangenehm werden.« □

Nachtrag zur Frage »Wer ist Jude?«

Die Debatte des vergangenen Jahres zwischen amerikanischen Juden und Israel über die Frage »Wer ist Jude?« trieb einen tiefen, wenn auch zeitweiligen Keil zwischen die beiden größten jüdischen Gemeinden der Welt. Die Debatte drehte sich darum, ob eine orthodoxe religiöse Identifizierung oder breitere soziologische Erwägungen die dominierenden Faktoren bei der Feststellung sein sollten, wer Jude ist. Mit anderen Worten, ist der Judaismus oder »Judesein« entscheidend dafür, wer ein Jude ist? Die Frage wurde bisher nicht ge-

löst, sondern nur zeitweilig beiseite geschoben.

Religion hat für amerikanische Juden einen relativ geringen Stellenwert. Sie liegen in der Mitgliedschaft in ihrer Gemeinde, Teilnahme an Gottesdiensten und in der Bedeutung, die sie der Religion in ihrem Leben beimessen weit hinter der übrigen Bevölkerung zurück. Nur 44 Prozent der amerikanischen Juden sagen, sie seien Mitglied einer Synagoge oder eines Tempels, während 69 Prozent anderer angeben, sie seien Mitglied einer religiösen Gemeinde. In einem Ausmaß spiegelt dies wider, daß das »Judesein« sowohl eine völkische wie auch eine religiöse Angliederung darstellt, und daß nicht alle Juden religiös sind.

Dies sind die Ergebnisse von George Gallup, der durch seine Gallup-Umfragen weltweit bekannt wurde, nach einem Buch mit dem Titel »The People's Religion: American Faith in the 90's«, das er im vergangenen Jahr zusammen mit Jim Castellini schieb. Gallup ist auch leitender Direktor des Princeton Religion Research Center. Castellini ist ein Journalist, der auch für »Time Magazine« und den »Gannett News Service« über religiöse Angelegenheiten berichtet.

Eine Zusammenfassung ihrer Arbeitsergebnisse erschienen in der Zeitschrift »Moment«, dem Magazin für jüdische Kultur und Meinung. Die Gallup-Castellini-Umfrage über amerikanische Juden enthüllt, daß nur noch 20 Prozent wöchentlich einen Gottesdienst besuchen, im Gegensatz zu 40 Prozent der übrigen Amerikaner. Nur 30 Prozent der Juden, im Gegensatz zu 55 Prozent aller Amerikaner sagen die Religion sei »sehr wichtig« für sie.

Insgesamt bezeichnen sich zwei Prozent der Amerikaner als Juden, der gleiche Prozentsatz seit Anfang der siebziger Jahre. 1947 waren fünf Prozent der amerikanischen Bevölkerung Juden. Eine weitere größere Veränderung in den letzten Jahrzehnten ist die geografische Verteilung der amerikanischen Juden. 1966 waren Juden fast ausschließlich im Nordosten zentriert, wo 84 Prozent von ihnen wohnten. Aber diese Zahl sank auf 65 Prozent im Jahr 1976 und 56 Prozent im Jahr 1986. Die Anzahl der im Mittelwesten lebenden Juden hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt, aber es gab noch dramatischere Steigerungen in der Anzahl der Juden im Südosten, Südwesten und an der pazifischen Küste.

Die Juden liegen bildungs- und einkommensmäßig mit an der Spitze unter den amerikanischen Volksgruppen. Volle 44 Prozent haben ein Universitätsstudium absolviert, im Vergleich zu 19 Prozent der übrigen Bevölkerung der USA. Der hohe Bildungsstand spiegelt sich auch im Einkommen wieder. 32 Prozent der Juden verfügen über ein Familieneinkommen von mehr als 40000 Dollar, im Vergleich zu 17 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Hinsichtlich der politischen Eingliederung sind die Juden weiterhin vorwiegend Demokraten im Land, obwohl sich hier in der letzten Generation ein gewisser Rückgang vollzogen hat. 1966 waren 64 Prozent der Juden Demokraten und neun Prozent Republikaner. Ab 1986 waren 50 Prozent Demokraten und 16 Prozent Republikaner.

Die Ergebnisse der Gallup-Castelli-Umfrage unterstreicht eine kürzlich von der »Washington Jewish Week« (WJW) herausgegebene Studie über ihre Leserschaft, aus der hervorgeht, daß das Durchschnittseinkommen der Abonnenten 71.500 Dollar jährlich beträgt. Die Abonnenten, die fast alle Juden sind, besitzen mehr Mercedes-Autos als die allgemeine Bevölkerung Washingtons, und weniger von ihnen fahren Volkswagen als andere Washingtoner.

WJW-Abonnenten machen zweimal so viele Reisen im Inland und dreimal so viele Auslandsreisen als die breite Öffentlichkeit. Sie essen im Schnitt zwölfmal monatlich in einem Restaurant, zweibis dreimal so oft wie andere Washingtoner. Es gibt zehnmal so viele Bauarbeiter unter der allgemeinen Bevölkerung Washingtons als unter den WJW-Abonnenten. Kein Abonnent bezeichnet sich als Farmer, obwohl es WJW-Abonnenten in Iowa, Illinois, Wisconsin, North Carolina, Tennessee und Kalifornien – stark landwirtschaftlich geprägte US-Bundesstaaten – gibt. Fast 20 Prozent der Abonnenten investieren in Gold- oder Silbermünzen. Ein gleich hoher Prozentsatz plant, sich in den nächsten zwölf Monaten ein neues Auto zuzulegen. □

Krieg zwischen Geheimdiensten

Ein Krieg tobt zwischen dem CIA und dem französischen Geheimdienst DGSE. Das Pariser Magazin »L'Express« berichtete auf der Grundlage geheimer Dokumente des DGSE, wie der amerikanische Geheimdienst für die systematische Sabotage der französischen Rakete Ariane verantwortlich gemacht wird. Nach diesem Exposé hatte der damalige französische Verteidigungsminister André Giraud im Sommer 1986 eine sehr »lebhafte« Auseinandersetzung in Washington, wo er die Amerikaner mit der DGSE-Akte konfrontierte, in der die amerikanische Sabotage nachgewiesen wird.

Die in allerjüngster Zeit erfolgte Explosion der Ariane wird dem amerikanischen Geheimdienst zur Last gelegt, der über einen amerikanischen Journalisten gearbeitet habe, der den Standort ganz kurz vor dem Start besuchte. In der amtlichen Version wird die Expolsion auf technisches Versagen zurückgeführt, in einem genaueren Bericht wird jedoch festgestellt, daß jemand einen Lappen in ein lebenswichtiges Rohr der Maschine gesteckt habe.

»L'Express« enthüllte auch, daß der CIA und DGSE sich wegen Industriespionage gegenseitig an die Kehle gegangen seien. Ein auf den höchsten Ebenen der französischen Tochtergesellschaften von Firmen wie Texas Instruments arbeitendes DGSE-Netzwerk wurde kürzlich vom CIA und FBI auseinandergenommen. In dem Bericht wurden Fragen aufgeworfen, woher der CIA wußte, wo genau die Zusammenkünfte zwischen Beamten des DGSE und ihren Informanten stattfanden, und stillschweigend zu verstehen gegeben, daß der CIA mit seinem eigenen Abwehrdienst in Paris direkt in den DGSE eingedrungen sei. □

US-Justizministerium spricht von Vertuschungen

Das amerikanische Justizministerium hat vor wenigen Wochen endlich auf das Ersuchen unserer amerikanischen Lizenzgeber, der Nachrichtenagentur »New American View«, aufgrund des Freedom of Information Act bezüglich der Ermittlungen des Ministeriums gegen das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) als ausländischer Agent reagiert.

Nach den einst geheimen und jetzt umfangreich zu Papier gebrachten FBI-Unterlagen bestand die Untersuchung von 1965 weitgehend aus einer Überprüfung von Zeitungsartikeln und einem Interview mit I.L. Kenen, dem Gründer des AIPAC. Kenen versicherte den FBI-Beamten, daß seine Organisation kein Geld von Israel erhalte und versprach, das FBI auf die Ehrenliste der Abonnenten des Nachrichtenbriefes des AIPAC zu setzen. Das genügte dem FBI, und der Fall wurde zu den Akten gelegt.

Das amerikanische Justizministerium gab keinerlei Informationen heraus über die »Ermittlungen der siebziger Jahre, die es durchgeführt haben will. □

Mubarak sieht drohende Kriegsgefahr

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak sagte in Kairo vor sozialistischen Politikern, daß der Strom sowjetischer Juden nach Israel »den Friedensmarsch in die Luft zu sprengen droht und die ganze Region an den Rand einer neuen blutigen Auseinandersetzung bringt«.

Mubarak sprach auf der Eröffnungssitzung einer Konferenz von Sozialisten, die zusammengekommen waren, »um der Gefahr der Einwanderung sowjetischer Juden in die besetzten Gebiete entgegenzutreten«. □

Israel

Suche nach politischer Führung

Victor Marchetti

Während die derzeitige politische Krise in Israel anhält, ohne daß ein Ende in Sicht ist, streckt die amerikanisch-jüdische Gemeinde ihre Fühler nach einem Signal aus, was zu tun ist. Das Dilemma: Wie kann die Pro-Israel-Lobby ihre Mission weiter verfolgen, wenn es in Israel keine Regierung gibt, die zu unterstützen ist?

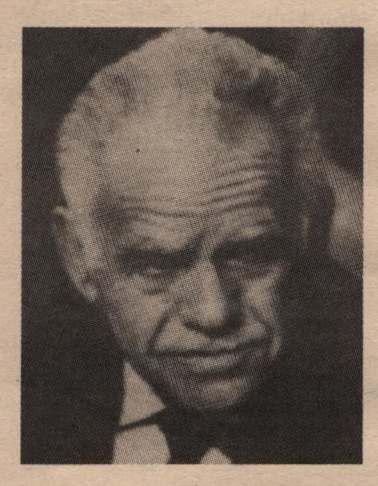
In Israels sich vertiefender politischen Krise stehen gewaltige Dinge auf dem Spiel. Wenn Shimon Peres und die Arbeiter-Partei das fast Unmögliche erreichen will – das heißt, wenn sie eine Labor-Regierung mit Mehrheit zustandebringen –, dann kann damit gerechnet werden, daß Israel eine Reihe von Verhandlungen mit Palästinensern in die Wege leiten wird, die zu einer friedlichen Lösung des Disputs führen.

Die Lobby steht auf verlorenem Posten

Wenn dem jetzigen Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir und seiner Likud-Partei der ebenso mirakulöse Trick gelingen sollte, eine vom Likud beherrschte Regierung an der Macht zu halten, dann ist damit zu rechnen, daß Israel die Besiedlung der besetzten Gebiete als Vorbereitung zu deren formellen Annektion fortsetzen wird.

Es braucht nicht betont zu werden, daß der Palästinenser-Aufstand ebenfalls weiter andauern und eine blutige und unbarmherzige militärische Lösung hervorrufen wird.

Zur gegenwärtigen Zeit stehen die pro-israelischen Lobbyisten und amerikanisch-jüdischen Organisationen auf verlorenem Posten. Da sie sich sehr zurückhalten, zu der inneren politischen Lage in Israel Stellung zu beziehen, werden amerikanische Juden effektiv auf ein Abstellgleis



Yitzhak Shamir wird keinen Kompromiß gegenüber den Palästinensern machen, noch ihnen irgendwelche Konzessionen einräumen.

geschoben, bis eine Lösung erzielt wird – darüber sind sie natürlich nicht sehr glücklich. In Wirklichkeit schäumen sie vor Wut.

Eigenes Schicksal in den Griff bekommen

Abraham Foxman, landesweiter Direktor der Anti-Defamation League (ADL) sagte kürzlich: »Ich glaube die Intensität der Unterstützung für Israel befindet sich heute auf einem niedrigen Niveau. Ich glaube auch, daß die Unterstützung, die Israel jetzt in den kommenden sechs Monaten bis zu einem Jahr benötigen wird, weit über das hinausgehen wird was wir in der Vergangenheit erlebt haben.«

Die unangenehme Aufgabe, diese Unterstützung in die Wege zu leiten, in erster Linie in Form von Steuergeldern, kann nur dann gelingen, wenn Israel »sein Haus in Ordnung bringen und beweisen kann, daß es sein eigenes Schicksal im Griff hat«, sagt Foxman. »Wenn Israel aber weiterhin in einer Paralyse verharrt, dann werden wir eine Schwächung der Unterstützung erleben, nicht weil amerikanische Juden Israel weniger lieben, sondern wegen ihrer Frustration über Israels Handlungsunfähigkeit. Israel kann es sich einfach nicht leisten, nicht ernst genommen zu werden. Israel kann es sich auch nicht leisten, als Land betrachtet zu werden, das keine Entscheidungen treffen kann. Israel ist ein Land das glaubwürdig bleiben muß.«

Foxman beleuchtete das Problem mit dem es Israels Anhänger und Geldauftreiber in den USA zu tun haben, als er versuchte sich mit Israels politischer Krise zu befassen. Er wies auf die ironische Tatsache hin, daß, als sich Vertreter des United Jewish Appeal in Jerusalem mit führenden Persönlichkeiten der israelischen Regierung trafen und man ihnen dringend nahelegte, Millionen von Dollar in den USA für die Umsiedlung sowjetischer Juden aufzutreiben, weitere Millionen in dem Pferdehandel zwischen Likud und Labor beiseitegeschachert wurden, als sie versuchten, Mitglieder religiöser Parteien zu bestechen und jeweils auf ihre Seite zu ziehen.

Geld fließt in ein Faß ohne Boden

Amerikanische Juden können das kaum noch hinnehmen, sagt Foxman. »Sie wollen nicht, daß ihr Geld in ein Faß ohne Boden fließt. Zu einem Zeitpunkt, wo jede Anstrengung mobilisiert werden muß, um Israel weitere Hilfsmittel zu verschaffen, wo man sich zum Beispiel darum bemüht, 400 Millionen Dollar an amerikanischen Wohnungsbau-Garantien für sowjetische Einwanderer herauszuschinden, kann Israel sich nicht leisten, weiterhin verzweifelt benötigte Gelder für politische Zwecke umherzustreuen.«

Foxmans Beschwerde findet bei vielen führenden Persönlichkeiten der pro-israelischen Gemeinde Widerhall. Israels Fehlschläge gehen jedoch weit über seine Unfähigkeit, sich selbst zu regieren, hinaus. Seit Jahren fordern amerikanische Freunde Israels – die auf Grund ihrer Husarenstücke bei der Eintreibung von Geldern und ihrer Fähigkeit, den US-Kongreß dazu zu drängen, Millionen an Hilfsleistungen bereitzustellen, die für Israel von entscheidender Bedeutung sind – dramatische Wirtschaftsreformen in Israel, so daß der andauernde Strom von amerikanischen Dollar, auf freiwilliger oder sonstiger Basis, dem amerikanischen Volk und dem Kongreß gegenüber gerechtfertigt werden kann.

Aber Israels sozialistische Wirtschaft, abgesichert durch Unterstützungszahlungen staatlicher Stellen aus dem Ausland, sichert einen genügend hohen Lebensstandard, so daß sich der Durchschnittsbürger nicht beklagt und keine Notwendigkeit für drastische Veränderungen erkennt.

Das größte Problem liegt darin, daß Israels Wirtschaft so stark zentralisiert und institutionalisiert ist – die Regierung und ihre staatseigenen Betriebe sind der Hauptarbeitgeber –, daß eine Änderung auf dem Wirtschaftssektor mit einer wesentlichen Änderung auch auf politischen und sozialem Gebiet einhergehen muß. Da Israels Regierung über die vergleichsweise einfache Sache, daß es nicht gelungen ist, zu einem Konsensus darüber zu kommen, wie man auf einen amerikanischen Friedensplan reagieren sollte, zusammengebrochen ist, würden die Folgen der Auseinandersetzungen mit dem viel komplizierteren Problem einer größeren Sozial- und Wirtschaftsreform sicherlich zu einem politischen Chaos führen.

Diese Reformen werden Israel schon seit Jahren von seinen amerikanischen Freunden, insbesondere von der ehemaligen fanatisch pro-israelischen Reagan-Regierung und durch Neokonservative sowie von solchen Parteigängern Israels, die die Lehre von der Willensfreiheit vertreten, dringend nahegelegt. Aber israelische Regierungsbeamte und politische Führungskräfte schenken den besten Ratschlägen ihrer amerikanischen und internationalen Anhängern keinerlei Beachtung. □

Zionismus

Schwere Jungs als Spenden-sammler

Victor Marchetti

Die Leser der internationalen Ausgabe der »Jerusalem Post«, von denen es einigen schwer fällt, sich der neuen, angriffslustigen, rechtslastigen Redaktionspolitik der einst liberalen israelischen Zeitung anzupassen, müssen noch stärker die Stirn gerunzelt haben. Die Ausgabe des ehrwürdigen Zionistenblattes – einst die »Palestine Post« genannt – brachte einen langen, reißerisch aufgemachten Artikel, in dem die Tugenden amerikanisch-jüdischer Gangster in den Himmel gehoben werden.

»In den vierziger Jahren«, so der Verfasser des Artikels, der Historiker Robert Rockaway, »folgten eine Reihe von prominenten amerikanisch-jüdischen ›Mobstern‹ (Mitglieder einer kriminellen Bande, Gangster) dem Ruf, mitzuhelfen, den neu entstehenden Staat Israel zu bewaffnen und zu finanzieren.« Und er erklärt sinngemäß: »Diese Männer waren keine Robin Hoods der Neuzeit ... aber in ihrer Zeit trugen sie zum Überleben ihres Volkes bei.«



Meyer Lansky, ein eifriger Spender für Israel, reorganisierte das organisierte Verbrechen in den Jahren 1968 bis 1976.

Unterstützung für die Bildung des Staates

Rockaway bringt mehrere Beispiele für die Großzügigkeit jüdischer Gangster gegenüber Israel. Er erzählt, wie im Sommer 1946 ein Abgesandter der Hagana, der israelischen Revolutionsarmee, mit dem Gangster Benjamin »Bugsy« Siegel in Los Angeles Kontakt aufnahm. Siegel sei so beeindruckt gewesen über die Tatsache, daß »Juden kämpften ... kämpften wie beim Töten«, daß er dem Agenten jede Woche einen Koffer voller Fünf- und Zehn-Dollar-Noten übergab. Der israelische Agent schätzt, daß Siegel insgesamt 50.000 Dollar gab – was damals sehr viel Geld war.

»Diese Geschichte« schreibt der Verfasser, »verdeutliche die wenig publizierte Tatsache, daß jüdische Gangster stillschweigend den Kampf zur Bildung des Staates Israel unterstützen. So erstaunlich dies auch klingen mag, diese Tätigkeiten waren keineswegs einzigartig, sondern gehörten zur Tradition der amerikanisch-jüdischen Unterweltfiguren, die ihre Leute in schwierigen Zeiten in Schutz nehmen.«

Gangsternamen für Bomber

Darüber hinaus will Rockaway uns einreden, diese jüdischen Gangster – Louis »Lepke« Buchhalter von der »Murder, Inc.« (»Mord-AG«), Jake »Greasy Thumb« von der Al Capone-Gang, Arthur »Dutch Schultz« Flegenheimer, Arnold Rothstein, Meyer Lansky und viele andere, die durch Verbrechen und Morde der Öffentlichkeit bekannt sind, wären durch den wachsenden amerikanischen Antisemitismus zu ihren Taten angeregt worden.

Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, daran zu erinnern, daß die USA während des Krieges ihre viermotorigen Bomber, die ihre tödliche Last über deutsche Städte abwarfen, zum Teil nach zum Tode verurteilten Gangstern benannten, die sich auf diese Weise »bewähren« konnten. Diese Maschinen trugen nicht ohne »Stolz« die Aufschrift: »Murder Incorporation«, Jake »Greasy Thumb« Guzik aus der Bande Al Capones, Arthur »Dutch Schultz« Flegenheimer, Arnold Rothstein, Meyer Lansky und die vielen anderen, deren Ruf für Gewalttätigkeiten und Mord jeweils bestens dokumentiert ist.

Der Verfasser argumentiert dahingehend, daß die »Zwanziger Jahre einen steilen Aufstieg des Antisemitismus erlebten«, und daß viele »Universitäten und Berufsschulen, darunter Harvard, Dartmouth, Columbia, New York University und Rutgers, für die Einschreibung von Juden Quoten einführten«.

Das mag Tatsache sein, aber es ist doch ein starkes Stück, den Leser glauben zu machen, Greasy Thumb Guzik habe ein verbrecherisches Leben geführt, weil er nicht in Harvard's School of Business aufgenommen wurde, oder daß Bubsy Siegel zum Verbrecher wurde, weil er vom Columbia's School of Medicine ausgeschlossen wurde. Rockaway bleibt hartnäckig bei dieser Argumentation.

Besseres Image für die Karriere

»Juden hatten es mit wirtschaftlicher Diskriminierung in Handelsbanken, Industriefirmen, Versicherungsgesellschaften und im öffentlichen Dienst, sowie mit einer weitverbreiteten gesellschaftlichen Diskriminierung zu tun«, schreibt er. »Dies alles machte es für Juden immer schwieriger, ehrbare Wege zum Erfolg und gesellschaftlichen Status einzuschlagen. Infolgedessen beschritten viele von ihnen alternative Pfade zu Ruhm und Wohlstand ...«

Und er prahlt: »Ebenso wie sie in anderen Bereichen des menschlichen Bemühens Erfolg hatten, so taten sich Juden auch in Verbrechen hervor. Während der Prohibition (völliges Alkoholverbot in den USA durch Bundesgesetz in den Jahren von 1920 bis 1933; die Redaktion) waren 50 Prozent der führenden illegalen Schnapsbrenner und -händler Juden. Jüdische Kriminelle waren die Chefs der organisierten Großschieberei in einigen der größten Städte Amerikas.«

Kompromißlose Zähigkeit und Waghalsigkeit

Der Antisemitismus spielte eine weitere Rolle in der Entwicklung jüdischer Verbrecher, schreibt Rockaway. Er zitiert Meyer Lansky, der einmal gesagt haben soll: »Ich bin niemals vor irgendjemand auf die Knie gefallen. Ich bin niemals vor einem Christen auf die Knie gefallen.«

»Diese kompromißlose Zähigkeit und Waghalsigkeit«, schreibt Rockaway bewundernd, »war in einer Zeit des tobenden Antisemitismus, als sich Juden mehr und mehr verletzbar und unsicher fühlten, bewundernswert«. Und er will uns weismachen, daß in der Loyalität der Juden nur ein kleiner Schritt dazwischen lag, den Jungen in der alten Nachbarschaft und dann dem Staat Israel zu helfen.

Es muß dem Verfasser jedoch zugute gehalten werden, festgestellt zu haben, daß einige dieser Schurken bei ihrer Hilfe für den zionistischen Staat von anderen Beweggründen als von einem angeborenen Sinn für jüdische Menschenfreundlichkeit geleitet wurden. Einige suchten Anerkennung und Respektabilität in der amerikanisch-jüdischen Gemeinde. Einige versuchten, später in ihrem Leben, ganz einfach, ihren Karrieren im organisierten Verbrechen ein besseres Image zu verleihen. Und in einem Falle wollte ein Großspender für Israel – ein anonymer Gangster aus Baltimore –, nur daß seine Tochter von der Gemeinde akzeptiert werde, so daß sie »einen netten jüdischen Jungen« heiraten konnte. □

Israel

Geheimgeschäfte mit Drogenlords

Mike Blair

Israelische Waffenhändler, die mit stillschweigender Einwilligung ihrer Regierung tätig sind, wurden dabei erwischt, Maschinenpistolen, automatische Gewehre und Munition an ein kolumbianisches Drogenkartell geliefert zu haben, das einen Großteil des in den Vereinigten Staaten gehandeltes Kokains exportiert.

Zu den Waffen zählen 400 automatische Sturmgewehre des Fabrikats Galili – eine von den Israelis verbesserte Version der sowjetischen AK-47 – und 100 Uzi-Maschinenpistolen. Die Waffen wurden im vergangenen Dezember bei der Durchsuchung einer kolumbianischen Ranch des Drogen-Zwischenhändlers José Rodriguez Gacha entdeckt. Gacha wurde in einem von amerikanischen Drogen-Bekämpfungseinheiten angelegten Hinterhalt von kolumbianischer Polizei getötet.

Ahnungslos in ein Waffengeschäft verwickelt

Die Israelis behaupten, die Waffen seien an den winzig kleinen karibischen Inselstaat Antigua verkauft worden und sie wüßten nicht, wie die Waffen in die Hände der kolumbianischen illegalen Drogenhändler geraten seien.

Aber in einem Interview sagte der Botschafter von Antigua in Washington, Edmund Lake, seine Regierung habe niemals Waffen bei den Israelis bestellt. Lake meinte, die antiguanische Regierung habe »einen englischen Juristen«, dessen Namen er zur Zeit nicht nennen könne, zum Leiter einer Untersuchungskommission ernannt, die sich mit dem Waffengeschäft befassen soll, in das sein Land ahnungslos verwickelt worden sei.

Außerdem, erklärte der Botschafter, halte sich der Washingtoner Anwalt E. Lawrence Barcella jun. derzeit im Namen der Regierung von Antigua in Israel auf, um sich Dokumente zu beschaffen, die Antigua mit dem Waffengeschäft in Verbindung bringen könnten.

Lake sagte, er habe aus Saint Johns, der Hauptstadt von Antigua, erfahren, daß Barcella mitgeteilt habe, ihm seien von der israelischen Regierung Dokumente zugestellt worden. Diese Dokumente trügen anscheinend die Unterschrift von Vere C. Bird jun., Sohn des antiguanischen Ministerpräsidenten Vere C. Bird sen.

Viele unbeantwortete Fragen

Wie Lake mitteilt, ist der jüngere Bird, der als Antigua Minister für öffentliche Arbeiten diente, bis zum Abschluß der regierungsseitigen Untersuchung von seinen Pflichten entbunden worden. Er bestreitet jedoch mit Nachdruck, irgendetwas mit der Sache zu tun gehabt zu haben.

Als die Waffen in Kolumbien entdeckt wurden, richtete die kolumbianische Regierung einen scharfen diplomatischen Protest an Israel. Die Israelis erwiderten, die Waffen seien auf Grund eines Schreibens des antiguanischen Ministers für Staatssicherheit vom November 1988 an die israelische staatseigene Firma Israel Military Industries exportiert worden, in dem dieser darum gebeten habe sie ankaufen zu dürfen.

Wieso Israel nicht bekannt war, daß Antigua überhaupt keinen Minister für Staatssicherheit hat ist eine der vielen unbeantworteten Fragen in dieser Sache.

In der israelischen Erwiderung heißt es weiter, der Brief habe Zusicherungen enthalten, daß die Waffen nicht an »Dritte« weitergeleitet werden würden.

In einer Erklärung des israelischen Verteidigungsministers, in der versucht wird die Angelegenheit aufzuhellen, wird behauptet, eine Niederschrift des Inhalts, daß Antigua der Endverbraucher der Waffen sein würde, sei »von Antiguas Verteidigungsminister« unterzeichnet worden.

Antigua hat aber keinen Verteidigungsminister oder -ministerium.

Die Waffen wurden nach Kolumbien umgeleitet

Die Untersuchung durch die Regierung von Antigua hat bislang ergeben, daß die Waffen nach Kolumbien umgeleitet wurden, nachdem sie zunächst im April 1989 in einem antiguanischen Hafen auf ein anderes Schiff umgeladen wurden.

Antiguanische Fahnder haben herausgefunden, daß, wenn auch einige Antiguaner an der Waffenverschiebung beteiligt gewesen seien, diese von zwei Israelis – Yalir G. Klein und Maurice R. Sarfati – geleitet und von der Bank Hapoalim, einer israelischen Bank in New York City, finanziert worden sei.

Klein und Sarfati sind schon einmal mit Kolumbien und Antigua in Zusammenhang gebracht worden.

Was Klein, einen Oberstleutnant in der israelischen Armee betrifft, so machte dieser im vergangenen August von sich reden, als NBC-News einen Film ausstrahlte, in dem Klein bei der Ausbildung von Leuten zu sehen ist, die NBC als Killer des kolumbinanischen Drogenkartells bezeichnete. Klein sagte, es seien lediglich kolumbianische Rancher gewesen, die sich vor kommunistischen Aufständischen schützen wollten. Die Ausbildung fand 1988 und 1989 statt. Diego Viafara Salinas, ein kolumbianischer Arzt, der mit diesen Gruppen während ihrer Ausbildung zu tun hatte, sagte jedoch im vergangenen September vor einem Untersuchungs-Unterausschuß des US-Senats aus, die Gruppen seien spätestens 1988 von Rodriguez Gacha übernommen worden und die israelischen Ausbilder hätten sich deshalb unmittelbar an ihn gewandt.

Ebenfalls im vergangenen Jahr brachte das Fernseh-Magazin »Frontline« des US-Public Broadcasting Service einen ausführlichen Bericht über israelische Verbindungen zu den kolumbianischen illegalen Drogenhändlern und auch über den Verkauf von israelischen Waffen an diese.

Die Geschäfte des Drogen-Kartells gehen immer noch weiter

Die israelischen Behörden haben angeblich im vergangenen August gegen Klein eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, ob seinerseits ein Verstoß gegen israelische Gesetze vorliegt, weil er für die Durchführung des Ausbildungsprogramms in Kolumbien keine Genehmigung eingeholt hatte.

Der Untersuchung sind bislang jedoch noch keinerlei Taten gefolgt und Klein führt immer noch seine »Geschäfte« von seiner Wohnung, Luntzstr. 5 in Tel Aviv, aus. Die Kolumbianer haben Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Sarfati, der nicht aufzufinden ist, lebte gewöhnlich in Südflorida. Er besitzt eine Farm in Antigua und erhält regelmäßige Zuwendungen von der Overseas Private Investment Corporation, einer Firma der US-Regierung, die Investitionen im Ausland fördert, indem sie gegen Verluste, die von politischen Problemen herrühren, versichert. Sarfati steht auf der Fahndungsliste, weil er bei Darlehen der amerikanischen Regierung in Höhe von 1,3 Millionen Dollar seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

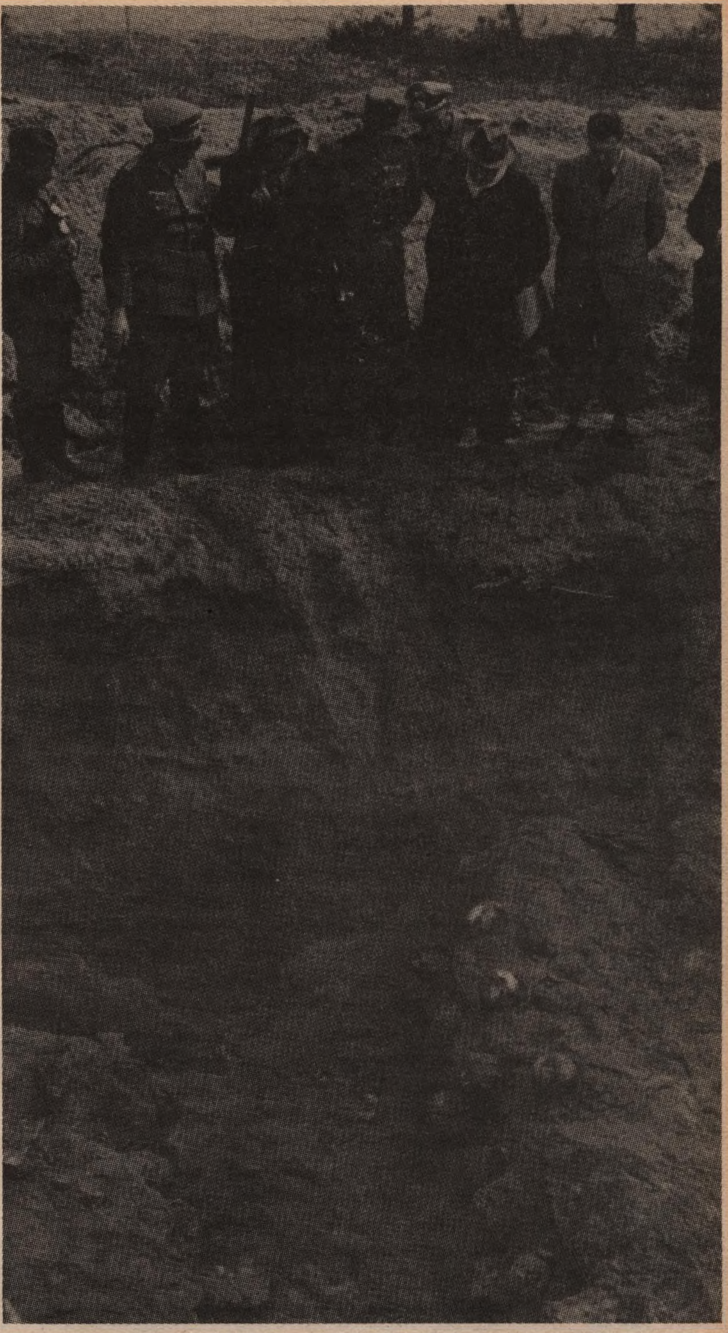
Indessen befindet sich Klein in Israel in Sicherheit, wo sein Anwalt sagt: »Die Zeit ist noch nicht gekommen, um die ganze Wahrheit zu berichten«. □

Revisionismus

Der Umgang mit der Wahrheit über Katyn

Alec de Montmorency und Fred Blahut

Jetzt, wo die sowjetische Regierung zugegeben hat, daß die 15.000 Polen, deren Massengräber im Winter 1941 teilweise im Wald von Katyn entdeckt wurden, auf Befehl von Josef Stalin und seinem NKWD ermordet worden sind, wird der US-Army eine schwere Bürde auferlegt. Diese besteht darin, ebenso große Aufrichtigkeit – oder sollen wir sagen Glasnost – an den Tag zu legen und die Archive in Alexandria im US-Bundesstaat Virginia der Öffentlichkeit zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.



Eine internationale Kommission besichtigt ein Massengrab im Wald bei Katyn.

Jene Archive enthalten unwiderlegbares Beweismaterial darüber, daß die US-Army in Deutschland, die die berüchtigten Nürnberger Prozesse organisierten, die Wahrheit kannten – das heißt, daß es die Sowjets und nicht die Deutschen waren, die die Polen ermordet haben. Interessanterweise war es der Wunsch eines schwedischen Journalisten, im Zusammenhang mit dem Verfahren eines bolschewistischen »Volksgerichts« von 1918 bis 1920, eine Geschichte zu schreiben, die menschliches Interesse erwecken könnte, die zur Entdeckung des Massakers von Katyn führte.

Aufzeichnungen der smolensker Tscheka

Zu den in Alexandria unter Verschluß gehaltenen Dokumente gehören die erbeuteten Aufzeichnungen der smolensker Tscheka, des »Volksgerichts«, ein Begriff der manchmal verwendet wird, um den NKWD selbst zu bezeichnen, der die Prozesse durchführte, und die von den Deutschen aufgefunden wurden. Darunter befinden sich auch die Prozeßniederschriften des Verfahrens gegen die 16jährige Prinzessin Irina Scherbatow und ihren 13jährigen Bruder. Beide wurden als »Feind des Volkes« zum Tode verurteilt und zur Hinrichtung in den Wald von Katyn gebracht.

Smolensk liegt in Westrußland, in einem von den Deutschen 1941 eroberten Gebiet.

Die »Prozeß«-Niederschriften sind handschriftlich niedergelegt, sowie sie von einem Gerichtsschreiber aufgezeichnet worden waren. Das »Gericht« – verschworene Bolschewisten am Ort – führte die Verhandlungen im Keller des Rathauses durch, wo die Truppen des Feldmarschalls Bock die Prozeßunterlagen fanden, die dann zur Entdekkung der Massengräber im Wald von Katyn führten.

Ein Journalist kannte die Dokumente

Als sich die Dokumente auf dem Transitwege nach Berlin befanden, wurde einem Korrespondenten der »New York Times«, George Axelsson, gestattet, sie einzusehen. Ax, wie ihn seine Zeitgenossen nannten, hatte für die »New York Times« über den Spanischen Bürgerkrieg berichtet und war in Stockholm stationiert.

Er hatte seine schwedische Staatsbürgerschaft beibehalten und keinerlei Probleme, die Erlaubnis zu bekommen, Deutschland und deutsche Heereseinheiten in der besetzten UdSSR zu besuchen. Während der großen Depression hatte er hauptsächlich in Nizza gelebt, wo er als Korrespondent für das Stockholmer »Afton-bladet« und »Sydsvenska Dagbladet« in Malmö sowie für den Londoner »Evening Standard« tätig war – was ihn in jenen schwierigen Jahren sehr gut über die Runden brachte.

Da er fließend russisch sprach – ebenso wie französisch und deutsch –, hatte er keine Schwierigkeiten die Prozeßunterlagen der smolensker Tscheka von 1918 bis 1920 zu lesen. So stieß er auf die Protokolle des Prozesses gegen Prinzessin Irina und ihren jüngeren Bruder. Sie faszinierten ihn. Die Familie Scherbatow in Paris waren seine Freunde.

Der Vatikan gab einen Hinweis

Als Ax die Dokumente las, wurde ihm klar, daß Irina und ihr jüngerer Bruder zusammen mit ihren Eltern aus ihrem bescheidenen Heim in Smolensk entführt und von der Tscheka als »Unterdrücker des Volkes« vor Gericht gestellt wurden.

Revisionismus

Der Umgang mit der Wahrheit über Katyn

Die Familie, vor allem soweit sie noch in der UdSSR lebte, war keineswegs wohlhabend und hätte kaum jemanden »unterdrücken« können. Es war, abgesehen von ihrem illustren Namen, nur eine weitere einheimische Familie der niedrigen Mittelklasse. Irina nannte das Gericht, das sie und ihren Bruder zum Tode verurteilte, »Verräter an unserem Land«, was stillschweigend darauf hindeutete, daß sich dieses »Gericht« weder aus echten Russen noch aus Christen zusammensetzte.

Was nicht allzu überraschend ist, die Story wurde niemals in der »New York Times« veröffentlicht. Ax und der russische Übersetzer des deutschen Propagandaministeriums, die zuerst auf diese Story gestoßen waren, sprachen bei der Russisch-Orthodoxen Kirche in Berlin vor. Einige ihrer Gemeindemitglieder waren aus der Gegend von Smolensk. Als sie von den Tscheka-Unterlagen erfuhren, erinnerten sie sich daran, daß die örtliche Tscheka verurteilte Menschen zum Wald von Katyn zu bringen pflegte, und sie dort ihre eigenen Gräber ausheben ließ. Ax bewarb sich um eine Reisegenehmigung, um die Gegend zu besuchen, mit dem Hintergedanken, einen Reißer darüber zu schreiben, wie die sowjetische Tscheka die Familie Scherbatow – eine in Schweden wohlbekannte Familie – behandelt hatte.

Wovon Ax keine Ahnung hatte, war, daß die Deutschen, nachdem die deutsche Wehrmacht 1941 Weißrußland erobert hatte, im Raum von Smolensk eifrig nach Massengräbern forschten, da sie über deren Vorhandensein vom Vatikan einen Tip bekommen hatten.

Papst Pius XII. und sein Staatssekretariat erhielten nämlich ziemlich häufig Geheimdienstberichte über die Kriegsgefangenenlager, von denen bekannt war, daß dort von der Roten Armee im Herbst 1939 gefangengenommene Offiziere des polnischen Heeres und der Luftstreitkräfte festgehalten wurden. Diese Läger befanden sich in Kozielsk – 256 km südöstlich von Smolensk –, Starobielsk in der Nähe von Charkow und Ostazhkow im Raum Gorkij – früher Nischnij Nowgorod –.

Der Papst informierte von Weizsäcker

Im April 1941, so hieß es in den Geheimdienstberichten des Vatikans, waren diese Läger geschlossen worden. Aber, darüber waren sich die Herren im Vatikan sicher, die Gefangenen waren auch nicht anderswohin verlegt worden, denn die Roten hatten eine totale Nachrichtensperre verhängt. Papst Pius XII. hatte Freiherr Ernst von Weizsäcker, dem deutschen Gesandten im Vatikan – Vater des heutigen Bundespräsidenten – persönlich mitgeteilt, er glaube, daß die unglücklichen Kriegsgefangenen in der Nähe eines dieser Läger in einem oder mehreren Massengräbern verscharrt worden seien.

Aber das war ein riesiges Gebiet, und nach dem verborgenen Standort der Hekatombe zu forschen war wie das Suchen nach einer Nadel im Heuhaufen. Was Ax den Deutschen mitgeteilt hatte, war der erste Einbruch in das alte Geheimnis. Er bekam Genehmigung von Dr. Goebbels persönlich, die versteckten Gräber aufzusuchen.

Die Deutschen entdeckten schließlich die Massengräber der Polen im Wald von Katyn – ganz in der Nähe der Stelle, wo Irina, ihr Bruder und ihre Eltern ihre letzte Ruhestelle gefunden hatten. Die meisten waren durch Genickschuß getötet worden. Die GPU – oder OGPU – war in die Fußstapfen ihrer Vorgängerin, der Tscheka, getreten.

Die Archive der smolensker Tscheka wurden später durch die US-Army in einem alten Salzbergwerk im Rheinland aufgefunden und in die Vereinigten Staaten verbracht. Seitdem ist der genaue Ort, wo sich diese Unterlagen befinden, ein strenggehütetes Geheimnis, trotz des bestehenden Freedom of Information Act. □

Revisionismus

Neue Aufgabe für deutsche Historiker

Michael Koll

Einer Ausschreibung des Zentrums für Deutschland-Forschung an der Universität Mainz folgend, reichte Dr. Michael Koll das Thema ein: »Bestandsaufnahme revisionistischer Literatur und Operationalisierung ihrer Fragestellungen«. Das Institut dankte für Idee und Projektvorschlag, sah jedoch keine Möglichkeit, dieses Thema in das vorbestimmte Gesamtprojekt zu integrieren. Der Vorschlag werde jedoch weiter erörtert und man werde sich gegebenenfalls mit dem Verfasser in Verbindung setzen.

Im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden, begrenzten Mittel habe ich seither selbständig weitergearbeitet und dabei insbesondere erwogen, welche Folgerungen sich aus einem etwaigen Umschreiben der Geschichte ergäben. Ich bin dabei zu einem beruhigenden Schluß gekommen. Auch wenn der Führer des Dritten Reiches sich nicht als so einzigartig verdammungswürdig darstellen wollte, auch wenn das ihm zur Last gelegte Hauptverbrechen nach Art und Umfang als nicht vollzogen erkannt werden sollte, so würde ein solches Erkennen doch von den politischen Kräften der Mitte in geordneten Formen bewältigt werden können.

Hundert Professoren des Staatsrechts angeschrieben

In dieser Zuversicht schrieb ich die nachfolgende Skizze, die den Argumenten der Revisionisten mehr Raum gibt als den bisherigen, schon vielfach veröffentlichten Beweisen. Der Verfasser bekennt, daß er in diesen Fragen persönlich erst am Anfang eines Studiums steht, weshalb er den Austausch mit anerkannten wissenschaftlichen Institutionen sucht. Daher sende ich die erweiterte Skizze erneut an das Mainzer Zentrum für Deutschlandforschung sowie an diejenigen einhundert Professoren des Staatsrechts, die sich kürzlich zu deutschland-politischen Grundfragen öffentlich geäußert haben.

Die Zeit ist reif für einen Friedensvertrag

Der Bundeskanzler will ihn nicht, weil von allen Seiten Reparationsforderungen auf uns zukommen können (vergleiche »Der Spiegel« Nr. 11/90), und die Amerikaner wollen, wie man hört, uns die Peinlichkeit ersparen, noch einmal als Besiegte den Siegern gegenüberzusitzen. Befürchtungen hier, Beruhigungen dort, aber ich wohne auf dem Dorf und das Volk sagt: Ohne Friedensvertrag kein Friede.

Und sollten, wenn es soweit ist, nicht Gleichberechtigte miteinander am Tisch sitzen? Ehemalige Gegner, die ihre Unstimmigkeiten ausgeräumt haben und den innerlich gewonnenen Frieden nun auch äußerlich bekräftigen?

Ich bin für einen Friedensvertrag, und das setzt natürlich eine vorausgehende Phase ungeschminkt ehrlichen, offenen Gesprächs voraus. Der Krieg wurde ja nicht nur militärisch, sondern auch propagandistisch geführt, und Deutschland wurde nicht nur militärisch besiegt, sondern auch im Krieg der Worte und Bilder. Hier gilt es, vor einer Friedenskonferenz mit Worten und fotografischen Belegen zu streiten,

auch mit dem Spaten als Grabungswerkzeug: Welche Verbrechen haben wir Deutsche wirklich begangen, welche Verbrechen etwa auch die Kriegsgegner – schon vor dem Krieg der Waffen, während seines Verlaufs und kurz danach; vielleicht bis heute, denn noch sind wir ja im Krieg.

So bald werden wir also eine solche Friedenskonferenz nicht haben, und ich lasse mir gerne Zeit damit. Es gilt auch zu prüfen, wer, außer den kriegsführenden Staaten, sich noch im Krieg mit Deutschland befand, etwa auch Teile des jüdischen Volkes: Vor, während und nach den Jahren 1939 bis 1945. Da gibt es viel zu sprechen, bis wirklich alle sich über die Verteilung von Schuld und Sühne einig sind.

Bundeskanzler Kohl hat sicher recht mit seiner Ablehnung eines Friedensvertrages zum heutigen Zeitpunkt. Aber die Zeit, in der wir leben, diese Zeit des Umbruchs und der Öffnung, ist unserem Vorhaben günstig, und ich greife nur um ein Weniges voraus, wenn ich sage: Die Zeit ist reif für einen Friedensvertrag. Homines bonae voluntatis können ihm vorarbeiten.

Vom Mythos zum Logos

Die Nationalsozialisten haben so vielfach die traditionellen Formen der katholischen Kirche kopiert: Ihren Absolutheitsanspruch, ihre Liturgie, die möglichst vollständige organisatorische Erfassung aller Lebensalter und Stände: Sollte da nicht auch ein traditioneller Anti-Judaismus umgeschmolzen worden sein zum politischen Antisemitismus?

Zurecht beklagen sich Juden heute über einen christlichen Antijudaismus, den es doch kaum mehr im Leben, nur noch in blutleerer Dogmatik gibt. Aber haben Christen in der Geschichte nicht vielfach Juden erschlagen und sich dabei berufen auf Matthäus? »Sein Blut komme über uns und unsere Kinder«, sollen die Juden gerufen haben, die Christus ans Kreuz brachten.

Ich rate meinen jüdischen Freunden immer, den Spieß umzudrehen und den Christen die Last des Beweises aufzubürden. Starb Christus denn am Kreuz? Fiel er nicht etwa in Ohnmacht und wurde von Freunden gepflegt und an ruhige Stätte gebracht, von der er entwich? Er soll danach noch manchmal erschienen sein und dann, wie Legenden berichten, von dannen gezogen sein, vielleicht nach Indien. Ein kräftiger Mann kann die Qual der Kreuzerhöhung ertragen, indische Gurus setzen sich ganz anderen Foltern aus. – Daß er nicht leiblich zum Himmel auffuhr, sagt der gesunde Menschenverstand.

Fragen stellen. Denn neue Mythen schweben im Raum, fremdländisch lautende Namen wie Holocaust oder Shoa, und was ist ihr tatsächlicher Gehalt?
Der Tod Jesu am Kreuz ist unbewiesen, sage ich als Christ und frage die Juden: Welche Spuren hinterließ das Gas?

Bevölkerungsstatistik ist eine exakte Wissenschaft. Die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland ist dank genauer Personenstands-Buchführung und periodischer Volkszählungen gesichert, die Bevölkerungspyramide zeigt auch mit hinreichender Genauigkeit die Verluste in zwei Weltkriegen.



Der britische Historiker David Irving behauptet, der Holocaust sei ein Produkt der britischen psychologischen Kriegsführung.

Wenn aber der Begründer oder die Bezugsperson der christlichen Religion nicht durch Schuld der Juden ums Leben kam – die Evangelisten sprechen ausdrücklich nicht von einem Todesurteil des Pilatus, stellt Hans Rosen fest, Professor für alte Geschichte in Bonn, vergleiche »Bayernkurier« vom 14. April 1990 –, wenn das ganze also nur eine Veranstaltung für das Volk war, vor dem sich die Hohen Priester als Verteidiger der reinen Lehren ausweisen wollten – wo bleibt dann die sachliche Grundlage für einen christlichen Antijudaismus?

Der deutsch-jüdische Philosoph Hans Jonas, Schüler von Bultmann und Heidegger, hätte eine solche Frage schon stellen können, hätte das christliche Dogma des mythologischen Schleiers berauben können. Aber damals war Krieg. Heute, nach allem, was geschehen ist, müssen wir solche

»Nach Kriegsende waren sie noch da«

Dramatische Bevölkerungsverluste kleinerer Volksgruppen müssen sich auch ohne exakt geführte Buchführung darstellen lassen. Der Völkermord von Türken an Armeniern ist historisch gesichert, Stalins Aushungerung der Ukraine wird erforscht. Jüdische Bevölkerungsstatistiken sind weltweit unheitlich, wegen der Schwierigkeit der Festlegung ihrer Gruppenzugehörigkeit. Trotzdem gilt seit 1945 als gesichert, daß im Rahmen planmäßiger Vernichtungsmaßnahmen sechs Millionen Juden durch Einwirkung deutscher Kräfte ums Leben kamen. Ein detaillierter Nachweis wurde 1945 nicht erbracht und konnte auch seither nicht objektiv nachprüfbar erbracht werden. Martin Broszat bezeichnete die Zahl als symbolisch, deutsche Gerichte legen sie als Richtwert zugrunde. Eine positive Bestätigung steht aus.
Inzwischen wird nicht nur die Zahl, sondern auch die Größenordnung bestritten. Professor Arthur R. Buth, Elektrotechniker zwar, aber als Professor vertraut mit den Methoden wissenschaftlichen Arbeitens, gewöhnt auch an Sorgfalt im Umgang mit Zahlen, untersuchte Vor- und Nachkriegsstatistiken über das europäische Judentum und kommt summarisch zu dem Schluß: »Nach Kriegsende waren sie noch da«. Dies mag als Behauptung verstanden werden, aber wer widerlegt Butz-Methodik im einzelnen?

In der Nachfolge von Butz hat der Amerikaner Walther N. Scanning die Analyse verfeinert und kommt zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Paul Rassinier, ein Franzose, stellt ähnliche Rechnungen an. Bedarf diese Literatur keiner sorgfältigen Prüfung? Es tut der Wahrheit nicht wohl, wenn sie gesetzlich geschützt ist. Zwar begründet das Gesetz eine herrschende Lehre, das Volk aber murrt. Videant consules ne quid res publica detrimentum capiat.

Was wäre wenn ...?

Gesetzt den Fall – und es möge sich niemand beleidigt fühlen ob der hypothetischen Formel –, der Holocaust erwiese sich als ein Gebilde nur aus Worten, wie sie im Krieg als Waffe benutzt werden. Bräche dann in Deutschland eine Welle des Hasses auf?
Junge Leute, mit denen ich darüber spreche, zucken die Achseln. Sie denken an den Judenstern und sagen: Das war schlimm genug, sie auszusondern. Und dann die Transporte in den Osten!

Ich glaube, daß die Masse der jungen Leute so denkt. Was geht sie der Krieg der Väter an! Aber die Menschenwürde verteidigen sie unter allen Umständen. Da bliebe auch uns Älteren, sollte sich eine andere Wahrheit herausstellen, nur das Eingeständnis, daß auf der Waage der Gerechtigkeit die Schuld ein moralisches

Revisionismus

Neue Aufgabe für deutsche Historiker

Gewicht ist, daß es nicht des Mordes bedarf, um einen Menschen in seiner Würde zu verletzen. Das wäre wahrhaft christlich, und Juden in aller Welt würden aufhorchen: Die Deutschen, unsere Peiniger von damals, gegen die falsch' Zeugnis erbracht wurde zur Strafe: Sie schütteln das Joch nicht ab, sie tragen die Schuld weiter?

Großmut gewinnt Freunde, Haß kann Liebe werden oder, um eine heute in der DDR wiederentdeckte, alte christliche Formel zu gebrauchen: Schwerter werden recycled zu Pflugscharen. Wäre ein demütig-großmütiges Deutschland nicht der Juden bester Freund in der Welt, und bedürfen sie dessen nicht, eben jetzt in Rußland und vielleicht auch einmal in Amerika?

Ich jedenfalls würde alle Demütigungen, denen ich als Deutscher seit 1945 ausgesetzt war, befreit von mir schütteln und demütig bleiben.

Offener Brief an Erik Blumenfeld

Sehr geehrter Herr Erik Blumenfeld, lieber Parteifreund!

Tacuisti philosophus mansisti. Sie waren im Lager Auschwitz und schweigen darüber. Tacere heißt schweigen, verschweigen, und Philosoph ist, wer zur rechten Zeit wahr spricht.

Ihr ergebener
Michael Koll

In eigener Sache

Als Doktor der Philosopie, Fach Internationale Politik, muß ich fürchten, daß mir der Titel aberkannt wird. Er ist ererbt: Vater, Großvater und Urgroßvater waren Doktoren der Rechte, alle tätig am Appellationsgericht in Köln. Über Beleidigungen jüdischer Rechtsanwälte und Richter machte mein Vater im März 1933 Aufzeichnungen, die ich in seiner Hinterlassenschaft fand und einer Ausstellung des Historischen Archivs der Juden in Köln überließ; das Blatt ist im Katalog abgedruckt. Dennoch: An den Holocaust in leiblicher Gestalt kann ich bis zum Vorbringen besserer Beweise nicht glauben und allein schon der öffentlich geäußerte Zweifel sei unakademisch, sagen die Gerichte.

Aberkannt wurde der Doktortitel dem Richter Wilhelm Stäglich. Er war als Flakoffizier in Auschwitz und sah dort nichts, was nicht jede Jungfrau sehen dürfte. Er schrieb auch ein Buch – vom Verlag leider mit einem reißerischen Titel versehen –, indem er beim Nürnberger Militärtribunal vorgelegte Beweise methodisch zerpflückt, und seine Methodenkritik des Frankfurter Auschwitzprozesses ist ein juristisches Kabinettstück, leider mit Ausfällen gegen Personen und Gruppen.

Ohne solche Ausfälle kommt Henri Roques aus, französischer Textanalytiker, der die Gerstein-Papiere untersucht. Die von Hans Rothfels publizierte Fassung hatte ich gelesen, als ich bei Rothfels studierte, und die Wiederbegegnung machte mich traurig, weil Rothfels, den ich für redlich halte, von Roques gerupft wird. Die Arbeit ist sauber, trotzdem verlor Roques seinen Titel.

Donald Hiner, Geschichtsdozent an der Universität Indianapolis, war bei seinen Forschungen auf keine guten Beweise für den Holocaust gestoßen und sagte das seinen Studenten. »Eindeutig antisemitische Hetze«, schleuderte ihm Rabbi Abraham Cooper entgegen, Dekan des Simon Wiesenthal Centers.

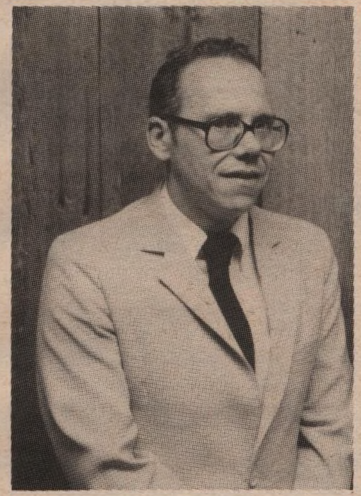
Das alles ist unter der Gürtellinie. Akademische Forschung, gebunden an Handwerksregeln, ist frei, und wissenschaftlicher Streit fördert den Fortschritt der Erkenntnis.

David Irving reist herum und erzählt aller Welt, die Gaskammern seien ein Produkt britischer psychologischer Kriegsführung und ursprünglich eine jüdische Erfindung. Er will den dokumentarischen Beweis antreten und setzt sogar einen Preis aus für den, der ihm solche Vernichtungskammern beweist. So unorthodox ist Irving und doch bescheinigt ihm Rainer Zitelmann, daß er ein guter Quellenkenner sei.

David gegen Goliath

Was die »Welt«, 15. Februar 1990, in ihrem Bericht über Irvings Auftreten in Dresden ausließ, das brachte in ihrer Leserbriefspalte ein kleines Provinzblatt, die »Rotenburger Kreiszeitung« vom 21. Februar 1990. Ich zitiere daraus:

»Irving zitierte aus Geheimprotokollen, woraus hervorgeht, daß Churchill den Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung bereits in den frühen dreißiger Jahren generalstabsmäßig vorausplante und vorbereitete. Irvings Ausspruch: ›Der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden.‹



Fred Leuchter, der amerikanische Gaskammer-Experte, untersuchte die Gemäuerproben von Auschwitz.

In der anschließenden Diskussion vor laufenden Fernsehkameras erläuterte Irving seine neuesten laborwissenschaftlichen Erkenntnisse in Verbindung mit den Gaskammern von Auschwitz und erklärte sich bereit, sie der modernen Geschichtsforschung zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl beklagte er das mangelnde Interesse der Universitäten sowie anderer wichtiger Institutionen an diesen Funden.

Irving stützt sich dabei auf das Gutachten des amerikanischen Ingenieurs für Gaskammern zur Tötung von Menschen, Fred Leuchter. Leuchter untersuchte Gemäuerproben der in Auschwitz als Gaskammer bezeichneten Gebäude und fand heraus, daß dort keine Zyanidrückstände vorzufinden waren, während in den Proben der von allen Historikern als offizielle Kleidungsentlassungskammern eingestuften Räumlichkeiten 1050 g/kg nachzuweisen waren.

Diese Fakten beweisen nach Irving zwingend, daß es die Gaskammern zur Tötung von Menschen in Auschwitz niemals gab.

Er zeigte in diesem Zusammenhang dem DDR-Fernsehen britische Dokumente, welche belegen, daß die Gaskammerpropaganda den Köpfen der englischen Abteilung für psychologische Kriegsführung entstammt.«

So ruhig berichtet ein bekannter Publizist und Revisionist, Karl Phillip aus Bad Reichenhall, über Wege der Forschung. »Eindeutig antisemitische Hetze?«

Ich sprach Irving auf das Leuchter-Gutachten an und äußerte methodische Bedenken. Die Antwort war entgegenkommend: Man möge das Experiment unter notarieller Aufsicht und wissenschaftlicher Begleitung wiederholen, zudem sei dieser Punkt nur ein Mosaikstein in einem zusammengesetzten Bild. Dies war eine gute Antwort, und ich fand an Irving kein Falsch.

Eine friedliche Botschaft aus Wien

Das sogenannte »Leuchter-Gutachten« ist auf englisch und deutsch vielfach erhältlich, mal legal, mal illegal, das hängt jeweils von Ort und Zeit ab. Im übrigen wird es in Kurzfassungen verbreitet und ist fast schon Wissenstand des Volkes, darum sei das Wissen auf die höhere Ebene gehoben. Gewiß mag solches Wissen Radikale erwecken zu unbedachtem Tun, aber das ist dann ein Fall für die Polizei. Eine friedliche Botschaft fand zu mir den Weg aus Wien, und man nehme sich die Zeit, sie in Ruhe zu lesen:

»Davir der Weise. Ein orientalisches Märchen, frei erfunden von Gertraud Orlich, gewidmet

Herrn Justizminister Dr. Egmond Foregger.

Zu Zeiten des Kalifen Harun Ar Raschid war ein gar schrecklicher Streit in dessen Land entbrannt. Ein Teil der Bevölkerung, zu dem die reichsten und mächtigsten Männer gehörten, behauptete, die Vorfahren hätten einst eine ungeliebte Minderheit in vergifteten Badehäusern ermordet.

Nun gab es aber einige arme, unbedeutende Untertanen, die das bezweifelten und um die Ehre der Ahnen besorgt waren. Obwohl die Reichen und Mächtigen kein Mittel scheuten, um die Zweifler und deren Beweise zu unterdrücken, wurden die Stimmen immer lauter und der ungleiche Kampf immer grausamer.

Als Harun Ar Raschid von diesen Unruhen hörte, dachte er lange nach, was hier zu tun sei. Dann ließ er die Anführer beider Parteien zu sich kommen und sprach: ›Ich habe den weisen Davir aus dem fernen Britannien zu mir gebeten. Dieser ist mit den hohen Künsten der Chemie vertraut. Er wird diese Badehäuser untersuchen und mir dann Gewißheit geben, wer von euch recht hat.‹

Da huben die Reichen und Mächtigen ein arges Geschrei nach dem Kadi an. Sie behaupteten, es lägen genügend Beweise vor, und es seien keine weiteren mehr nötig. Ihr Anführer, der Großwesir Abu Lösch, aber schrie gar: ›Ergreift den Weisen, werft ihn in den Kerker!‹

Die mutigen Untertanen aber, denen die Ehre der Ahnen so viel bedeutete, verneigten sich erfurchtsvoll vor Harun Ar Raschid und sprachen ruhig, wenn auch leuchtenden Auges: ›Deine Klugheit sei gepriesen, edler Herr, laß den weisen Davir nur kommen, wir fürchten sein Urteil nicht, denn wir wissen, die Wahrheit ist mit uns!‹

Nun wußte der Herrscher, wer recht hatte, denn die Wahrheit läßt sich gerne überprüfen, die Lüge aber scheut das helle Tageslicht!«

Soweit das Märchen, und Volkes Stimme. Persönlich würde ich es nicht verantworten wollen, Irving öffentlich auftreten zu lassen, er steht unter starker innerer Spannung und ein unvorbereitetes Publikum würde zu sehr verwirrt werden. Aber der Weg zum Parnass führt über Stufen, deren eine gewiß New York und Washington, die andere Jerusalem und Tel Aviv ist.

Für viele aus fünfundvierzig Jahren Zeitgeschichte kann es ein Opfergang werden, ich nenne stellvertretend unseren Bundespräsidenten und bedenke den Verlust an innenpolitischem Ansehen unserer politischen Klasse, der eintreten kann. Im allgemeinen, weltpolitischen, gegenseitigen Bekennen und Verzeihen würde jedoch eine deutsche Selbstreinigung vollzogen werden können ohne besonderes Aufheben. Wir haben es doch alle geglaubt, auch ich. In modifizierter Form bleibt uns die Wahrheit erhalten, da wird auch David noch kleiner werden müssen.

»Freispruch für Hitler?«

Dies ist nun keine Frage des Verfassers, sondern ein Buchtitel; was ich selber dazu denke, werde ich am Schluß dieses Kapitels sagen.

Daß von Hitler selber kein schriftlicher Befehl zur Judenvernichtung gefunden wurde, kann man bei Joachim Fest nachlesen. Die Frage, wie es im Führerstaat dann doch dazu kommen konnte, widmen sich ganze Interpretationsschulen, die Funktionalisten und Intentionalisten und auch Arno J. Mayer. Ich empfehle C. W. Ceram »Götter, Gräber und Gelehrte«, auch sein »Enge Schlucht und Schwarzer Berg«. Ceram erzählt uns dort in angenehm lockerer Weise, wie man forscht.

Es gibt Augenzeugen der Anklage, aber der des Sachsenspiegel mächtige Richter soll auch die Gegenrede vernehmen. Der erste Revisionist war Hermann Göring, als Historiker von Rang auch Helmut Diwald, aber der hat sich dann selber disqualifiziert. Der Kronzeuge der Anklage in Nürnberg, Dr. Wilhelm Hoettl, widerrief und widerrief seinen Widerruf.

Ordnung in diese verwirrende Vielfalt bringt das erwähnte Buch mit dem Untertitel »37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer«, herausgegeben von Gerd Honsik für Burgenländischer Kulturverband, Postfach 11, A-1142 Wien. Als Kompendium der Revisionismusliteratur darf es in keiner Bibliothek fehlen, trotz gewisser Schwächen in Orthographie und Namensschreibung; Pseudonyme harren der Entschlüsselung. Es ist kein historisch-kritisches, sondern ein engagiertes Buch und gerade deshalb interessant für die politische Klasse, die sich doch auf allen Wegen – über Presse, Funk und Fernsehen sowie über die Demoskopie – darüber unterrichten will, wie das Volk denkt. Neben bekannten Namen, wie Butz, Roques, Stäglich finden wir auch Sozialdemokraten. Auschwitz-Häftlinge und Juden, erfahren auch von Judenverfolgung, dann nämlich, wenn ein Genosse dieses Volkes der führenden Meinung nicht folgt. Die Rezension folgt dem polemischen Ton des Buches, man lasse sich davon nicht abschrecken.

In anderer Hinsicht – Kriegsschuldfrage – brachte der »Sunday Correspondent« gewissermaßen einen Freispruch für Hitler. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« druckte es ab, Fest sei es geklagt. Es steht dort, unter dem Alibi »Stimmen der Anderen«, am 18. September 1989: »Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg getreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«

Es ist nicht zu vermeiden, daß das Volk aufwacht

Ich drucke das hier ab nicht nach der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, sondern nach »UN – Unabhängige Nachrichten« Nr. 10/1989. Nach telefonischer Rückfrage im Archiv der »Frankfurter Allgemeinen« stimmt der Text, nur das von »UN« angegebene Datum, 17. September 1989, war falsch.

Man kann sich auf »unabhängige« Nachrichten eben doch nicht ganz verlassen, da sind Dilettanten am Werk, aber es sollten sich eben unsere Wissenschaftler mit diesen Dingen befassen statt nur Hitlers Intentionen in »Mein Kampf« zu deuten.

Was Hamilton Fish über Roosevelt schreibt, Irving über Churchill, was wir heute über Stalins Aufmarch an der Westgrenze der Sowjetunion wissen, zeichnet doch insgesamt ein verwirrendes Bild von der Mächtekonstellation, und gab es nicht auch Ziele des Zionismus? Aber unter dem Stichwort verweist der Katalog der Bibliothek des Deutschen Bundestages auf »Judenheimstättenbewegung«. Was sind wir doch ein tieffrommes Volk.

»West Germany, an Anglo-American creation in 1949«, schreibt Norman Stone in der »International Herald Tribune« vom 14. April 1990, auf Seite 14. Und soll es das ganze Deutschland sein, liest man im selben Blatt auf Seite 4.

Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß das Volk aufwacht, und es gilt, dieses Aufwachen in geordnete Formen zu lenken. Der KSZE-Prozeß, als Einbindung gedacht, ist auch Befreiung: Was in England, in Frankreich gesagt und geschrieben werden darf, wird auch für Deutsche einklagbar, man greife nur in den Korb III.

Freispruch für Hitler? Wer handelt denn schon aus eigenem Antrieb, heiße er Hitler oder Stalin, Churchill oder Roosevelt oder auch Weizmann. Der Handelnde steuert ein Schiff auf dem Weltmeer, das nicht dem Ruder folgt, sondern von mächtigen Wellen getrieben wird. Suchen die Völker nicht selbst ihren Weg? Es ist ein großes Ringen, besonders auch zwischen diesen beiden Völkern, den Juden und Deutschen. Auseinanderdividieren kann man sie nicht, zusammenklammern soll man sie nicht, da gibt es nur den gemeinsamen Weg in Freundschaft. □

Vertrauliches

China
Unruhe über islamischen Fundamentalismus

Die Pekinger-Regierung versucht den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus in der Provinz Xinjiang einzudämmen. In einer Provinz, die an die sowjetische Republiken Tadschikstan, Usbekistan und Kasachstan grenzt, hat die chinesische Regierung einen Sechs-Punkte-Plan bekanntgegeben, der eine Kampagne gegen »feindliche ausländische Kräfte« einschließt, die sich dafür einsetzen, Menschen zum Überlaufen anzuregen und Spannungen zu schüren.

Inzwischen wurde über Festnahmen bei aufrührerischen Predigten während der moslemischen Freitags-Gebete und die Verteilung von Flugblättern berichtet, in denen gläubige Moslems dringend aufgefordert werden, sich zu mobilisieren, vor allem in Kasmgar und Urumqi. Der Sechs-Punkte-Plan der Kommunisten wiederholt ständig den »absoluten Vorrang der Partei über die Religion«. Er kritisiert auch die »Eröffnung ungesetzlicher Koranschulen«. □

Kuba
Umfangreiche Manöver gegen US-Bedrohung

Kubas in Afrika kampferprobte, bewaffnete Streitkräfte haben mit landesweiten Manövern begonnen. Präsident Fidel Castro stellte dazu fest, Kuba wäre ein weiteres »Vietnam oder Schlimmeres« für die Vereinigten Staaten, falls diese versuchen sollten, Kuba anzugreifen.

Die Mobilisierung der Streitkräfte des kommunistischen Landes hat wieder an Schwungkraft zugenommen, seit dem die Regierung mit der Übung »Kubanischer Schild« begann, um dem entgegenzutreten, was, wie gesagt wurde, eine Bedrohung durch drei gleichzeitig stattfindende US-Manöver in der Karibik darstelle.

»Das Yankee-Manöver bietet uns eine Gelegenheit, unsere eigenen Übungen abzuhalten«, sagte Castro während eines Besuches in einem militärischen Kommandoposten in Havanna. »Die Mobilisierung regulärer Militäreinheiten, Reservisten und Milizen in Kuba scheint eine der größten seit der Raketenkrise von 1962 zu sein«, äußerten Diplomaten, die in Havanna tätig sind.

Washington teilte lediglich mit, die amerikanischen Übungen »Ocean Venture«, »Global Shield« und »Defex« seien Routine-Manöver und nicht gegen Kuba gerichtet.

US-Präsident George Bush übte heftige Kritik an der Castro-Regierung, weil sie sich weigert, die politischen Reformen in Osteuropa nachzuahmen und das kommunistische System der Einparteien-Regierung des Inselstaates zu ändern.

An Wochenenden hallen die Schießstände vom Lärm der automatischen Schußwaffen wider, wenn Zivilisten in der Uniform der Miliz mit grünen Hosen und Blauhemden durch Militärausbilder Waffenunterricht erhalten. Kubaner, vom 17jährigen Jugendlichen bis zu 65jährigen Großmüttern, legten schwarze Tarnfarbe an, bemühten sich durch Sturmangriffe hindurch und lernen, wie man mit Handgranaten umgeht. Allein in Havanna wurden mehr als 120.000 der zwei Millionen Einwohner zur Verteidigung mobilisiert. □

Japan
Es geht um die Vorherrschaft in der Computer-Elektronik

Japan wird große Entwicklungsbemühungen in eine neue Computer-Technologie stecken, die sich »Massive Parallel Processing« (MPP) nennt, ein Ziel, das es japanischen Firmen ermöglichen wird, die technologische Vorherrschaft von amerikanischen Firmen in der Computer-Elektronik wie ein Frosch zu überspringen, heißt es in einem unter dem Schutz des Ministry of International Trade and Industry (MITI) erstellten Bericht.

MPP ermöglicht es, daß Computer gleichzeitige Berechnungen durch Zehntausende von Prozessoren durchführen. Im Gegensatz dazu können bestehende Computer nur eine Handvoll Prozessoren gleichzeitig verwenden.

Der Bericht soll für japanische Firmen bei deren Investitionen in die Computerforschung und Entwicklung als Leitfaden dienen. Bislang wurde ein Großteil der Pionierarbeit in MPP von kleinen amerikanischen Firmen geleistet, die von einem Programm des US-Verteidigungsministeriums das als Strategic Computing Initiative bekannt ist, unterstützt wurden. Die Erhöhung der Großaufträge, die eine viel höhere Rechnergeschwindigkeit durch MPP ermöglicht, wäre ein Durchbruch in der Entwicklung von Datensystemen zur Schlachtenführung für die Stategic Defense Initiative (SDI).

Der neue Bericht des MITI soll als Leitfaden an die Stelle des »Fifth Generation«-Projekts treten, das darauf abziele, Computer herzustellen, die in der Lage sind, die Gedankengänge des Gehirns, so wie die Erkennung von Geräuschmustern, zu imitieren. Unter diesem Projekt stellte die japanische Regierung über einen Zeitraum von neun Jahren etwa 250 Millionen Dollar zur Unterstützung der Industrie bereit.

Die »New York Times« berichtete, daß japanische Firmen, vor allem die großen Computer-Hersteller Fujitsu, Hitachi, NEC, Toshiba und Mitsubishi Electric, viel mehr ausgeben als die japanische Regierung. □

Israel
»Jerusalem Post« lobt »jüdische Gangster«

Das »Jerusalem Post Magazine« brachte auf der ersten Seite in reißerischer Aufmachung einen Artikel mit der Überschrift »Mobsters für Zion« und »Zionist Gangsters«. In der überraschenden Zusammenfassung des Artikels war zu lesen: »In den vierziger Jahren folgte eine Reihe prominenter amerikanischer Gangster dem Ruf, den neu entstehenden Staat Israel zu bewaffnen und zu finanzieren.«

Der Verfasser des Artikels, Robert A. Rockaway von der Fakultät für jüdische Geschichte an der Universität von Tel Aviv, machte offenbar den vergeblichen Versuch, seine Bewunderung für Leute wie Meyer Lansky, Bugsy Segal und andere zu verbergen.

»Jüdische Gangster unterstützten in aller Stille die Bemühungen, den Staat Israel zu schaffen«, schrieb er. »So überraschend dies auch klingen mag, diese Aktivitäten waren keineswegs einmalig, sondern gehörten zur Tradition amerikanisch-jüdischer Gestalten der Unterwelt, ihren Leuten in Zeiten der Not zu helfen.

Obwohl die Aktivitäten der jüdischen Gangster eine peinliche Angelegenheit sind, so haben diese immerhin das erreicht, was angesehene Juden nicht erreichen konnten: Körperlichen Schutz für die Gemeinde und schnelles Bargeld für Israels Kampf ums Überleben. Diese Männer waren keine modernen Robin Hoods und sollten nicht glorifiziert werden. Und doch leisteten sie zu ihrer Zeit einen Beitrag zum Überlebenskampf ihres Volkes.«

Über die zwanziger Jahre schreibt er: »Ebenso wie sie in anderen Bereichen des menschlichen Bemühens erfolgreich waren, so traten Juden auch bei Verbrechen in den Vordergrund ...

Trotz ihrer Ängste hegten viele Juden eine widerstrebende Bewunderung für Gangster, weil er ein ›Faulenzer‹ war, der gegen die Normen der herkömmlichen Gesellschaft verstieß und sich nicht darum scherte, was die Goyim (Nichtjuden) dachten.«

Meyer Landsky, berichtete Rokkaway, habe einmal zu ihm gesagt: »Ich bin niemals vor einem Christen auf die Knie gegangen.«

Die »Jerusalem Post« gehört der Hollinger Corporation, zu deren Spitzen Henry Kissinger und Charles Bronfman, der Nach-

komme des berühmten kanadischen Clans von Alkoholschmugglern, zählen. □

Argentinien
Menem verschrottet Raketenprojekt

Bei seiner Bemühung, die amerikanische Bush-Regierung zu veranlassen, auf den Internationalen Währungsfonds (IWF) einzudringen, daß dieser die Zuteilung von Geldern an sein Land wieder aufnehmen möge, stellte der argentinische Präsident Carlos Menem sein Raketenprojekt Condor II, ein gemeinsam mit Ägypten und dem Irak betriebenes Projekt, ein. Die Vereinigten Staaten verlangten jedoch eine Garantie dafür, daß die Einstellung nicht nur vorübergehend ist.

Als er die Annullierung bekanntgab, räumte Menem ein, der Hauptgrund dafür sei die Notwendigkeit gewesen, einen Konflikt mit Washington zu vermeiden. Der argentinische Außenminister Domingo Cavallo versicherte den Vereinigten Staaten gegenüber, daß die Zusammenarbeit mit Ägypten und dem Irak beendet sei und bot an, die durch das Projekt entwickelten Technologien auf ökologische Probleme anzuwenden und die USA daran teilnehmen zu lassen.

Argentinien hat auch angeboten, ein regionales System der Absicherung gegen Atomenergie ins Leben zu rufen, was praktisch darauf hinausläuft, das Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty) unterzeichnen zu wollen, was Argentinien allerdings jahrzehntelang strikt abgelehnt hatte.

Bei einer Zusammenkunft mit dem amerikanischen Außenminister James Baker sagte Cavallo, daß Argentinien bei seinen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den Privatbanken die Hilfe von der Bush-Regierung benötige, was, wie er sagte, der Schlüssel zu Argentiniens Wirtschaftsprogramm sei. □

Korea
der Abzug der US-Truppen beginnt

Beamte des US-Geheimdienstes haben die Warnzeit für einen Einmarsch Nordkoreas nach Südkorea von 48 Stunden auf weniger als 24 Stunden verringert, als Folge des langsamen aber stetigen Aufbaus der nordkoreanischen Truppen in der Nähe der zu entmilitarisierenden Zone (DMZ).

»Wir schlagen einen Plan zur Nullwarnzeit vor«, wird von einem Beamten des Geheimdienstes laut »Washington Times« berichtet, der feststellt, daß 70 Prozent der Grundstreitkräfte Nordkoreas von 930.000 Mann innerhalb der 25 bis 32 km langen DMZ in Bunkern und Tunnel Gewehr bei Fuß stehen.

Einige Beamte des US-Verteidigungsministeriums sind besorgt darüber, daß der Abzug von amerikanischen Truppen zu schnell sein könnte, schreibt die »Washington Times«.

Indessen entschlossen sich die Vereinigten Staaten ungeachtet ihrer wiederholten feierlichen gegenteiligen Gelübde dazu, drei Luftstützpunkte in Südkorea stillzulegen, meldet der südkoreanische Nachrichtendienst Yonhap. Dieser zitiert einen Beamten des US-Verteidigungsministeriums, der anklagend darauf hinwies, daß, nachdem Seoul von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden sei, von beiden Seiten gleichzeitig eine Erklärung abgegeben worden ist, um die Einseitigkeit der amerikanischen Aktion zu vertuschen. □

Israel
Shamir plant neue Siedlungen

Das Parlamentsmitglied Yossi Sarid beschuldigte den israelischen Ministerpräsidenten der Planung von mindestens 14 neuer Siedlungen auf dem von Israel besetzten arabischen Gebiet. »Ich habe Einzelheiten über 14 geplante Siedlungen. Er mag das bestreiten, aber ich kenne die Einzelheiten«, behauptet Sarid.

In einem Interview sagte Shamir, er bedaure, daß er sich massive jüdische Siedlungen am besetzten Westufer des Jordans und im Gazastreifen nicht leisten könne.

Sarid äußerte dagegen weiter, daß rechtsstehende und religiöse Politiker, die sich auf ihr biblisches Geburtsrecht auf das besetzte Land berufen, jetzt, wo Shamir nicht mehr dadurch behindert wird, daß er seine Macht mit der von Shimon Peres geführten Arbeiter-Partei teilen muß, eine ungezügelte Besiedlung anstreben werde.

Es leben jetzt 70.000 Juden unter den 1,75 Millionen Palästinensern in den besetzten Gebieten. Etwa 10.500 sowjetische Juden trafen allein im April 1990 ein, nach 7300 im März – bei weitem die höchste Einwandererzahl seit jeher.

Durch das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets wurden Israel 750.000 Sowjetjuden zugesagt, die alle am Westufer angesiedelt werden sollen. □

USA
Technologie zur Salmonellenbekämpfung genehmigt

Die Verwendung von Bestrahlung zur Bekämpfung von Salmonellen und anderen Bakterien in frischem und eingefrorenem Geflügel wurde von der Food and Drug Administration (Nahrungsmittel- und Medikamenten-Behörde) der USA genehmigt. Es wird geschätzt, daß 30 bis 60 Prozent des amerikanischen Geflügels mit Salmonellen infiziert sind, und daß sage und schreibe vier Millionen Menschen pro Jahr an Salmonellen-Vergiftung erkranken.

Die Food and Drug Administration hat bereits schwache Bestrahlung für Schweinefleisch – zur Trichinenbekämpfung –, Obst und Gemüse, Weizen und Gewürze genehmigt. Die Entscheidung über Geflügel wird seit zwölf Jahren von der Behörde untersucht, ein Vorgang der 1978 von dem Pionier der Nahrungsmittelbestrahlung, Dr. Martin E. Welt, in die Wege geleitet wurde.

Welts Firma hatte bei der Aufsichtsbehörde eine Bittschrift eingereicht, in der um die Zulassung der Bestrahlung von Meeresnahrungsmitteln ersucht wird. □

Panama
Opfer der Invasion werden exhumiert

Verärgerte Familien von Einwohnern Panamas, die bei der amerikanischen Invasion vom 20. Dezember 1989 getötet wurden, begannen damit, die Leichen der in Massengräbern Bestatteten zu exhumieren. Laut Bericht der normalerweise regierungsfreundlichen Zeitung »El Siglo« wurden »4000 Leichen ausgegraben; einige Leichen waren gefesselt«. Die Zeitung beschreibt die ersten beiden Tage, an denen nur die ersten der vielen Massengräber auf dem Friedhof Jardin de Paz in Panama City geöffnet wurden.

Die Exhumierung wird vom Ausschuß der Familien der Opfer der Invasion durchgeführt, dessen Vorsitzende, Isabel de Corro, sagte zu »El Siglo«: »Wir haben mit dem gemeinsamen Grab in Jardin de Paz begonnen und werden mit den übrigen weitermachen, solange bis wir den letzten Toten in würdiger Weise bestattet haben. Diese Patrioten verdienen unter den Panamesen einen besonderen Platz.«

Schon in den ersten beiden Tagen wurden 122 Leichen gefunden, darunter drei, die an Händen und Füßen gefesselt waren. »El Siglo« kommentierte dazu: »Alles deutet darauf hin, daß sie nicht im Kampf starben, sondern kaltblütig ermordet wurden.«

Die Nachrichtenagentur UPI brachte einen Bericht über die Ausgrabungen, aus dem hervorgeht, daß sich »inoffizielle Schätzungen auf 2000 bis 4000 Tote belaufen«. Die offizielle amerikanische Schätzung besagt, daß weniger als 100 Zivilpersonen beim Einmarsch getötet worden seien. □

Briefe

Betr.: Ostdeutschland »Polens Problem mit der deutschen Minderheit«, Nr. 4/90

Am 10. August 1939 schrieb der »Kurjer Polski«: »Wir werden den Pestherd im Zentrum Europas zerstören. Dann wird von Deutschland nur noch ein Trümmerhaufen übrig bleiben.«
Polen war fest davon überzeugt, allein Deutschland vernichten zu können.

Schon im Sommer 1939 gab Polen eine neue polnische Europakarte heraus mit der geforderten polnischen Westgrenze: Bremen-Hannover-Göttingen-Kassel-Fulda-Nürnberg, welche Polen nach der Vernichtung Deutschlands errichten wollte.

Noch am 31. August 1939 um 23 Uhr war Polen von der Vernichtung Deutschlands so fest überzeugt, daß der Warschauer Sender die Sondermeldung brachte: »Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden in drei Tagen in Berlin sein.«

Leider störte damals die deutsche Wehrmacht diesen polnischen Großmachtstraum, der aber von Polen nie aufgegeben wurde. Nach vielen grundlosen Schuldbekenntnissen, mit tiefster Reue und Milliardengeschenken der BRD-Regierung, sagte Lech Walesa am 4. April 1990 der französischen Zeitung »Le Figaro«, daß in Zukunft Deutschland von der Landkarte ausradiert werden müsse, genau wie Polen es 1939 gefordert hatte.

Das unverständliche Verhalten der BRD hat den, seit 1919 öffentlich verkündeten polnischen Großmachtstraum wieder bedeutend gestärkt. Es ist ersichtlich, daß Polen die Oder-Neiße-Grenze nur als eine vorläufige Grenze betrachtet.

Nie und mit keinem Wort hat Polen auf seine Hauptforderung, die völlige Vernichtung Deutschlands verzichtet.

Herbert Biemann, Fellbach

Betr.: Banker-Journal »Zusammenarbeit zwischen deutschen und japanischen Konzernen«, Nr. 6/90

Aus beruflichen Gründen mußte ich mich mit der Stichhaltigkeit der schon früher in der Tagespresse verbreiteten Nachricht über eine zukünftige Zusammenarbeit von Daimler Benz und Mitsubishi auseinandersetzen. Ich habe mir dabei die Originalmeldungen der japanischen Quellen nicht nur übersetzen lassen, sondern die »japanische Bedeutung« einzelner Begriffe hinterfragt. Es stellte sich heraus, daß die »taz« als einzige Tageszeitung korrekt berichtet hatte.

Tatsächlich handelte es sich bei dem Treffen aus japanischer Sicht um einen »ersten Kontakt«, der natürlich mit gegenseitigen Höflichkeitsbezeigungen endet. folgen keine weiteren Schritte, hat keiner der Beteiligten sein Gesicht verloren. Es wäre allerdings nicht das erste Mal, daß westlichen Teilnehmern derartiger Veranstaltungen dieser Sachverhalt verborgen bleibt.

Friedr.-W. H. Rahe, Hamburg

Betr.: New-Age »Die geistige Revolution«, Nr. 5 + 6/90

Während des Lesens oben genannter Artikel mußte ich mich mehrmals versichern, ob ich nicht eine katholische Kirchenzeitung lese. Seit 2000 Jahren versucht die römische Kirche – die im Grunde nichts anderes ist als eine jüdische Sekte – die Herrschaft über alle Völker zu erlangen. Es ist dabei völlig gleichgültig, welcher Name dazu hergenommen wird; sei es katholisch oder evangelisch, es hat den gleichen Ursprung und verfolgt den gleichen Zweck.

Im alten Testament fordert der Gott der Juden sein Volk dazu auf, alle Götter der Völker zu zerstören, um sie dann Jahwe zu unterwerfen. Mit Mord und Totschlag wird spätestens seit Karl dem Großen (Karl dem Sachsenschlächter) unsere nordische Götterschau vernichtet. Wer sich nicht diesem Gott unterworfen hat, wurde gefoltert, ertränkt, erschlagen oder lebendig verbrannt. Unwahrscheinliches Elend ist im Namen dieses uns fremden Gottes über uns gebracht worden.

Auch heute noch wird mit allen Mitteln gegen diese Menschen vorgegangen, die sich gegen die Niederwerfung unter diesen fremden Gott wehren. Hexenverbrennungen sind ja nun nicht mehr möglich, aber es gibt heute bessere Methoden. Heute gehen diese Kräfte mit den Methoden der psychologischen Kriegsführung vor, immer sich wiederholende falsche Behauptungen und Verunglimpfungen von Andersdenkenden.

Wohin uns dieser Gottglaube geführt hat, sehen wir nur allzu deutlich an unserer Umwelt. In der alten nordischen Glaubenswelt wäre eine solche Umweltzerstörung nicht möglich gewesen.

Der Gedanke uns die Erde untertan zu machen, ist uns im Grunde fremd und kann nur aus einer uns fremden Gottesschau entstehen.

Der Artikel von Werner Nicolai ist ein einziger Rundumschlag gegen alles, was nicht der römischen Kirche angehört. Besser könnte es keiner dieser sogenannten Sektenpfarrer leisten. Robert Muller meint, wir müßten hoffen, daß der Papst für alle Religionen sprechen wird. Ausgerechnet der Führer einer religiösen Vereinigung, die die Weltherrschaft durch ihren Alleinvertretungsanspruch erstrebt. Ausgerechnet ein Mensch, der für sich in Anspruch nimmt, der Stellvertreter des einzigen wirklichen Gottes zu sein.

Der Dalai Lama wäre für ein solches Anliegen doch wohl besser! Der Artikel von Peter Blackwood stößt ins gleiche Horn! Hier wird sogar behauptet, die Templer seien »ein Arm der großen alexandrischen und syrischen dynastischen Finanzinteressen« gewesen.

Das steigert sich dann in die völlig unsinnige Bedeutung, die Templer seien Wucherer gewesen. Wer sich auch nur etwas über die Templer kundig gemacht hat, weiß, daß sie genau gegenteilig gehandelt haben. Sie lehnten den Zins beim Geldverleih ab und waren dadurch der römischen Kirche im Verbund mit dem Geldverleihgeschäft ein Dorn im Auge. Neues vom Schottischen Ritus oder über das damit verbundene weltumspannende System der Freimaurer und ihrer Beziehung zur römischen Kirche, war nicht zu erfahren.

Insgesamt hatte die römische Kirche 12 Seiten in CODE zur Verfügung, um ihren psychologischen Krieg zu führen. Ich meine, man kann solche Artikel nicht unwidersprochen stehen lassen.

Ulrich Könning, Batzenhofen

*

CODE steht für historische Wahrheit und stellt dies politisch laufend unter Beweis. CODE-Leser hoffen auf eine große Wandlung und den Sieg der Wahrheit über die Lüge und der heilsamen Gottesordnung über den Geist des Mordes und der Gewalt. Davon sticht aber das religiöse Programm merkwürdig ab. Artikel unterschiedlicher Ausrichtung dokumentieren eine gewisse Orientierungslosigkeit und Unsicherheit, wohin der rechte Weg führt. Anstelle der anfänglichen Offenheit tritt religiös zunehmend ein paulinistischer Fanatismus. Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung ist der Artikel von Werner Nicolai.

Wer sein Herz an Deutschland verloren hat, hofft auf die Befreiung von den drei Ungeheuern Materialismus, die unsichtbare Hand der Einweltler und das paulinistische Christentum. Die unsichtbare Hand bekämpft das geistige Deutschland seit zweihundert Jahren. Das Christentum tut dies aber seit sechzehnhundert Jahren. Sicher ist auch in der Bewegung »Neues Zeitalter« – die aus Deutschland stammt und von den Angelsachsen als »New Age« verunreinigt wurde – Vieles falsch, und Aleister Crowley war eine Unsäglichkeit.

Die katholische Kirche mit ihren vielen heilig gesprochenen Massenmördern hat aber jedes Recht verwirkt, das zu kritisieren. Das apostolische Glaubensbekenntnis ist letztlich eine jüdische Verfälschung des geisteskranken Epileptikers Paulus, der die wahre gewaltfreie Lehre Jesu, die den indoarischen Zarathustrismus erneuern wollte, in eine Sündenlehre mit satanischer Blutmagie umfunktionierte.

Nietzsche sprach insoweit für den großen Galiläer als er sprach: »Die christlichen Kirchen sind genau das, wogegen Jesus sein ganzes Leben gekämpft hat!« Die Legende, Christen seien oft verfolgt worden, hat Karlheinz Drescher schlüssig widerlegt. Als Verfolger und Mörder von zwölf Millionen Menschen haben sie den Namen des Heilandes besudelt, vielleicht ihr größtes Verbrechen. »Verflucht sei, wer anders lehrt als ich« sprach Paulus und lieferte den Leitsatz für anderthalb Jahrtausende Grauen für alle Nichtchristen.

Diese Christen waren es, die den Deutschen ihre vorchristliche hohe Kultur durch Vernichtung des Traditionszusammenhanges genommen haben. Das paulinische Christentum kann sich nur mit Gewalt behaupten. Seit dieses Mittel nicht mehr verfügbar ist, sterben die Kirchen.

Wer unqualifizierte Verleumdungen wie »Heidnisch-gnostische Irrlehren«, »Selbsterlösung als Einstieg zu Luzifer«, »Leugnung des Todes«, »pseudoreligiöse Konzepte«, »synkretistische gotteslästerliche Veranstaltung«, »schmutzigen Flüsse gottfeindlicher Ideen« verbreitet, dient dem Satan, der für Gewalt und Lüge steht und träumt von neuen Ketzerverfolgungen. Das paulinistische Christentum verehrt den Totengott der Illuminaten und nicht den unwandelbar gütigen Gottvatermutter.

Wer Deutschland liebt, der will nie mehr das alte Ungeheuer gegen das neue eintauschen. Der große Morgen wird ohne die Illuminaten und die Christen des paulinistischen Glaubensbekenntnisses aufsteigen. Die Zeit der Mörder und Lügner geht zu Ende. Die Kirchen haben alle spirituellen Rückgriffe auf die alte Wahrheit in alter Zeit (Katharer) und neuer Zeit (Anthroposophen, Mazdaznan und Heimholungswerk Jesu Christi) konsequent verfolgt und früher ausgemordet. Jetzt naht mit den Lehren Aleister Crowleys, der nicht der Vater des New Age ist, sondern nur einer verfälschenden Untergruppe, ein echter Satanismus, und das Geschrei ist groß.

Emanuel Geibel kannte die Lage:

»Glauben, dem die Tür du weist,
steigt als Aberglaub' durchs Fenster,
wenn die Götter du vertreibst,
kommen die Gespenster.«

Deutschland wird zu dem ewigen und liebenden Geistgott seiner Ahnen zurückkehren. Das grausame jüdische Christentum mit seiner psychopathischen Gottesvorstellung hat ausgedient. Sollten die Kirchen zum letzten Gefecht antreten, so werden alle geschichtskundigen Menschen, die Deutschland lieben, gegen das Ungeheuer kämpfen, das uns Karls Sachsenmord, die Hexen- und Ketzerverfolgung und den dreißigjährigen Krieg beschert hat. Die Geschichtsrevision zertrümmert alle Lügen gegen das deutsche Volk, auch die christlichen.

Dr. Johannes Jenetzky, Sternenfels